Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

25. Juni 1979
Jg. 7 Nr.26

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Australien: Generalstreik für Versammlungsfreiheit

z.mat.Sydney. Der vom australischen Gewerkschaftsbund ACTU für den 21. Juni ausgerufene Generalstreik hat die Produktion im ganzen Land lahmgelegt. In Westaustralien standen auch die Transport- und Verkehrsbetriebe still. Damit antworteten die Arbeiter auf den Angriff auf die Versammlungsfreiheit durch die westaustralische Regierung, die am 11.6. zwei Gewerkschaftsführer hatte verhaften lassen, weil sie an einer nicht angemeldeten Versammlung streikender Bergarbeiter teilgenommen hatten. Nach dem Gesetz müssen öffentliche Versammlungen eine Woche vorher angemeldet werden. Am 21.6. sollten die Verhafteten vor dem Richter erscheinen. Der Generalstreik zwang die Regierung dazu, den Prozeß auszusetzen, die Verhafteten vorläufig freizulassen und eine Änderung des Gesetzes noch vor Prozeßbeginn zuzusagen.

OAS weist Interventionsplan der USA in Nicaragua zurück

z.bew. Auf der Außenministertagung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) am 22./23.6. hat US-Außenminister Vance die Vorschläge der US-Imperialisten zur Rettung ihrer Kapitalanlagen in Nicaragua vorgelegt: Bildung einer Übergangsregierung, Feuereinstellung, Waffenlieferungsstopp und interamerikanische Friedenstruppe. Das Vorhaben ist auf den entschiedenen Widerstand der süd- und mittelamerikanischen Staaten gestoßen. Bereits dreimal hat der US-Imperialismus in diesem Jahrhundert Nicaragua militärisch besetzt. Auf die Ablehnung hin haben die US-Imperialisten eine eigenmächtige Intervention angedroht. Die Mehrheit der lateinamerikanischen Staaten hat die Beziehung zur Somoza-Diktatur abgebrochen, Panama hat als erster Staat die von den Sandinistas gebildete „Regierung des nationalen Wiederaufbaus" anerkannt.

Iran will Verträge mit beiden Supermächten kündigen

z.gek. Außenminister Yazdi hat in einer Rede am 19. Juni die Absicht der iranischen Revolutionsregierung mitgeteilt, den „Beistandsvertrag" mit den USA von 1959 und den Vertrag

OAS weist Interventionsplan der USA in Nicaragua zurück

z.bew. Auf der Außenministertagung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) am 22./23.6. hat US-Außenminister Vance die Vorschläge der US-Imperialisten zur Rettung ihrer Kapitalanlagen in Nicaragua vorgelegt: Bildung einer Übergangsregierung, Feuereinstellung, Waffenlieferungsstopp und interamerikanische Friedenstruppe. Das Vorhaben ist auf den entschiedenen Widerstand der süd- und mittelamerikanischen Staaten gestoßen. Bereits dreimal hat der US-Imperialismus in diesem Jahrhundert Nicaragua militärisch besetzt. Auf die Ablehnung hin haben die US-Imperialisten eine eigenmächtige Intervention angedroht. Die Mehrheit der lateinamerikanischen Staaten hat die Beziehung zur Somoza-Diktatur abgebrochen, Panama hat als erster Staat die von den Sandinistas gebildete „Regierung des nationalen Wiederaufbaus" anerkannt.

Iran will Verträge mit beiden Supermächten kündigen

z.gek. Außenminister Yazdi hat in einer Rede am 19. Juni die Absicht der iranischen Revolutionsregierung mitgeteilt, den „Beistandsvertrag" mit den USA von 1959 und den Vertrag

von 1921 mit der Sowjetunion zu kündigen und so „beiden Supermächten eine gleiche Behandlung zuteil werden zu lassen". Der Vertrag mit den USA sieht den Einsatz von US-Truppen bei Aggression vor, „entsprechend dem gemeinsamen Wunsch nach Frieden und Stabilität im Nahen Osten". Der Vertrag mit der SU, aus der Zeit der Interventionskriege der Imperialisten gegen die russische Revolution, erlaubte den Einsatz der Roten Armee, falls der Iran als Aggressionsbasis benutzt würde. Die neuen Zaren schwenken ihn jetzt als Knüppel zur Erpressung des Iran. – Iran hat inzwischen formell Antrag auf Aufnahme in die Bewegung der Blockfreien gestellt.

Neue Arbeitsgesetze in Azania Gewerkschaftsverbot bleibt

z.rül. Das Siedlerregime in Azania leitete im Mai dem Parlament ein Weißbuch über neue Arbeitsgesetze zu. Sein Kern: Die 600000 Wanderarbeiter und die 14 Millionen zwangsweise in Bantustans angesiedelten und unter Zeitverträgen ausgebeuteten Azanier bleiben „von der gesetzlichen Definition des Beschäftigten ausgeschlossen", d.h. jedes gewerkschaftlichen Rechts beraubt. Die Gewerkschaften des Bruchteils der übrigen Azanier werden anerkannt, wenn diese regelmäßig Mitgliederkartei und Kasse von der Regierung kontrollieren lassen und die Gewerkschaften der weißen Arbeiter zustimmen. Dazu der Arbeitsminister: „...es würde sehr viel schwieriger sein, die Dinge zu zügeln, wenn es nicht-registrierte Gewerkschaften gäbe, die freier sein würden, ihre Stellung zu mißbrauchen und sich in die Politik einzumischen."

USA: Überproduktionskrise im Anmarsch

Verschärfung der Klassenkämpfe / Verfügbares Einkommen, Industrieproduktion sinken / „Weltwirtschaftsgipfel"

z.gek. Im April ist das „verfügbare Einkommen" aller Gesellschaftsklassen in den USA um 2,6% *real* gesunken. Die wachsende Verarmung großer Teile der Arbeiterklasse und des Volkes, die sich darin ausdrückt, kommt in erster Linie aus der sprunghaften Verteuerung der Lebenshaltungskosten, auf's Jahr gerechnet fast 15%. Das bedeutet, daß die Lohnerhöhungen, die sich große Abteilungen der Arbeiterklasse, durchweg mit Streik, erkämpft haben – zuletzt die LKW-Fahrer, das technische Personal der Luftfahrtgesellschaften, jetzt die Gummiarbeiter –, mit denen sie Carters 7%-Leitlinie durchbrochen haben, bereits völlig unzureichend sind. Andere, schlechter organisierte Teile der Lohnabhängigen haben sich Lohndiktaten von 7% und weniger beugen müssen; so Anfang dieses Monats 183000 Textil- und Bekleidungsarbeiter.

Der Rückgang des Konsums der Arbeiter und breiter Volksmassen hat sich auch in einer plötzlichen Verschlechterung des Geschäftsganges der Kapitalisten seit April niedergeschlagen. Der Auftragseingang fiel gegenüber dem Vormonat um 8,7%, die Produktion langlebiger Gebrauchsgüter sank um 6%, die gesamte Industrieproduktion um 1%. Eine halbe Million Arbeiter und Angestellte ist allein im April/Mai entlassen worden.

Um den enger gewordenen inneren Markt müssen sich die US-Monopole jetzt ernsthaft mit der auswärtigen Konkurrenz schlagen. Vor allem japanische und westdeutsche Konzerne haben sich tiefer als je in den US-Markt hineingekeilt. So sind die europäischen und japanischen Automobilmonopole dabei, mit einem Anteil von 25% der PKW-Verkäufe das noch nicht abgeschlossene Programm der Umstellung der Detroiter Fabriken auf kleinere und sparsamere Wagentypen über den Haufen zu schmeißen. Schon 1978 hatte das Handelsdefizit der USA mit Japan und der BRD zusammen fast 15 Mrd. $ ausgemacht, *mehr* als das Defizit aus Ölimporten. Zwar haben die US-Monopole ihre Exporte ebenfalls um 9% gesteigert und haben dabei um 17% mehr Dollar gemacht. Ebenso haben sie die Konkurrenten, die zusam-

so Anfang dieses Monats 183000 Textil- und Bekleidungsarbeiter.

Der Rückgang des Konsums der Arbeiter und breiter Volksmassen hat sich auch in einer plötzlichen Verschlechterung des Geschäftsganges der Kapitalisten seit April niedergeschlagen. Der Auftragseingang fiel gegenüber dem Vormonat um 8,7%, die Produktion langlebiger Gebrauchsgüter sank um 6%, die gesamte Industrieproduktion um 1%. Eine halbe Million Arbeiter und Angestellte ist allein im April/Mai entlassen worden.

Um den enger gewordenen inneren Markt müssen sich die US-Monopole jetzt ernsthaft mit der auswärtigen Konkurrenz schlagen. Vor allem japanische und westdeutsche Konzerne haben sich tiefer als je in den US-Markt hineingekeilt. So sind die europäischen und japanischen Automobilmonopole dabei, mit einem Anteil von 25% der PKW-Verkäufe das noch nicht abgeschlossene Programm der Umstellung der Detroiter Fabriken auf kleinere und sparsamere Wagentypen über den Haufen zu schmeißen. Schon 1978 hatte das Handelsdefizit der USA mit Japan und der BRD zusammen fast 15 Mrd. $ ausgemacht, mehr als das Defizit aus Ölimporten. Zwar haben die US-Monopole ihre Exporte ebenfalls um 9% gesteigert und haben dabei um 17% mehr Dollar gemacht. Ebenso haben sie die Konkurrenten, die zusam-

men für 6 Mrd. $ Fabriken und Niederlassungen in den USA aufgekauft oder gegründet haben, mit einem Kapitalexport von 15 Mrd. $ deutlich übertrumpft. Das hat jedoch nicht dazu geführt, dem überfüllten inneren Markt Abzug zu verschaffen, sondern hat stattdessen die allgemeine Überfüllung des Weltmarkts gesteigert. Die Bereinigung der in den USA selbst ausbrechenden Überproduktionskrise wird für das Wall-Street-Finanzkapital, ungeachtet des Reibachs, den es als internationaler Devisen- oder Rohstoffspekulant, als Zinswucherer oder wie immer macht, zu einer *unbedingten* Notwendigkeit.

Das erste Angriffsziel sind die Löhne, vor allem die relativ besseren Löhne in einer Reihe imperialistischer Schlüsselindustrien, wie Stahl, Automobil, Teile des Maschinenbaus, der Elektroindustrie, im Bergbau und der Chemie, die die tragenden Säulen des Lohnstandards der ganzen Klasse bilden. Am 18. Juni ist die Front der Gummi-Monopole, nach 5 Wochen Streik gegen Uniroyal, auseinandergebrochen; die zwei schwächeren Monopole haben einen Tarifvertrag unterzeichnet, der die Lohnsumme über drei Jahre weg um 35%, je nach Teuerung auch mehr, erhöht. Während sich Carter in Wien mit Breschnew küßte, wurde das „Wirtschaftskabinett" in Washington zu einer Sondersitzung zusammengetrommelt, um einen neuen Feldzugsplan gegen die Lohnkämpfe der Arbeiter auszuarbeiten. Man kam zu keinen größeren Ergebnissen. Klar ist: Der Kampf um die Lohntarife bei den zwei führenden Elektrokonzernen General Electric und Westinghouse (Stichtage: 30. Juni und 15. Juli) und bei den drei großen Automobilkonzernen GM, Ford und Chrysler (Stichtag: 14. September) wird eine vorläufige Entscheidung bringen.

Um den Druck der Reservearmee auf allen Stufen der Lohnskala zu erhöhen, hat die Regierung vor einigen Wochen Carters „Wohlfahrts"-Reform in einer revidierten Fassung in den Kongreß gebracht, die sich in erster Linie durch „strikte Arbeitsverpflichtungsregelungen" auszeichnet.

Hohes Gewicht mißt die ganze US-Bourgeoisie auch der Niederschlagung

Lohnstandards der ganzen Klasse bilden. Am 18. Juni ist die Front der Gummi-Monopole, nach 5 Wochen Streik gegen Uniroyal, auseinandergebrochen; die zwei schwächeren Monopole haben einen Tarifvertrag unterzeichnet, der die Lohnsumme über drei Jahre weg um 35%, je nach Teuerung auch mehr, erhöht. Während sich Carter in Wien mit Breschnew küßte, wurde das „Wirtschaftskabinett" in Washington zu einer Sondersitzung zusammengetrommelt, um einen neuen Feldzugsplan gegen die Lohnkämpfe der Arbeiter auszuarbeiten. Man kam zu keinen größeren Ergebnissen. Klar ist: Der Kampf um die Lohntarife bei den zwei führenden Elektrokonzernen General Electric und Westinghouse (Stichtage: 30. Juni und 15. Juli) und bei den drei großen Automobilkonzernen GM, Ford und Chrysler (Stichtag: 14. September) wird eine vorläufige Entscheidung bringen.

Um den Druck der Reservearmee auf allen Stufen der Lohnskala zu erhöhen, hat die Regierung vor einigen Wochen Carters „Wohlfahrts"-Reform in einer revidierten Fassung in den Kongreß gebracht, die sich in erster Linie durch „strikte Arbeitsverpflichtungsregelungen" auszeichnet.

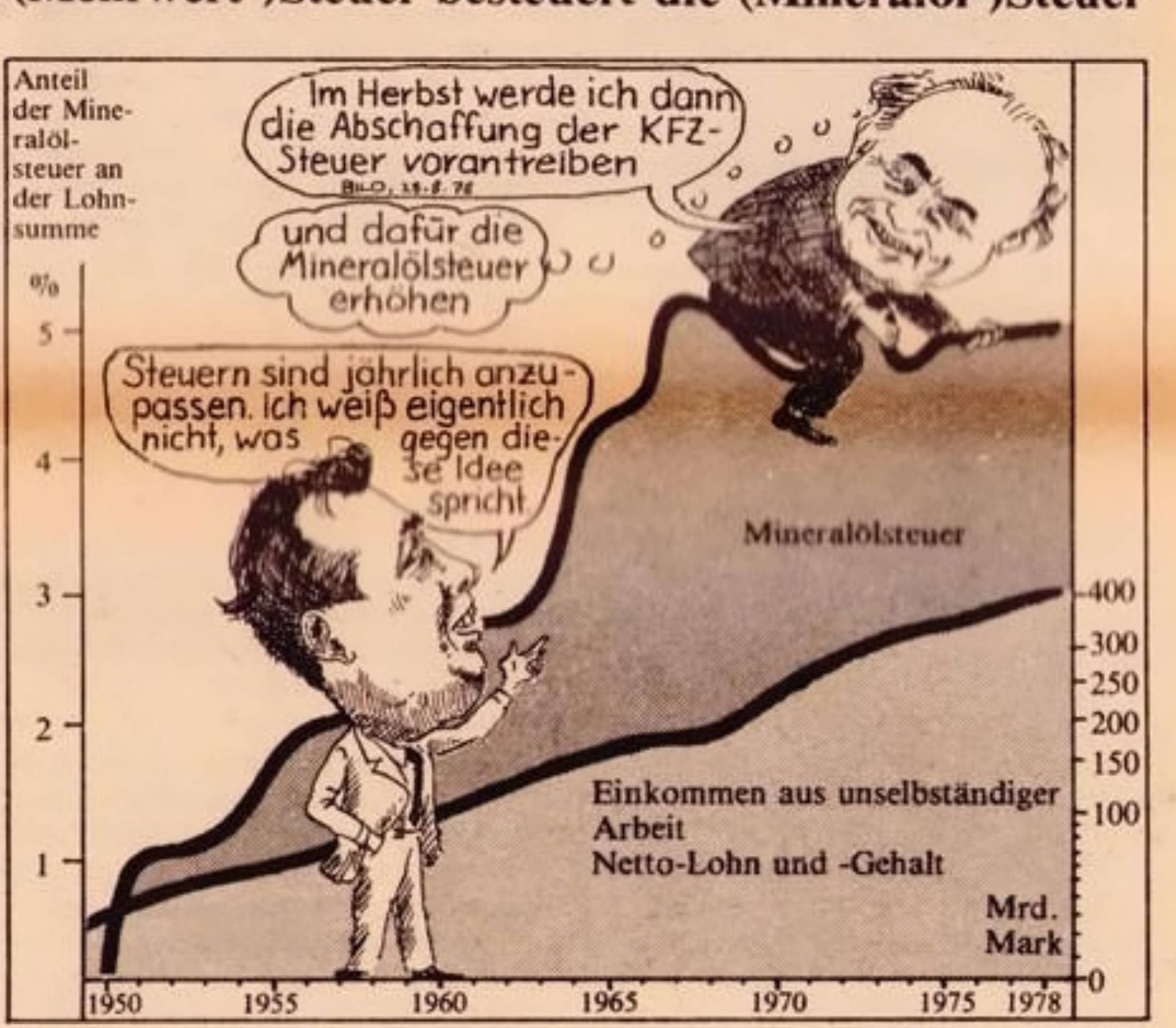
Hohes Gewicht mißt die ganze US-Bourgeoisie auch der Niederschlagung

des Streiks der mexikanischen Landarbeiter in Kalifornien zu, der jetzt im dritten Monat steht. Die durch Mechanisierung der Plantagenkulturen noch gesteigerte Ausbeutung der Landarbeiter bildet den Haupthebel, um auch die Erzeugerpreise der selbständigen Farmer niedrig zu halten. Die 30 Mrd. $ aus Agrarexporten sind unverzichtbarer Bilanzposten des US-Imperialismus.

Das erschütterte Weltmonopol der USA auf Erdölproduktion und -verkauf soll als allseitiges Energiemonopol wiederentstehen. Allein die von Carter im April verfügte Erhöhung der reglementierten Öl- und Benzinpreise hat den Energiekonzernen 10 Mrd. $ Extraprofit in die Hände gespielt; einen Teil davon nimmt der Staat über die Steuer an sich, aber nur, um Vorhaben wie die Kohlevergasung und -verflüssigung voranzutreiben und den Zugriff auf die riesigen neuerschlossenen Vorkommen an Kohle in Südafrika und Australien bewaffnet zu sichern.

Überproduktions- und Energiekrise treiben die Imperialisten unweigerlich gegeneinander. Den Militärexpeditionen der Sozialimperialisten in der 3. Welt wollen die US-Imperialisten demnächst erklärtermaßen eigene entgegenstellen. Aber auch der versteckte Handelskrieg mit den „Bündnispartnern" verschärft sich. 5% ihres Handelsaustausches blockieren sie sich gegenseitig, nach Berechnung des OECD-Sekretariats, bereits mit Schutzzöllen und anderen Beschränkungen. Das neue „Welthandelsabkommen" (GATT), das beim großen Raubtiertreffen in Tokio, dem „Weltwirtschaftsgipfel" Ende dieser Woche, feierlich hätte ins Leben gerufen werden sollen, ist im entscheidenden Punkt, der gegenseitigen *Garantie* des freien Zugangs zu den Märkten, geplatzt. Dementsprechend wird man sie auf dem unvermeidlichen Gruppenphoto die Zähne fletschen sehen.

So hat's der Finanzminister gern: Die (Mehrwert-)Steuer besteuert die (Mineralöl-)Steuer



nen Vorkommen an Kohle in Südafrika und Australien bewaffnet zu sichern.

platzt. Dementsprechend wird man sie auf dem unvermeidlichen Gruppenphoto die Zähne fletschen sehen.

So hat's der Finanzminister gern: Die (Mehrwert-)Steuer besteuert die (Mineralöl-)Steuer



Schon letztes Jahr wollte Matthöfer die Kfz-Steuer abschaffen und dafür die Mineralölsteuer erhöhen. Er mußte den Plan aufschieben, aufgehoben hat er ihn nicht. Auf die Mineralölsteuer (1978: 20,5 Mrd. DM) zahlt der mobile Arbeiter zusätzlich Mehrwertsteuer, ab 1. Juli 13 Prozent.

„Bessere Beschäftigungslage" soll dauernde Lohnsenkung kaschieren!

Sozialdemokraten locken die Gewerkschaft zum Opfergang für die „Wiedererlangung der Vollbeschäftigung"

z.maf. Jenes Bündel Galgenstricke, das von den Kabinettsposten aus die Strategie der SPD macht, will der Kapitalistenklasse gern beweisen, daß es durchaus nicht zu morsch ist, um die Kraft der Arbeiterbewegung zu fesseln. Die Generalprobe hierfür müssen die Leute rund um Schmidt, Brandt und Wehner in diesen Sommermonaten durchführen. Bereits jetzt, noch vor der Erhöhung der Mehrwertsteuer also, nagt die Teuerungsrate, im März mit 3,3%, im April mit 3,5%, im Mai mit 3,7% je gegenüber dem Vorjahr an jenen traurigen Tarifabschlüssen, für die der IG-Metall-Abschluß von 4,3% auf 13 Monate, gleich 3,9% aufs Jahr, das Beispiel gibt. Wie wollen die führenden Herren der SPD gegen diese herben Tatsachen ankommen? Mit Gerede und schwungvollen Lügen allein wird das kaum gehen, dazu bräuchte man einen besseren Ruf, als er nach den Feldzügen gegen Rentner, Krankenversicherte und Arbeitslose noch da ist. Wie also soll es gemacht werden.

Da gegenwärtig die Beschäftigung leicht anzieht, besteht die Gelegenheit für einen Schwindel nach dem folgenden Muster: Es ist in einer solchen Lage möglich, den Lohn, den der einzelne Arbeiter erhält und das Gehalt, das der einzelne Angestellte erhält, erheblich zu senken, die Geldsumme aber, die insgesamt in die Hände der Arbeiterbevölkerung kommt, gleichwohl leicht steigen, gleichbleiben oder eben abgeschwächt fallen zu lassen. Dies wurde in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland schon öfter gemacht. Selbstverständlich wächst dabei der Profit der Kapitalisten am meisten, und fällt dann die Beschäftigung, so tritt die stattgefundene Lohnsenkung mit Wucht und auf breiter Front auf. Und zwar genau dann, wenn die Arbeiterbewegung wegen der schlechten Arbeitsmarktlage es besonders schwer hat, die Korrektur durchzuführen. Mit Tusch und Pauken wird daher gegenwärtig jeder Arbeitslose, der beschäftigt werden konnte, im Fernsehen empfangen.

Der Anstieg der Beschäftigung ist schwach und in den einzelnen Branchen unterschiedlich. Trotzdem tritt durch die Beschäftigungszunahme in vielen Arbeiterhaushalten eine gewisse Lockerung der wirtschaftlichen Anspannung auf. Dies soll nach dem Kalkül der sozialdemokratischen Kabinettsrechner langen, sowohl um die Arbeiterbewegung in diesen Sommermonaten am Beginn einer Korrektur des Lohnstandards zu hindern wie auch an der Aufgabe, eine erhebliche Korrektur mit einer Lohnforderung wie 170 DM / 8% mindestens im Winter dingfest zu machen.

In dieses Hazardspiel greift Eugen Loderer ein, freundlich gesagt als Gimpel. Er veröffentlicht Bemerkungen wie „Durch die Tarifvereinbarungen, durch Verbesserungen bei Lohnsteuer und Kindergeld verdienen die Beschäftigten dieses Jahr im Schnitt 6% mehr". – Bei den Lesern der Zeitung „Metall" hat dies Rechenstück Unruhe ausgelöst, Propagandaübungen des Vorsitzenden der IG Metall im Kielwasser von Graf Lambsdorff sind auch beunruhigend. Eugen Loderer warnt die Kapitalisten vor allzu „gierigen" Preissteigerungen. Er preist die Politik, die zu einer Besserung der Beschäftigungslage führt. Man soll aber nicht vergessen: Die Methode, bei Wachstum der Beschäftigung bei den Löhnen und politisch gegenüber den Steuern nachzugeben, hat die jetzt zu hart wirkenden Lohnsenkungen erst für die Kapitalisten ermöglicht. Doch nicht nochmal sowas!

Veranstaltungen zur Solidarität mit dem Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea



Auf den ersten 6 Veranstaltungen mit einem Vertreter des Komitees der Patrioten des Demokratischen Kampuchea in Frankreich wurden von 2100 Teilnehmern 31195 DM gespendet. (Bild: Frankfurt) Weitere Veranstaltungen: Essen (24.6.), München (25.6.), Stuttgart (26.6.) und Mannheim (27.6.)

EG-Imperialisten vor dem Tokio-Gipfel

Drohungen gegen die OPEC / Krach um Kontrolle des freien Ölmarkts

z.zik. Die von den OPEC-Staaten angekündigten Preiserhöhungen, die sie auf ihrer Konferenz am 26. Juni in Genf beschließen werden, haben die Imperialisten in höchste Anspannung versetzt. Ihre Konkurrenz um die Verfügung über einen möglichst großen Teil des strategischen Rohstoffs, um Höchstprofite durch Verwendung von billigem Öl, ist durch diese Preiserhöhungen in Verbindung mit den Förder-einschränkungen seitens der OPEC-Länder verschärft worden. Am 28./29. Juni wollen sich in Tokio die Vertreter der sieben größten westlichen imperialistischen Länder treffen, um zu gemeinsamen Maßnahmen gegen die erdölproduzierenden Länder zu kommen. Schmidt hat vor 14 Tagen das Stichwort gegeben: Auf militärische Weise müsse man das Problem möglicherweise lösen. Und der Ministerpräsident der japanischen Imperialisten hat am 20. Juni in Montreal die Frage gestellt: ,,Wie weit sind wir bereit zu gehen, um die Stabilität des Ölpreises aufrechtzuerhalten?"

Die europäischen Imperialisten haben auf ihren Treffen in der letzten Woche eine ganze Reihe von Maßnahmen im Kampf um den Ölmarkt beraten. Auf der Sitzung der Außenminister am Montag, der Energieminister ebenfalls am Montag und der Regierungschefs am Donnerstag und Freitag kamen als wesentliche Punkte heraus: eine Erklärung gegen die jüngsten Siedlungsprojekte der Zionisten auf besetztem arabischen Boden, die die EG-Imperialisten nichts kostet, ihnen aber als politischer Schritt den Zugang zum Öl der arabischen OPEC-Länder erleichtern soll. Im gleichen Atemzug kündigen sie in der Erklärung, verknüpft mit der Forderung nach Wahrung der territorialen Integrität des Libanon, ihre eigenen Einmischungsansprüche an. Schließlich sind Truppen aus EG-Staaten von Anfang an in der UNO-Truppe im Libanon dabei.

Zweiter Punkt war eine Warnung an die arabischen Länder von der Form, daß die Kanonenbootpolitik Italiens gegenüber Tunesien anläßlich der Auseinandersetzungen um die Fischereizone vor der tunesischen Küste bestätigt wurde. Dies geschah durch einfache Nichtbehandlung des betreffenden Tagungsordnungspunktes mit der inoffiziellen Begründung, Italien mache Anstalten, seine Kriegsschiffe abzuziehen, die Sache sei erledigt. Soweit zur Sitzung der Außenminister. Die am gleichen Tag stattfindende Konferenz der Energieminister wie auch die Konferenz der Regierungschefs drei Tage später hatten zwei Fragen im wesentlichen zu lösen: wie die Ausplünderung der Massen im eigenen Land über sogenannte Energiesparmaßnahmen steigern und ihnen dadurch zugleich Bereitschaft zur Duldung, wenn nicht Unterstützung, einer imperialistischen Intervention gegen die erdölexportierenden Länder einzubläuen; und zweitens, wie eine gemeinsame Position gegenüber den US- und japanischen Imperialisten in Tokio finden. Über den ersten Punkt war man sich schnell einig.

Über den zweiten gab es einen Krach zwischen den westdeutschen und den französischen Imperialisten. Diese hatten verlangt, die Preise für das auf dem freien Ölmarkt in Rotterdam gehandelte Rohöl festzulegen, die BRD-Imperialisten lehnten dies ab. Vorhergegangen war vor einigen Wochen eine Spekulation der US-Ölkonzerne, die die Preise in Rotterdam hochtrieb und den EG-Imperialisten zeigen sollte, wer auf dem Weltölmarkt das Sagen hat. Zwar werden auf dem freien Markt in Rotterdam nur relativ geringe Mengen gehandelt, aber die Lieferbeschränkungen der OPEC-Länder haben die Gier der Imperialisten nach jedem Liter Öl gesteigert.

Die französischen Imperialisten erhofften sich durch Festsetzung von Höchstpreisen für das Öl auf dem freien Markt, weniger den Spekulationen ihrer Konkurrenten ausgesetzt zu sein. Sie reagieren da empfindlicher als die westdeutschen und auch britischen Imperialisten. Der Grund liegt in der Verfügung der französischen Imperialisten über nur geringe profitable eigene Vorkommen an Energieträgern, sie importieren derzeit 76% ihrer verbrauchten Energie, und das schränkt ihren Spielraum ein. Anders die westdeutschen und erst recht die britischen Imperialisten, die 56 bzw. 25% ihrer verbrauchten Energie einführen. Die britischen Imperialisten verfügen über eigene konkurrenzfähige Ölquellen in der Nordsee, und die westdeutschen verfügen über große profitable Kohleressourcen und sind derzeit bei der aussichtsreichen Entwicklung von Kohlevergasungsanlagen in großer Tiefe, die auch bisher unrentable Vorkommen profitabel machen werden. Den darauf gegründeten Spielraum durch Preisbindungen zunichte zu machen, sind sie nicht bereit.

Im Ergebnis der Konferenz der Regierungschefs mußten die französischen Imperialisten zurückstecken; beschlossen wurde lediglich eine ständige Beobachtung und Registrierung der Transaktionen auf dem freien Ölmarkt. Entschieden ist vor der Konferenz in Tokio sowieso nichts. Die Widersprüche zwischen den Imperialisten behindern aber ihre Kriegsvorbereitungen gegen die erdölproduzierenden Länder, und die werden das zu nutzen wissen.

,,Nein zu den zionistischen Siedlungen! Ja zu einem unabhängigen Staat Palästina!"

z.erm. Gestützt auf das Camp-David-Abkommen versuchen die US-Imperialisten und das zionistische Kolonialregime, nach Ägypten auch Syrien aus der Front der arabischen Nation herauszubrechen. Kürzlich lancierte Dajan – unter dem passenden Protestgeschrei der ,,extremistischen" Zionisten – den Vorschlag, gegen einen ,,Friedensvertrag" könne Syrien die Golanhöhen zurückerhalten. Statt in diese Leimrute zu treten, haben Syrien und Irak letzte Woche ihren Beschluß, einen gemeinsamen Staat zu bilden und so die Nordfront gegen Israel zu stärken, bekräftigt. Als nächster Schritt wurde die Ausarbeitung einer Verfassung des neuen Staates ,,mit *einer* Regierung und *einer* Armee" festgelegt.

Im Libanon haben die faschistischen Falangistentruppen ihre Überfälle auf die Palästinenser und die libanesische nationale Bewegung verstärkt. Ausgerüstet mit Waffen der Zionisten überfielen sie palästinensische Stellungen im Südlibanon, u.a. die Stadt Nabatiyeh, wo sich das Hauptquartier der palästinensischen und verbündeten libanesischen Truppen befindet. Im Frühjahr hatte Falangistenanführer Haddad einen Separatstaat ,,Südlibanon" ausgerufen. Als Pufferzone zwischen Libanon und Israel sollte er den Zionisten eine Operationsbasis für die Ausweitung der militärischen Aggression

Stellungen zurückgezogen. Den Falangisten gelang es trotz direkter Unterstützung durch die zionistische Armee nicht, den Separat,,staat" gegen die reguläre libanesische Armee zu halten. Inzwischen haben die palästinensischen Streitkräfte ihre Stellungen im Südlibanon wieder eingenommen.

Auf seiner Sitzung am 15.6. beschloß der UNO-Sicherheitsrat die Verlängerung des Mandats für die UNO-Truppen im Südlibanon bis Ende des Jahres. Die US-Imperialisten forderten gleichzeitig ,,verstärktes Vorgehen" der UNO-Truppen gegen die ,,Gewaltakte gegen israelische Bürger". Auf Antrag Libanons hat der Sicherheitsrat in einer Erklärung die Zionisten aufgefordert, ihre Überfälle auf den Libanon und die ,,Unterstützung gewissenloser bewaffneter Gruppen" einzustellen.

Die Sozialimperialisten haben sich bei der Abstimmung enthalten. Zwei Tage später erklärten sie über die TASS-Nachrichtenagentur, es müsse dringend ein ,,internationales Kontingent gegen die gefährlichen Pläne Ägyptens, Israels und der Vereinigten Staaten" aufgestellt werden. Ein

Die kolonialistische Siedlungspolitik zielt auf die Vertreibung der arabischen Bauern von ihrem Land und ihre Verwandlung in Lohnarbeiter für die Zionisten. Seit 1967 haben die Zionisten in der Region Beit Dajan, Westjordanland, 20 artesische Brunnen beschlagnahmt und damit den Bauern die Möglichkeit zur Bewässerung des Landes genommen. 80% des Landes ist heute ausgedörrt, 2000 Bauern mußten ihr Land verlassen.

Tausende palästinensische Arbeiter, Bauern, Studenten und Schüler haben am 17.6. unter den Forderungen: ,,Nein zu zionistischen Siedlungen! Nein zu der Selbstverwaltung der Zionisten! Ja zu einem unabhängigen freien Palästina!" demonstriert und eine Militärsperre zwischen Alon Morie und Nablus durchbrochen. Die palästinensischen Bürgermeister im Westjordanland haben am 20.6. eine Demonstration nach Jerusalem beschlossen.



eine Erklärung gegen die jüngsten Siedlungsprojekte der Zionisten auf

reitschaft zur Duldung, wenn nicht

perialisten. Der Grund liegt in der Ver-

wissen.

,,Nein zu den zionistischen Siedlungen! Ja zu einem unabhängigen Staat Palästina!"

z.erm. Gestützt auf das Camp-David-Abkommen versuchen die US-Imperialisten und das zionistische Kolonialregime, nach Ägypten auch Syrien aus der Front der arabischen Nation herauszubrechen. Kürzlich lancierte Dajan – unter dem passenden Protestgeschrei der ,,extremistischen" Zionisten – den Vorschlag, gegen einen ,,Friedensvertrag" könne Syrien die Golanhöhen zurückerhalten. Statt in diese Leimrute zu treten, haben Syrien und Irak letzte Woche ihren Beschluß, einen gemeinsamen Staat zu bilden und so die Nordfront gegen Israel zu stärken, bekräftigt. Als nächster Schritt wurde die Ausarbeitung einer Verfassung des neuen Staates ,,mit *einer* Regierung und *einer* Armee" festgelegt.

Im Libanon haben die faschistischen Falangistentruppen ihre Überfälle auf die Palästinenser und die libanesische nationale Bewegung verstärkt. Ausgerüstet mit Waffen der Zionisten überfielen sie palästinensische Stellungen im Südlibanon, u.a. die Stadt Nabatiyeh, wo sich das Hauptquartier der palästinensischen und verbündeten libanesischen Truppen befindet. Im Frühjahr hatte Falangistenanführer Haddad einen Separatstaat ,,Südlibanon" ausgerufen. Als Pufferzone zwischen Libanon und Israel sollte er den Zionisten eine Operationsbasis für die Ausweitung der militärischen Aggression gegen den Libanon bieten.

Seit März 1978 haben die Imperialisten zur ,,Sicherung der Souveränität des Libanon" UNO-Truppen in diesem Gebiet stationiert. Um den UNO-Truppen die Möglichkeit zum Eingreifen zugunsten der Falangisten zu nehmen, haben sich die palästinensischen Streitkräfte vorübergehend aus ihren Stellungen zurückgezogen. Den Falangisten gelang es trotz direkter Unterstützung durch die zionistische Armee nicht, den Separat,,staat" gegen die reguläre libanesische Armee zu halten. Inzwischen haben die palästinensischen Streitkräfte ihre Stellungen im Südlibanon wieder eingenommen.

Auf seiner Sitzung am 15.6. beschloß der UNO-Sicherheitsrat die Verlängerung des Mandats für die UNO-Truppen im Südlibanon bis Ende des Jahres. Die US-Imperialisten forderten gleichzeitig ,,verstärktes Vorgehen" der UNO-Truppen gegen die ,,Gewaltakte gegen israelische Bürger". Auf Antrag Libanons hat der Sicherheitsrat in einer Erklärung die Zionisten aufgefordert, ihre Überfälle auf den Libanon und die ,,Unterstützung gewissenloser bewaffneter Gruppen" einzustellen.

Die Sozialimperialisten haben sich bei der Abstimmung enthalten. Zwei Tage später erklärten sie über die TASS-Nachrichtenagentur, es müsse dringend ein ,,internationales Kontingent gegen die gefährlichen Pläne Ägyptens, Israels und der Vereinigten Staaten" aufgestellt werden. Ein ,,Kontingent" mit *ihrer* Beteiligung.

Für die nächsten fünf Jahre haben die Zionisten den Bau von 78 Siedlungen in den besetzten Gebieten beschlossen. Anfang Juni haben sie mit der Installierung von Fertighäusern für eine Großsiedlung in Alon Morie bei Nablus, der größten Stadt im Westjordanland, begonnen.

Die kolonialistische Siedlungspolitik zielt auf die Vertreibung der arabischen Bauern von ihrem Land und ihre Verwandlung in Lohnarbeiter für die Zionisten. Seit 1967 haben die Zionisten in der Region Beit Dajan, Westjordanland, 20 artesische Brunnen beschlagnahmt und damit den Bauern die Möglichkeit zur Bewässerung des Landes genommen. 80% des Landes ist heute ausgedörrt, 2000 Bauern mußten ihr Land verlassen.

Tausende palästinensische Arbeiter, Bauern, Studenten und Schüler haben am 17.6. unter den Forderungen: ,,Nein zu zionistischen Siedlungen! Nein zu der Selbstverwaltung der Zionisten! Ja zu einem unabhängigen freien Palästina!" demonstriert und eine Militärsperre zwischen Alon Morie und Nablus durchbrochen. Die palästinensischen Bürgermeister im Westjordanland haben am 20.6. eine Demonstration nach Jerusalem beschlossen.



,,Die palästinensische Revolution ruft auf, die Reihen zu schließen angesichts der drohenden Gefahr, die sich heute im Libanon konzentriert." (PLO)

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

7. Jg. / Juli 1979 / Nr. 7
Erscheint am 2.7.1979

Inhalt:

Kraft – Die Entwicklung der tanzanischen Landwirtschaft

Volksrepublik China: Die Probleme des täglichen Lebens werden angepackt
Die Entwicklung der Landwirtschaft muß einhergehen mit der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bauernmassen
Wie eine ländliche Kreditgenossenschaft funktioniert
Lebensbedingungen der städtischen Bevölkerung

Gemeinsame Agrarpolitik und Kampf um die Weltagrarmärkte: EG holt auf

,,Das Prinzip Eigennutz" – Buchbesprechung

Schwedische Imperialisten verteidigen ihre Weltmarktposition. Steigende Ausplünderung durch den Staat ist Voraussetzung

Das sowjetische Rentensystem – eine offene Flanke für die Lohndrückerei

Eine ehrenwerte Gesellschaft: Komitee für Demokratie und Sozialismus

Polizeiakademie Hiltrup: ,,Die Niederschlagung von Aufständen in der Weimarer Republik durch die Polizei" – Historische Aufarbeitung für die Pra-

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler / Gesamtauflage: 32000

Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 73 02 34

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 81 40 45, Redakteur: Helge Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221 / 72 08 76-77, Redakteur: Gerd Heinemann

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089 / 53 13 48, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelle internationales SPRL · a.i.n. · agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni 41/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road GB-London, WC1X 8QF

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Straußengasse 7, Tür 4 · 1040 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611 / 73 02 31, Telex 4 13080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611 / 73 02 31 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2



Verbreitungsgebiete und Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung – Bezugsadressen –

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/382168
Bezirksausgabe: Flensburg, Flensburg/Westküste (01) · Kiel, Holstein (02) · Hamburg, Hamburg/Unterelbe (03)

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455
Bezirksausgabe: Bremen, Bremen/Unterweser (04) · Oldenburg, Weser/Ems (05) · Münster, Münsterland/Emsland (06)

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099
Bezirksausgabe: Westberlin, Westberlin (07)

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045
Bezirksausgabe: Hannover, Hannover (08) · Braunschweig, Südostniedersachsen (09) · Bielefeld, Ostwestfalen (10)

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353
Bezirksausgabe: Dortmund, Dortmund/Westliches Westfalen (11) · Essen, Essen/Ruhr (12) · Duisburg, Duisburg/Niederrhein (13) · Düsseldorf, Düsseldorf/Rhein (14)

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77
Bezirksausgabe: Wuppertal, Wuppertal/Bergisches Land (15) · Köln, Köln/Rhein-Sieg (16) · Aachen, Aachen/Grenzland (17) · Koblenz, Koblenz/Mittelrhein (18)

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42
Bezirksausgabe: Kassel, Kassel/Nordhessen (19) · Gießen, Gießen/Sieg-Lahn (20) · Frankfurt, Frankfurt/Südhessen (21) · Mainz, Mainz/Rheinhessen-Taunus (22)

Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38791
Bezirksausgabe: Trier, Trier/Eifel-Hunsrück (23) · Saarbrücken, Saarbrücken/Saarland (24) · Kaiserslautern, Kaiserslautern/Westpfalz (25)

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279
Bezirksausgabe: Mannheim, Rhein-Neckar-Pfalz (26) · Heilbronn, Franken (27) · Karlsruhe, Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald (28)

Geschäftsstelle Nürnberg: Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095
Bezirksausgabe: Würzburg, Unterfranken (29) · Nürnberg, Mittelfranken (30) · Bayreuth, Oberfranken (31)

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582
Bezirksausgabe: Stuttgart, Mittlerer Neckar (32) · Freiburg, Südbaden (33) · Konstanz, Konstanz/Südschwarzwald (34) · Ulm, Ulm/Bodensee (35)

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481
Bezirksausgabe: Regensburg, Mittlere Donau (36) · Landshut, Niederbayern (37) · München, München/Oberbayern (38) · Augsburg, Schwaben (39)

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 10:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

Die Hefte 01 bis 09 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 10 erscheint einmal im Monat, Preis 2,40 DM · Zu beziehen sind die Spezialnachrichtendienste bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2

Türkei und Portugal: Der IWF ist zentrales Instrument der imperialistischen Plünderung

z.pek. Obwohl Portugal mit 8,2% und die Türkei mit 8% 1977 beachtliche Steigerungsraten ihrer Industrieproduktion aufzuweisen und auch ihre Exporte gesteigert hatten, hatte sich das Handelsbilanzdefizit beider Länder weiter erhöht und sie waren zur Neuverschuldung gezwungen. Mit erpresserischen Bedingungen für die Kreditvergabe über den Internationalen Währungsfonds haben die Imperialisten seither eine ständig fortschreitende weitere Verschiebung der Austauschrelationen zuungunsten Portugals und der Türkei durchgesetzt, insbesondere durch erzwungene Veränderung der Währungskurse und staatliche Lohnraubprogramme gegen die Arbeiter.

Portugal

März 1978: Eine Delegation des IWF ist zu Verhandlungen um einen 50-Mio.-Dollar-Kredit in Lissabon eingetroffen. Ein Konsortium imperialistischer Großbanken, vor allem der USA, Britanniens und der BRD, hat einen weiteren 750-Mio.-Dollar-Kredit vom Abschluß der Verhandlungen mit dem IWF abhängig gemacht. Zur Sicherung der Zins- und Schuldenrückzahlungen stellt der IWF folgende Bedingungen: Festsetzung einer staatlichen Lohnleitlinie von 20%, also deutlich unter der Inflationsrate von 30%, Streichung der Subventionen des Staates für Grundnahrungsmittel und Abwertung des Escudo um 12%.

April 1978: Die sozialdemokratische Regierung Soares beschließt den Staatshaushalt für 1978: Erhöhung der Lebensmittelpreise um 21%, der Preise für Strom, Gas, Wasser und der Tarife für öffentliche Verkehrsmittel um 26%. 300000 Arbeiter und Angestellte im Öffentlichen Dienst treten in den Streik, um Lohnerhöhungen über den staatlichen Leitlinien durchzusetzen. Zehntausende Industriearbeiter sowie Angestellte der Großbanken und Hotelbetriebe schließen sich an.

Mai 1978: Der Escudo wird um 6,1% abgewertet, was die portugiesischen Exporte für die Imperialisten billiger und die Importe von Maschinen und Anlagen für Portugal teurer macht. Gleichzeitig sichert Soares dem IWF die fortlaufende Abwertung des Escudo um monatlich 1,25% zu. Kurz darauf „genehmigt" der IWF den Kredit an Portugal.

August 1978: Soares ist mit der Formulierung des IWF-Programms gegenüber den Volksmassen verschlissen und muß zurücktreten. Er wird durch den „unabhängigen" Da Costa ersetzt, der am 28.8. vereidigt wird und dabei erklärt, daß er alle von Soares verabschiedeten Gesetze unverzüglich in Kraft treten lassen wolle. Am 14.9., kaum drei Wochen nach seinem Amtsantritt, wird er durch einen Mißtrauensantrag der Revisionisten und So-

wertung des Escudo um 12%.

April 1978: Die sozialdemokratische Regierung Soares beschließt den Staatshaushalt für 1978: Erhöhung der Lebensmittelpreise um 21%, der Preise für Strom, Gas, Wasser und der Tarife für öffentliche Verkehrsmittel um 26%. 300000 Arbeiter und Angestellte im Öffentlichen Dienst treten in den Streik, um Lohnerhöhungen über den staatlichen Leitlinien durchzusetzen. Zehntausende Industriearbeiter sowie Angestellte der Großbanken und Hotelbetriebe schließen sich an.

Mai 1978: Der Escudo wird um 6,1% abgewertet, was die portugiesischen Exporte für die Imperialisten billiger und die Importe von Maschinen und Anlagen für Portugal teurer macht. Gleichzeitig sichert Soares dem IWF die fortlaufende Abwertung des Escudo um monatlich 1,25% zu. Kurz darauf „genehmigt" der IWF den Kredit an Portugal.

August 1978: Soares ist mit der Formulierung des IWF-Programms gegenüber den Volksmassen verschlissen und muß zurücktreten. Er wird durch den „unabhängigen" Da Costa ersetzt, der am 28.8. vereidigt wird und dabei erklärt, daß er alle von Soares verabschiedeten Gesetze unverzüglich in Kraft treten lassen wolle. Am 14.9., kaum drei Wochen nach seinem Amtsantritt, wird er durch einen Mißtrauensantrag der Revisionisten und So-
zialdemokraten im Parlament zu Fall gebracht. Als neuer Vollstrecker des IWF-Programms wird der „Parteilose" Mota Pinto eingesetzt.

Januar 1979: Eine Delegation des IWF hat sich zu Verhandlungen über neue Kredite angekündigt. Nach deren Forderungen soll im Namen der „Kreditwürdigkeit" Portugals „der Prozeß der Rückgabe von illegal besetztem Land beschleunigt werden". Mota Pinto ordnet die zwangsweise Enteignung von 117 Kollektivgütern im Alentejo- und Ribatejogebiet an und läßt durch den Einsatz der Nationalgarde 20000 Hektar Land und tausende von Rindern und Schweinen beschlagnahmen. Am 24. Januar veranstalten die Bauern in 32 Städten Massenversammlungen zur Verteidigung der Landreform. Die Industriearbeiter im Raum Lissabon und Sebutal führen zur Unterstützung der Bauern Streiks zwischen dreißig Minuten und vier Stunden durch.

März 1979: In Lissabon und neun weiteren Städten demonstrieren hunderttausende Arbeiter gegen das Ausplünderungs- und Rationalisierungsprogramm der Regierung Mota Pinto und fordern dessen Sturz. Allein in Lissabon nehmen am 17. März 500000 Arbeiter an Demonstrationen teil, die von den Arbeiterkommissionen der Industriebetriebe und Kollektivgüter und der Gewerkschaftsdachorganisation Intersyndical organisiert waren.

6. Juni 1979: Das portugiesische Parlament verabschiedet den Staatshaushalt für 1979. Mota Pinto traut es sich nicht mehr zu, das Ausplünderungsprogramm gegen die Volksmassen durchzusetzen und tritt zurück.

Türkei

März 1978: Die Regierung gibt die Abwertung der türkischen Lira um 25% bekannt, wie dies als Teil der Bedingungen des IWF für einen 450-Mio.-Dollar-Kredit gefordert worden war.

Mai 1978: Gegen die Zusage der Regierung, mit den Gewerkschaften einen „Sozialvertrag" abzuschließen, mit dem Lohnerhöhungen unter der Preissteigerungsrate von 60% gehalten werden sollen, gibt der IWF die erste Rate seines „Beistandskredits" in Höhe von 200 Mio. Dollar frei. In zahlreichen Streikkämpfen setzen sich die türkischen Arbeiter gegen das Lohnraubprogramm des „Sozialvertrags" zur Wehr und setzen Lohnerhöhungen bis zu 150% durch.

Oktober 1978: Der IWF stoppt die Auszahlung der vereinbarten Kreditraten wegen „Nichteinhaltung der Bedingungen" durch die Türkei. Die weiteren Raten sollen nur nach drastischen Abwertungen der türkischen Lira und der vollen Durchsetzung des „Sozialvertrags" gegen die Arbeiter ausbezahlt werden. Ecevit laviert, indem er kleinere Abwertungen vornimmt und im übrigen die ständigen Erpressungen des IWF zurückweist.

Die Kapitalisten der USA haben sich mit Hilfe ihrer Regierung darangemacht, eine Sonderagentur zur Eintreibung überfälliger Lieferforderungen von der Türkei einzurichten. Da die Türkei über bare Devisen kaum verfügt, soll die „Turam-Gesellschaft" Naturalien zusammenraffen, die dann über das Verkaufsnetz der US-Konzerne verschachert werden. Auf der Beschlagnahmeliste stehen „überwiegend nichttraditionelle Produkte wie Textilien, synthetische Fasern, Chemikalien, Antibiotika, Klimaanlagen und Fernsehapparate". (Business Europe, 8.6.79)

Mai 1979: Unter Federführung der BRD-Imperialisten und ihrem „Türkeibeauftragten" Leisler-Kiep hat die OECD ein „Hilfsprogramm" für die Türkei beschlossen, in dem Kredite von insgesamt 1,5 Mrd. Dollar zusammengefaßt sind. Entscheidende Bedingung für die Vergabe ist „der Abschluß der Verhandlungen mit dem IWF", d.h. neuerliche drastische Währungsabwertung, um die Exportprodukte der Türkei zu einem Spottpreis für die Imperialisten verfügbar zu machen.

11. Juni 1979: Als „Schlußpunkt der Verhandlungen mit dem IWF" gibt die türkische Regierung die Abwertung der Lira um 43,7% bekannt.



zusetzen und tritt zurück.

Türkei

März 1978: Die Regierung gibt die Abwertung der türkischen Lira um 25% bekannt, wie dies als Teil der Bedingungen des IWF für einen 450-Mio.-Dollar-Kredit gefordert worden war.

Mai 1978: Gegen die Zusage der Regierung, mit den Gewerkschaften einen „Sozialvertrag" abzuschließen, mit dem Lohnerhöhungen unter der Preissteigerungsrate von 60% gehalten werden sollen, gibt der IWF die erste Rate seines „Beistandskredits" in Höhe von 200 Mio. Dollar frei. In zahlreichen

BRD-Imperialisten und ihrem „Türkeibeauftragten" Leisler-Kiep hat die OECD ein „Hilfsprogramm" für die Türkei beschlossen, in dem Kredite von insgesamt 1,5 Mrd. Dollar zusammengefaßt sind. Entscheidende Bedingung für die Vergabe ist „der Abschluß der Verhandlungen mit dem IWF", d.h. neuerliche drastische Währungsabwertung, um die Exportprodukte der Türkei zu einem Spottpreis für die Imperialisten verfügbar zu machen.

11. Juni 1979: Als „Schlußpunkt der Verhandlungen mit dem IWF" gibt die türkische Regierung die Abwertung der Lira um 43,7% bekannt.



Panasqueira, Portugal: Unterstützung des Bergarbeiterstreiks (Juni 79)

Imperialistische Konkurrenz um die Ausbeutung und Ausplünderung Ägyptens im Jahre 1884. Mosse (Frankreich): Wenn Sie es nicht führen können, mon cher, lassen Sie mich. John Bill (England): Nein danke. Wenn ich es nicht führen kann, werde ich es reiten.

Wohin geht die Baumwolle Ägyptens?

Lieferstopp für SU / US-Imperialisten errichten Textilwerk

z.rül. 1977 exportierte Ägypten für 710 Mio. Dollar Baumwolle, Baumwollgarne und -textilien. 461 Mio. Dollar davon oder 27% des gesamten Warenexports bestand aus Rohbaumwolle, das sind 120000 Tonnen von einer Ernte von 440000 Tonnen, die sich die Imperialisten zu einem Preis von 3,84 Dollar je kg unter den Nagel rissen. Um eine Tonne Zement von den Imperialisten zu kaufen, mußte Ägypten 1972 51 kg Baumwolle exportieren, gegenüber 38 kg 1953.

140 Jahre, nachdem die britischen Kolonialisten begannen, Ägypten eine Baumwollmonokultur zur Versorgung ihrer Textilindustrie mit billigen Rohstoffen aufzuzwingen, bauen die ägyptischen Bauern – 95% besaßen unter 2,1 Hektar Land, 44% verdienten weniger als das offizielle Existenzminimum von 390 Dollar im Jahr – immer noch auf 20% der landwirtschaftlichen Nutzfläche Baumwolle an.

Die ägyptische Regierung versuchte in den letzten Jahren, die Produktion von Baumwolle durch staatlich festgelegte Preise und Aufkaufmengen einzuschränken und die Produktion von Nahrungsmitteln auszuweiten. Dennoch mußte Ägypten 1977 allein 4,3 Mio. Tonnen Weizen importieren, vor allem von den US-Imperialisten, und zählt damit zu den größten Weizenimporteuren der Welt. Die gesamten Nahrungsmitteleinfuhren beliefen sich auf über eine Mrd. Dollar, das sind über 50% des Warenexporterlöses.

Seit Anfang der 60er Jahre bis 1977 waren die Sozialimperialisten die Hauptabnehmer der ägyptischen Baumwolle. Zuerst zur Rückzahlung der Kredite für den Assuan-Staudamm, dann zur Bezahlung ihrer „brüderlichen" Waffenlieferungen hatten sie sich über langfristige Verträge den größten Teil der Exporte gesichert.

Baumwollexporte Ägyptens (in 1000 Tonnen)

Land	1970/71	74/75	75/76
UdSSR	97250	81050	21200
CSSR	21350	25350	14850
Polen	11200	12150	5150
Japan	28900	5200	23300
BRD	12700	13500	4950
Italien	14450	4600	7050
Britannien	5100	1300	1300
gesamt	303650	208650	146800

Im August 1977 kündigte die Regierung den „Freundschaftsvertrag" mit den Sozialimperialisten und stoppte die Baumwollieferungen. Seitdem kaufen die japanischen Imperialisten den größten Teil der Ernte, nur übertroffen von den vereinigten EG-Imperialisten, die 1976 zusammen 13,5% der Exporte abnahmen.

Zur Bezahlung der Auslandsschulden von inzwischen über 12 Mrd. Dollar, für die Ägypten dieses Jahr 1,25



Mrd. Dollar Zins und Tilgung an die Imperialisten zahlen muß – noch 1977 ging ein Drittel davon an die Sozialimperialisten und andere Länder des Comecon –, zwangen sie die Regierung zur erneuten Ausweitung der Baumwollproduktion. Anfang des Jahres beschloß die Regierung, die Subventionen für den Anbau von Baumwolle von 34,3 Dollar je Hektar auf 51,7 Dollar je Hektar zu erhöhen.

Nachdem sie verschiedene Erpressungen über den IWF landen konnten, wie 1977 die Abwertung des ägyptischen Pfundes um 60%, halten die US-Imperialisten jetzt die Zeit für gekommen, sich die Textilindustrie des Landes erneut zu unterwerfen. Die ägyptische Textilindustrie – zu über ¾ staatlich – verarbeitet den größten Teil der Baumwollproduktion und deckt den Bedarf des Landes. Für 1,2 Mrd. Dollar planen die US-Imperialisten die Errichtung von drei großen

tischen Bauern – 95% besaßen unter 2,1 Hektar Land, 44% verdienten weniger als das offizielle Existenzminimum von 390 Dollar im Jahr – immer noch auf 20% der landwirtschaftlichen Nutzfläche Baumwolle an.

Die ägyptische Regierung versuchte in den letzten Jahren, die Produktion von Baumwolle durch staatlich festgelegte Preise und Aufkaufmengen einzuschränken und die Produktion von Nahrungsmitteln auszuweiten. Dennoch mußte Ägypten 1977 allein 4,3 Mio. Tonnen Weizen importieren, vor allem von den US-Imperialisten, und zählt damit zu den größten Weizenimporteuren der Welt. Die gesamten Nahrungsmitteleinfuhren beliefen sich auf über eine Mrd. Dollar, das sind über 50% des Warenexporterlöses.

Seit Anfang der 60er Jahre bis 1977 waren die Sozialimperialisten die Hauptabnehmer der ägyptischen Baumwolle. Zuerst zur Rückzahlung der Kredite für den Assuan-Staudamm, dann zur Bezahlung ihrer „brüderlichen" Waffenlieferungen hatten sie sich über langfristige Verträge den größten Teil der Exporte gesichert.

Baumwollexporte Ägyptens (in 1000 Tonnen)



Mrd. Dollar Zins und Tilgung an die Imperialisten zahlen muß – noch 1977 ging ein Drittel davon an die Sozialimperialisten und andere Länder des Comecon –, zwangen sie die Regierung zur erneuten Ausweitung der Baumwollproduktion. Anfang des Jahres beschloß die Regierung, die Subventionen für den Anbau von Baumwolle von 34,3 Dollar je Hektar auf 51,7 Dollar je Hektar zu erhöhen.

Nachdem sie verschiedene Erpressungen über den IWF landen konnten, wie 1977 die Abwertung des ägyptischen Pfundes um 60%, halten die US-Imperialisten jetzt die Zeit für gekommen, sich die Textilindustrie des Landes erneut zu unterwerfen. Die ägyptische Textilindustrie – zu über ¾ staatlich – verarbeitet den größten Teil der Baumwollproduktion und deckt den Bedarf des Landes. Für 1,2 Mrd. Dollar planen die US-Imperialisten die Errichtung von drei großen
Werken bei Al Ameriya, in denen sie 40000 Textilarbeiter zu einem Lohn von etwa 72 Dollar im Monat ausbeuten wollen. Die Errichtung dieser Werke würde die erneute Vernichtung oder Unterwerfung der ägyptischen Textilindustrie durch die Imperialisten bedeuten und ist noch nicht entschieden.

VR China entwickelt ihre Wirtschaftskraft und nutzt Kredite

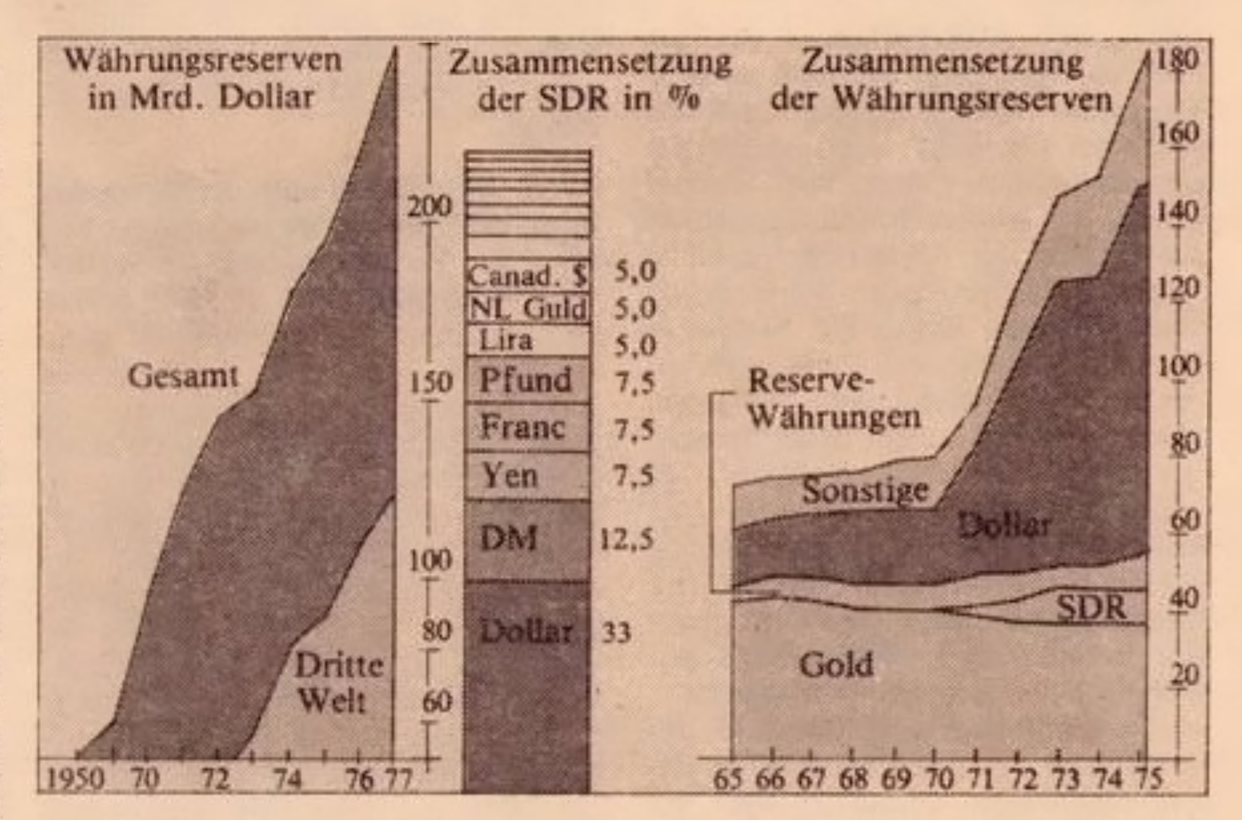
z.mif. In den letzten beiden Jahren hat das chinesische Volk große Anstrengungen unternommen, die von der „Viererbande" an den Rand des Ruins gebrachte Volkswirtschaft wiederherzustellen und weiterzuentwickeln. Der industrielle Bruttoproduktionswert lag 1977 um 14,3% über dem von 1976 und 1978 um etwa 12 Prozent über dem von 1977. Im Zuge der Wiederherstellung und Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft sind die staatlichen Einnahmen sprunghaft gewachsen, sie betrugen 1978 um die Hälfte mehr als 1976. Die dringend erforderlichen Investitionen können dadurch in der Hauptsache aus der inländischen Akkumulation getätigt werden.

Die Grundlage der chinesischen Volkswirtschaft ist die Landwirtschaft. Ohne Entwicklung der Landwirtschaft können die grundlegenden Bedürfnisse der Massen nicht befriedigt werden. „Es ist von daher erforderlich, daß wir in erster Linie die sozialistische Initiative der Bauernmassen zur Geltung bringen und die Landwirtschaft so schnell wie möglich vorantreiben. Beim Aufbau der Industrie müssen wir besonders auf die Unterstützung der Landwirtschaft achten", erkärte der Vizevorsitzende der Staatlichen Kommission für Investbau, Han Guang. (Beijing Rundschau, 27.3.79)

Für die Entwicklung der Leicht- und Schwerindustrie führt die VR China fortgeschrittene Technik aus dem Ausland ein. Sie hat das früher getan und tut es heute verstärkt, um die Modernisierung des Landes voranzutreiben. Durch Übernahme technischer Erkenntnisse und Fertigkeiten aus kapitalistischen Ländern erspart sich die VR China Forschungsaufwendungen in großem Ausmaß. Sie verfährt bei den importierten Anlagen nach dem Grundsatz „Zuerst anwenden, dann studieren, umgestalten und Neues schaffen". Dafür ist die Hebung des wissenschaftlich-technischen Niveaus von elementarer Bedeutung. In den Schulen und in allen Zweigen der gesellschaftlichen Produktion sind die Anstrengungen zur Hebung des wissenschaftlich-technischen Niveaus gewaltig. In vielen Städten werden Fernseh- und Rundfunkhochschulen sowie Schulen für das Fernstudium errichtet; der Staat hat die Gründung von 153 neuen Hochschulen beschlossen.

Zur Beschleunigung des Wirtschaftsaufbaus nutzt die chinesische Regierung ihre internationalen Kreditmöglichkeiten. Die imperialistischen Banken lauern seit Jahren darauf, über den Zins sich Teile des Mehrprodukts der chinesischen Arbeiter und Bauern anzueignen, jedoch ist die Volksrepublik China durch ihre konsequente Unterstützung des Zusammenschlusses der Dritten Welt in der Lage, günstige Kredite zu erhalten. Den ersten Großkredit erhielt sie im April von einem arabischen Bankenkonsortium mit einem Volumen von 500 Mio. Dollar. Der Kredit ist nicht an Exporte gebunden und gebührenfrei; die Zinsrate liegt nur ½% über der banküblichen Londoner Rate (Libor). Auf der derzeitigen Tagung des V. Nationalen Volkskongresses werden die nächsten Schritte im Kampf gegen die wirtschaftlichen Probleme beraten und festgelegt.

Das Dollarregime führt im IWF das Kommando



1944 bei Gründung des IWF wird der Dollar, die Währung der dominierenden imperialistischen Macht, als Leitwährung und weltweites Instrument für den Raubzug gegen die Dritte Welt institutionalisiert. Auch als 1969 die Goldbindung des Dollar aufgehoben und das *Sonderziehungsrecht* als Währungseinheit eingeführt wird, bleibt das Dollarregime als Grundlage der ökonomischen Erpressung der Länder der Dritten Welt erhalten: in die Wertbestimmung des SDR fließt der Dollar mit 33% ein, die DM folgt mit Abstand mit einem Anteil von 12,5%.

z.ges. **Am Freitag, den 22. Juni, fand in Bonn die erste Sitzung der von CDU und CSU gebildeten „Strategie-Kommission" statt, in der Aufmarschplan und Kanzlerkandidatur dieser beiden Parteien für die Bundestagswahlen geklärt werden soll.** Zunächst ging es um Schulen, Energieprogramm und „Parteienlandschaft". Die Kanzlerkandidatur hätte erst am Rande eine Rolle gespielt. Die CDU hat Albrecht durch einen Vorstandsbeschluß als Kanzlerkandidaten vorgeschlagen. Die CSU hat durch Zimmermann und Stoiber lediglich mitteilen lassen, daß Strauß als Kandidat zur Verfügung stünde und diese Mitteilung später durch den Vorstand begrüßen lassen. Das Straußangebot hat so den Charakter der souveränen Entscheidung einer unangefochtenen Persönlichkeit, während Albrecht ein Vorstandsvotum der CDU für sich hat, das sich aber jederzeit ändern kann. Während Albrecht als Diener der Union aufzutreten versucht, ist Strauß der Dienste der CSU sicher. Die Stellung des Albrecht ist instabil und bereits unterhöhlt. Jedes Manöver und jede zwielichtige Äußerung eines der CDU-Präsiden, die ihn gekürt haben, untergräbt seine Stellung, während die CSU, nach ihrem Programm befragt, durch Generalsekretär Stoiber seelenruhig mitteilen läßt, ihr Programm sei Strauß. Der CDU-Vorstand hat Albrecht die Kandidatur angeboten, Strauß hat dem CDU-Vorstand seine Kandidatur angeboten. Die Kanzlerkandidatur Albrechts kann durch den CDU-Vorstand zurückgenommen werden. Straußens Kandidatur steht, auch wenn sie vom CDU-Vorstand nicht angenommen wird. Bundeskanzler Schmidt wird „Charisma" nachgesagt, was heißen soll, daß er sich nicht mittels Überzeugung durchsetzen muß, sondern daß seine Stellung so überzeugend sei, daß er alles durchsetzen kann. Die bürgerlichen Parteien sind auf solche Figuren angewiesen und erzeugen sie bewußt, denn als bürgerliche Parteien müssen sie ihre Politik nicht nur gegen ihre Wähler, sondern gegen einen beträchtlichen Teil ihrer Mitgliedschaft durchsetzen, die in der Mehrheit nicht aus Bourgeois, sondern aus Angehörigen der Volksklassen besteht. Ohne Charisma keine Einheit, ohne „Einheit" aber keine großen bürgerlichen Parteien, auf die die Bourgeoisie angewiesen ist, wenn sie nicht zur offen terroristischen Herrschaft übergeht. Daß die offen terroristische Herrschaft erst recht nicht ohne Charisma eines Führers auskommt, versteht sich. Strauß ist die Gegenfigur des Schmidt, und ohne eine solche Gegenfigur ist die CDU/CSU für die Bourgeoisie nicht viel wert. Gegenüber Schmidt und Strauß ist Albrecht fast „demokratisch" gekürt. In den bürgerlichen Parteien ist das eine Schwäche und keine Stärke, weil die Personalfrage offen bleibt, statt daß durch die Personalentscheidung auch die Programmfragen entschieden wären. Die bürgerlichen Parteien kennen keine Wahl und Abwahl, auch wenn sie sich dieser Formen bedienen. Sie kennen nur Schilderhebung und Demonta-

Rentenkürzung heraus, und von der Methode her ist beides nichts anderes als eine Steuer auf die Rente. Der Unterschied besteht bloß darin, daß bei der Nettokürzung auf Grundlage eines Durchschnittssatzes dicke wie dünne Renten prozentual gleich belastet würden, während bei der Besteuerung eine Progression eingebaut werden könnte wie bei der Lohnsteuer. Natürlich haben die liberalen Großverdiener den für sie persönlich schmerzlosesten Weg gewählt – eine Sache, die bestimmt noch auffliegen wird und der SPD die Luft läßt, das ungerechte Nettokürzen gegen das gerechte Besteuerungskürzen auszuspielen als Sachwalter der kleinen Rentner, so daß am Schluß die Rente nicht nur perfekt gekürzt, sondern der Bourgeoisie gleich noch ein weiteres widerliches Instrumentarium für zukünftige Rentenmanöver an die Hand gegeben wäre. Die übrigen Rententhesen sind nicht weniger bösartig.

z.hev. **Auf dem 18. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Nürnberg – Motto: zur Hoffnung berufen – gab es für Kanzler Schmidt, ansonsten mit viel Beifall bedacht, Pfiffe und Buh-Rufe, als er sich für die Kernenergie einsetzte:** „Und jetzt wird viele der Zukunftsangst ... auf die Kernenergie projiziert ... Ich wehre mich dagegen, daß Foren oder Amtspersonen meiner Kirche sich zu Sprechern der Lebensangst machen. Das ist nicht ihres Amtes." Ganz anders Erhard Eppler, Landesvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg und Vorstandsmitglied des Kirchentags. Er konnte „in Beifall baden" (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt): „In 35 Jahren Frieden haben wir ... mehr zerstört als im Krieg." Es sei nicht sentimental, wenn man auf den Feldern meist vergebens nach Korn- und Mohnblumen suche, es sei kein Verzicht, wenn man, statt mit dem Auto mit dem Zug oder dem Fahrrad fahre, selbst unvergiftetes Gemüse anbaue, sich einen Sonnenkollektor aufs Dach pflanze und Solidarität in der *kleinen* Gruppe suche. Es gebe auch keine Energielücke, sondern vielmehr eine Phantasielücke. Phantasie solle man zum Stromsparen einsetzen, dann brauche man auch keine Kernkraftwerke Das SPD-Spiel mit verteilten Rollen funktionierte. Auf Epplers Linie dabei der Umweltpfarrer Kurt Oeser und Professor Günter Altner: Seine Aussage gipfelte in dem Satz: „Ohne individuelle Bereitschaft zum Verzicht brauchen wir gar nicht erst anzutreten!" Der wurde gleich praktisch eingeübt. Die Veranstaltungen dieser Diskussionsreihe fanden in einem Saal statt, in dem aus Energiespargründen die Lichter gelöscht wurden, 200 Teilnehmer waren mit Fahrrädern angereist, die sie als „kommunale Fahrräder" anboten und schließlich nach Lindau am Bodensee verschachern konnten. Die abschließende „ökologische Erklärung" wurde auf Altpapier gedruckt – allerdings nur einseitig, wie ein Teilnehmer solche Verschwendung beklagte. Jedes Grüppchen durfte sich weitgehend alternativ auf dem Krämermarkt der

Auf die Ausbeutung der Frauen gründen die Elektrokapitalisten ihre Marktposition

r.brr. Von den 65778 in der Westberliner Elektroindustrie Beschäftigten sind 33875 Frauen. Wenn die Interessen dieser wohl gedrücktesten Schicht der Arbeiter keinen Eingang finden in die Forderungen der IG Metall zur kommenden Lohnbewegung, wird von einem guten Ergebnis keine Rede sein können.

Der Anteil der Frauen an den Arbeitern in der Elektroindustrie betrug 1951 35,3%, 1961 38,5%, 1971 41,0% und 1978 51,5%. Der Anteil der Arbeiterinnen in der Elektroindustrie zu den lohnabhängigen Frauen überhaupt betrug 1978 bereits nahezu 60%. Wer führt diese große Armee in der Lohnbewegung? Was die IG Metall in bezug auf Besserung der Lage der arbeitenden Frauen unternommen hat, ist zum großen Teil erfolglos gewesen. Zwar wurde 1960 eine bis dahin bestehende Extra-Lohngruppe für Frauen durch Bestreben der IG Metall abgeschafft. Fortan wurden die Frauen nicht mehr zu 63% vom Facharbeitenecklohn bezahlt, sondern zu 70%, jedoch männliche Hilfsarbeiter, vorher mit 75% vom Facharbeitenecklohn abgegolten, bekamen ebenfalls nur noch 70%. Eine fabelhafte Gleichbehandlung also solcher Art, wie sie in den jüngsten Maßnahmen der Siemens-Kapitalisten ihre Fortsetzung findet, indem nämlich männliche Arbeiter im Fernschreiberwerk erstmals in der niedrigsten Lohngruppe, der Lohngruppe 1, eingestellt wurden. Diese Art „Gleichbehandlung" ist gleichzusetzen mit fortgesetztem Lohndruck auf die unteren Lohngruppen, die Frauen in der Hauptsache, aber auch männliche Arbeiter trifft. Wie einige im IG Metall-Vorstand auf diese Gleichbehandlung auch noch stolz sein können, bleibt im Dunkeln.

Erreicht haben diese „Gleichbehandlungspropagandisten" jedenfalls, daß im Jahre 1978 68,9% der Arbeiterinnen in der Elektroindustrie Westberlins in den unteren beiden Lohngruppen beschäftigt sind, gegenüber 55,3% noch 1970, und neuerdings auch Männer zu diesen Lohngruppen hinzustoßen. Deutlicher noch sind die Zahlen in den Betrieben der Elektroindustrie, wo ausschließlich Bauelemente der Elektronik und Elektromechanik hergestellt werden. Bei Standard Elektrik Lorenz Westberlin arbeiten 99,3% aller Arbeiterinnen in den unteren beiden Lohngruppen.

Diese Frauen, die im Akkord arbeiten, verdienten nach den amtlichen Statistiken durchschnittlich im Jahre 1978 9,50 DM. Der Lohn der in den unteren Lohngruppen beschäftigten männlichen Arbeiter war zu diesem Zeitpunkt um 33 Pfennig im Durchschnitt höher. Acht Jahre vorher betrug die Differenz noch 42 Pfennig. Ein Erfolg der Gleichbehandlung – mitnichten; ein Erfolg des Lohndrucks auch auf die in den unteren Lohngruppen beschäftigten Männer. 1978 arbeiteten immerhin schon 5,1% aller männlichen Arbeiter in der Westberliner Elektroindustrie in den untersten Lohngruppen, was eine Steigerung von 45% gegenüber 1975 bedeutet. Dementsprechend verändert sich auch die Differenz der durchschnittlich gezahlten Löhne aller Arbeiter zwischen Männern und Frauen, die 1977 noch 2,40 DM, 1978 dann 2,23 DM betrug.

Als Ergebnis dieser Entwicklungen stellen wir in der Endmontage des Siemens-Fernschreiberwerkes folgende Lohnverteilungen fest. In der ersten Arbeitsgruppe sind von den 16 Arbeitern 60% Frauen, alle arbeiten im Akkord, eingestuft in die Lohngruppe 3. Bei 180- bis 190prozentiger Abrechnung erzielen sie 10,80 bis 12 DM pro Stunde. In der zweiten Arbeitsgruppe arbeiten 5 Frauen in der Lohngruppe 1 im Akkord. In der dritten Arbeitsgruppe arbeiten 2 Frauen und 2 Männer in der Lohngruppe 1 im Akkord. Dazu kommen 3 Einrichter, die in der Lohngruppe 5 auch nicht mehr als zwischen 10,50 DM und 12 DM verdienen. Der Fernschreiber wird in Stückzahlen zu 300 pro Tag von 1000 Beschäftigten produziert gegenüber dem Vorläufer, der noch in Stückzahlen von 100 bis 150 pro Tag von 1600 Beschäftigten produziert wurde.

Die Bedingungen für eine Abrechnung mit den Kapitalisten in der Lohnbewegung sind nicht schlecht. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Arbeiterinnen in der Elektroindustrie stieg von 1970 bis 1978 immerhin von 20 auf 25%.

Teilzeitarbeit – niedrige Lohngruppen, mehr Arbeit

r.reb. „Bosch schafft Arbeitsplätze". „Zur Erleichterung der Doppelbelastung von Beruf und Haushalt bei arbeitenden Frauen" weitet die Bosch-Gruppe in diesem Jahr die Zahl der Teilzeitarbeitsplätze von 2700 auf 3800 aus. Bei großen Serienproduktionen, in der Laufwerkfertigung, an den Wickelmaschinen, in der Hybridfertigung wird bei Blaupunkt die Teilzeit angewandt. Für die Spätschichten an den Datensichtgeräten werden laufend Teilzeit-Datentypistinnen gesucht.

Über die Erleichterung wissen die betroffenen Frauen allerdings anderes zu berichten. Man kann die Arbeit nicht länger als vier Stunden machen! Die Frauen, die ganztags arbeiten, weigern sich z.B., an den Mikroskopen länger als vier Stunden zu arbeiten. Trotzdem brauchen sie nach kurzer Zeit schon Brillen. „Vorteil hat nur Blaupunkt davon, wir machen ja in einer Abendschicht 20 % weniger Ausschuß als eine Achtstundenfrau in vier Stunden", dafür verdienen sie weniger. Sie arbeiten in Akkord in Lohngruppe 1. Im Mai verdiente eine Teilzeitarbeiterin bei einer Akkordleistung von 123 % 762,08 DM brutto.



Der Kapitalist zahlt nicht den Wirkungsgrad der Arbeit, sondern die Arbeitszeit. Der Wirkungsgrad der Arbeit nimmt proportional zu ihrer Dauer ab. Die Teil-

Kandidatur angeboten. Die Kanzlerkandidatur Albrechts kann durch den CDU-Vorstand zurückgenommen werden. Straußens Kandidatur steht, auch wenn sie vom CDU-Vorstand nicht angenommen wird. Bundeskanzler Schmidt wird „Charisma" nachgesagt, was heißen soll, daß er sich nicht mittels Überzeugung durchsetzen muß, sondern daß seine Stellung so überzeugend sei, daß er alles durchsetzen kann. Die bürgerlichen Parteien sind auf solche Figuren angewiesen und erzeugen sie bewußt, denn als bürgerliche Parteien müssen sie ihre Politik nicht nur gegen ihre Wähler, sondern gegen einen beträchtlichen Teil ihrer Mitgliedschaft durchsetzen, die in der Mehrheit nicht aus Bourgeois, sondern aus Angehörigen der Volksklassen besteht. Ohne Charisma keine Einheit, ohne „Einheit" aber keine großen bürgerlichen Parteien, auf die die Bourgeoisie angewiesen ist, wenn sie nicht zur offen terroristischen Herrschaft übergeht. Daß die offen terroristische Herrschaft erst recht nicht ohne Charisma eines Führers auskommt, versteht sich. Strauß ist die Gegenfigur des Schmidt, und ohne eine solche Gegenfigur ist die CDU/CSU für die Bourgeoisie nicht viel wert. Gegenüber Schmidt und Strauß ist Albrecht fast „demokratisch" gekürt. In den bürgerlichen Parteien ist das eine Schwäche und keine Stärke, weil die Personalfrage offen bleibt, statt daß durch die Personalentscheidung auch die Programmfragen entschieden wären. Die bürgerlichen Parteien kennen keine Wahl und Abwahl, auch wenn sie sich dieser Formen bedienen. Sie kennen nur Schilderhebung und Demonta-ge. Dregger hat einen halbseidenen Vorschlag zwecks „demokratischer" Entscheidung der Kanzlerkandidatur gemacht. Ein Wahlmännergremium soll entscheiden. Schon hat Strauß abgewinkt. Eine Kandidatur auf Grund einer wie immer gearteten Mehrheitsentscheidung stört das ganze Arrangement. Die parlamentarische Demokratie ist längst auf einen „Kampf der Titanen" heruntergekommen, wo das Kampfgetöse einen um den Verstand bringen soll.

z.hev. **Der FDP-Parteitag, der am 17.6. zu Ende ging, beschloß auch 32 Thesen zur Alterssicherung.** Sie sollen besonders „ehrlich" sein, um die Regierungskoalition nicht noch einmal wie bei der letzten Bundestagswahl in den Geruch der offenen Betrüger zu bringen. Die von allen bürgerlichen Medien gelobte Ehrlichkeit besteht in der Ankündigung, daß die Renten zukünftig entsprechend dem Nettolohn gedrückt werden sollen. In der Sprachregelung des Parteitages heißt das, daß „die *verfügbaren* Einkommen der Rentner und der Versicherten künftig im Gleichschritt steigen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung). Die Nettoregelung ist eine von „beiden möglichen Wegen", die Renten „anzupassen", wie das schon Professor Meinhold, der Vorsitzende des Sozialbeirates, in seinem diesjährigen Gutachten über die Rentenfinanzierung gesehen hat. Der andere ist die Besteuerung der Renten. Beide, so Meinhold, machten „Entscheidungen außerhalb der Rentenversicherungssphäre notwendig". Politische Entscheidungen also, denn vom Ergebnis her kommt in jedem Fall eine

tes." Ganz anders Erhard Eppler, Landesvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg und Vorstandsmitglied des Kirchentags. Er konnte „in Beifall baden" (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt): „In 35 Jahren Frieden haben wir ... mehr zerstört als im Krieg." Es sei nicht sentimental, wenn man auf den Feldern meist vergebens nach Korn- und Mohnblumen suche, es sei kein Verzicht, wenn man, statt mit dem Auto mit dem Zug oder dem Fahrrad fahre, selbst unvergiftetes Gemüse anbaue, sich einen Sonnenkollektor aufs Dach pflanze und Solidarität in der *kleinen* Gruppe suche. Es gebe auch keine Energielücke, sondern vielmehr eine Phantasielücke. Phantasie solle man zum Stromsparen einsetzen, dann brauche man auch keine Kernkraftwerke Das SPD-Spiel mit verteilten Rollen funktionierte. Auf Epplers Linie dabei der Umweltpfarrer Kurt Oeser und Professor Günter Altner: Seine Aussage gipfelte in dem Satz: „Ohne individuelle Bereitschaft zum Verzicht brauchen wir gar nicht erst anzutreten!" Der wurde gleich praktisch eingeübt. Die Veranstaltungen dieser Diskussionsreihe fanden in einem Saal statt, in dem aus Energiespargründen die Lichter gelöscht wurden, 200 Teilnehmer waren mit Fahrrädern angereist, die sie als „kommunale Fahrräder" anboten und schließlich nach Lindau am Bodensee verschachern konnten. Die abschließende „ökologische Erklärung" wurde auf Altpapier gedruckt – allerdings nur einseitig, wie ein Teilnehmer solche Verschwendung beklagte. Jedes Grüppchen durfte sich weitgehend alternativ auf dem Krämermarkt der Möglichkeiten darstellen. Begeisterte sich Kirchentagspräsident Klaus von Bismarck: „Diese neue Breite und Tiefe der Frömmigkeit ... Es ist freilich nicht die gewohnte Kirchlichkeit, Kirchlichkeit und Frömmigkeit decken sich nicht mehr unbedingt." Aber eben Hauptsache fromm. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, beschwor die Frömmigkeit, um für sein zwangsarbeitsmarktpolitisches Programm zu werben: „Wer sich Christ nennt, kann nicht nur das tun wollen, was ihm Spaß macht." *So* fromm allerdings sind die Alternativen doch nicht. Er bekam dafür mehr Protest als Beifall.

z.joh. **Anfang Juli muß der Bundestag nach 1953, 60, 65, 69 ein weiteres Mal über die Verjährung der NS-Verbrechen beschließen.** Am 31.12.79 sollten sie verjähren. Die Spekulation, dann sei über die Verbrechen des deutschen Imperialismus Gras gewachsen, ist nicht aufgegangen. Das von Wehner eingeleitete Manöver soll den bürgerlichen Staat reinwaschen und den imperialistischen Konkurrenten Wind aus den Segeln chauvinistischer Propaganda nehmen. Am 29.3.79 hat sich der Bundestag breit mit der Sache befaßt. Drei Vorschläge waren ausgetüfftelt: 1. die Verjährung für Mord ganz aufzuheben (Mehrheit der SPD-, zahlreiche CDU- und einige FDP-Abgeordnete); 2. NS-Verbrechen als Völkermord zu definieren, der schon seit 1969 nicht verjährt (Maihofer, Matthäus, Lambsdorff); 3. die Verjährung beizubehalten (u.a. Stauffenberg, CSU). Alle drei Vorschläge verfolgen das Ziel, die Verbrechen der Finanzbourgeoisie 1933-45

ner Art, wie sie in den jüngsten Maßnahmen der Siemens-Kapitalisten ihre Fortsetzung findet, indem nämlich männliche Arbeiter im Fernschreiberwerk erstmals in der niedrigsten Lohngruppe, der Lohngruppe 1, eingestellt wurden. Diese Art „Gleichbehandlung" ist gleichzusetzen mit fortgesetz-

schnitt höher. Acht Jahre vorher betrug die Differenz noch 42 Pfennig. Ein Erfolg der Gleichbehandlung – mitnichten; ein Erfolg des Lohndrucks auch auf die in den unteren Lohngruppen beschäftigten Männer. 1978 arbeiteten immerhin schon 5,1% aller männlichen Arbeiter in der Westberli-

Die Bedingungen für eine Abrechnung mit den Kapitalisten in der Lohnbewegung sind nicht schlecht. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Arbeiterinnen in der Elektroindustrie stieg von 1970 bis 1978 immerhin von 20 auf 25%.

Teilzeitarbeit – niedrige Lohngruppen, mehr Arbeit

r.reb. „Bosch schafft Arbeitsplätze". „Zur Erleichterung der Doppelbelastung von Beruf und Haushalt bei arbeitenden Frauen" weitet die Bosch-Gruppe in diesem Jahr die Zahl der Teilzeitarbeitsplätze von 2700 auf 3800 aus. Bei großen Serienproduktionen, in der Laufwerkfertigung, an den Wickelmaschinen, in der Hybridfertigung wird bei Blaupunkt die Teilzeit angewandt. Für die Spätschichten an den Datensichtgeräten werden laufend Teilzeit-Datentypistinnen gesucht.

Über die Erleichterung wissen die betroffenen Frauen allerdings anderes zu berichten. Man kann die Arbeit nicht länger als vier Stunden machen! Die Frauen, die ganztags arbeiten, weigern sich z.B., an den Mikroskopen länger als vier Stunden zu arbeiten. Trotzdem brauchen sie nach kurzer Zeit schon Brillen. „Vorteil hat nur Blaupunkt davon, wir machen ja in einer Abendschicht 20 % weniger Ausschuß als eine Achtstundenfrau in vier Stunden", dafür verdienen sie weniger. Sie arbeiten in Akkord in Lohngruppe 1. Im Mai verdiente eine Teilzeitarbeiterin bei einer Akkordleistung von 123 % 762,08 DM brutto.



Der Kapitalist zahlt nicht den Wirkungsgrad der Arbeit, sondern die Arbeitszeit. Der Wirkungsgrad der Arbeit nimmt proportional zu ihrer Dauer ab. Die Teil-zeitarbeiterinnen haben an der Maschine 20% weniger Ausschuß als die Vollzeitarbeiterinnen, der Teil der unbezahlten Mehrarbeit nimmt also zu.

Warum machen die Frauen Teilzeitarbeit? Die meisten von ihnen haben kleine Kinder. Blaupunkt hat keinen Betriebskindergarten, obwohl er schon lange gefordert wird. Im vorhandenen Schichtkindergarten können Ehepaare, die bei Blaupunkt in Gegenschicht arbeiten, während des Schichtwechsels ihr Kind unterbringen, mehr aber auch nicht. Macht der Mann Normalschicht, scheint es eine gute Lösung, wenn die Kinder klein sind, daß die Frau tagsüber zu Hause ist, und dann in die Abendschicht von 16.00 bis 20.00 Uhr geht. „Mit dem Familienleben ist es nichts nach der Abendschicht, da kannst du gleich volle Wechselschicht machen, wenn du von dieser Arbeit um acht Uhr nach Hause kommst, spielt sich sowieso nichts mehr ab." Im Moment werden die Abendschichten auch noch reduziert, was für viele Frauen bedeutet, daß sie aufhören müssen. Denn auch wenn die Kinder schon zur Schule gehen, bis zum 10. Lebensjahr kommen sie doch oft vor 12.00 Uhr aus der Schule. Die Tagschicht dauert aber bis 12.00 Uhr. Genauso passiert es häufig, daß die Männer, besonders die bei Bosch beschäftigten, plötzlich Wechselschicht oder Nachtschicht machen müssen. Das ändert sich immer, je nach Auftragslage. Das macht eine Planung der Kinderbeaufsichtigung völlig unmöglich. „Viele Frauen haben angefangen mit Teilzeitarbeit, um etwas dazuzuverdienen. Aber das Geld reicht oft noch nicht einmal für die Miete." „Die Vier Stunden spannen dich an wie sechs Stunden."

als Verrohung einzelner Schergen hinzustellen, entsprungen aus deren verbrecherischen Instinkten. So gedenkt die Finanzbourgeoisie zu hindern, daß sie selbst für ihre Unterdrückungs- und Eroberungszüge angegriffen wird. „Mord gleich Mord", trompetet Wehner, und wird gerühmt für die gesteigerte Rechtsstaatlichkeit bei der Verfolgung „terroristischer Verbrechen". Die noch laufenden NS-Verfahren würden sich bis zum Jahr 2000 hinziehen. Der Rechtsausschuß hat daher jetzt den Vorschlag der Amnestie lanciert.

z.kam. **Per Verordnung hat die Bundesregierung die Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße und mit der Eisenbahn Ende Mai 1979 neu geregelt.** Die Transporte gefährlicher Güter – wie explosive Stoffe, verflüssigte oder unter Druck gelöste Gase, entzündbare bzw. selbstentzündliche Stoffe sowie giftige, ansteckungsfähige, ätzende und radioaktive Stoffe – haben in den letzten Jahren für die Kapitalisten an Zahl und Bedeutung zugenommen. Zum Vergleich: der vom Statistischen Bundesamt ausgewiesene Güterfernverkehr „besonderer Transportgüter" hat von 1977 auf 1978 um über 8% zugenommen; der Transport chemischer Erzeugnisse bzw. Grundstoffe bis zu 5%. Die alte Straßen-Gefahrgutverordnung von 1976 konnte den zur Aufrechterhaltung der Profitproduktion insbesondere in der chemischen Industrie und in Kernkraftwerken nötigen Transport nicht mehr sicherstellen. Die jetzigen Verordnungen enthalten Anweisungen und Vorschriften über die Verpackung und Prüfverfahren der Stoffe, Bau, Ausrüstung und Betrieb der Fahrzeuge und Tanks. Sonderrechte im „Gefahrguttransport" genießen die Besatzertruppen in der BRD sowie Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Polizei, soweit „militärische Erfordernisse" vorliegen.

z.rik. **Die Ministerien Hauff und Gscheidle lassen mit EDV Landkarten erstellen, die direkt für die Verkehrsplanung und Bauplanung benutzt werden können.** In dem „Untersuchungsauftrag zur programmierten Erstellung von Stadtentwicklungs- und Raumplänen", durchgeführt von der Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain, sollen neben Plänen für neue Straßen für bessere Mobilität der Arbeitskraft und schnelleren Umschlag des Kapitals günstige Standortpläne für Gewerbegebiete und Bebauungspläne für die Städte entwickelt werden. – Ein Problem der bisherigen Raumplanung besteht darin, daß zumeist auf Daten über Bevölkerungsgröße, Eigentumsverhältnisse usw. zurückgegriffen werden mußte, die veraltet waren. – Bei dem Projekt werden herkömmliche Landkarten digitalisiert, d.h. jedem Punkt der Karte werden zwei Koordinaten zugeordnet, die elektronisch gespeichert werden können. Mittels eines automatischen Zeichners können aus diesen gespeicherten Koordinaten wieder Karten hergestellt werden. Der be-

50000 demonstrieren in Holland gegen „Bestek 81"

Die Arbeiterklasse unterstützt die Kämpfe der Beschäftigten im öffentlichen Dienst

z.elb. Mit dem ,,Bestek 81", einem längerfristigen Angriffsplan auf die Lage der Lohnabhängigen, hat die niederländische Arbeiterklasse schon Erfahrungen machen müssen. Trotz großen Widerstandes war es der Regierung Ende 1978 gelungen, für einen Teil der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, vor allem für die Beamten, die ,,gleitende Lohnskala" außer Kraft zu setzen und die darin festgelegten Lohnerhöhungen halbjährlich um 0,5% zu senken. Jetzt will sie die 600000 Lohnabhängigen im Gesundheitswesen und der Sozialfürsorge zur Kasse bitten. Wie bei den Beamten soll die Angleichung der Löhne an die amtliche Preissteigerungsrate von 6 bis 7% im Jahr um 0,3 bis 0,7% gekürzt werden, gestaffelt zwecks besserer Spaltung. Dieser Bruch des Tarifvertrages, der erst im Frühjahr abgeschlossen worden war, soll durch Gesetz möglich gemacht werden. Lohnsenkung und Kostendämpfung im Gesundheitswesen heißt die Parole der Regierung. Einstellungsstopp in den Krankenhäusern, Bezahlung von Krankentransporten durch die Kranken selbst, Abschaffung der sechswöchigen Lohnfortzahlung für Frauen, die nach der Geburt eines Kindes nicht mehr arbeiten werden, Einführung eines eigenen Beitrags für krankenhausärztliche Versorgung bei Komplikationen während der Schwangerschaft. Mit diesen Maßnahmen und der Lohnsenkung sollen allein in diesem Bereich 2 Mrd. Gulden aus den Beschäftigten gepreßt werden. Die Regelung zur Festsetzung der Höhe der Sozialhilfe und des Mindestlohns, die an die Lohnerhöhungen, die sich die Bauarbeiter erkämpfen können, gekoppelt sind, gedenkt die Regierung außer Kraft zu setzen. Senkung des Mindestlohns und Kürzung der Sozialhilfe um durchschnittlich 0,5% soll dabei herauskommen. Um den Druck auf das Lohnniveau der gesamten niederländischen Arbeiterklasse zu verstärken, sollen die Arbeitslosen gezwungen werden, zu niedrigerem Lohn in anderen Berufen zu arbeiten und längere Anfahrtswege in Kauf zu nehmen.

Für ihren Raubzug zur Mästung der Kapitalisten – allein im letzten Jahr sind diesen 10,1 Mrd. Gulden für Exportgarantien und Investitionshilfen zur Verfügung gestellt worden – und zur Finanzierung des Haushaltsdefizits von 1,3 Mrd. Gulden 1979 hat sich die Regierung die Abteilung der Lohnabhängigen ausgesucht, die durch Streikverbot besonders entrechtet ist. Durch den Angriff auf die Arbeitslosen und die Sozialhilfeempfänger und durch die geplante Abschaffung der ,,gleitenden Lohnskala" bei den über 50000 Gulden im Jahr Verdienenden, was einem Monatslohn von etwa 3750 DM entspricht, versucht sie, vielfältige Spaltungslinien zu ziehen.

,,Bestek verrek!" ,,Hände weg von den Tarifverträgen!" Unter diesen Forderungen marschierten am 19. Juni, einen Tag vor der ersten Beratung des Parlaments über die beschriebenen Maßnahmen, 50000 Arbeiter, Angestellte, Beamte, Arbeitslose und Rentner durch die Straßen von Utrecht und demonstrierten gegen die Lohnsenkungsabsichten der Regierung (Bild). Arbeiter und Angestellte aus Krankenhäusern, Altersheimen, psychiatrischen Kliniken und Kindergärten und Beamte machten etwa die Hälfte der Demonstranten aus. Den Beamten hatte die Regierung mit der Streichung eines Urlaubstages gedroht, falls sie sich an der Demonstration beteiligen würden. ,,Ambtenaren staken um det beleid te kraken" (die Beamten streiken, um diese Staatsführung zu knacken), war die Antwort. Viele Delegationen aus verschiedensten Betrieben unterstützten die Demonstration, so u.a. aus größeren Betrieben des Bausektors und der Druck- und Papierindustrie. Durch eine Vielzahl von Streiks, an denen sich weitere Zehntausende Arbeiter und Angestellte im ganzen Land beteiligten, wurde den Forderungen Nachdruck verliehen. Die Arbeiter der Verkehrsbetriebe in Amsterdam legten für acht Stunden die Arbeit nieder; die 1500 Arbeiter der Schelde-Werft in Vlissingen streikten, ebenso die Beschäftigten des städtischen Elektrizitätswerks in Leiden; die Arbeiter der Straßenreinigung und Müllabfuhr in Amsterdam und Rotterdam bereiteten morgens die Demonstration vor und fuhren nachmittags nach Utrecht.

Ob es der niederländischen Arbeiterklasse gelingen wird, die Lohnsenkungen zu verhindern? Durch den Druck der Arbeiter zur Organisierung der Demonstration gezwungen, die zu spät komme, wie einige Arbeiter meinten, haben die Gewerkschaftsführer nichts Eiligeres zu tun, als zu versuchen, die Arbeiterbewegung auf den Parlamentarismus festzunageln: ,,Wenn die Regierung vom Parlament grünes Licht bekommt, dann müssen wir das respektieren. Wir leben in einer parlamentarischen Demokratie, in der die Mehrheit des Parlaments beschließt", so Kok, Vorsitzender der sozialistischen Gewerkschaft. Entsprechend dieser Losung sind von seiten der Gewerkschaftsführung weitere Kampfaktionen zur Verhinderung der Lohnsenkungen nicht geplant.



Mit einer Demonstration von 70000 verhinderten 1978 die niederländischen Lohnabhängigen die vollständige Durchsetzung des ,,Bestek 81". Gegen den neuen Anlauf der Regierung demonstrierten letzte Woche erneut 50000.

Sozialstationen billiger als Krankenhäuser

Großes Verdienstkreuz für Niedersachsens Sozialminister Schnipkoweit

r.chs. Sozialstation im Zentrum von Hannover. 28000 Einwohner umfaßt das Einzugsgebiet. Praktisch werden nur alte Menschen von den insgesamt 10 Gemeindeschwestern, Alten- und Hauspflegerinnen versorgt, dabei haben einige nur Teilzeitverträge, und gelegentlich wird eine der Gemeindeschwestern an eine andere Sozialstation ausgeliehen, erklärte die Leiterin. Auf die Frage nach den Hauptproblemen stöhnt sie und weist auf die Aktenordner um sich herum. Briefwechsel mit den Krankenkassen, dem Sozialamt, Richtlinien, Tabellen, ärztliche Bescheinigungen. Ihren anfänglichen Enthusiasmus hat sie längst verloren.

20 % der laufenden Personalkosten trägt das Sozialamt, und es versucht, diesen Anteil weiter zu drücken. 50 Pfennig pro Einwohner im Einzugsbereich gibt es noch dazu, also 14000 DM. Die laufenden Kosten werden zu 20 % von den Krankenkassen, 20 % vom Sozialamt und und mit 60 % finanzieren die Betreuten selbst, daß der Staat sich ihrer annimmt.

Auf dem Schreibtisch sehen wir einen Zettel: ,,Frau L.: 720 DM Rente – 200 DM Eigenanteil zumutbar", heißt es dort. Es gibt keine Festlegung, ab welcher Rentenhöhe ein Rentner die Hilfen der Sozialstationen kostenlos bekommt. Maßgeblich ist die ,,Bedürf-

rufen, weil doch früher die Gemeindeschwester der Kirchengemeinde kostenlos gekommen sei. Jetzt verzichten viele. Sie hätten Hilfe nötig, aber solche nicht. Sie hätten mehr Geld nötig, höhere Renten, aber nicht mehr Kosten, mehr Ausplünderung, mehr Bespitzelung.

Was der Dienst der Sozialstation für einen ,,Selbstzahler" – so der Begriff – kostet, wollten wir wissen. 10 DM Lohnkosten, dazu Sozialversicherung und Fahrgeld. Also rd. 14 DM pro Stunde. Man erkennt, wie der christlich-demokratische Sozialminister Schnipkoweit aus der Regierungstruppe des Ernst Albrecht den vor einem

men, ,,für seine besonderen Verdienste um die Einrichtung von Sozialstationen".

Inzwischen verlautbart die Bourgeoispresse zufrieden, daß die Kostendämpfung im ambulanten Bereich recht gut vorankommt, hingegen die Einbeziehung der Krankenhäuser ins allgemeine Kostendämpfungsprogramm noch zu wünschen übrig lasse, daß dort jetzt ,,nachgezogen" werden müsse. Die Zeit dafür erscheint überreif. 75 % der Krankenhauskosten entfielen auf Personalkosten, schreibt das Niedersächsische Ärzteblatt. Tatsache ist, daß die Personalkosten pro Pflegefall seit 1976 beständig sinken. Das ist

gerschaft. Mit diesen Maßnahmen und der Lohnsenkung sollen allein in diesem Bereich 2 Mrd. Gulden aus den Beschäftigten gepreßt werden. Die Regelung zur Festsetzung der Höhe der Sozialhilfe und des Mindestlohns, die an die Lohnerhöhungen, die sich die Bauarbeiter erkämpfen können, gekoppelt sind, gedenkt die Regierung außer Kraft zu setzen. Senkung des Mindestlohns und Kürzung der Sozialhilfe um durchschnittlich 0,5% soll dabei herauskommen. Um den Druck auf das Lohnniveau der gesamten nieder-

demonstrierten gegen die Lohnsenkungsabsichten der Regierung (Bild). Arbeiter und Angestellte aus Krankenhäusern, Altersheimen, psychiatrischen Kliniken und Kindergärten und Beamte machten etwa die Hälfte der Demonstranten aus. Den Beamten hatte die Regierung mit der Streichung eines Urlaubstages gedroht, falls sie sich an der Demonstration beteiligen würden. ,,Ambtenaren staken um det beleid te kraken" (die Beamten streiken, um diese Staatsführung zu knacken), war die Antwort. Viele Delegationen



Mit einer Demonstration von 70000 verhinderten 1978 die niederländischen Lohnabhängigen die vollständige Durchsetzung des ,,Bestek 81". Gegen den neuen Anlauf der Regierung demonstrierten letzte Woche erneut 50000.

Sozialstationen billiger als Krankenhäuser

Großes Verdienstkreuz für Niedersachsens Sozialminister Schnipkoweit

r.chs. Sozialstation im Zentrum von Hannover. 28000 Einwohner umfaßt das Einzugsgebiet. Praktisch werden nur alte Menschen von den insgesamt 10 Gemeindeschwestern, Alten- und Hauspflegerinnen versorgt, dabei haben einige nur Teilzeitverträge, und gelegentlich wird eine der Gemeindeschwestern an eine andere Sozialstation ausgeliehen, erklärte die Leiterin. Auf die Frage nach den Hauptproblemen stöhnt sie und weist auf die Aktenordner um sich herum. Briefwechsel mit den Krankenkassen, dem Sozialamt, Richtlinien, Tabellen, ärztliche Bescheinigungen. Ihren anfänglichen Enthusiasmus hat sie längst verloren. Sie erstickt fast in Verwaltungsarbeiten. Die Gemeindeschwestern müssen z.B. bei jedem Patienten über jeden Handgriff schriftliche Aufzeichnungen machen. Doch das ist noch nicht das Schlimmste.

,,Vor fast einem Jahr habe ich eine Rechnung über Hauspflege an das Sozialamt geschickt, jetzt erklärt sich dieses für nicht zuständig. Die mehr als 1000 DM soll die Rentnerin selbst zahlen. Wahrscheinlich muß sie dafür einen Kredit aufnehmen." Tragen denn nicht Krankenkassen, Sozialamt und Sozialministerium die Kosten, fragen wir. Die Leiterin lacht. Höchstens 20 % der laufenden Personalkosten trägt das Sozialamt, und es versucht, diesen Anteil weiter zu drücken. 50 Pfennig pro Einwohner im Einzugsbereich gibt es noch dazu, also 14000 DM. Die laufenden Kosten werden zu 20 % von den Krankenkassen, 20 % vom Sozialamt und und mit 60 % finanzieren die Betreuten selbst, daß der Staat sich ihrer annimmt.

Auf dem Schreibtisch sehen wir einen Zettel: ,,Frau L.: 720 DM Rente – 200 DM Eigenanteil zumutbar", heißt es dort. Es gibt keine Festlegung, ab welcher Rentenhöhe ein Rentner die Hilfen der Sozialstationen kostenlos bekommt. Maßgeblich ist die ,,Bedürftigkeit". Z.B. bei einer bettlägrigen Rentnerin hängt dies davon ab, ob sie in Hausgemeinschaft mit einer Person lebt, der die Vorgung ,,zuzumuten" ist, oder ob Verwandte ersten Grades zur Pflege verpflichtet werden können oder ob alle zusammen Sparvermögen haben. Also wird immer wieder die Gemeindeschwester losgeschickt, um vor allem die Familien- und finanziellen Verhältnisse auszuforschen.

Die Leiterin der Sozialstation berichtet, daß die Gemeindeschwestern keinen guten Stand haben. Vielen wird die Tür gewiesen und geschimpft. Oder es wird in der Sozialstation empört angerufen, weil doch früher die Gemeindeschwester der Kirchengemeinde kostenlos gekommen sei. Jetzt verzichten viele. Sie hätten Hilfe nötig, aber solche nicht. Sie hätten mehr Geld nötig, höhere Renten, aber nicht mehr Kosten, mehr Ausplünderung, mehr Bespitzelung.

Was der Dienst der Sozialstation für einen ,,Selbstzahler" – so der Begriff – kostet, wollten wir wissen. 10 DM Lohnkosten, dazu Sozialversicherung und Fahrgeld. Also rd. 14 DM pro Stunde. Man erkennt, wie der christlich-demokratische Sozialminister Schnipkoweit aus der Regierungstruppe des Ernst Albrecht den vor einem Jahr programmatisch festgelegten Plan verfolgt: ,,... daß es nicht zuerst Sache des Staates sein kann, bei allen Sorgen und Nöten der Menschen Möglichkeiten zur Abhilfe bereitzustellen... Zuerst ist es also der Einzelne selbst, der seinen Lebensweg zu meistern hat."

In der nächsten Woche wird von 300 bis 1982 geplanten die 150. Sozialstation eingeweiht. Das wird ein Feierstündchen für das ausgekochte Bourgeoispack wert sein. Jedenfalls hat Schnipkoweit hohe Anerkennung in Form des Großen Verdienstkreuzes aus der Hand von Ernst Albrecht bekommen, ,,für seine besonderen Verdienste um die Einrichtung von Sozialstationen".

Inzwischen verlautbart die Bourgeoispresse zufrieden, daß die Kostendämpfung im ambulanten Bereich recht gut vorankommt, hingegen die Einbeziehung der Krankenhäuser ins allgemeine Kostendämpfungsprogramm noch zu wünschen übrig lasse, daß dort jetzt ,,nachgezogen" werden müsse. Die Zeit dafür erscheint überreif. 75 % der Krankenhauskosten entfielen auf Personalkosten, schreibt das Niedersächsische Ärzteblatt. Tatsache ist, daß die Personalkosten pro Pflegefall seit 1976 beständig sinken. Das ist nur ein Ausdruck davon, daß die Versorgung der Kranken gedrückt, die Arbeitsbedingungen gleichzeitig massiv verschlechtert werden.

Sozialstationenminister Schnipkoweit hat schon flankierende Maßnahmen eingeleitet: Im März d.J. hat er durch Runderlaß 300000 DM bereitgestellt, zur Förderung ,,vor allem *neuer Initiativen,* die die selbständige Lebensführung älterer Bürger in der eigenen Wohnung unterstützen und die Heimunterbringung hinausschieben oder verhindern." Das Krankenhaus ist zu teuer, vor allem für die Alten, ist das Regierungsprogramm.

---

sondere Vorteil besteht darin, daß zu den gespeicherten Koordinaten andere Angaben wie Zahl der Hausbewohner, Größe der Belegschaft, aber auch die Namen der Bewohner usw. zugeordnet werden können und entsprechend den jeweiligen Interessen als Grundstückskataster, Verkehrsdichtekarten oder auch Generalstabskarten für die Polizei ausgedruckt werden können. – Zur Aktualisierung ihrer Statistiken hatten die Länderinnenminister bereits 1974 die Umstellung auf EDV beschlossen. Durch Ortholuftaufnahmen kann erreicht werden, daß die tatsächliche Flächennutzung und Bebauung schnell erfaßt und für die Karten verwendet werden können. Die Orthofotos sind entzerrte Luftaufnahmen, die flächentreue Bilder liefern, indem Fehler, die durch die Erdkrümmung entstehen, beseitigt werden. Damit lassen sich diese Luftbilder direkt für die Herstellung von Karten verwenden.

z.gih. **Die Regierungen von Westdeutschland und den USA haben einen neuen Auslieferungsvertrag abgeschlossen.** Der alte stammt vom 12. Juli 1930, der mit Wirkung vom 1. Januar 1956 wieder in Kraft getreten ist. Das Privateigentum ist international. Alle, die gegen seine Gesetze verstoßen, wollen die Bourgeois auf der ganzen Welt verfolgen. Deshalb schließen sie Verträge ab, die ,,das Gegenseitigkeitsprinzip berücksichtigen". Um diese Auslieferung ,,neu zu regeln und dadurch zu erleichtern", wurde ein neuer Auslieferungsvertrag abgeschlossen. Zusätzlich aufgenommen wurde: Bei politischen Straftaten, Art. 8 (b) ,,eine Straftat, zu deren Verfolgung die Vertragsparteien oder der ersuchende Staat aufgrund einer mehrseitigen internationalen Übereinkunft verpflichtet sind", ,,Landfriedensbruch, Straftaten in bezug auf vorsätzliche Hinterziehung oder Verkürzung von Steuern, Zöllen und sonstigen Abgaben" und ,,jede andere Straftat, derentwegen die Auslieferung nach dem Recht beider Vertragsparteien gewährt werden kann". Als Grundlage für die Auslieferung genügt ein Spitzel: ,,Nicht unter Eid beigebrachte Beweismittel ... sind zugelassen".

z.diz. **Fast zwei Jahre nach Vertragsschluß liegt jetzt Bundestag und -rat ein Vertrag über gegenseitige Rechtshilfe zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel vor.** ,,Neuerungen auf der Grundlage einer modernen Strafrechtspflege" – so die anliegende Denkschrift – sind in diesem Vertrag enthalten: Der Leiter des Bundeskriminalamtes und der Leiter der Israel Police, National Headquarters, können jetzt ,,unbürokratisch" in direkten Kontakt treten; beide Länder müssen die gegenseitige Anwesenheit von ,,beteiligten Behörden und Personen bei Rechtshilfehandlungen" dulden – das ist eine ,,moderne" Geheimdienstklausel; die Staaten können verlangen, daß von ihnen gesuchte Personen in Haft genommen werden müssen. Übertretungen der Straßenverkehrsordnung können bis in alle Ecken der Erde verfolgt werden. Ordnungswidrigkeiten werden nach diesem Vertrag wie Straftatbestände behandelt.

z.kam. **Die Länderinnenministerkonferenz legte Ende Mai einen Vorschlag für fälschungssichere KFZ-Kennzeichen vor.** Danach soll das hintere Kennzeichen bei Neuzulassungen und Ummeldungen von Personenwagen durch ein Aluminiumschild mit verbesserter Reflexion und Wetterbeständigkeit ersetzt werden. Das Bundesverkehrsministerium hatte im November 1978 einen Entwurf verfaßt, in dem zusätzliche Berechtigungsscheine und die Einführung einer Kontroll-Fensterfolie vorgesehen sind. Die FDP will die Vorschriften auf alle Fahrzeuge (auch Motorräder, Lastkraftwagen und Busse) anwenden. Einig ist sich die Bourgeoisie über das für sie sicherste KFZ-Schild noch nicht.

Ungleichmäßige Entwicklung in Sachen Kostendämpfung

z.jon. In allen imperialistischen Staaten der EG sowie in Irland ist die Zahl der Lohnabhängigen im Gesundheitswesen pro Kopf der Bevölkerung gewachsen. Vor allem die Zahl der Krankenschwestern und Pfleger: 1960–75 um durchschnittlich 50%, aber auch die der Ärzte: durchschnittlich um 32%. Mit intensivierter Ausbeutung verschleißen die Imperialisten die Gesundheit der Werktätigen rascher. Sie müssen deshalb mehr Personal abstellen, das die verschlissene Arbeitskraft repariert und neu aufbereitet. Zugleich zwingen sie immer mehr Frauen in die Lohnarbeit und unterwerfen die Krankenpflege, die zuvor die Arbeiterfamilie teilweise selbst wahrnehmen konnte, staatlicher Aufsicht.

Ärzte pro 100000 Einwohner

	1960	1970	1975	1976	60–75
BRD	148	174	193	199	+30%
F	98	128	154	164	+57%
I	157	181	206		+27%
NL	111	124	159	159	+43%
B	134	155	176	188	+40%
L	97	107	107[1]	133	+32%
GB	114	129	136[1]		+19%
IRL	104	120	120	120	+15%
DK	121	141	186	195	+54%

Pflegepersonal pro 100000 Einwohner

	1960	1970	1975	1976	60–75
BRD	189	205	259	269	+ 42%
F		291	387	404	+ 50%[2]
I	112	221	264[3]		+136%[3]
NL	128	162	169[4]		+ 32%[4]
B	324	359			
L		472			
GB		333	385		
IRL	540	648	623		+ 15%
DK	378	499	567	592	+ 50%

Können die Imperialisten schon nicht verhindern, daß das Krankenhauspersonal wächst, wollen sie wenigstens die fixen, für sie toten, Kosten der Einrichtungen des Gesundheitswesens niedrig halten, die Arbeit in diesen Einrichtungen intensivieren, den Umschlag des bearbeiteten Patientenmaterials beschleunigen. Die Entwicklung der Zahl der Krankenhausbetten im Kontrast zur Personalentwicklung gibt Aufschluß über diese Bemühungen:

Krankenhausbetten pro 1000 Einwohner

	1960	1970	1975	1976	60–75
BRD	10,6	11,2	11,8	11,8	+11%
F	7,6	7,8	7,7		+ 1%
I	8,9	10,6	10,6		+19%
NL	5,0	5,5	5,4		+ 8%
B	4,3	4,7	5,2	6,5	+28%
L	6,2	6,6	6,5	11,9	+ 5%
GB	10,8	9,7	9,0		–17%
IRL	6,2	6,1	5,9		– 5%
DK	8,3	8,3	8,5		+ 2%

Im Durchschnitt wuchs die Betten-

BRD	189	205	259	269	+ 42%
F		291	387	404	+ 50%[2]
I	112	221	264[3]		+136%[3]
NL	128	162	169[4]		+ 32%[4]
B	324	359			
L		472			
GB		333	385		
IRL	540	648	623		+ 15%
DK	378	499	567	592	+ 50%

Können die Imperialisten schon nicht verhindern, daß das Krankenhauspersonal wächst, wollen sie wenigstens die fixen, für sie toten, Kosten der Einrichtungen des Gesundheitswesens niedrig halten, die Arbeit in diesen Einrichtungen intensivieren, den Umschlag des bearbeiteten Patientenmaterials beschleunigen. Die Entwicklung der Zahl der Krankenhausbetten im Kontrast zur Personalentwicklung gibt Aufschluß über diese Bemühungen:

Krankenhausbetten pro 1000 Einwohner

	1960	1970	1975	1976	60–75
BRD	10,6	11,2	11,8	11,8	+11%
F	7,6	7,8	7,7		+ 1%
I	8,9	10,6	10,6		+19%
NL	5,0	5,5	5,4		+ 8%
B	4,3	4,7	5,2	6,5	+28%
L	6,2	6,6	6,5	11,9	+ 5%
GB	10,8	9,7	9,0		–17%
IRL	6,2	6,1	5,9		– 5%
DK	8,3	8,3	8,5		+ 2%

Im Durchschnitt wuchs die Bettenzahl pro Kopf um 4%. Die BRD-Imperialisten hatten 1960 nach den britischen die höchste Bettendichte. Im Vergleich zu ihren Hauptkonkurrenten ist diese Zahl – und damit die fixen Kosten – noch gestiegen. In Frankreich ist sie fast gleich geblieben. Die britischen Imperialisten haben gekürzt. Die westdeutschen Imperialisten konnten auch die Aufenthaltsdauer in den Krankenhäusern nicht im gleichen Umfang senken:

Durchschnittsverweildauer in Tagen

	1960	1970	1975	1976	60–75
BRD	29	25	22	21	–24%
F	27	20	15[1]	14	–44%
I	29	20	19		–34%
NL	20	18	19		– 5%
B	..	..	..		..
L	16	15	14		–12%
GB	36	26	23		–36%
IRL	19	13	12		–36%
DK	16	13	12		–25%

Die Zahl der Patienten, die pro Bett und Jahr in westdeutschen Krankenhäusern umgeschlagen wird, wächst relativ langsam. In Frankreich wie der BRD wurde 1960 ein Bett mit 13 Patienten belegt. 1975 waren es in Frankreich 20, in Westdeutschland 14 Patienten (76:15). Die Krankenhausbeschäftigten in der BRD haben ziemlich erfolgreich die kapitalistische Rationalisierung bekämpft. Das erklärt die Verschlagenheit und Wut, mit der Ehrenberg in Sachen Kostendämpfung gegenüber der imperialistischen Konkurrenz aufholen will.

(1) 1974, (2) 1965, (3) 1972, (4) 1973
Quellen: Eurostat, WHO, Stat. Jahrbücher





„Ursprünglich war der Handel Voraussetzung für die Verwandlung des zünftigen und ländlich-häuslichen Gewerbes und des feudalen Ackerbaus in kapitalistische Betriebe. Er entwickelt das Produkt zur Ware. ... Sobald die Manufaktur einigermaßen erstarkt, und noch mehr die große Industrie, schafft sie sich ihrerseits den Markt, erobert ihn durch ihre Waren. Jetzt wird der Handel Diener der industriellen Produktion, für die die beständige Erweiterung des Markts Lebensbedingung ist"(Karl Marx, Kapital Band 3). Linkes Bild: 15. Jahrhundert: Die unmittelbaren Produzenten werden zu Kaufleuten. Rechtes Bild: Erstes Warenkaufhaus 1860 in Paris.



1925 arbeiteten bei 642500 Einzelhändlern weniger als je 5 Beschäftigte, 871 Einzelhandelskapitalisten beuteten mehr als je 50 Beschäftigte aus. 1978 beschäftigten 340000 Einzelhandelskapitalisten zusammen über 2 Mio. Lohnabhängige. – Mit der Konzentration des Kapitals in immer weniger Händen verschärften die Handelskapitalisten die Intensivierung der Arbeit: 500 kg in einer halben Stunde muß die Kassiererin in Stoßzeiten bewegen.

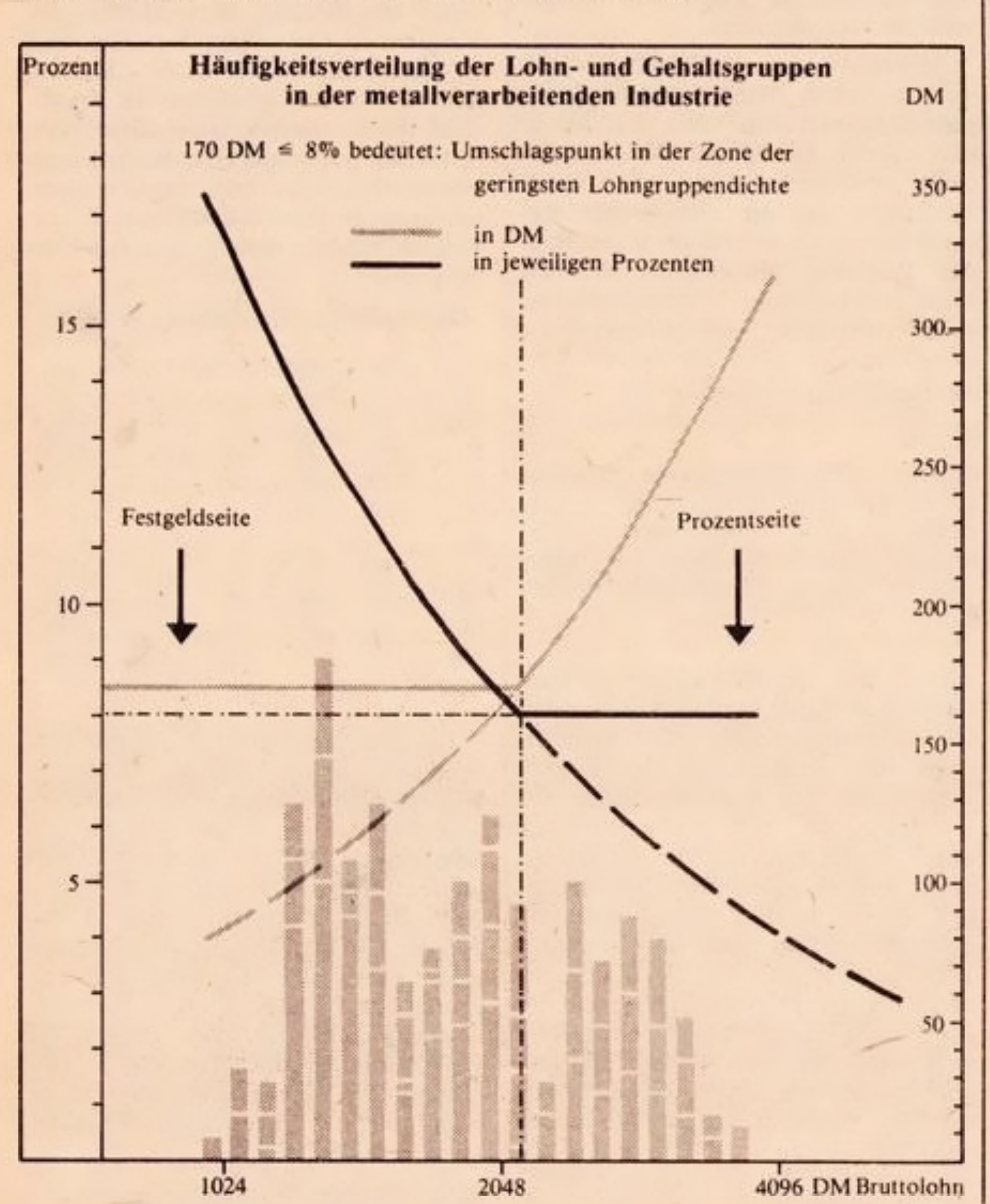
Lohnbewegung Metall: Warum gerade 170 DM / 8% mindestens?

z.maf. Ob diese 170 DM / 8% Forderung auf den genauen Namen 8% / 170 DM mindestens oder auf 170 DM / 8% mindestens getauft werden soll, hat hier und dort einigermaßen hitzige Diskussionen ausgelöst. Rechnerisch richtig ist ja beides (weil ja auch genauso wahr ist, daß 6 mehr als fünf sind, wie stimmt, daß fünf weniger als sechs ist). Trotzdem hat man natürlich im Gefühl, ganz egal ist das nicht. Warum also die Umtaufe, in der letzten Ausgabe der KVZ, wo doch die Formulierung 8% / 170 DM mindestens eingeführt und üblich ist? Sagt man, „170 DM mindestens", so geht man von jenen Lohn- und Gehaltsgruppen als normal aus, bei denen die 8% mehr ausmachen und verlangt für die anderen eine Absicherung. Das wären bei 170 DM / 8% = 170 ÷ 8 × 100 = 2125 DM tariflich sicherer Monatslohn. Solche Lohn- und Gehaltsgruppen gibt es, aber nicht viele. Man muß sie berücksichtigen. Erhebt man die Forderung für 170 DM Festgeld und verlangt, daß jene aber 8% mindestens kriegen sollen, so berücksichtigt man sie. Das ist ja schon eine spitzfindige Betrachtung, aber es geht dabei um ein größeres praktisches Problem. Die Sozialdemokratie hat diesen Mindestforderungen den Namen „X% / XY.- DM mindestens" angehängt. Soweit wir uns entsinnen bei der großen Lohnbewegung in den öffentlichen Diensten 1973/1974, wo es ja auch zum Streik und zur Durchsetzung der Festgeldseite der Forderung gekommen ist. Damals hat es viele lange Wochen gedauert, bis rum war, daß es diese Festgeldseite (es waren 180 DM, also nicht gerade wenig) überhaupt gibt. – Die Forderung von 170 DM / 8% mindestens bedeutet für die übergroße Masse der Arbeiter und Angestellten eine Festgeldforderung auf die Tarife. Man soll das ruhig hervorheben, dann kann das schwerer verschwiegen werden, z.B. im Fernsehen und in der Presse. Trotzdem letzten Endes ist das eine Kleinigkeit, über die man sich rasch einigt oder halt nicht lang streitet, es kommt ja auf die Forderung an und nicht so auf den Namen.

Überhaupt nicht egal, sondern für den Erfolg sehr wichtig, ist jedoch, ob man z.B. fordert 170 DM / 7%, 8%, 9% oder 150 DM, 170 DM, 190 DM / 8%. Denn es ist ja wichtig, welche Lohn- und Gehaltsgruppen auf der Festgeldseite in den Kampf gehen und welche auf der Prozentseite. – Zur Entscheidung dieser wichtigen Frage muß man die Häufigkeitsverteilung der Lohn- und Gehaltsgruppen heranziehen. Es wird fast immer richtig sein, den Übergang von der Festgeld- zur Prozentseite in ein Gebiet der Lohnskala zu legen, in dem möglichst wenig Lohn- und Gehaltsgruppen angesiedelt sind, sonst spaltet man ein ganzes zusammenhängendes Feld und kriegt in diesem dann einen Sonderkrach. Und zwar auf der eigenen Seite. An Hand der Häufigkeitsverteilung der Lohn- und Gehaltsgruppen kann man schätzen, daß der Schnittpunkt am besten bei einem tariflich sicheren Lohn von 2200 bis 2300 DM liegen sollte. Man könnte auch ins Gebiet der tariflich sicheren Löhne rund um 1620 DM gehen, bleibt man bei 170 DM, so hätte man dann auf der Prozentseite 10,5% zu fordern, bleibt man bei 8%, so müßte man auf der Festgeldseite auf 130 DM herunter. Wollte man so gut wie alle überhaupt tarifierten Gehälter hineinkriegen, so hätte man den Schnittpunkt oberhalb von 3650 DM und hätte, wenn man bei 170 DM fest bleibt, auf diese 3650 noch 4,7%, wollte man 8% haben, müßte man 292,0 DM sagen. – Es

weniger als sechs ist). Trotzdem hat man natürlich im Gefühl, ganz egal ist das nicht. Warum also die Umtaufe, in der letzten Ausgabe der KVZ, wo doch die Formulierung 8% / 170 DM mindestens eingeführt und üblich ist? Sagt man, „170 DM mindestens", so geht man von jenen Lohn- und Gehaltsgruppen als normal aus, bei denen die 8% mehr ausmachen und verlangt für die anderen eine Absicherung. Das wären bei 170 DM / 8% = 170 ÷ 8 × 100 = 2125 DM tariflich sicherer Monatslohn. Solche Lohn- und Gehaltsgruppen gibt es, aber nicht viele. Man muß sie berücksichtigen. Erhebt man die Forderung für 170 DM Festgeld und verlangt, daß jene aber 8% mindestens kriegen sollen, so berücksichtigt man sie. Das ist ja schon eine spitzfindige Betrachtung, aber es geht dabei um ein größeres praktisches Problem. Die Sozialdemokratie hat diesen Mindestforderungen den Namen „X% / XY.- DM mindestens" angehängt. Soweit wir uns entsinnen bei der großen Lohnbewegung in den öffentlichen Diensten 1973/1974, wo es ja auch zum Streik und zur Durchsetzung der Festgeldseite der Forderung gekommen ist. Damals hat es viele lange Wochen gedauert, bis rum war, daß es diese Festgeldseite (es waren 180 DM, also nicht gerade wenig) überhaupt gibt. – Die Forderung von 170 DM / 8% mindestens bedeutet für die übergroße Masse der Arbeiter und Angestellten eine Festgeldforderung auf die Tarife. Man soll das ruhig hervorheben, dann kann das schwerer verschwiegen werden, z.B. im Fernsehen und in der Presse. Trotzdem letzten Endes ist das eine Kleinigkeit, über die man sich rasch einigt oder halt nicht lang streitet, es kommt ja auf die Forderung an und nicht so auf den Namen.

Überhaupt nicht egal, sondern für den Erfolg sehr wichtig, ist jedoch, ob man z.B. fordert 170 DM / 7%, 8%, 9% oder 150 DM, 170 DM, 190 DM / 8%. Denn es ist ja wichtig, welche Lohn- und Gehaltsgruppen auf der Festgeldseite in den Kampf gehen und welche auf der Prozentseite. – Zur Entscheidung dieser wichtigen Frage muß man die Häufigkeitsverteilung der Lohn- und Gehaltsgruppen heranziehen. Es wird fast immer richtig sein, den Übergang von der Festgeld- zur Prozentseite in ein Gebiet der Lohnskala zu legen, in dem möglichst wenig Lohn- und Gehaltsgruppen angesiedelt sind, sonst spaltet man ein ganzes zusammenhängendes Feld und kriegt in diesem dann einen Sonderkrach. Und zwar auf der eigenen Seite. An Hand der Häufigkeitsverteilung der Lohn- und Gehaltsgruppen kann man schätzen, daß der Schnittpunkt am besten bei einem tariflich sicheren Lohn von 2200 bis 2300 DM liegen sollte. Man könnte auch ins Gebiet der tariflich sicheren Löhne rund um 1620 DM gehen, bleibt man bei 170 DM, so hätte man dann auf der Prozentseite 10,5% zu fordern, bleibt man bei 8%, so müßte man auf der Festgeldseite auf 130 DM herunter. Wollte man so gut wie alle überhaupt tarifierten Gehälter hineinkriegen, so hätte man den Schnittpunkt oberhalb von 3650 DM und hätte, wenn man bei 170 DM fest bleibt, auf diese 3650 noch 4,7%, wollte man 8% haben, müßte man 292,0 DM sagen. – Es
spricht schon einiges für die 170 DM / 8% mindestens.



Einzelhandel Niedersachsen: Angebot wird abgelehnt

Nach den Warnstreiks jetzt Urabstimmung für 100 DM notwendig

z.brp. Sieben Uhr dreißig – Arbeitsbeginn. Freitag, da wird es wieder besonders anstrengend! Die Verkäuferinnen an den Verkaufstresen für Obst, Fleisch, Käse, Backwaren müssen noch die letzten Sonderangebote für den Wochenendverkauf auszeichnen und einräumen – sowieso werden sie heute keine Pause haben ... Heute sind noch mehr Lager- und Auffüllarbeiten als an den übrigen Tagen der Woche zu verrichten, auch das machen die Verkäuferinnen. Die Kassiererinnen werden einen besonders langen Tag haben – unbezahlte Überstunden: Die Arbeit ist Schwerstarbeit, stündlich bewegen sie neben dem Kassieren etwa 1 Tonne Waren aus einem Korb in den nächsten. Freitags müssen sie nach 18.15 Uhr noch zu Ende bedienen, das kann noch eine gute halbe Stunde dauern, dann müssen sie abrechnen, oft reicht das von den Kapitalisten monatlich zugestandene „Mankogeld" von 30 DM nicht, den Fehlbetrag von einem Freitag zu decken. – Und immer weiß man noch nicht, für wieviel Lohn diese Schufterei gemacht werden muß!

Seit dem 30. April sind die Löhne und Tarife für den Einzelhandel offen, 100 DM wären als Lohnerhöhung akzeptabel, so lautet auch die Forderung der HBV für diesen Tarifbereich. Heute werden die Umfragen in den im Mai und Juni von fast 20000 Arbeitern und Angestellten bestreikten Einzelhandelsbetrieben über Zustimmung oder Ablehnung und Einleitung der Urabstimmung über das letzte Angebot der Kapitalisten beendet. Bis zum 26. Juni läuft die Erklärungsfrist. Was die Kapitalisten freiwillig zahlen wollen, bedeutet gerade für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen weitere Lohnsenkung: In der Gehaltsgruppe 2, in der die Verkäuferinnen und Kassiererinnen eingestuft sind, beträgt die Differenz zur Forderung der HBV von 100 DM bis 40 DM, das 1. Berufsjahr soll demnach nicht gestrichen werden. In der Gehaltsgruppe 1, in der die ungelernten Angestellten eingestuft sind, beträgt das Minus gegenüber der Forderung der HBV 201 bis 176 DM. Erst in den Gehaltsgruppen 3, 4 und 5 beträgt die Lohnerhöhung 75 bis 110 DM. Dazu eine zusätzliche minimale Erhöhung zwischen 5 und 15 DM zum 1. Januar 1980, ein Eingeständnis, daß die jetzige Erhöhung überhaupt nicht ausreichen wird, die Reproduktion der Arbeitskraft zu gewährleisten.

Eindeutige Ablehnung dieses Angebots der Kapitalisten in den Göttinger Einzelhandelsbetrieben. Wozu die zahlreichen Warnstreiks, wenn man jetzt aufgibt, wobei klar ist, daß man die Kapitalisten zwingen kann, mehr zu zahlen. Die geschaffene Aktionseinheit für die Durchsetzung der Forderung nach 100 DM ist breit.

Bei Hertie in Göttingen, wo 430 arbeiten, fand die Forderung große Zustimmung in der Belegschaft. Die HBV-Betriebsgruppe – ein Vertrauensleutekörper ist wie in fast allen Einzelhandelsbetrieben noch nicht aufgebaut – sammelte dann nach der ersten Verhandlung zwischen der niedersächsischen HBV-Tarifkommission und den Kapitalisten innerhalb von drei Tagen fast 100 Unterschriften für eine Betriebsversammlung. An ihr nahmen erstmals über 100 Beschäftigte teil, sie dauerte von 8.30 Uhr bis 10.30 Uhr, solange mußte der Laden geschlossen bleiben. Mit Dreiviertelmehrheit beschlossen die Beschäftigten: Die Forderung der HBV nach 100 DM mindestens muß durchgesetzt werden. Als die ersten Warnstreiks bekannt wurden, bildete sich schnell die Meinung, daß man das bei Hertie auch könne und tun müsse. Der lange Samstag vor Pfingsten würde gut sein, die Kapitalisten am fehlenden Umsatz spüren zu lassen, daß man die jahrelangen Lohnsenkungen nicht mehr hinnehmen will.

Die HBV führte daraufhin vor drei Göttinger Betrieben Flugblattaktionen durch, zu wenig, auch wenn mit Streik gedroht wurde. Zeit für die Abteilungsleiter und Ausbildungsleiter, einzelne Verkäufer und Lehrlinge unter Druck zu setzen, so daß sich am Streik am 8. Juni nur wenige Lehrlinge trauten teilzunehmen. Den Warnstreik organisierten die hauptamtlichen HBV-Funktionäre zusammen mit den HBV-Betriebsräten und zwei neueingetretenen Frauen. 75% der Belegschaft beteiligte sich am Streik, 120 nahmen an der anschließenden Demonstration teil. Die Abteilungsleiter versuchten durch Ansprechen einzelner, Notdienstverordnung und Fotografieren der Teilnehmer des Streiks den Zusammenhalt aufzuweichen. Ohne Erfolg. Die Ankündigung, daß die Streikzeit nicht gezahlt werde, blieb ebenfalls ohne Wirkung. Auf Zeit setzen die Kapitalisten, und immer ist noch nicht sicher, ob die HBV nun tatsächlich die Urabstimmung einleiten wird.

In der Auswertung der Lohnbewegung 1978, in der es bis auf zwei Streiks in Westberlin und Freiburg zu keinen größeren Auseinandersetzungen gekommen war, zog die HBV-Zeitung „Ausblick" als Aufgabe für 1979 das Fazit: „Neben der Verbesserung der realen Einkommen steht weiterhin die Verkürzung der Arbeitszeit im Vordergrund der Tarifpolitik ... Über die Notwendigkeit, diese Forderungen durchzusetzen, besteht unter den Mitgliedern kein Zweifel. ... Auch 1979 bringt uns nur zielstrebiges und konsequentes Handeln weiter." (11/78) Leeres Gewäsch? Noch nie war der Zusammenhalt der im Handel Beschäftigten so gefestigt wie während dieser Lohnbewegung, trotz der großen Zersplitterung nach Regionen, Branchen, Unterbranchen, Unterunterbranchen, Haustarifen. Gut 300000 Mitglieder hat die HBV nun, in der Vorbereitung der Lohnbewegung sind viele neu eingetreten, es ist keine Seltenheit, wenn sich in den Betrieben die Mitgliederzahlen verdoppelt haben – um was gegen die dauernden Lohnsenkungen zu *tun*. Vor allem Verkäuferinnen und Kassiererinnen, die fast 70% der Belegschaften ausmachen, sind neu eingetreten, auch Substituten und Lagerarbeiter. Dazu die breite Unterstützung der Lohnbewegung von den Industriearbeitern, Beschäftigten im öffentlichen Dienst, Schüler- und Studentenvertretungen. Werden die Einzelhandelskapitalisten jetzt nicht mit Streik gezwungen, 100 DM zu zahlen, wird es in den kommenden Jahren tatsächlich schwierig sein, die Lohnsenkungen zu stoppen.

Tarifabschlüsse im Einzelhandel

nen an den Verkaufstresen für Obst, Fleisch, Käse, Backwaren müssen noch die letzten Sonderangebote für den Wochenendverkauf auszeichnen und einräumen – sowieso werden sie heute keine Pause haben ... Heute sind noch mehr Lager- und Auffüllarbeiten als an den übrigen Tagen der Woche zu verrichten, auch das machen die Verkäuferinnen. Die Kassiererinnen werden einen besonders langen Tag haben – unbezahlte Überstunden: Die Arbeit ist Schwerstarbeit, stündlich bewegen sie neben dem Kassieren etwa 1 Tonne Waren aus einem Korb in den nächsten. Freitags müssen sie nach 18.15 Uhr noch zu Ende bedienen, das kann noch eine gute halbe Stunde dauern, dann müssen sie abrechnen, oft reicht das von den Kapitalisten monatlich zugestandene „Mankogeld" von 30 DM nicht, den Fehlbetrag von einem Freitag zu decken. – Und immer weiß man noch nicht, für wieviel Lohn diese Schufterei gemacht werden muß!

Seit dem 30. April sind die Löhne und Tarife für den Einzelhandel offen, 100 DM wären als Lohnerhöhung akzeptabel, so lautet auch die Forderung der HBV für diesen Tarifbereich. Heute werden die Umfragen in den im Mai und Juni von fast 20000 Arbeitern und Angestellten bestreikten Einzelhandelsbetrieben über Zustimmung oder Ablehnung und Einleitung der Urabstimmung über das letzte Angebot der Kapitalisten beendet. Bis zum 26. Juni läuft die Erklärungsfrist. Was die Kapitalisten freiwillig zahlen wollen, bedeutet gerade für die unteren Lohn-

rung der HBV nach 100 DM mindestens muß durchgesetzt werden. Als die ersten Warnstreiks bekannt wurden, bildete sich schnell die Meinung, daß man das bei Hertie auch könne und tun müsse. Der lange Samstag vor Pfingsten würde gut sein, die Kapitalisten am fehlenden Umsatz spüren zu lassen, daß man die jahrelangen Lohnsenkungen nicht mehr hinnehmen will.

Die HBV führte daraufhin vor drei Göttinger Betrieben Flugblattaktionen durch, zu wenig, auch wenn mit Streik gedroht wurde. Zeit für die Abteilungsleiter und Ausbildungsleiter, einzelne Verkäufer und Lehrlinge unter Druck zu setzen, so daß sich am Streik am 8. Juni nur wenige Lehrlinge trauten teilzunehmen. Den Warnstreik organisierten die hauptamtlichen HBV-Funktionäre zusammen mit den HBV-Betriebsräten und zwei neueingetretenen Frauen. 75% der Belegschaft beteiligte sich am Streik, 120 nahmen an der anschließenden Demonstration teil. Die Abteilungsleiter versuchten durch Ansprechen einzelner, Notdienstverordnung und Fotografieren der Teilnehmer des Streiks den Zusammenhalt aufzuweichen. Ohne Erfolg. Die Ankündigung, daß die Streikzeit nicht gezahlt werde, blieb ebenfalls ohne Wirkung. Auf Zeit setzen die Kapitalisten, und immer ist noch nicht sicher, ob die HBV nun tatsächlich die Urabstimmung einleiten wird.

In der Auswertung der Lohnbewe-

gen gekommen war, zog die HBV-Zeitung „Ausblick" als Aufgabe für 1979 das Fazit: „Neben der Verbesserung der realen Einkommen steht weiterhin die Verkürzung der Arbeitszeit im Vordergrund der Tarifpolitik ... Über die Notwendigkeit, diese Forderungen durchzusetzen, besteht unter den Mitgliedern kein Zweifel. ... Auch 1979 bringt uns nur zielstrebiges und konsequentes Handeln weiter." (11/78) Leeres Gewäsch? Noch nie war der Zusammenhalt der im Handel Beschäftigten so gefestigt wie während dieser Lohnbewegung, trotz der großen Zersplitterung nach Regionen, Branchen, Unterbranchen, Unterunterbranchen, Haustarifen. Gut 300000 Mitglieder hat die HBV nun, in der Vorbereitung der Lohnbewegung sind viele neu eingetreten, es ist keine Seltenheit, wenn sich in den Betrieben die Mitgliederzahlen verdoppelt haben – um was gegen die dauernden Lohnsenkungen zu *tun*. Vor allem Verkäuferinnen und Kassiererinnen, die fast 70% der Belegschaften ausmachen, sind neu eingetreten, auch Substituten und Lagerarbeiter. Dazu die breite Unterstützung der Lohnbewegung von den Industriearbeitern, Beschäftigten im öffentlichen Dienst, Schüler- und Studentenvertretungen. Werden die Einzelhandelskapitalisten jetzt nicht mit Streik gezwungen, 100 DM zu zahlen, wird es in den kommenden Jahren tatsächlich schwierig sein, die Lohnsenkungen zu stoppen.

Tarifabschlüsse im Einzelhandel

z.tit. Im Bereich der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) gibt es über 300 Tarifbereiche mit ca. 3,6 Millionen Beschäftigten. Diese enorme Zersplitterung der Arbeiter und Angestellten trägt erheblich dazu bei, daß trotz großer Anstrengungen und Kampfbereitschaft, wie die gerade stattgefundenen Streiks, die Löhne in diesem Bereich mit zu den niedrigsten in Westdeutschland zählen. Die Tarifbereiche sind in die Hauptgruppen Handel, Banken, Versicherungen und Wirtschaftsdienste aufgegliedert. In die Hauptgruppe Handel fallen 126 verschiedene Tarifbereiche: Einzelhandel (51), Co-op (20) und Großhandel (55); die Hauptgruppen Banken mit 44, Versicherungen 31 und Wirtschaftsdienste 66. Für jeden dieser Tarifbereiche gibt es verschiedene Manteltarife, Lohntarife usw. Der kleinste Tarifbereich erfaßt 5 Angestellte, der größte, Einzelhandel Nordrhein-Westfalen, 380000 Arbeiter und Angestellte. Insgesamt 136 Bereiche umfassen jeweils unter 1000 Beschäftigte und nur 9 über 100000.

Für den Bereich Einzelhandel haben wir die wichtigsten Abschlüsse dieses Jahres zusammengestellt. Die größten Erhöhungen belaufen sich zwischen 40 und 158 DM. Zu beachten ist dabei: die Prozentzahlen sind Durchschnittserhöhungen. Meistens ist die Erhöhung auch noch gestaffelt, so daß die niedrigere Lohngruppe weniger Prozente bekommt als die höhere, was zusätzlich aufspaltet. Insgesamt sind die bisherigen Abschlüsse völlig unzureichend. Die Arbeiter und Angestellten hatten Forderungen zwischen 90 und 210 DM aufgestellt, zumeist „mindestens 100 DM".

Für die Arbeiterbewegung wirkt sich neben der Zersplitterung die ebenfalls von der Sozialdemokratie geförderte Unterschiedlichkeit der Laufzeiten aus. Im KFZ-Einzelhandel z.B. ist im Saarland und Koblenz mit 6,1% auf 2 Jahre abgeschlossen worden.

Tarifbereich Einzelhandel allg.	Beschäft. in Tsd.	Laufzeit	Abschluß Arb. in %	Ang. in %	in DM zwischen
Baden-Württemb.	200	1.4.79 – 31.3.80	4,9	4,9	50 – 110
Bayern	250	1.5.79	5,3	5,3	60 – 135
Hessen	124	1.3.79 – 29.2.80	5,3	5,1	85 – 158
Bremen	35	1.5.79	4,8	5,0	50 – 131
Hamburg	90	1.5.79 – 30.4.80		4,7	40 – 140
Schleswig-Holst.	90	1.5.79 – 30.4.80	4,8	5,8	50 – 140
Nordrh.-Westf.	380	1.4.79 – 31.3.80	4,9	4,9	60 – 150

In Westberlin fand am 21.6. der erste Verhandlungstermin statt. Die HBV fordert 130 DM, die Kapitalisten boten zwischen 48 und 70 DM. Am 22.6. fand ein Streik bei Horten gegen dieses Angebot statt, 300 beteiligten sich. Für Rheinland-Pfalz wurden die Verhandlungen am 22.6. ergebnislos abgebrochen.







1892 setzten die im Handel Beschäftigten den 10-Stundentag durch, 1918 den 8-Stunden-Normalarbeitstag. Bereits 1923 wurde die Arbeitszeit aufgrund des Ermächtigungsgesetzes wieder ausgedehnt, die Verlängerung der Ladenschlußzeiten erlaubt. Heute beträgt die tariflich vereinbarte Arbeitszeit 80 Stunden/Doppelwoche. Als 1953 Münchner Einzelhandelskapitalisten versuchten, die Geschäfte am Samstagnachmittag zu öffnen, demonstrierten 20000 dagegen.

Das letzte Angebot der niedersächsischen Einzelhandelskapitalisten lautet auf 4,5%. Das war vor sieben Wochen. Seitdem sind die Verhandlungen gescheitert, die HBV leitete Warnstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen für die gewerkschaftliche Forderung, der Lohn soll 100 DM mindestens erhöht werden. – In Hamburg sind die Verhandlungen am 28.5. gescheitert. – In Rheinland-Pfalz sind die Tarife ebenfalls seit dem 30.4.79 offen. Die HBV fordert mindestens 90 DM. Die Kapitalisten boten in der 3. Verhandlung am 31.5. 4,8%, 2 Tage mehr Urlaub, 6 Wochen Urlaub bis 1984. Die Warnstreiks vor den Verhandlungen sowie die in Niedersachsen und Hamburg zeigen also gewisse Wirkung.

Neue Welle der Rationalisierung im Einzelhandel

Akkordarbeit, Ausdehnung der Teilzeitarbeit, Entwertung der Arbeitskraft

z.tit. „Das Jahr 1978 war für unsere Gesellschaft ein Jahr des Übergangs. Es brachte auf der einen Seite den weitgehenden Abschluß der 1975/76 eingeleiteten Konsolidierung. Es stand auf der anderen Seite im Zeichen der Vorbereitung weitreichender Entscheidungen für das kommende Jahrzehnt." So umreißt Bernd Hebbering, Vorstandssprecher der Horten AG, den Abschluß der Vorbereitungsphase für eine mächtige Welle kapitalistischer Rationalisierung im Einzelhandel. Die Konzentration und Zentralisation im Einzelhandel hat seit 1974 stark zugenommen, allein die Zahl der Konkurse von 1974 bis '78 ist mit 3660 um 879 höher als in den 5 Jahren davor, ganz abgesehen von den aufgekauften Einzelhandelsbetrieben oder Betriebsschließungen.

Nach dem 2. Weltkrieg hat das Handelskapital die Umstellung des Einzelhandels auf Selbstbedienung forciert. 1956 waren 1% der Lebensmittelläden Selbstbedienungsläden mit einem Umsatzanteil von 4,4%, 1966 waren es schon 45% der Läden mit einem Umsatz von 70%. Die Vorteile für die Kapitalisten: Eine immense Steigerung der Intensität der Arbeit, verbunden mit einer Senkung des variablen Kapitals. „Sie (die Umstellung auf Selbstbedienung) hat eine Personalleistung auf das Doppelte bis Dreifache ermöglicht, so daß die Produktivität durch Einführung dieser Verkaufsform erheblich gesteigert werden konnte". (Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft) Portionieren, Abwägen, Verpacken, Auszeichnen, Aufmachung und Ausstellung der Ware ist auf die Produktions- und Verpackungsindustrie abgewälzt worden, Auswahl der Ware und Transport zur Kasse übernimmt der Kunde. Eine bessere Ausnutzung der Verkaufsfläche und Vergrößerung des Warensortiments bei abnehmenden Beschäftigtenzahlen, Dequalifizierung der Arbeitskraft und damit Lohnsenkung bei steigendem Umsatz und intensiverer Vernutzung der Arbeitskraft vergrößern den Teil des Arbeitstages, den die Kapitalisten nicht zahlen, und damit die Profite der Handelskapitalisten. Die Arbeit des Verkäufers schafft weder Wert noch Produkt. „Sein Nutzen besteht vielmehr darin, daß ein geringerer Teil der Arbeitskraft und Arbeitszeit der Gesellschaft in dieser unproduktiven Funktion gebunden wird." (K. Marx, MEW 24, S. 134) Trotzdem erhöht jede Stunde Mehrarbeit, sei es durch Verlängerung des Arbeitstages oder durch Intensivierung der Arbeit, den Anteil, den der Handelskapitalist vom gesamtgesellschaftlichen Profit für die Wahrnehmung der Funktionen, die zur Realisierung des Profits durch Verkauf der Waren nötig sind, erhält. „Ist es aber der Kapitalist, der diesen Agenten anwendet, so vermindern sich durch Nichtzahlung der zwei Stunden (Marx geht von einem Beispiel mit 2 Stunden Mehrarbeit aus) die Zirkulationskosten *seines* Kapitals, die einen Abzug von seiner Einnahme bilden. Für ihn ist es ein positiver Gewinn, weil sich die negative Schranke der Verwertung seines Kapitals enger zieht." (ebenda)

Die Hauptgemeinschaft des Groß- und Einzelhandels (HGE) ist dabei, die Bedingungen zu prüfen zur Einführung von Akkordarbeit im Einzelhandel. Alle Poren des Arbeitstages sollen geschlossen werden: „Bereitschaftszeiten und der Zeitaufwand für persönliche Bedürfnisse wurden auf ein nicht vermeidbares Maß reduziert ..." Bei Zeiten mit relativ schwachem Einkaufsverkehr Versetzung in andere Abteilungen, bei starkem Andrang allerdings „die Möglichkeit der leichteren Umsatzherstellung in den starken Geschäftszeiten könnte durch unterschiedliche Prämiensätze je Leistungseinheit an diesen Tagen berücksichtigt werden." Sprich: mehr Arbeit, weniger Lohn. Und damit es auch „gerecht" zugeht, wird bei steigender Teilzeitarbeit, „die ja überwiegend zu umsatzstarken Zeiten eingesetzt" wird, der Lohn der teilzeitbeschäftigten Angestellten gesenkt, damit sie nicht „in dieser Zeit mehr verdienen als die ständig anwesenden vollbeschäftigten Mitarbeiter". In einer Beispielsrechnung kommt die HGE auf einen Wochenverdienst einer Vollzeitkraft von 140 DM.

Entsprechend lechzen die Kapitalisten nach Methoden, mit möglichst wenig Ausgaben für variables Kapital möglichst viel Profit zu realisieren. Die entscheidenden Punkte, wo sie ansetzen, sind die von dieser Umstellung kaum veränderten Stellen: Kasse, Lager und Verwaltung. Die Einführung des EDV-Systems in die Buchhaltung war der erste Schritt. Möglich wird da-

Es brachte auf der einen Seite den weitgehenden Abschluß der 1975/76 eingeleiteten Konsolidierung. Es stand auf der anderen Seite im Zeichen der Vorbereitung weitreichender Entscheidungen für das kommende Jahrzehnt." So umreißt Bernd Hebbering, Vorstandssprecher der Horten AG, den Abschluß der Vorbereitungsphase für eine mächtige Welle kapitalistischer Rationalisierung im Einzelhandel. Die Konzentration und Zentralisation im Einzelhandel hat seit 1974 stark zugenommen, allein die Zahl der Konkurse von 1974 bis '78 ist mit 3660 um 879 höher als in den 5 Jahren davor, ganz abgesehen von den aufgekauften Einzelhandelsbetrieben oder Betriebsschließungen.

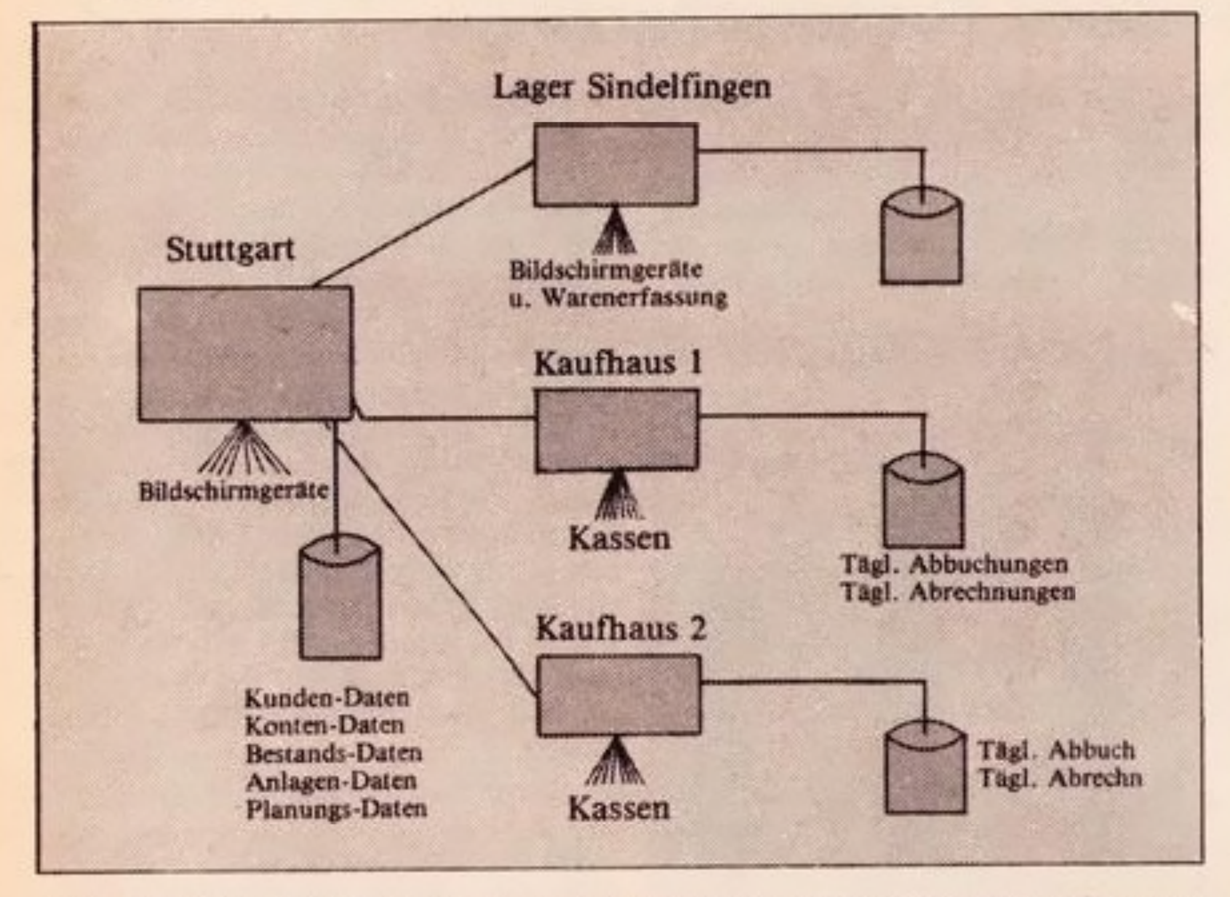
Nach dem 2. Weltkrieg hat das Handelskapital die Umstellung des Einzelhandels auf Selbstbedienung forciert. 1956 waren 1% der Lebensmittelläden Selbstbedienungsläden mit einem Umsatzanteil von 4,4%, 1966 waren es schon 45% der Läden mit einem Umsatz von 70%. Die Vorteile für die Kapitalisten: Eine immense Steigerung der Intensität der Arbeit, verbunden mit einer Senkung des variablen Kapitals. „Sie (die Umstellung auf Selbstbedienung) hat eine Personalleistung auf das Doppelte bis Dreifache ermöglicht, so daß die Produktivität durch Einführung dieser Verkaufsform erheblich gesteigert werden konnte". (Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft) Portionieren, Abwägen, Verpacken, Auszeichnen, packungsindustrie abgewälzt worden, Auswahl der Ware und Transport zur Kasse übernimmt der Kunde. Eine bessere Ausnutzung der Verkaufsfläche und Vergrößerung des Warensortiments bei abnehmenden Beschäftigtenzahlen, Dequalifizierung der Arbeitskraft und damit Lohnsenkung bei steigendem Umsatz und intensiverer Vernutzung der Arbeitskraft vergrößern den Teil des Arbeitstages, den die Kapitalisten nicht zahlen, und damit die Profite der Handelskapitalisten. Die Arbeit des Verkäufers schafft weder Wert noch Produkt. „Sein Nutzen besteht vielmehr darin, daß ein geringerer Teil der Arbeitskraft und Arbeitszeit der Gesellschaft in dieser unproduktiven Funktion gebunden wird." (K. Marx, MEW 24, S. 134) Trotzdem erhöht jede Stunde Mehrarbeit, sei es durch Verlängerung des Arbeitstages oder durch Intensivierung der Arbeit, den Anteil, den der Handelskapitalist vom gesamtgesellschaftlichen Profit für die Wahrnehmung der Funktionen, die zur Realisierung des Profits durch Verkauf der Waren nötig sind, erhält. „Ist es aber der Kapitalist, der diesen Agenten anwendet, so vermindern sich durch Nichtzahlung der zwei Stunden (Marx geht von einem Beispiel mit 2 Stunden Mehrarbeit aus) die Zirkulationskosten *seines* Kapitals, die einen Abzug von seiner Einnahme bilden. Für ihn ist es ein positiver Gewinn, weil sich die negative Schranke der Verwertung seines Kapitals enger zieht." (ebenda)

Bedingungen zu prüfen zur Einführung von Akkordarbeit im Einzelhandel. Alle Poren des Arbeitstages sollen geschlossen werden: „Bereitschaftszeiten und der Zeitaufwand für persönliche Bedürfnisse wurden auf ein nicht vermeidbares Maß reduziert ..." Bei Zeiten mit relativ schwachem Einkaufsverkehr Versetzung in andere Abteilungen, bei starkem Andrang allerdings „die Möglichkeit der leichteren Umsatzherstellung in den starken Geschäftszeiten könnte durch unterschiedliche Prämiensätze je Leistungseinheit an diesen Tagen berücksichtigt werden." Sprich: mehr Arbeit, weniger Lohn. Und damit es auch „gerecht" zugeht, wird bei steigender Teilzeitarbeit, „die ja überwiegend zu umsatzstarken Zeiten eingesetzt" wird, der Lohn der teilzeitbeschäftigten Angestellten gesenkt, damit sie nicht „in dieser Zeit mehr verdienen als die ständig anwesenden vollbeschäftigten Mitarbeiter". In einer Beispielsrechnung kommt die HGE auf einen Wochenverdienst einer Vollzeitkraft von 140 DM.

Entsprechend lechzen die Kapitalisten nach Methoden, mit möglichst wenig Ausgaben für variables Kapital möglichst viel Profit zu realisieren. Die entscheidenden Punkte, wo sie ansetzen, sind die von dieser Umstellung kaum veränderten Stellen: Kasse, Lager und Verwaltung. Die Einführung des EDV-Systems in die Buchhaltung war der erste Schritt. Möglich wird da-durch neben der Intensivierung der Arbeit in der Verwaltung eine Automatisierung der Lagerhaltung, Verkleinerung der Zwischenlager an den Geschäften, stattdessen automatische Zentrallager. Die Einführung von halbautomatischen Kassen mit Förderband zum Transport der Waren und automatischer Restgeldrückgabe ist in den meisten Kaufhäusern längst vollzogen. Die Bestrebungen des Handelskapitals bestehen jetzt darin, die Bedingungen zu schaffen zur Einführung von Kassenterminals auch im Einzelhandel. Fieberhaft lassen sie von ihren Wissenschaftlern an einheitlichen Artikelnummer- und Preiskennzeichnungen arbeiten, wie das „ban-System" als zentrales Nummernsystem für alle Mitgliedsbetriebe. Die Folge ist: die Kassiererin führt die Ware an der Sensor-Erfassung des Terminals vorbei, hier wird Preis und Artikelnummer ohne Eintippen registriert, die Arbeit der Kassiererin setzt keine Kenntnisse über den Preis mehr voraus und wird durch Einrichtung von Zentralkassen relativ unabhängig von Kundenströmen, gleichzeitig ist der Abgang der Waren erfaßt, automatische Buchung und Bestellung wird möglich.

Mit diesen gewaltigen Plänen zur verschärften Ausbeutung wollen die Handelskapitalisten gleichzeitig eine neue Umwälzung im Einzelhandel durchführen. Umstellung der Kaufhäuser auf abrechnungsmäßig *selbständige* Fachabteilungen, Aussortieren aller nicht profitbringenden Waren, Verringerung des Sortiments und damit der Lagerhaltung, besser organisierte Ausbeutung.

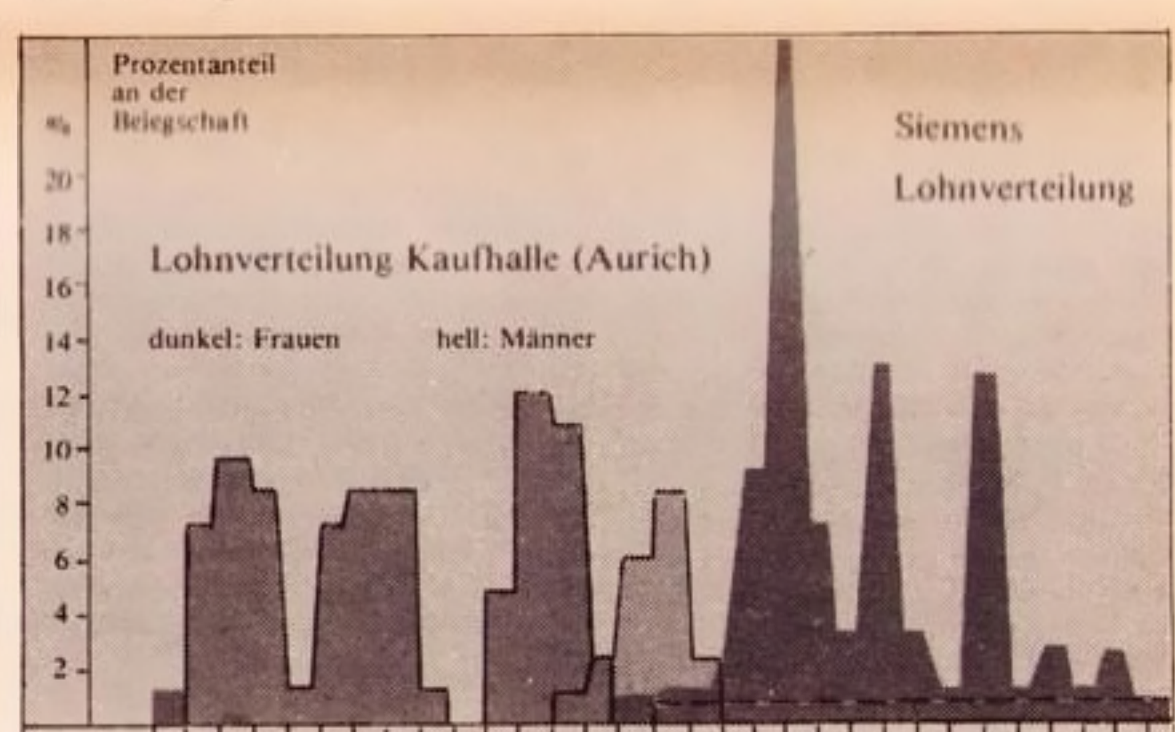
Einsatz von EDV-Anlagen im Bereich der Kaufhäuser – weiteres Mittel zur Rationalisierung



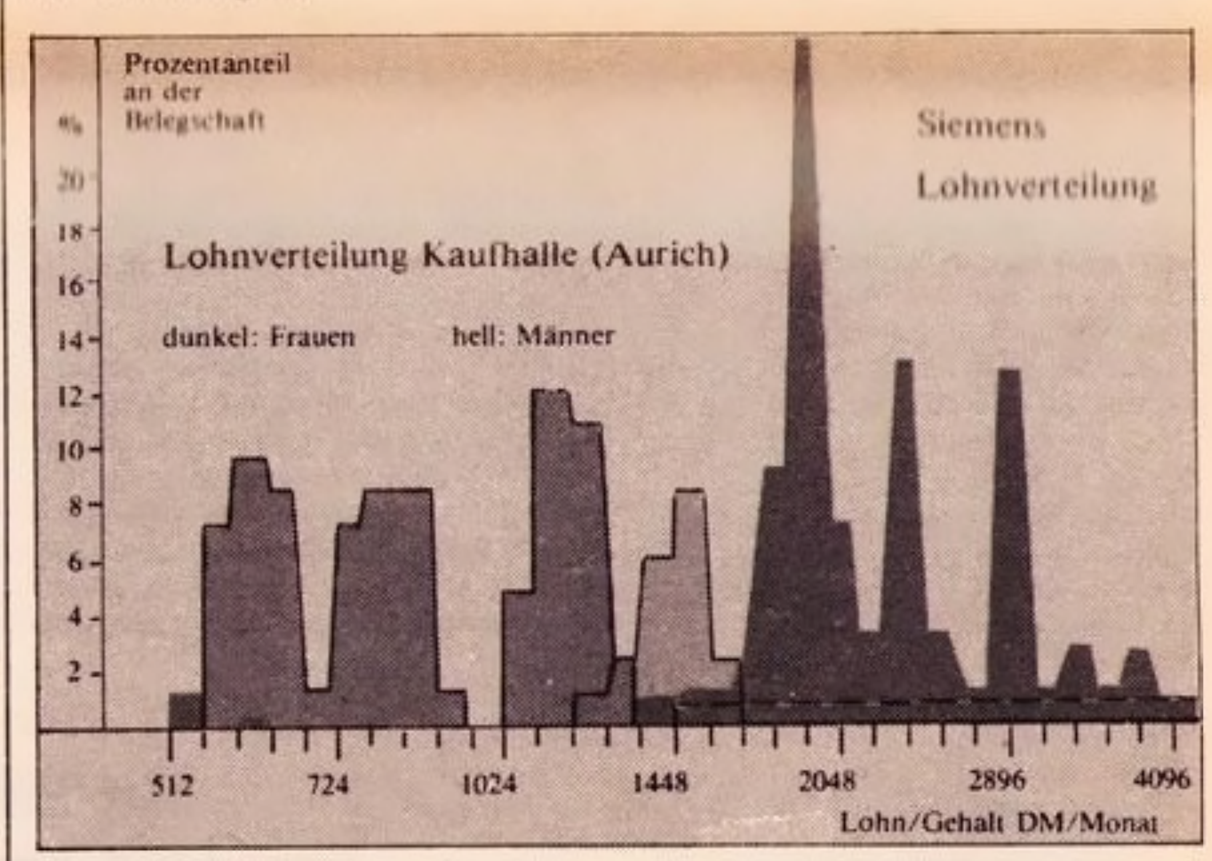
z.git. Das Schaubild zeigt ein regionales Verbundsystem zwischen Kaufhäusern, Filialen und Lager. Das System beruht auf einer verteilten Datenverarbeitung. Die gesamte Warensteuerung (Sortimentsplanung, Warenbestellung, -überwachung in den verschiedenen Lägern bis hin zur Bestandsführung) läuft interaktiv (wechselseitig) über Bildschirmgeräte. Mehrere Kassensysteme sind an einen zentralen Computer angeschlossen. Mit Lesestiften erfassen, verrechnen und buchen die Kassiererinnen die Waren. Über dezentrale Kleincomputer werden die Daten gespeichert und täglich an den Zentralcomputer übertragen. Für die Kaufhaus-Kapitalisten ergeben sich daraus mehrere Vorteile: die Datenerfassung vom Arbeitsplatz der Kassiererin aus ist schneller, die Zahl der Beschäftigten im Lager und Buchhaltung kann gesenkt werden. Wurde früher der Abbuchungsvorgang von qualifizierten Kräften getätigt, kann er mit diesem System von den niedriger bezahlten Kassiererinnen erledigt werden. Die Zeitersparnis durch das Wegfallen des Eintippens in die Kasse nutzt der Kapitalist: Zusätzliche Arbeiterinnen für's Packen werden eingespart – die Kassiererinnen aller Abteilungen müssen diese Arbeiten mitübernehmen.

Dequalifizierung der Arbeit der Verkäuferin bei gleichzeitiger Intensivierung

z.brp. Das Lohnniveau im Einzelhandel liegt im Schnitt 500 DM unter dem der Industriearbeiter. Die Lohnsummenverteilung weist gegenüber der von Siemens Braunschweig stärkere Spaltung, größere Spreizung und tiefe Einbrüche auf: In der ersten Gruppe sind die Lehrlinge, die gleich im Verkauf, dem Einkauf, dem Lager unbezahlte Mehrarbeit leisten müssen; die zweite Gruppe sind die teilzeitbeschäfigten Verkäuferinnen, Kassiererinnen, Lageristen, Auffüllerinnen; die dritte Gruppe bilden die vollzeitbeschäftigten Verkäuferinnen und Kassiererinnen. In der vierten Gruppe sind die Erstverkäufer, die Disponenten eingestuft. Darüber hinaus: die unteren leitenden Angestellten, also die Substituten, die Abteilungsleiter; die Filialleiter und Personalchefs sind im Schaubild nicht erfaßt, sie bekommen rund 8000 DM monatlich. – In der Lebensmittelabteilung bei Horten-Wiesbaden arbeiten 44 Verkäuferinnen und Kassiererinnen, davon 18 in Teilzeit. Die Verkäuferinnen und Kassiererinnen machen am gesamten Personal der in der Lebensmittelabteilung Beschäftigten 69,8% aus. Zum Vergleich: im Warenhaus Wertheim in Berlin stellten die Verkäufer und Kassierer 1920 knapp 50% der Belegschaft. – Der Ausbildungsplan für eine zweijährige Lehre als Verkäufer enthält heute Aufgaben, die früher den Expedienten, den Lageristen zufielen: „Warenannahme und Warenkontrolle, Lagern und Pflegen der Waren, Warenauszeichnung, Abrechnen der Waren beim Verkauf, Kassenverkehr, Verpacken und Zustellen", während früher die Warenkenntnis, kaufmännisches Rechnen, Buchführung, Korrespondenz und Speditionswesen der Hauptinhalt der Ausbildung war.



der ersten Gruppe sind die Lehrlinge, die gleich im Verkauf, dem Einkauf, dem Lager unbezahlte Mehrarbeit leisten müssen; die zweite Gruppe sind die teilzeitbeschäfigten Verkäuferinnen, Kassiererinnen, Lageristen, Auffüllerinnen; die dritte Gruppe bilden die vollzeitbeschäftigten Verkäuferinnen und Kassiererinnen. In der vierten Gruppe sind die Erstverkäufer, die Disponenten eingestuft. Darüber hinaus: die unteren leitenden Angestellten, also die Substituten, die Abteilungsleiter; die Filialleiter und Personalchefs sind im Schaubild nicht erfaßt, sie bekommen rund 8000 DM monatlich. – In der Lebensmittelabteilung bei Horten-Wiesbaden arbeiten 44 Verkäuferinnen und Kassiererinnen, davon 18 in Teilzeit. Die Verkäuferinnen und Kassiererinnen machen am gesamten Personal der in der Lebensmittelabteilung Beschäftigten 69,8% aus. Zum Vergleich: im Warenhaus Wertheim in Berlin stellten die Verkäufer und Kassierer 1920 knapp 50% der Belegschaft. – Der Ausbildungsplan für eine zweijährige Lehre als Verkäufer enthält heute Aufgaben, die früher den Expedienten, den Lageristen zufielen: „Warenannahme und Warenkontrolle, Lagern und Pflegen der Waren, Warenauszeichnung, Abrechnen der Waren beim Verkauf, Kassenverkehr, Verpacken und Zustellen", während früher die Warenkenntnis, kaufmännisches Rechnen, Buchführung, Korrespondenz und Speditionswesen der Hauptinhalt der Ausbildung war.



KAPOVAZ: Mehr Teilzeit und flexibler

r.cos. Die Teilzeitarbeit dient den Kapitalisten zur Intensivierung der Arbeit, zur Spaltung der Belegschaften und zur weiteren Senkung des Lohnes. Gerade im Einzelhandel wird im großen Maße Teilzeit gearbeitet. So z.B. bei dem in der Ausbeutung an der Spitze stehenden Karstadt-Konzern.

Jetzt soll eine neue Form der Teilzeitarbeit, die „Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit", kurz KAPOVAZ genannt, eingeführt werden. Um Höchstumsätze zu sichern, müssen die Kosten für die Umsetzung der Waren in Geld gering gehalten werden. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, müssen die Arbeitszeiten der Verkäufer den umsatzstarken und -schwachen Zeiten angepaßt werden. Praktisch sieht das dann so aus, daß mit den Teilzeitarbeitskräften Verträge über monatlich oder wöchentlich abzuleistende Arbeitsstunden abgeschlossen werden. Wann diese Arbeitsstunden abzuleisten sind, bestimmt der Abteilungsleiter nach der jeweils anfallenden Menge der Arbeit.

Dabei appellieren die Kapitalisten vorwiegend an Hausfrauen, die dann stundenweise zwischen Haushalts- und Kinderversorgung, je nach Bedarf zur Arbeit geholt werden können. Dagegen muß man den Kampf aufnehmen für das Verbot der Teilzeitarbeit in Verbindung mit ausreichendem Lohn auf den Normalarbeitstag und für das Verbot von Überstunden.

Eine Anzeige der Firma Dyckhoff:

7 offene Fragen an unsere 12 neuen Mitarbeiterinnen im Verkauf

Verkaufen ist eine Kunst, die aus dem Herzen kommt: Man muß den Beruf, die Menschen und die Ware l i e b e n. Auf eine Verkäuferin können wir verzichten, auf Ihre Einstellung ... und Ihre Beweglichkeit kommt es uns an. Wenn Sie es innerlich „kribbelt", Kunden in einem anspruchsvollen Modehaus verantwortungsbewußt zu beraten, dann testen Sie Ihre Chancen bei uns selbst:

1. Sind Sie herzlich, kontaktbereit und ehrlich zu Ihrer privaten und beruflichen Umwelt?
   ○ ja ○ nein ○ meistens ○ manchmal
2. Sind Sie ausdrucksfähig und sprachgewandt?
   ○ sehr ○ durchschnittlich ○ wenig
3. Hatten Sie früher berufliche Erfahrung im Kontakt mit ständig wechselnden Menschen?
   ○ viel ○ wenig ○ keine
4. Wirken Sie (natürlich zu Ihrem Alter passend!) gepflegt und modisch?
   ○ ja, sehr ○ mittel ○ wenig
5. Ist Ihr jüngstes Kind mindestens 9 Jahre alt?
   ○ ja ○ nein, erst ... Jahre
6. Können Sie Ihre Arbeitszeit sehr beweglich (mal viel, mal wenig, mal gar nicht, hauptsächlich nachmittags) nach unseren Anforderungen einrichten?
   ○ ja, unbeschränkt ○ ein bißchen ○ nein
7. Können Sie unser Haus jederzeit (also ohne öffentliches Verkehrsmittel) in höchstens 30 Geh- oder Fahrminuten erreichen?
   ○ ja, zu Fuß ○ ja, mit eigenem Fahrzeug ○ nein

Bitte kreuzen Sie alle Fragen ohne Scheu – aber offen? – an. Sind Sie mit dem Ergebnis zufrieden? Okay, dann füllen Sie bitte diese Zeilen aus: ...

Weltmarkt für Kernkraftwerke – imperialistischer Schrotthandel

z.gek. Die Gesamtzahl der 1978 in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in der Welt betrug 206 Blöcke mit einer Leistung von 109 Megawatt (MW). Mehr als doppelt soviel Werke, nämlich 244 Stück mit einer Gesamtleistung von 223000 MW, waren zu dieser Zeit im Bau befindlich oder genehmigt, davon 213 Werke in den westlichen kapitalistischen Ländern oder in Entwicklungsländern. Weiterhin waren bestellt: weitere 106 Kernkraftwerke mit 111000 MW, auf westlichen und Entwicklungsländermärkten davon 92 Stück mit 98000 MW. Nach der Berechnung der Zeitschrift „Atomwirtschaft" (Heft 10/78), die eben die Interessen der westdeutschen Atomwirtschaft vertritt, „ergibt sich selbst unter Berücksichtigung von Stornierungen und Verzögerungen für die nächsten 10 bis 15 Jahre ein weltweiter Kernkraftwerksmarkt von (konservativ gerechnet) mehr als 500 Mrd. DM. Hinzu kommt ein Markt für den Brennstoffkreislauf, der über die Lebenszeit der Kernkraftwerke mindestens die gleiche Größenordnung erreicht".

Wer teilt sich diesen „konservativ geschätzten" 500-Milliarden- bzw. 1-Billion-Markt?

Eine „Kernkraftwerkstatistik der westlichen Welt" (also unter Außerachtlassung der sowjetischen Staatsmonopole) kommt mit Stand 31.12.78 zu dem Ergebnis, daß von insgesamt 22 Herstellern von Kernkraftwerken, nach dem Stand aller bereits ausgeführten, im Bau befindlichen oder bestellten Kernkraftprojekte, sich 7 Monopole herausschälen:

Hersteller	Land	Zahl d. KKW	Leistung (MW)
Westinghouse	USA	114	100763
General Electric	USA	91	79763
Framatome	F	55	57254
KWU	BRD	41	36721
Combust. Engineering	USA	31	34016
Babcock&Wilcox	USA	30	30015
AECL	Kanada	31	17772

Quelle: Atomwirtschaft 3/79

Diese 7 Monopole halten fast 88% (nach der MW-Leistung) des gesamten Marktes. Näher betrachtet, zeigt sich noch, daß die führende Stellung der US-Monopole in erster Linie auf dem großen inneren US-Markt beruht, der ohnehin mit 219 Kernkraftwerken (in Betrieb, im Bau oder bestellt) und einer Leistung von 442352 MW etwa 45% des Weltmarktes ausmacht. Unter den Exporteuren von Kernkraftwerken dagegen nimmt die Kraftwerksunion (KWU) mit einem Auftragsbestand von 12 Werken und einer Leistung von 13433 MW den zweiten Platz hinter Westinghouse ein, noch vor General Electric.

Energiekonzept der BRD-Imperialisten: Ölmanagement – Weltweites Energiesparen – Einsatz von Kernenergie

z.ere. Nicht etwa dem Bericht eines deutschen Generalstabes, sondern dem Geschäftsbericht der Commerzbank ist zu entnehmen, daß die Ölzufuhr für die „Deutsche Industrie" trotz wachsender Lieferungen aus der Nordsee *verwundbar* ist und für die Kernenergie die Entsorgung immer noch ein gravierendes Handikap darstellt, weswegen der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Rodenstock, in der Energie-und Rohstoffversorgung denn auch die „größte Herausforderung unserer Zeit" sieht, deren Lösung über die „Zukunft der Industrie" entscheide. Nicht weil die Rohstoffvorräte weltweit erschöpft wären, gerät die Bourgeoisie in fieberhafte Besorgnis um die künftige Energieversorgung, vielmehr die Einschränkung ihres Zugriffs auf die Energiemärkte durch Förderbeschränkungen seitens der Ölerzeugerländer läßt sie aufheulen.

Auf dem Straßburger Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der neun EG-Staaten, auf dem die EG-Imperialisten ihre „weltweite Strategie" festlegten, die internationale Energiekrise in Zusammenarbeit mit anderen Industrienationen und Ölerzeugern zu überwinden, konnte wegen der gärenden Konkurrenz „nur" ein Entwurf für einen weitgesteckten Rahmen vereinbart werden, ausreichend aber, um gegenüber den beiden größten Konkurrenten, den USA und Japan, den „nötigen Handlungsspielraum" zu gewinnen. „Gemäßigte Zurückhaltung" sollte Schmidt an den Tag legen, forderte die FAZ, um angesichts der Kritik der imperialistischen Konkurrenten die „Deutschen Ziele" durchsetzen zu können. Die BRD-Imperialisten seien in den „Verdacht geraten, eine eigene Rolle spielen zu wollen und auf die Partner in der Gemeinschaft keine Rücksicht zu nehmen".

Auf vier Ziele haben sich die EG-Imperialisten festgelegt, um sich ihren Zugriff auf die Energiereserven zu sichern:

Erstens: Drosselung der Ölimporte. Sie sollen von 1980 bis 1985 im Jahresdurchschnitt 470 Mio. Öltonnen nicht übersteigen. Damit würde die Importmenge von 1978 mittelfristig festgeschrieben. Zweitens: Ölmarktüberwachung durch Einführung einer Meldepflicht. Sie gilt für alle auf den „internationalen freien Märkten" gehandelten Ölmengen und deren Preise. Drittens: Über die EG hinaus sollen alle Industrieländer Gespräche mit den Ölerzeugern über eine Regelung von Angebot und Nachfrage aufnehmen. Viertens: Verstärkter Einsatz der Kernenergie und der Kohle. „Ohne Atomkraft kann es nach Ansicht des Europäischen Rates in den kommenden Jahrzehnten kein Wirtschaftswachstum geben." (ZDF, 22.6.79)

Mit aller Macht versucht die Finanzbourgeoisie, die Maßnahmen der Ölerzeugerländer zur Sicherung von deren Reserven zu nutzen, um eine ideologische Lage zu schaffen, das profitträchtige Kernenergieprogramm gegen den Willen der Volksmassen durchzusetzen. So stellt z.B. eine Analyse der Deutschen BP fest: „Insgesamt ausreichende Energieverfügbarkeit bis 1985." Das Mineralöl wird diesen Untersuchungen zufolge einen deutlich unter dem allgemeinen Energieverbrauchswachstum liegenden Anstieg erreichen. Sein Anteil wird von gegenwärtig 52% auf 47% im Jahr 1985 zurückgehen. Durch langfristige Lieferabkommen mit den Sozialimperialisten ist die Deckung des Erdgasbedarfs vollständig gesichert. Der Steinkohlebedarf ist ohne weiteres schon aus inländischer Förderung zu decken. Das Verstromungsziel, das einen durchschnittlichen Einsatz von 33 Mio. Tonnen Steinkohle im Jahr vorsieht, kann bis 1985 erreicht werden. Die Braunkohleförderung ist durch das Rahmenabkommen mit der DDR langfristig gesichert worden. Die Analyse der BP zeigt weiter, daß eine Versorgungslücke bei der Stromzufuhr von ca. 20000 MW durch den erhöhten Einsatz anderer Energieträger voll geschlossen werden kann: durch Verwirklichung des 6000 MW Programms auf Steinkohlenbasis und eine Änderung der Verstromungsgesetzgebung, die den zusätzlichen Einsatz von Gas und Braunkohle möglich macht, deren Reserven „auch ausgehend von der gegenwärtigen Lage" realisierbar wären.

Der Einsatz von Kernenergie, der in absehbarer Zeit nur im Bereich der Stromerzeugung zu verwirklichen sein wird, bietet den Kapitalisten einen geradezu gewaltigen Profitquell. Die Imperialisten rechnen bei Kernkraftwerken mit einer Abschreibungszeit von 20 Jahren und einer jährlichen Ausnutzung von 7000 Stunden. Dies ist die Idealkalkulation und wird in der BRD gegenwärtig mit etwa 70% erreicht, gegenüber einer rund 50%igen Abschaltzeit in den USA. Der wesentliche Unterschied der Stromerzeugungskosten bei Kernkraftwerken und Steinkohlekraftwerken ist der, daß bei den Kernkraftwerken die festen Kosten zwar höher sind, die variablen hingegen wesentlich geringer, weswegen Kernkraftwerke für den Betrieb im Grundlastbereich besser geeignet sind als Kohlekraftwerke. Beim Kernkraftwerksbetrieb werden bei linear-progressiver Abschreibung über 20 Jahre die Jahreskosten für Kapitaldienst, Bedienung, Unterhaltung, Abschreibung, Steuern, Versicherungen, Verwaltung und auch für den Abbruch abgedeckt. Der Quotient dieser Jahresfestkosten (DM/kw/a) und der Ausnutzungsdauer (h/a) ergibt die Festkostenkomponente der Stromerzeugungskosten (Pf/kWh). Die Stromerzeugungskosten bei Steinkohle belaufen sich bei einer Ausnutzungsdauer von 6500 h/a auf 10,41 Pf/kWh, bei Kernernergie hingegen nur auf 8,12 Pf/kWh, was einer Kostendifferenz zugunsten der Kernenergie von 2,29 Pf/kWh gleichkommt. Den Prognosen der Kapitalisten zufolge wird der Nettostromverbrauch von 274 TWh auf 910 bis 1312 TWh im Jahre 2000 ansteigen. Bei einem auf dem gegenwärtigen Niveau gleichbleibenden Anteil der Kernenergie von 8% an der gesamten Stromerzeugung erzielen die Kapitalisten heute rund eine halbe Mrd. DM Extraprofit durch Kernkraftwerksstrom im Jahr, bei 1200 TWh wären es bereits 2,2 Mrd. DM, und auf die nächsten 20 Jahre gerechnet käme ein Mittel von rund 30 Mrd. DM heraus. Den Plänen der Bourgeoisie zufolge soll der Anteil der Kernenergie auf etwa 15% erhöht werden, was dann einem Extraprofit von fast 60 Mrd. DM entsprechen würde. Damit dieser Profitquell überhaupt sprudeln kann, fordern die Kapitalisten von der Regierung 80 Mrd. DM als Subventionshilfen aus dem den Volksmassen abgepreßten Steueraufkommen, ebenso wie eine Politik, die den Kampf der Volksmassen gegen das Energieprogramm ideologisch bindet, wofür sie eigens eine Enquête-Kommission eingerichtet hat. Dem ideologischen Manöver der Bourgeoisie gegenüber wächst beharrlich der Druck der Arbeiterklasse gegen das Energieprogramm der Regierung. Der DGB sah sich bereits veranlaßt, seine *bedenkenlose* Zustimmung zur Kernenergie in Frage zu stellen. Über 1000 Vertreter von mehr als 300 Bürgerinitiativen haben für den Herbst eine zentrale Demonstration beschlossen gegen das Energieprogramm der Regierung.

Dokumentation: Unternehmensvorstände und Großbanken zur Kernenergiepolitik

Friderichs, Vorstandssprecher der Dresdner Bank, auf der Hauptversammlung am 18.5.79
Den neuerlichen Ölschock sollten wir nutzen, um notwendige Vorsorgemaßnahmen verstärkt in Angriff zu nehmen und – möglichst auf europäischer Ebene – durchzusetzen. ... weit mehr als bisher müssen wir Energie sparen ... Und trotz allem wird es unausweichlich sein, auch Uran zur Deckung unseres Energiebedarfes heranzuziehen.

Christians, Vorstandssprecher der Deutschen Bank auf der Hauptversammlung am 16. Mai 1979
Ein Verzicht auf Kernenergie würde aber den Lebensstandard der Bevölkerung beeinträchtigen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und damit die Erhaltung von Arbeitsplätzen gefährden... Ein rohstoffarmes Hochlohnland wie die Bundesrepublik könne seinen wirtschaftlichen und sozialen Stand nur halten, wenn es in den zukunftsorientierten Technologien eine Spitzenstellung einnimmt... Die Zeit drängt, unser Energiekonzept schlüssig und überzeugend zu machen.

Siemens Geschäftsbericht 1978
An 6 Kernkraftwerken in der Bundesrepublik mit einem Auftragswert von 7,1 Mrd. DM kann derzeit wegen noch fehlender oder nicht vollziehbarer Baugenehmigung nicht gearbeitet werden.

Allgemeine Deutsche Creditanstalt, Kommentar 20.4.1979
Auf der heutigen Basis erscheint ein Engagement in SIEMENS-Aktien vor dem hohen Risiko des Kernkraftwerksbaus nicht unbedingt gerechtfertigt.

Commerzbank, Geschäftsbericht 1978
Die rückläufige Energie-Leistungsreserve wird spätestens Mitte der achtziger Jahre unser Wirtschaftswachstum beeinträchtigen und die Kurzsichtigkeit jener Politiker deutlich machen, die, statt aufzuklären und notwendige Entscheidungen zu treffen, die Geschäfte jener besorgen, die aus mangelnder Einsicht oder bösem Willen eine breite Basis unserer Energieversorgung verhindern.

Jahresbericht des BDI 1977/78
Wenn die von drei wirtschaftswissenschaftlichen Instituten für 1985 als notwendig bezeichneten 2400 MW Kernkraftkapazitäten ereicht werden sollen, müßten 1978 noch die durch Gerichtsurteile gestoppten Kernkraftwerke weitergebaut und mit dem Bau neuer Kernkraftwerke begonnen werden.

Rodenstock, Präsident des BDI auf der Jahreshauptversammlung, Juni 1979
Rodenstock sieht in der Energie- und Rohstoffversorgung die größte Herausforderung unserer Zeit ... Die Lösung dieses Problems entscheide über die Zukunft der Industrie. (ZDF-Nachrichten, Dienstag, 12.6.79)

zu dem Ergebnis, daß von insgesamt 22 Herstellern von Kernkraftwerken, nach dem Stand aller bereits ausgeführten, im Bau befindlichen oder bestellten Kernkraftprojekte, sich 7 Monopole herausschälen:

Hersteller	Land	Zahl d. KKW	Leistung (MW)
Westinghouse	USA	114	100763
General Electric	USA	91	79763
Framatome	F	55	57254
KWU	BRD	41	36721
Combust. Engineering	USA	31	34016
Babcock&Wilcox	USA	30	30015
AECL	Kanada	31	17772

Quelle: Atomwirtschaft 3/79

Diese 7 Monopole halten fast 88% (nach der MW-Leistung) des gesamten Marktes. Näher betrachtet, zeigt sich noch, daß die führende Stellung der US-Monopole in erster Linie auf dem großen inneren US-Markt beruht, der ohnehin mit 219 Kernkraftwerken (in Betrieb, im Bau oder bestellt) und einer Leistung von 442352 MW etwa 45% des Weltmarktes ausmacht. Unter den Exporteuren von Kernkraftwerken dagegen nimmt die Kraftwerksunion (KWU) mit einem Auftragsbestand von 12 Werken und einer Leistung von 13433 MW den zweiten Platz hinter Westinghouse ein, noch vor General Electric.

einbart werden, ausreichend aber, um gegenüber den beiden größten Konkurrenten, den USA und Japan, den „nötigen Handlungsspielraum" zu gewinnen. „Gemäßigte Zurückhaltung" sollte Schmidt an den Tag legen, forderte die FAZ, um angesichts der Kritik der imperialistischen Konkurrenten die „Deutschen Ziele" durchsetzen zu können. Die BRD-Imperialisten seien in den „Verdacht geraten, eine eigene Rolle spielen zu wollen und auf die Partner in der Gemeinschaft keine Rücksicht zu nehmen".

Auf vier Ziele haben sich die EG-Imperialisten festgelegt, um sich ihren Zugriff auf die Energiereserven zu sichern:

Erstens: Drosselung der Ölimporte. Sie sollen von 1980 bis 1985 im Jahresdurchschnitt 470 Mio. Öltonnen nicht übersteigen. Damit würde die Importmenge von 1978 mittelfristig festgeschrieben. Zweitens: Ölmarktüberwachung durch Einführung einer Meldepflicht. Sie gilt für alle auf den „internationalen freien Märkten" gehandelten Ölmengen und deren Preise. Drittens: Über die EG hinaus sollen alle Industrieländer Gespräche mit den Ölerzeugern über eine Regelung von Angebot und Nachfrage aufnehmen. Viertens: Verstärkter Einsatz der Kernener-

sichert worden. Die Analyse der BP zeigt weiter, daß eine Versorgungslücke bei der Stromzufuhr von ca. 20000 MW durch den erhöhten Einsatz anderer Energieträger voll geschlossen werden kann: durch Verwirklichung des 6000 MW Programms auf Steinkohlenbasis und eine Änderung der Verstromungsgesetzgebung, die den zusätzlichen Einsatz von Gas und Braunkohle möglich macht, deren Reserven „auch ausgehend von der gegenwärtigen Lage" realisierbar wären.

Der Einsatz von Kernenergie, der in absehbarer Zeit nur im Bereich der Stromerzeugung zu verwirklichen sein wird, bietet den Kapitalisten einen geradezu gewaltigen Profitquell. Die Imperialisten rechnen bei Kernkraftwerken mit einer Abschreibungszeit von 20 Jahren und einer jährlichen Ausnutzung von 7000 Stunden. Dies ist die Idealkalkulation und wird in der BRD gegenwärtig mit etwa 70% erreicht, gegenüber einer rund 50%igen Abschaltzeit in den USA. Der wesentliche Unterschied der Stromerzeugungskosten bei Kernkraftwerken und Steinkohlekraftwerken ist der, daß bei den Kernkraftwerken die festen Kosten zwar höher sind, die variablen hingegen wesentlich geringer, weswegen Kernkraftwerke für den Betrieb im Grundlastbereich besser geeignet sind als Kohlekraftwerke. Beim Kernkraftwerksbe-

sammlung am 18.5.79
Den neuerlichen Ölschock sollten wir nutzen, um notwendige Vorsorgemaßnahmen verstärkt in Angriff zu nehmen und – möglichst auf europäischer Ebene – durchzusetzen. ... weit mehr als bisher müssen wir Energie sparen ... Und trotz allem wird es unausweichlich sein, auch Uran zur Deckung unseres Energiebedarfes heranzuziehen.

Christians, Vorstandssprecher der Deutschen Bank auf der Hauptversammlung am 16. Mai 1979
Ein Verzicht auf Kernenergie würde aber den Lebensstandard der Bevölkerung beeinträchtigen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und damit die Erhaltung von Arbeitsplätzen gefährden... Ein rohstoffarmes Hochlohnland wie die Bundesrepublik könne seinen wirtschaftlichen und sozialen Stand nur halten, wenn es in den zukunftsorientierten Technologien eine Spitzenstellung einnimmt... Die Zeit drängt, unser Energiekonzept schlüssig und überzeugend zu machen.

Siemens Geschäftsbericht 1978
An 6 Kernkraftwerken in der Bundesrepublik mit einem Auftragswert von 7,1 Mrd. DM kann derzeit wegen noch fehlender oder nicht vollziehbarer Baugenehmigung nicht gearbeitet werden.

Auf der heutigen Basis erscheint ein Engagement in SIEMENS-Aktien vor dem hohen Risiko des Kernkraftwerksbaus nicht unbedingt gerechtfertigt.

Commerzbank, Geschäftsbericht 1978
Die rückläufige Energie-Leistungsreserve wird spätestens Mitte der achtziger Jahre unser Wirtschaftswachstum beeinträchtigen und die Kurzsichtigkeit jener Politiker deutlich machen, die, statt aufzuklären und notwendige Entscheidungen zu treffen, die Geschäfte jener besorgen, die aus mangelnder Einsicht oder bösem Willen eine breite Basis unserer Energieversorgung verhindern.

Jahresbericht des BDI 1977/78
Wenn die von drei wirtschaftswissenschaftlichen Instituten für 1985 als notwendig bezeichneten 2400 MW Kernkraftkapazitäten ereicht werden sollen, müßten 1978 noch die durch Gerichtsurteile gestoppten Kernkraftwerke weitergebaut und mit dem Bau neuer Kernkraftwerke begonnen werden.

Rodenstock, Präsident des BDI auf der Jahreshauptversammlung, Juni 1979
Rodenstock sieht in der Energie- und Rohstoffversorgung die größte Herausforderung unserer Zeit ... Die Lösung dieses Problems entscheide über die Zukunft der Industrie. (ZDF-Nachrichten, Dienstag, 12.6.79)

Dabei ist selten eine Konkurrenz in so skrupelloser Weise auf Kosten der Käufer ausgetragen worden: hier der Länder der Dritten Welt, die ihre Industrialisierung nicht auf Erdölbasis betreiben können wie die imperialistischen Räuber und daher ihre Uranvorkommen nützen wollen; dort der Volksmassen der kapitalistischen Länder, die mit Steuern und hohen Strompreisen den kostspieligen Betrieb der Kernkraftwerke zwangsweise finanzieren. So hat sich die „Arbeitsausnutzung" aller Kernkraftwerke der Welt gerade mühsam auf die Marke von 65% gestellt, was andersherum heißt, daß an 35 von 100 Tagen das Kraftwerk abgeschaltet werden muß. Eine Aufstellung über die „Betriebsergebnisse der deutschen Kernkraftwerke 1977", die nach der Auffassung ihrer Autoren zeigt, daß die „Betriebsergebnisse der kommerziellen Anlagen überwiegend zufriedenstellend" gewesen seien, sieht, von vorne angefangen, so aus: KKI Isar, in Betrieb genommen am 18.11., mußte bis zum Jahresende insgesamt 5mal schnellabgeschaltet werden / KKB Brunsbüttel: 4 geplante Stillstände und 11 nicht geplante Stillstände / Biblis Block A: 10 geplante und 14 nicht geplante Stillstände... Und so fort. (Atomwirtschaft 10/78)

Es ist handgreiflich deutlich, daß die Bourgeoisie bis heute weder die Kernspaltungstechnik beherrscht noch Anlagen baut, die wenigstens auf dem gegebenen technischen Stand zuverlässig sind. Schließlich, es geht darum, von einem Gesamtwert von 500 Milliarden bis zu einer Billion einen größtmöglichen Profit herauszuschlagen.

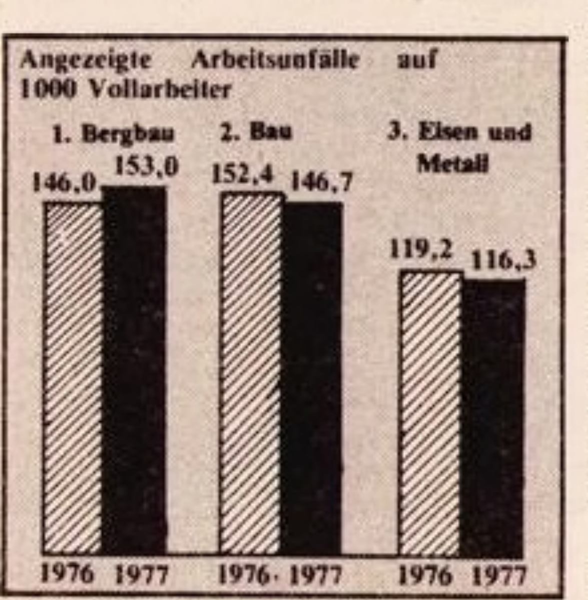
Mit Hilfe der Gewerkschaftssozialdemokratie für die Durchsetzung des imperialistischen Energieprogramms

z.bef. Die Bereitschaft sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer, sich für die Durchsetzung des imperialistischen Energieprogramms der westdeutschen Finanzbourgeoisie herzugeben, hat ihren beschämenden letzten Höhepunkt in der 1. Juni-Ausgabe der „Einheit", Organ der IG Bergbau und Energie erreicht. Es heißt darin: „Es mag wohl der tägliche Umgang mit den beruflich bedingten Gefahren sein, der die Bergleute befähigt, nüchtern über Risiken, wie sie sich z.B. auch bei der Kernenergieerzeugung darstellen, nachzudenken..." Das „nüchterne Nachdenken" bei den Bergarbeitern läßt sie, laut Aussage des Schreibers, schnell zu der „gezielten Frage" kommen, „ob denn unter den energiepolitischen Wortführern nicht bekannt sei, daß die Kohleförderung täglich von schweren und schwersten und tödlichen Unfällen der Bergleute begleitet werde." Die Quintessenz des Artikels mündet in der Überlegung: „Da wird man schon die psychologische Wirkung nicht unterschätzen dürfen, die dadurch entsteht, daß der Vorrang der Kohle ausgerechnet mit dem Argument propagiert wird, die Kernenergie sei zu gefährlich. Und die Kohlegewinnung nicht?!"

Im westdeutschen Bergbau gab es 1978 111 tödliche Arbeitsunfälle, 2172 Unfälle mußte die Bergbau-Berufsgenossenschaft als Rentenfälle anerkennen. Die Gesamtzahl der registrierten Unfälle lag bei 30922, die Gesamtzahl der gemeldeten Berufskrankheiten bei 7383. Von 1945 bis 1976 gab es im westdeutschen Bergbau allein 15968 tödliche Unfälle, rund 3,5 Mio. gemeldete Arbeitsunfälle und 135000 Fälle von Berufskrankheiten. Im gleichen Zeitraum habe es in der ganzen Welt nur sieben Todesfälle von Beschäftigten in Kernreaktoren gegeben, schreibt die „Einheit".

Was die Regierungsssozialdemokraten allein nicht schaffen, soll mit Hilfe der Gewerkschaftssozialdemokraten in demagogischer Weise gemeistert werden. Es soll die Erkenntnis unterdrückt werden, worauf es dem deutschen Imperialismus stets bei seiner Energiepolitik ankam. Wir haben es schon verschiedentlich ausgeführt. Da Kohle reichlich vorhanden war und ist, kam es für den deutschen Imperialismus stets darauf an, die Kohleförderung durch wachsende Ausbeutung der Bergarbeiter zu verbilligen und in den Bereichen, in denen Kohle ohne Umwandlung Öl nicht ersetzen konnte, nach rentablen technischen Verfahren zu suchen, die es erlaubten, Kohle in Öl umzuwandeln, bzw. aus Kohle Treibstoff für die Verbrennungsmotoren zu gewinnen, der mit Benzin aus Öl konkurrieren konnte.

Die tödlichen Folgen der gnadenlosen Ausbeutung der Bergarbeiter werden von den Gewerkschaftssozialdemokraten zu „berufsbedingten Risiken" heruntergemacht und 16000 tödliche Arbeitsunfälle in unverschämt dreister Weise ins Feld geführt, um die Arbeiterklasse und die Volksmassen für das imperialistische Kernenergieprogramm der Bundesregierung zu gewinnen. Diese wirklich abgekochten



Zahlen aus: Glückauf Nr. 4/78, S. 156

Überlegungen werden nur noch vom Frankfurter Batelle-Institut übertroffen. Ausgehend von der irreführenden Überlegung, wenn keine Kernkraftwerke mehr gebaut würden, müsse deshalb das Erdöl eines Tages voll durch Kohle ersetzt werden, ist dort folgende Rechnung gemacht worden: „Das bedeutet für die Zeit nach dem Jahr 2000 fast 600 Tote und mehr als 5000 Frühinvaliden pro Jahr durch Berufsunfälle und -krankheiten.".

Mit Adolf Schmidt, sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer der IGBE und gleichzeitig Mitglied des Deutschen Bundestages, glaubt die Regierungssozialdemokratie den richtigen Mann gefunden zu haben, mit dessen Hilfe sie die Arbeiterklasse und die Volksmassen gegenüber solchen Manövern wie „Politik mit Vorrang für die Kohle" entwaffnen kann. Dazu gehören solche Forderungen, wie sie auf dem letzten DGB-Bundeskongreß im vorigen Jahr verabschiedet worden sind: „Baugenehmigungen für neue Kernkraftwerke sollten grundsätzlich nur erteilt werden, wenn der zusätzliche Eigenbedarf durch Kohlekraftwerke nicht gedeckt werden kann." („Einheit", 15.6.78). Genau ein Jahr vorher, auf dem 10. Gewerkschaftstag der IGBE hat Adolf Schmidt lupenrein das Regierungsprogramm propagiert:

„Wir brauchen Kernenergie. Wer will, daß unsere Kohle dauerhaft krisenfrei wird, der muß auch wollen, daß sie in anderer Form, am besten gasförmig verkauft wird. Wer aber aus unserer Kohle Gas machen will, der braucht die Kernenergie, um dies so kostengünstig wie möglich zu gestalten." Im Wechselbad solcher Manöver sollen die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen das imperialistisch-expansionistische Energieprogramm der westdeutschen Bourgeoisie gebrochen werden und die Arbeiter zur Fußtruppe der Regierung der Bourgeois werden. Nach Georg Leber und Rudi Arndt versucht die Bourgeoisregierung es jetzt mit Adolf Schmidt.

Gorleben: beide Seiten rüsten

r.thr. Mit der Treckerblockade der Bohrfahrzeuge wollten die Landwirte des Kreises Lüchow-Dannenberg Albrecht eine ,,Entscheidungshilfe" geben. Auf die Leimruten seiner ,,Entscheidung" sind die Landwirte nicht hereingefallen. Von den Gorleben-Treckern und der Bürgerinitiative initiiert hat am 8.6. eine Versammlung verschiedener Organisationen des Landkreises in einer Resolution eindeutig festgestellt: ,,Gorleben bleibt Standort!" Die Resolution fordert u.a. ,,Keine weiteren Bohrungen", ,,Einstellung aller Ermittlungsverfahren gegen Teilnehmer vonDemonstrationen."

An Manövern hat es von Seiten der Landesregierung nicht gefehlt. Unmittelbar nach der Landtagssitzung hat Regierungssprecher von Poser in Lüchow verkündet: ,,Albrechts 'Nein' endgültig." Die DWK streut immer wieder Gerüchte aus, die andere Standorte für die Endlagerung und Albrechts ,,Langzeitzwischenlager" ins Gespräch bringen. Zusätzlich! Das mag angehen. Im Landkreis Lüchow-Dannenberg jedenfalls läuft das Bohrprogramm von DWK und PTB (Physikalisch-Technische Bundesanstalt) verstärkt weiter. Verschiedenen Landwirten sind bereits Vertragsentwürfe der DWK zwecks Landverkauf auf den Tisch geflattert. Die DWK benötigt dringend Land für die Tiefbohrungen. An die Gemeinde Trebel und die Realgemeinde Gorleben hat PTB Anträge auf Ausbau und Asphaltierung von Waldwegen zu den geplanten Bohrstellen gestellt, damit die 50 t schweren Fahrzeuge für die Tiefbohrungen fahren können.

Die Bourgeoisie plant die gewaltsame Durchsetzung des NEZ. Nachdem die Kreispolitiker sich auf der Bürgerversammlung in Hitzacker noch ellenlang gewunden haben, um um eine Stellungnahme herumzukommen, haben sie am 13.6. auf der Kreistagssitzung nach dem Motto ,,Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert" bei vier Gegenstimmen in einer Resolution Bohrungen bei Gorleben gefordert. Zuvor schon hatte der Samtgemeinderat Lüchow beschlossen, eine neue Polizeikaserne in Lüchow zu errichten, weil so viele junge Männer den Kreis ,,wirtschaftlich beleben". Die Überseefunkempfangstation Woltersdorf (ÜFEST) wird zielstrebig weiter zur Polizeifestung und Kaserne ausgebaut.

Und verstärkte Unterdrückung wird nicht nur geplant: Gegen 77 Landwirte, die an der Blockade teilgenommen hatten, hat die Staatsanwaltschaft Lüneburg Ermittlungsverfahren wegen Nötigung der Celler Brunnenbau eingeleitet. Die Kriminalpolizei taucht mit Akten bei den Bauern auf, um wieviel Uhr sie das Haus vor der Blockade verlassen hätten und mit wem sie sich getroffen hätten. Besucher wurden photographiert. In den Dörfern rund um den geplanten Bauplatz stehen Tag und Nacht Polizeiwagen vor den Häusern der ,,Rädelsführer". Arbeiten die Bauern auf dem Acker, fahren Polizeiwagen mit Richtmikrophonen langsam auf und ab.

Die Landwirte haben auf der Versammlung am 8.6. durch einen Sprecher erklären lassen: ,,Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren." Geschlossen haben sie einen Brief an die Staatsanwaltschaft Lüneburg unterzeichnet: ,,Wir haben mit unserer Aktion von unserem Recht auf Demonstrationsfreiheit Gebrauch gemacht... Das Gorleben-Projekt bedroht uns und unsere Betriebe in der Existenz... Wir haben Pate gestanden für die Mehrheit der Lüchow-Dannenberger. Aus diesem Grunde erwarten wir die sofortige Einstellung der Ermittlungsverfahren." Mehrere Sprecher aus Dörfern beim geplanten Bauplatz haben gefordert, daß nunmehr Aktionen gegen die Polizei und den BGS notwendig seien. Die Landwirte haben neue Aktionen angekündigt, falls den Forderungen der Resolution von Seiten der Bundes- und Landesregierung sowie DWK und PTB nicht nachgekommen werde. Der Gemeinderat Trebel konnte gezwungen werden, auf seiner Sitzung am 14. Juni vorerst die Genehmigung für den Ausbau und die Asphaltierung der Waldwege zu versagen. Als nächster Schritt wurde von den Landwirten und der BI beschlossen, die Unterschriftensammlung gegen das NEZ abzuschließen. Bisher wurden über 20000 Unterschriften (bei 47000 Einwohner im Kreis) gesammelt. Nachdem bisher die Dörfer fast vollständig unterschrieben haben, wird dies nun für die Städte Lüchow, Dannenberg und Hitzacker organisiert.

Karl Freiherr vom und zum Stein noch heute Vorbild für die Bourgeoisie

r.hat. Unter der Rubrik ,,Griff in die Agrargeschichte" befaßt sich ein gewisser ,,ro" in der Zeitschrift ,,Das Landvolk", herausgegeben vom niedersächsischen Landvolkverband, mit der Befreiung der Bauern von der Leibeigenschaft. Geschrieben als Lobgesang auf Karl Reichsfreiherr von und zum Stein, Minister am Hofe Friedrich Wilhelm III., König von Preußen. Stein wird als Wegbereiter der ,,Bauernbefreiung" genannt. ,, Es ist ein Glücksfall, daß an der Spitze des wenig reformfreudigen preußischen Staates eine Persönlichkeit großen Formats steht: Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein".

Er ist der Verfasser des ,,Edikts vom 9. Oktober 1807 betreffend den erleichterten Besitz des Grundeigentums sowie der persönlichen Verhältnisse der Landbewohner." Im §12 ist die formale Aufhebung der Gutsuntertänigkeit der Bauern aufgehoben. ,,Nach dem Martinitag 1810 gibt es nur freie Leute."

Daß die Beseitigung der Leibeigenschaft den ,,idealen und sozialen Motiven" des Freiherrn v. Stein zu verdanken sei und nicht Ergebnis des Jahrhunderte währenden Kampfes der Bauern gegen dieses Herrschaftsverhältnis war, kann nur aus der Feder eines bürgerlichen Geschichtsfälschers stammen.

Was war dem Edikt vorausgegangen? ,,Am 14. Oktober 1806 wurde der ganze preußische Staat an einem Tage bei Jena in Stücke geschlagen, und der preußische Bauer hat alle Ursache, diesen Tag mehr zu feiern als alle preußischen Siege von Mollwitz bis Sedan. Jetzt fing der bis an die russische Grenze zurückgejagten preußischen Regierung endlich an ein schwaches Licht aufzudämmern, daß man die freien, grundbesitzenden französischen Bauernsöhne nicht mit den Söhnen leibeigener, täglich der Verjagung von Haus und Hof ausgesetzter Fronbauern besiegen könne." (Friedrich Engels).

Durch die sogenannte Bauernbefreiung wurden die feudalen Zustände keineswegs beseitigt. Die große Masse der kleinen Bauern, die kein Gespann besaß, kam durch die Bauernbefreiung vom Regen in die Traufe. Sie durften weder ihr Besitzrecht, wie es in dem Edikt vorgeschrieben war, geltend machen noch sich von den feudalen Abgaben, Diensten und Fronen befreien. Da sich die Besitzverhältnisse nicht verändert hatten, waren die Bauern gezwungen, ihren ,,Verbindlichkeiten, die ihnen als freien Leuten vermöge eines Grundstücks, oder vermöge eines Vertrages obliegen", nachzukommen. Statt mit Fronarbeit mußten sie jetzt mit Geld oder Getreide und letztendlich mit Boden bezahlen. Die Bauernbefreiung war nun Bauernlegen geworden.

,,Zur Verwirklichung der Ziele der Gemeinschaft..."

z.scc. ... will die EG-Kommission Malta ,,eine außerordentliche Nahrungsmittelhilfe in Form von 2500 t Schweinefleisch" zukommen lassen. Anfang des Jahres wurde ein Teil der rund 25000 Schweine auf Malta von der afrikanischen Schweinepest befallen; nicht zuletzt wirft dieses Unglück große Schwierigkeiten für die Fleischversorgung der maltesischen Volksmassen auf. Ein großzügiges Angebot also? ,,Aufgrund der Verhältnisse, die der Anlaß zur Gewährung dieser Nahrungsmittelhilfe sind, kann diese Aktion erst durchgeführt werden, wenn die Maßnahmen in Verbindung mit dem Abschlachten der Schweine, der Beseitigung des Schweinefleisches und der Entseuchung der Betriebe, Schlachthöfe und Räumlichkeiten für die Fleischlagerung auf maltesischem Hoheitsgebiet durchgeführt worden sind." Fügt die Pest den maltesischen Bauern bereits großen Schaden zu, bringt ihnen die ,,Hilfe" der EG den sicheren Ruin. Auf Jahre wird Malta vollständig von Fleischimporten der EG-Imperialisten abhängig, muß doppelt und dreifach zurückzahlen, was es jetzt als ,,Nahrungsmittelhilfe" ,,geschenkt" erhält. Bis jetzt allerdings hat Malta – der drohende Ton der Verordnung enthüllt's – die bereits seit Monaten gestellten Bedingungen für diese und ähnliche ,,Hilfen" nicht erfüllt.

Huhn und Schwein als Aktien: Der Lohmann-Konzern

z.mee. Der Lohmann-Konzern Cuxhaven weist in seinem Jahresabschluß 1977/78 auf einen Gesamtumsatz von 1 Mrd. DM einen Jahresüberschuß von 8 Mio. aus. Der Ausgangspunkt der Familie Lohmann war die Herstellung von Kraftfutter; dann wurde damit begonnen, eier- und schweineproduzierende Bauern unter Vertrag zu nehmen. Über ihre Ruinierung wurde ein Konzern aufgebaut, der heute 9 Tochterunternehmen und 36 Beteiligungsgesellschaften in mehreren Ländern besitzt. Neben den Kraftfutterwerken gehören Lohmann heute: Die Lohmann Apparatebau, die komplette Ställe mit Einrichtungen und Geräten liefert, das Pharmazeutische Werk TAD für Tiermedizin, drei Brütereien, zwei Geflügelzuchtbetriebe, eine Geflügelschlachterei und ein Fischmehlwerk. Nicht nur kann der Konzern damit auf allen Stufen der Produktion an sich selbst verkaufen, er kann auch auf allen Stufen die Bauern in Abhängigkeit bringen. Ein ganzes Heer von ,,Beratern" treibt die Bauern in sein Netz. Lohmann ist auch auf dem US-Markt tätig, wo das Bauernlegen und die Ausbeutung von Halbsklaven hochentwickelt ist. 7 Mio. Dollar investierte er im letzten Geschäftsjahr dort. In Südamerika und Fernost ist Einstieg in die Zuchtproduktion geplant. Im Frühjahr 1978 wurde ein Großprojekt über 23 Mio.

Das industriell produzierte Hybridschwein lockt Kapitalisten an

Ausstellung Huhn & Schwein in Hannover: Neues zur Durchsetzung industrieller Agrarproduktion

z.mee. Zu einer Zeit niedriger Erzeugerpreise für die Bauern: Eier 8 bis 9 Pfg., Schweine ca. 2,75 DM/kg Lebendgewicht, findet die Messe ,,Huhn und Schwein" in Hannover statt. Schon seit ca. einem Jahr sind die Preise so niedrig, daß sie höchstens den Gestehungskosten des Bauern entsprechen. Viele Bauern haben mit der Schweine- bzw. Ferkelproduktion aufhören müssen, und zwar so viele, daß für den Herbst laut bürgerlichen Marktforschungsinstituten mit Preiserhöhungen für Schweinefleisch zu rechnen ist. Die Zeit sei günstig für Investi-

mit dem robusten Hybridschwein und strengen Hygienemaßnahmen öffnet sie den Weg zur Großproduktion. Hybridschweine sind so gekreuzt, daß das Produkt nur die positiven Eigenschaften vieler verschiedener Elternlinien in sich vereinigt(t) (en soll). Dies erfordert einen äußerst hohen Zuchtaufwand und wird entsprechend von großen Kapitalgesellschaften betrieben. Sie verkaufen die Jungsauen zu wesentlich höheren Preisen an die Bauern. Die Hybridfirmen haben in den letzten paar Jahren einen rasanten Einzug gehalten und beherrschen bereits

Gewichtszunahmen der Masttiere beschleunigt werden. Dem Hähnchenfutter wird schon seit Jahren Kokzidistaticum (Wirkstoff gegen parasitäre Erreger von Durchfallerkrankungen) beigemengt. Laut Gesetzesvorschrift darf Kokzidistaticum drei Tage vor dem Schlachttermin nicht mehr verfüttert werden, eine lächerliche Vorschrift. Jedermann weiß, von welch schlechter Qualität das Hähnchenfleisch mittlerweile ist. Für das Schweinefutter gibt es Wachstumsförderer. Für ihre derartigen Produkte haben die Konzerne Bayer, Pfizer, Elanco usw. auf der

sein Sonntagskotelett in der Pfanne zusammenschrumpft.

Die ganze Messe ,,Huhn & Schwein" zeigt deutlich: Was die Kapitalisten noch an Produktivkräften entwickeln, dient nur dazu, noch mehr Bauern zu ruinieren, noch mehr Arbeit aus den übriggebliebenen Bauern herauszuholen, gleichzeitig die Nahrungsmittel für die Volksmassen zu verschlechtern. Obwohl die Großmästereien und Konzerne aus der Phase des Erzeugerpreistiefs gestärkt hervorgehen werden, werden viele Bauern ver-

die Realgemeinde Gorleben hat PTB Anträge auf Ausbau und Asphaltierung von Waldwegen zu den geplanten Bohrstellen gestellt, damit die 50 t schweren Fahrzeuge für die Tiefbohrungen fahren können.

Die Bourgeoisie plant die gewaltsame Durchsetzung des NEZ. Nachdem die Kreispolitiker sich auf der Bürgerversammlung in Hitzacker noch ellenlang gewunden haben, um um eine Stellungnahme herumzukommen, haben sie am 13.6. auf der Kreistagssitzung nach dem Motto ,,Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert"

Staatsanwaltschaft Lüneburg unterzeichnet: ,,Wir haben mit unserer Aktion von unserem Recht auf Demonstrationsfreiheit Gebrauch gemacht... Das Gorleben-Projekt bedroht uns und unsere Betriebe in der Existenz... Wir haben Pate gestanden für die Mehrheit der Lüchow-Dannenberger. Aus diesem Grunde erwarten wir die sofortige Einstellung der Ermittlungsverfahren." Mehrere Sprecher aus Dörfern beim geplanten Bauplatz haben gefordert, daß nunmehr Aktionen gegen die Polizei und den BGS notwendig seien. Die Landwirte haben neue Aktionen angekündigt, falls den

Landbewohner." Im §12 ist die formale Aufhebung der Gutsuntertänigkeit der Bauern aufgehoben. ,,Nach dem Martinitag 1810 gibt es nur freie Leute."

Daß die Beseitigung der Leibeigenschaft den ,,idealen und sozialen Motiven" des Freiherrn v. Stein zu verdanken sei und nicht Ergebnis des Jahrhunderte währenden Kampfes der Bauern gegen dieses Herrschaftsverhältnis war, kann nur aus der Feder eines bürgerlichen Geschichtsfälschers stammen.

vom Regen in die Traufe. Sie durften weder ihr Besitzrecht, wie es in dem Edikt vorgeschrieben war, geltend machen noch sich von den feudalen Abgaben, Diensten und Fronen befreien. Da sich die Besitzverhältnisse nicht verändert hatten, waren die Bauern gezwungen, ihren ,,Verbindlichkeiten, die ihnen als freien Leuten vermöge eines Grundstücks, oder vermöge eines Vertrages obliegen", nachzukommen. Statt mit Fronarbeit mußten sie jetzt mit Geld oder Getreide und letztendlich mit Boden bezahlen. Die Bauernbefreiung war nun Bauernlegen geworden.

Huhn und Schwein als Aktien: Der Lohmann-Konzern

z.mee. Der Lohmann-Konzern Cuxhaven weist in seinem Jahresabschluß 1977/78 auf einen Gesamtumsatz von 1 Mrd. DM einen Jahresüberschuß von 8 Mio. aus. Der Ausgangspunkt der Familie Lohmann war die Herstellung von Kraftfutter; dann wurde damit begonnen, eier- und schweineproduzierende Bauern unter Vertrag zu nehmen. Über ihre Ruinierung wurde ein Konzern aufgebaut, der heute 9 Tochterunternehmen und 36 Beteiligungsgesellschaften in mehreren Ländern besitzt. Neben den Kraftfutterwerken gehören Lohmann heute: Die Lohmann Apparatebau, die komplette Ställe mit Einrichtungen und Geräten liefert, das Pharmazeutische Werk TAD für Tiermedizin, drei Brütereien, zwei Geflügelzuchtbetriebe, eine Geflügelschlachterei und ein Fischmehlwerk. Nicht nur kann der Konzern damit auf allen Stufen der Produktion an sich selbst verkaufen, er kann auch auf allen Stufen die Bauern in Abhängigkeit bringen. Ein ganzes Heer von ,,Beratern" treibt die Bauern in sein Netz. Lohmann ist auch auf dem US-Markt tätig, wo das Bauernlegen und die Ausbeutung von Halbsklaven hochentwickelt ist. 7 Mio. Dollar investierte er im letzten Geschäftsjahr dort. In Südamerika und Fernost ist Einstieg in die Zuchtproduktion geplant. Im Frühjahr 1978 wurde ein Großprojekt über 23 Mio.

DM im Irak abgeschlossen.

Das industriell produzierte Hybridschwein lockt Kapitalisten an

Ausstellung Huhn & Schwein in Hannover: Neues zur Durchsetzung industrieller Agrarproduktion

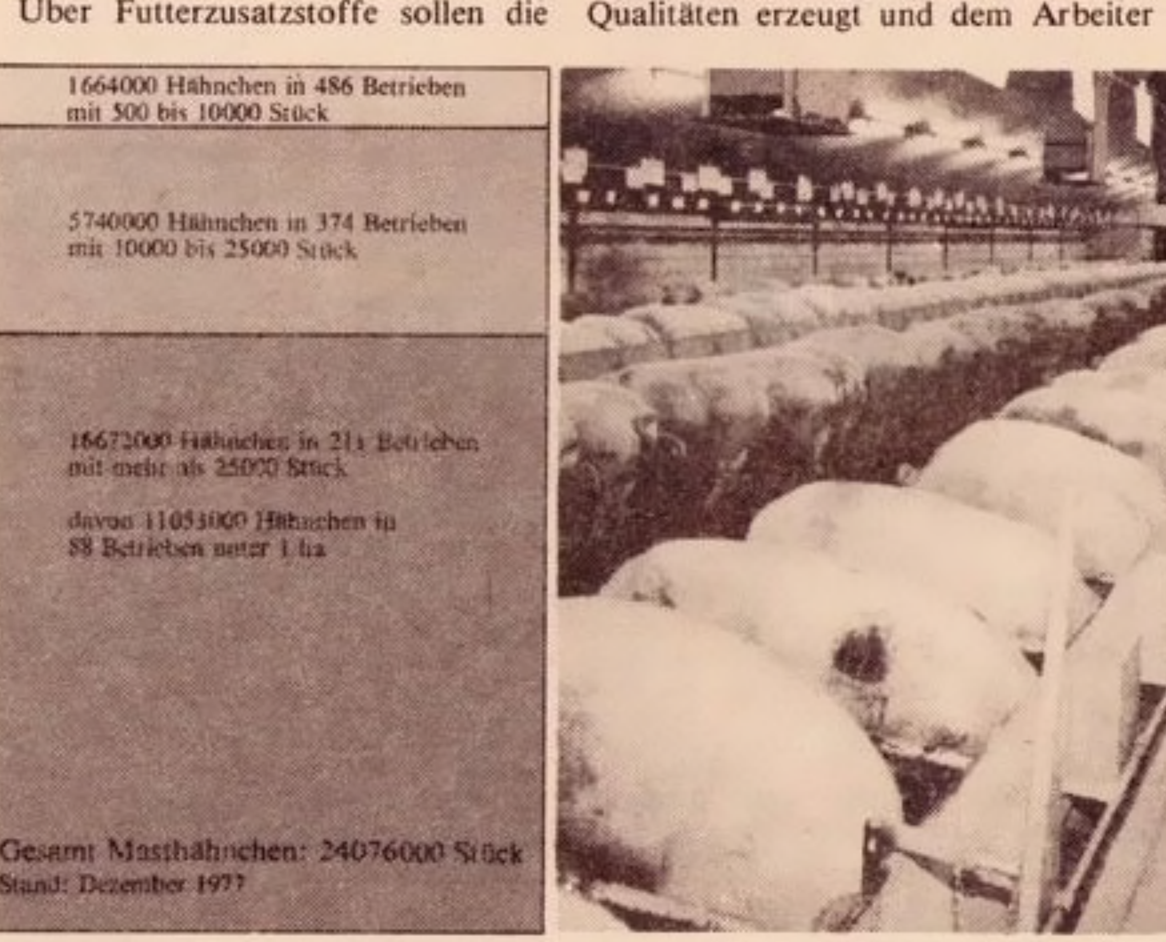
z.mee. Zu einer Zeit niedriger Erzeugerpreise für die Bauern: Eier 8 bis 9 Pfg., Schweine ca. 2,75 DM/kg Lebendgewicht, findet die Messe ,,Huhn und Schwein" in Hannover statt. Schon seit ca. einem Jahr sind die Preise so niedrig, daß sie höchstens den Gestehungskosten des Bauern entsprechen. Viele Bauern haben mit der Schweine- bzw. Ferkelproduktion aufhören müssen, und zwar so viele, daß für den Herbst laut bürgerlichen Marktforschungsinstituten mit Preiserhöhungen für Schweinefleisch zu rechnen ist. Die Zeit sei günstig für Investitionen und Aufstockung der Sauenbestände, schreibt die bürgerliche Agrarpresse. Natürlich können das jetzt nur die kapitalkräftigen Großbetriebe und Agrarkapitalisten. An sie ist die Ausstellung Huhn & Schwein gerichtet. Neue Produktionsmethoden werden gezeigt, mit denen diese einen weiteren Vorsprung gegenüber dem Bauern bekommen. Weil die Produktion von Geflügel und Schwein nicht an die landwirtschaftliche Fläche gebunden ist (im Gegensatz zum Milchvieh), ist sie relativ einfach zu kapitalisieren. Die Durchsetzung der industriellen Produktion ist bei Geflügel fast abgeschlossen. Auf der Messe konnte man teure computergesteuerte Fütterungs-, Sortier-, Verpackungs-, Verlade- und Schlachtmaschinen für Geflügel und Eier sehen, die nicht für den Geldbeutel des Bauern, auch nicht des größeren Bauern bestimmt waren.

Die Schweine werden überwiegend noch bäuerlich produziert. Die Ausstellung diente dazu, die Lücken in den technischen Voraussetzungen für die industrielle Produktion hier zu erschließen. Eine Lücke war bisher die Aufzucht der Ferkel, weil sie einen hohen Aufwand an individueller Betreuung erfordert. Diese Arbeitsbelastung liegt bisher auf den kleinen und mittleren Bauern, die diese Arbeit nie im Ferkelpreis entsprechend bezahlt bekommen haben. Rechtzeitig zur Messe hat ,,top agrar" – das Magazin für moderne Landwirtschaft, wie es sich selbst bezeichnet – eine Extraausgabe zur einstreulosen Ferkelproduktion herausgebracht (ohne Stroh). Diese Aufstallungsmethode ermöglicht weitere Rationalisierung. In Verbindung mit dem robusten Hybridschwein und strengen Hygienemaßnahmen öffnet sie den Weg zur Großproduktion. Hybridschweine sind so gekreuzt, daß das Produkt nur die positiven Eigenschaften vieler verschiedener Elternlinien in sich vereinigt(t) (en soll). Dies erfordert einen äußerst hohen Zuchtaufwand und wird entsprechend von großen Kapitalgesellschaften betrieben. Sie verkaufen die Jungsauen zu wesentlich höheren Preisen an die Bauern. Die Hybridfirmen haben in den letzten paar Jahren einen rasanten Einzug gehalten und beherrschen bereits 10% des Marktes (in Britannien bereits 70 bis 80%).

Eine andere Lücke der Großproduktion ist die Beseitigung der ungeheuren Mengen an Gülle (Kot-Harn-Gemisch). Dies wird unter dem Thema Umweltschutz behandelt. So wurden auf der Ausstellung Anlagen gezeigt, die die Gülle durch Belüftung geruchsfrei (-arm) machen sollen, bzw. durch Trocknung soll fester Dünger produziert werden und große Vieheinheiten auch in dichtbesiedelten Gebieten ermöglichen.

Über Futterzusatzstoffe sollen die Gewichtszunahmen der Masttiere beschleunigt werden. Dem Hähnchenfutter wird schon seit Jahren Kokzidistaticum (Wirkstoff gegen parasitäre Erreger von Durchfallerkrankungen) beigemengt. Laut Gesetzesvorschrift darf Kokzidistaticum drei Tage vor dem Schlachttermin nicht mehr verfüttert werden, eine lächerliche Vorschrift. Jedermann weiß, von welch schlechter Qualität das Hähnchenfleisch mittlerweile ist. Für das Schweinefutter gibt es Wachstumsförderer. Für ihre derartigen Produkte haben die Konzerne Bayer, Pfizer, Elanco usw. Werbung gemacht. Die Messe kräftig die Werbetrommel gerührt. Bisher wurden die Wachstumsförderer Bay-o-nox, Carbadox, Tylosin usw. zusammen mit anderen Antibiotika als Medizinfutter in der Ferkelaufzucht eingesetzt. Jetzt geht die Reklame dahin, sie auch im Mittel- und Endmastfutter für Schweine einzusetzen. Sofort hat die staatliche Versuchsanstalt Haus Düsse ihre neuesten Versuche darauf ausgerichtet. Natürlich wird nur auf die Gewichtszunahmen getestet und nicht auf die Fleischbeschaffenheit. So kommt es, daß der Bauer zwangsläufig immer schlechtere Qualitäten erzeugt und dem Arbeiter sein Sonntagskotelett in der Pfanne zusammenschrumpft.

Die ganze Messe ,,Huhn & Schwein" zeigt deutlich: Was die Kapitalisten noch an Produktivkräften entwickeln, dient nur dazu, noch mehr Bauern zu ruinieren, noch mehr Arbeit aus den übriggebliebenen Bauern herauszuholen, gleichzeitig die Nahrungsmittel für die Volksmassen zu verschlechtern. Obwohl die Großmästereien und Konzerne aus der Phase des Erzeugerpreistiefs gestärkt hervorgehen werden, werden viele Bauern versuchen, die Schweineproduktion weiter zu betreiben. Sie erlösen immer weniger pro Schwein. Mit immer älter werdenden Ställen, einer hohen Arbeitsbelastung und einem immer geringer werdenden privaten Verzehr können sie dies einige Zeit ausgleichen, oder sie werden zu Lohnmastverträgen gezwungen. Die andere Alternative wäre zu investieren, Schulden zu machen, bei einer hohen Arbeitsbelastung eine hohe Stückzahl zu halten, wovon das meiste aber an Zinsen wieder weggehen würde. Immer drückender wird die Konkurrenz der großen Kapitalgesellschaften auch in der Schweinehaltung.



1664000 Hähnchen in 486 Betrieben mit 500 bis 10000 Stück
5740000 Hähnchen in 374 Betrieben mit 10000 bis 25000 Stück
16672000 Hähnchen in 213 Betrieben mit mehr als 25000 Stück davon 11053000 Hähnchen in 88 Betrieben unter 1 ha Gesamt Masthähnchen: 24076000 Stück Stand: Dezember 1977

Hohe Konzentration in der Masthähnchenhaltung



Einer der riesigen Ställe der Hybridgesellschaft Euribrid. Die Sauen sind auf Spaltenboden strohlos aufgestallt, so daß die Gülle fließ- und pumpfähig ist.

Großbrand bei BASF Schichtarbeit nicht unterbrochen

z.sth. Vom 16.-18. Juni ist in der BASF Ludwigshafen bei einem Großbrand eine Lagerhalle mit 400 t Pflanzenschutzmitteln abgebrannt. Brandursache sollen ,,Schwelnester" in Säcken des Pflanzenschutzmittels ,,Maneb" sein, das die BASF-Kapitalisten von Ungarn importieren; die Entzündung sei ,,völlig atypisch", der Schaden betrage 30-50 Mio. DM. Gesundheitsgefahr habe nicht bestanden. Tatsächlich konnte man sich im angrenzenden Stadtteil Friesenheim nur mit einem Tuch vor Mund und Nase auf die Straße begeben, die Augen wurden von den Dämpfen angegriffen und die Tauben torkelten wie betrunken auf den Straßen. ,,Warnungen der Polizei sollen nach Wunsch der BASF mit dem Werk abgestimmt werden, um Panik zu vermeiden" (Mannheimer Morgen, 19.6.). – 1921 starben 561 Menschen durch die Explosion eines Silos, weil die Kapitalisten den im Silo verhärteten Dünger mit Sprengstoff lösen wollten. 1948 gab es 207 Tote und 3800 Verletzte durch die Explosion eines Kesselwagens mit Dimethyläther. Damals hieß es über den Vorstand: ,,Seine nächste Sorge galt der Wiederaufnahme der Arbeit..."Zum Brand 1979: ,,Die Feuerwehr sicherte noch 15 Stunden nach dem Ausbruch des Feuers die umliegenden Gebäude, in denen die Schichtarbeit nicht unterbrochen werden mußte." (Mannheimer Morgen 18.6.)

Zeugniskonferenzen an 3129 Schulen blockiert „Prekäre" Lehrer fordern Festeinstellung

z.ulg.Rom. Seit drei Wochen bestreiken die „Prekären", die Lehrer mit Zeitverträgen und auf Vertretungsposten, an vielen italienischen Schulen die Zeugniskonferenzen, um ihre Forderung nach Festeinstellung durchzusetzen. Nach den geltenden Bestimmungen müssen alle Lehrer einer Klasse an der Konferenz teilnehmen, damit über Versetzung und Prüfungszulassung entschieden werden kann. Am vorletzten Samstag, dem für die Zeugnisvergabe vorgesehenen Termin, waren die Konferenzen an 3129 Schulen, das sind etwa ein Fünftel aller Mittel- und Oberschulen, durch den Streik blockiert. Über 2000 beteiligten sich an diesem Tag an einer nationalen Demonstration in Rom zum Erziehungsministerium.

Erziehungsminister Spadolini hat im Fernsehen angedroht, er werde den Schülern „ihr Recht auf Benotung auf dem Verwaltungsweg gewährleisten". Die Schüler werden sich bedanken! Seit Wochen kämpfen sie gegen einen Erlaß Spadolinis, nach dem die Fächer für die Abiturprüfung erst einen Tag vorher bekanntgegeben werden sollen. An den Schulen, wo die Konferenzen trotz des Streiks durchgeführt worden sind, sind neue Rekorde im Sitzenbleibenlassen aufgestellt worden. So sind an den römischen Oberschulen nur 54% der Schüler versetzt worden, 29,6% müssen im September eine Nachprüfung machen, 16,3% wurden definitiv nicht versetzt.

Trotzdem gibt es kaum irgendwo eine bewußte Verbindung zwischen dem Kampf der „Prekären" und den Kämpfen der Schüler gegen die Notenunterdrückung. Auch die festeingestellten Lehrer beteiligen sich an den meisten Orten nicht an den Kampfmaßnahmen. Eine Ausnahme ist Turin, wo das Aktiv der Lehrergewerkschaft der CGIL beschlossen hat, die Blockierung der Zeugniskonferenzen zu unterstützen. Die Führer der Lehrergewerkschaften haben sich mit Spadolini darauf geeinigt, daß die Verträge der Lehrbeauftragten für ein weiteres Jahr verlängert werden sollen. Doch den „Vertretern", deren Verträge ebenfalls am 9.9. auslaufen, droht Entlassung. Die „Prekären" haben sich außerhalb der Gewerkschaft in „Koordinationsausschüssen" organisiert.

Mit einer einfachen Änderung der Versetzungsordnung könnte die Regierung die jetzt eingeschlagene Kampfform wirkungslos machen. Um so wichtiger wird es, die Einheit mit den anderen Lehrern herzustellen. Für einen entsprechenden Antrag stimmten auf der letzten Delegiertenkonferenz 12 der 52 anwesenden Provinzdelegationen.

„Fünf mit Liebe"? Warum unterstützt die „Metall" nicht Kampf gegen Notensystem?

z.eve. In der IG Metall gibt es offenbar eine Auseinandersetzung über die Bedeutung des Notensystems. Nachdem in der Gewerkschaftszeitung „Metall" im letzten September festgestellt wurde, daß das Notensystem der Kapitalistenklasse zur Auslese nutzt, ist in der Ausgabe vom 13. Juni 79 ein Artikel von Monika Held erschienen, der die Abschaffung des „Leistungs- und Notendrucks" anstatt der Abschaffung des Notensystems verlangt. Aussehen soll das folgendermaßen: „Wollte Gott, jeder Lehrer würde beim Verteilen der Klassenarbeiten auch mal sagen, ‚Weißt Du, es ist zwar eine Fünf, ich habe Dich aber lieb'." So will Monika Held verhindern, daß Schüler Selbstmord wegen schlechter Zensuren machen. Wem kommt nicht das Schaudern bei der Vorstellung eines liebevoll Fünfen und Sechsen verteilenden Lehrers. Es wird die Selbstmordrate eher steigern, weil so der Kampf der Schuljugend unterdrückt wird und sich richten soll gegen lieblose Lehrer anstatt gegen solche, die Fünfen und Sechsen verteilen. Es wäre besser, die IG Metall würde die schon weit entwickelten Kämpfe der Schuljugend gegen das Notensystem und für die Abschaffung der entsprechenden Erlasse und Gesetze unterstützen.

Der DGB Vorstand hat am 13. Juni sein neues Aktionsprogramm verab-

Gesamtschule das Notensystem schär fer angewendet wird als in den anderen Schulen, gibt es doch in jedem Fach anstatt der einen Note zahllose Beurteilungen, von der natürlich jede einzelne eine Note darstellt. Der Beschluß der Kultusministerkonferenz, der neben dem herkömmlichen Schulsystem auch die Gesamtschule als Regelschule vorsieht, erfordert gerade die Abschaffung aller Benotungssysteme.

War im DGB-Aktionsprogramm von 1972 wenigstens noch die Forderung nach öffentlicher Kontrolle der Gewerkschaften über die Berufsausbildung und in diesem Zusammenhang das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften enthalten, so ist das jetzt gestrichen. Viele gewerkschaftliche Jugendgruppen haben zum diesjährigen 1. Mai die Kontrolle der Gewerkschaften über die Berufsausbildung gefordert. Nicht der Staat soll kontrollieren, sondern die gewerkschaftlichen Organe der Arbeiter und Lohnabhängigen. Diese Forderung kann man gut unterstützen, denn sie beinhaltet z.B. das Einspruchsrecht bei der Notengebung.

Im Herbst soll nach Auskunft der „Quelle" (DGB-Zeitung) vom Juni, das Grundsatzprogramm des DGB in den Gewerkschaften verhandelt werden. Es soll 1981 verabschiedet werden. Man wird sich schon jetzt darum

Ungeheurer Verschleiß an Arbeitskraft

Studienbedingungen am Germanistischen Seminar Heidelberg / Germanistenprozesse

z.chc. Einigermaßen wild entschlossen führen sich die Große Strafkammer des Landgerichts Heidelberg, die Justizorgane der Bourgeoisie und die Universitätsverwaltung auf, um hohe Freiheitstrafen im Prozeß gegen ehemalige Fachschaftsvertreter der Germanistikstudenten durchzusetzen, die im Wintersemester 76/77 gegen Verschärfungen der Studienbedingungen gestreikt haben.

14 Monate Gefängnis wegen Teilnahme am Streik, 5000 DM Geldstrafe für einen Vertreter des Boykottausschusses der Studenten, gerichtliche Bezeichnung des Boykottausschusses als „kriminelle Vereinigung", Einleitung von Hochschulermittlungs- und Relegationsverfahren wegen Berichterstattung über den Prozeß, Vorladung eines ganzen Seminars wegen Unterzeichnung einer Resolution und Ermittlung wegen § 90a, also Staatsverleumdung.

Sicherstellen will die Bourgeoisie den Einsatz ihrer Hochschuleinrichtungen, in denen sie die Arbeitskraft der Studenten für die Zwecke des Finanzkapitals unbegrenzt und möglichst ganz umsonst vernutzen will. Durch alle möglichen Versprechungen führt sie diesen Hochschulen eine große Masse an Arbeitskraft zu, fischt sich durch Spaltung und Aussiebung einen Teil geeigneter Funktionäre heraus, läßt nur für einen Teil überhaupt einen Abschluß zu und führt wieder eine Masse an Arbeitskraft ohne Berufsausbildung dem Arbeitsmarkt zu. Die besitzlosen Studenten treten dafür ein, die Bourgeoisie zur Anerkennung des Rechts auf Bezahlung ihrer Arbeitskraft, Beschränkung der Arbeitszeit und Gewährleistung solcher Studienbedingungen, die einen Abschluß des Studiums für die Masse der Studenten zulassen, zu zwingen.

Soll der bürgerliche Staat die Ausbildungsverpflichtung erfüllen, die er mit seinen Gesetzen und Versprechungen eingegangen ist.

Gesichert werden kann dies freilich nur durch einen Ausbildungs- und Tarifvertrag und durchgesetzt werden können solche Forderungen nur durch den Einsatz des Koalitions- und Streikrechtes. Die Rechte, die der bürgerliche Staat, gezwungen durch den Kampf der Arbeiterklasse gegenüber den Auszubildendem in der Industrie, dem Handel und den Öffentlichen Diensten zugestehen mußte, sollen gegenüber den Studenten nicht gelten. Diesen Standpunkt hat die Bourgeoisie ziemlich lange und relativ erfolgreich aufrechterhalten können. Solange, wie nicht die Interessen der besitzlosen Studenten in der Bewegung unter den Studenten bestimmend waren.

Von 217 Studenten, die im Winter 72/73 und im Sommer 73 das Germanistikstudium an der Universität Heidelberg aufgenommen haben, haben nur noch 77% im Sommer 76, im dritten bis vierten Studienjahr studiert. Bei den Studienanfängern 73/74 waren es nach dem gleichen Zeitraum 79% und bei denen des Jahrgangs 74/75 nur mehr 66,4%. Über 30% der Studenten müssen also nach dem 3./4.Studienjahr ihr Studium abbrechen, ihre Arbeitskraft wird verschlissen ohne irgend einen Abschluß des Studiums. Das zwischenzeitliche Sinken der Abbruchrate war Ergebnis der Kämpfe 1976. Gleichzeitig hatte sich die Zahl der Studenten am Fachbereich von 1971 bis 76 auf 2200 verdoppelt, die Zahl der Hochschullehrerstellen blieb gleich und ein Teil blieb unbesetzt. Dann hat die baden-württembergische Landesregierung als Teil der Lohnsenkungs-, Spaltungs- und Rationalisierungsmaßnahmen im Öffentlichen Dienst Stellenstreichungen für 1700 Beschäftigte in den Hochschuleinrichtungen beschlossen, was außerdem weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in den Bibliotheken, Archiven, usw. zur Folge hat. Die „Betreuungsrelation", wie die Landesregierung mit der Fürsorglichkeit von Anstaltsdirektoren die Durchführung von Vorlesungs- und Seminarbetrieb nennt, wurde von 1:25 auf 1:60 offiziell erhöht, was aber über die tatsächliche Überfüllung der Vorlesungen und Seminare gar nichts sagt. Jedenfalls fanden die Studenten in den Vorlesungen keinen Platz.

Die ganze Professorenmeute, die jetzt als Hauptbelastungszeugen in den Prozessen auftreten soll, und die auf jeden Fall genug Zeit hatte, um bereits damals aktenkundiges Beweismaterial aufzupinseln, hat nachweislich in keinem Fall ihre minimalsten 8 Stunden Lehrverpflichtung pro Woche erfüllt.

Gegenüber den Studenten erhöhten sie fortlaufend die Prüfungsanforderungen, lehnten Stoffeingrenzung ab, trieben die zu lesende Seitenzahl für die Prüfungen in die Höhe und legten dann Fragen fest, wovon immer ein Teil mit dem angegebenen Vorbereitungsstoff nicht zu beantworten ist.

Landesregierung und Universitätsverwaltung ließen dann noch neue Pläne auflegen für einen „quantitativen Studienplan", der die offizielle Mindeststundenzahl weiter erhöhen soll. Bereits 1976 betrug die durchschnittliche Wochenstundenzahl ca. 50 Stunden, wo die notwendige Arbeit, um das Studium zu finanzieren, selbst unter der Annahme des Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFÖG-)Höchstsatzes, den nur ein geringer Teil der Studenten bekommt, hinzuzurechnen ist.

Daß angesichts dieser Tatsachen die Studenten gegen Einführung und Durchsetzung der Regelstudienzeit, also Festsetzung einer Mindeststudiendauer sind, ist klar. Daß deshalb ausgerechnet die besitzlosenStudenten für langen Verbleib an der Hochschule wären, ist einigermaßen lächerlich. Diese Propaganda der Bourgeoisie kann auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bourgeoisie den Studenten das Recht verweigern will, überhaupt in einem gegebenen Zeitraum von z.B. 4-5 Jahren das Studium abschließen zu können und dazu die notwendigen Studienbedingungen vorzufinden. Stattdessen will sie sich das Recht vorbehalten, einem Drittel der Studenten den nutzlosen Verschleiß ihrer Arbeitskraft ohne anschließenden Abschluß zu verordnen. Dies selbst mit den bestehenden Hochschulgesetzen und Verordnungen zu begründen, fällt ihr schwer. Um so verbissener ihre Versuche mit Gefängnisdrohung, Sondergerichtsbarkeit, schierer Willkür und kleinlicher Gehässigkeit ihre Politik gegenüber den Studenten durchzusetzen.

Aus Hochschulgesetzen und Versprechungen der Regierungen

Hochschulrahmengesetz, 1976; §10:
„In den Prüfungsordnungen und in den Empfehlungen der Studienreformkommission sind die Studienzeiten vorzusehen, in denen in der Regel, eine entsprechende Gestaltung der Studienordnung und des Lehrangebots vorausgesetzt, ein erster berufsqualifizierender Abschluß erworben werden kann (Regelstudienzeit)."

Hochschulgesetz Baden-Württemberg, Juli 1973; §64:
„Die Lehrinhalte sind... zu begrenzen, daß das Studium innerhalb der in der Prüfungsordnung vorgesehenen Regelstudienzeit abgeschlossen werden kann."

Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums...", 1966; S.75: „Wenn nicht anders angegeben, ist für die Berechnung angenommen worden, daß von den Studienanfängern rd. 85% das Studium nach der Zwischenprüfung fortsetzt..."

Hochschulprüfungen: Stand der Auseinandersetzung

Kommunistische Volkszeitung 26

Frankfurt, 5.5.79. Fachbereich Medizin. Profs bleiben Lehrveranstaltungen fern. Am 4.5. und 5.5. kam Bochnik nicht in den Kursteil Psychiatrie des

gungen akzeptiert, vor allem, weil der Schein für's BAFöG benötigt wird.

Koblenz, 30.4.79. Der ASTA der

„Metall" nicht Kampf gegen Notensystem?

z.eve. In der IG Metall gibt es offenbar eine Auseinandersetzung über die Bedeutung des Notensystems. Nachdem in der Gewerkschaftszeitung „Metall" im letzten September festgestellt wurde, daß das Notensystem der Kapitalistenklasse zur Auslese nutzt, ist in der Ausgabe vom 13. Juni 79 ein Artikel von Monika Held erschienen, der die Abschaffung des „Leistungs- und Notendrucks" anstatt der Abschaffung des Notensystems verlangt. Aussehen soll das folgendermaßen: „Wollte Gott, jeder Lehrer würde beim Verteilen der Klassenarbeiten auch mal sagen, ‚Weißt Du, es ist zwar eine Fünf, ich habe Dich aber lieb'." So will Monika Held verhindern, daß Schüler Selbstmord wegen schlechter Zensuren machen. Wem kommt nicht das Schaudern bei der Vorstellung eines liebevoll Fünfen und Sechsen verteilenden Lehrers. Es wird die Selbstmordrate eher steigern, weil so der Kampf der Schuljugend unterdrückt wird und sich richten soll gegen lieblose Lehrer anstatt gegen solche, die Fünfen und Sechsen verteilen. Es wäre besser, die IG Metall würde die schon weit entwickelten Kämpfe der Schuljugend gegen das Notensystem und für die Abschaffung der entsprechenden Erlasse und Gesetze unterstützen.

Der DGB Vorstand hat am 13. Juni sein neues Aktionsprogramm verab-
schiedet. Kein Wort gegen das Notensystem, stattdessen für die Gesamtschule. Dabei ist bekannt, daß in der
Gesamtschule das Notensystem schär fer angewendet wird als in den anderen Schulen, gibt es doch in jedem Fach anstatt der einen Note zahllose Beurteilungen, von der natürlich jede einzelne eine Note darstellt. Der Beschluß der Kultusministerkonferenz, der neben dem herkömmlichen Schulsystem auch die Gesamtschule als Regelschule vorsieht, erfordert gerade die Abschaffung aller Benotungssysteme.

War im DGB-Aktionsprogramm von 1972 wenigstens noch die Forderung nach öffentlicher Kontrolle der Gewerkschaften über die Berufsausbildung und in diesem Zusammenhang das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften enthalten, so ist das jetzt gestrichen. Viele gewerkschaftliche Jugendgruppen haben zum diesjährigen 1. Mai die Kontrolle der Gewerkschaften über die Berufsausbildung gefordert. Nicht der Staat soll kontrollieren, sondern die gewerkschaftlichen Organe der Arbeiter und Lohnabhängigen. Diese Forderung kann man gut unterstützen, denn sie beinhaltet z.B. das Einspruchsrecht bei der Notengebung.

Im Herbst soll nach Auskunft der „Quelle" (DGB-Zeitung) vom Juni, das Grundsatzprogramm des DGB in den Gewerkschaften verhandelt werden. Es soll 1981 verabschiedet werden. Man wird sich schon jetzt darum
kümmern müssen, daß die Forderung nach Abschaffung des Notensystems darin enthalten ist.

geeigneter Funktionäre heraus, läßt nur für einen Teil überhaupt einen Abschluß zu und führt wieder eine Masse an Arbeitskraft ohne Berufsausbildung dem Arbeitsmarkt zu. Die besitzlosen Studenten treten dafür ein, die Bourgeoisie zur Anerkennung des Rechts auf Bezahlung ihrer Arbeitskraft, Beschränkung der Arbeitszeit und Gewährleistung solcher Studienbedingungen, die einen Abschluß des Studiums für die Masse der Studenten zulassen, zu zwingen.

Soll der bürgerliche Staat die Ausbildungsverpflichtung erfüllen, die er mit seinen Gesetzen und Versprechungen eingegangen ist.

Gesichert werden kann dies freilich nur durch einen Ausbildungs- und Tarifvertrag und durchgesetzt werden können solche Forderungen nur durch den Einsatz des Koalitions- und Streikrechtes. Die Rechte, die der bürgerliche Staat, gezwungen durch den Kampf der Arbeiterklasse gegenüber den Auszubildendem in der Industrie, dem Handel und den Öffentlichen Diensten zugestehen mußte, sollen ge-

dem weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in den Bibliotheken, Archiven, usw. zur Folge hat. Die „Betreuungsrelation", wie die Landesregierung mit der Fürsorglichkeit von Anstaltsdirektoren die Durchführung von Vorlesungs- und Seminarbetrieb nennt, wurde von 1:25 auf 1:60 offiziell erhöht, was aber über die tatsächliche Überfüllung der Vorlesungen und Seminare gar nichts sagt. Jedenfalls fanden die Studenten in den Vorlesungen keinen Platz.

Die ganze Professorenmeute, die jetzt als Hauptbelastungszeugen in den Prozessen auftreten soll, und die auf jeden Fall genug Zeit hatte, um bereits damals aktenkundiges Beweismaterial aufzupinseln, hat nachweislich in keinem Fall ihre minimalsten 8 Stunden Lehrverpflichtung pro Woche erfüllt.

Gegenüber den Studenten erhöhten sie fortlaufend die Prüfungsanforderungen, lehnten Stoffeingrenzung ab, trieben die zu lesende Seitenzahl für die Prüfungen in die Höhe und legten dann Fragen fest, wovon immer ein

ohne anschließenden Abschluß zu verordnen. Dies selbst mit den bestehenden Hochschulgesetzen und Verordnungen zu begründen, fällt ihr schwer. Um so verbissener ihre Versuche mit Gefängnisdrohung, Sondergerichtsbarkeit, schierer Willkür und kleinlicher Gehässigkeit ihre Politik gegenüber den Studenten durchzusetzen.

Aus Hochschulgesetzen und Versprechungen der Regierungen

Hochschulrahmengesetz, 1976; §10:
„In den Prüfungsordnungen und in den Empfehlungen der Studienreformkommission sind die Studienzeiten vorzusehen, in denen in der Regel, eine entsprechende Gestaltung der Studienordnung und des Lehrangebots vorausgesetzt, ein erster berufsqualifizierender Abschluß erworben werden kann (Regelstudienzeit)."

Hochschulgesetz Baden-Württemberg, Juli 1973; §64:
„Die Lehrinhalte sind... zu begrenzen, daß das Studium innerhalb der in der Prüfungsordnung vorgesehenen Regelstudienzeit abgeschlossen werden kann."

Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums...", 1966; S.75: „Wenn nicht anders angegeben, ist für die Berechnung angenommen worden, daß von den Studienanfängern rd. 85% das Studium nach der Zwischenprüfung fortsetzt..."

"Schüler-Firma": Lohnarbeiterdasein einüben

r.anp. Damit die Ausbildung zum Lohnarbeiter besser klappt, hat die Robert-Bosch-Gesamtschule (RBG) über sieben Monate einen Schulversuch „Schüler-Unternehmen" durchgeführt. Vier Aktiengesellschaften wurden gegründet. Auf einer Versammlung wurden die Vorstände und Aufsichtsräte gewählt. Man konnte sich als Angestellter bewerben, der Rest waren die Arbeiter. Für die Leitung und Durchführung der Produktion waren die Schüler verantwortlich. Unterstützt wurden sie dabei vom Juniorenkreis der Hildesheimer Wirtschaften (Industrie- und Handelskammer). Die Funktion der Antreiber haben die Lehrer mit dem Notensystem übernommen.

Die Schüler produzierten in Handarbeit Geschenkartikel, die an der Schule verkauft wurden. Über die tatsächlichen Zusammenhänge von Lohnarbeit und Kapital haben die Schüler nichts gelernt, das war auch nicht die Absicht. Wie sich ein guter Lohnarbeiter zu verhalten habe, das sollte in diesem Planspiel eingeübt werden. Wer sich gewehrt hat, hat den Notenknüppel zu spüren bekommen.

Ein Schüler-Angestellter der „Firma" berichtete: Als ich mit meiner Arbeit fertig war, sollte ich in die Produktion gehen. Das habe ich nicht gemacht, wofür denn? Ich sollte deshalb eine schlechte Note bekommen. Das haben die Schüler verhindert. Das Lernziel, ein Lohnabhängiger hat seine ganze Arbeitskraft für den Kapitalisten einzusetzen, er soll sich hin- und herschieben lassen, hat der Lehrer nicht durchsetzen können. Ein Schüler – Arbeiter in dem „Spiel" –, der keinen „Arbeitsplatz" bekommen hatte, hat dafür eine Fünf bekommen.

Nicht eingeplant war der Streik der Schüler. Die Kapitalisten-Junioren haben ihn dann aber schnell für ihre Lernziele zu nutzen versucht. Die Schüler haben 8 Pfennige mehr gefordert, bekommen haben sie 5 Pfennige mehr. Gestreikt hätten die Arbeiter in dem Planspiel, weil sie nicht eingesehen hätten, daß sie nur 8, die Angestellten jedoch 20 Pfennige mehr Lohn bekämen. Fazit: Nicht sinkende Löhne und steigende Reproduktionskosten seien die Grundlage für Lohnforderungen, sondern Neid und Uneinsichtigkeit der Arbeiter. Das und sich mit ein paar Pfennigen zufriedenzugeben, sollten die Schüler lernen – „fürs Leben".

Schulleiter und Kapitalisten-Junioren waren zufrieden mit dem Ergebnis. Im nächsten Jahr sollen weitere „Schüler-Firmen" in den 10. Klassen gegründet werden. Die Frage ist, ob die Arbeiter es zulassen werden, daß ihre Kinder für die Interessen der Kapitalisten gegen ihre Klasseninteressen abgerichtet werden.

Hochschulprüfungen: Stand der Auseinandersetzung

Kommunistische Volkszeitung 26

Hamburg, 8.5.79. Prof. LIPFERTS „Examenlebensversicherung": Ein Drittel fällt durch! Nach dem Musterstudienplan haben die Studenten der Wirtschaftswissenschaften mehr als eine 50-Stunden-Woche. LIPFERTS will klare Absprachen über den Stoff und die Bedingungen der Scheinvergabe verhindern. Das Ergebnis kann man der Tabelle entnehmen.

Notenentwicklung: Allgemeine BWL-Klausuren Prof. Lipfert

	WS 77/78 abs.	%	SS 78 abs.	%	WS 78/79 abs.	%
Ges.	37		65		43	
1	3	8,1	3	4,6	1	2,3
2	7	18,9	11	16,9	3	6,9
3	13	35,1	16	24,6	10	23,2
4	5	13,5	15	23,0	14	32,5
5	6	8,1	14	21,5	8	18,6
*	3	8,1	6	9,2	8	18,6

* nicht abgegeben

Westberlin, 18.5.1979. Seit Mitte April laufen die mündlichen Prüfungen im Fach Medizin an der FU. Während bei der schriftlichen Prüfung im April nur einer durchgefallen war, wissen wir allein von 7 PJ'lern, die in der ersten Hälfte der Prüfungsperiode durchgefallen sind. Bei Hochrechnung kommt man auf eine Durchfallquote von gut 10% (bei ca. 200 Prüflingen); 2–3% waren es bisher.

Hannover, 24.5.79. Die Durchfallquoten der in den Semesterferien geschriebenen Klausuren am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften liegen erneut sehr hoch. Vor allem in den Wiederholungsklausuren wollen die Lehrstühle mit Raten von 85,7% im Fach Betriebswirtschaftslehre Teil I-IV, mit 82,35% im Fach Volkswirtschaftslehre Teil I-IV ihr Soll an Abbrechern erfüllen. Von 4 weiteren Wiederholungsklausuren sollen je 2 an einem Tag geschrieben werden (VWL I/II und III/IV am 23.7. und BWL I/II und III/IV am 30.7.) Dagegen wird eine Unterschriftensammlung durchgeführt. – Bei von 120 auf 290 Studenten/Semester gestiegenen Studentenzahlen liegt die Abbruchquote auf 8 Semester inzwischen über 30%. Schon für den zweiten Studienjahrgang (ab WS 75/76) des damals neu eingerichteten Studiengangs lag sie mindestens bei 22%. Die „Hochschul-Informations-System GmbH" tönt für diesen Zeitraum, die durchschnittlichen Abbruchquoten lägen bei 10% entgegen den in der Öffentlichkeit verbreiteten Angaben von über 25%. (Hochschulplanung 27/1)

Köln. 3.5.1979. Ergebnisse der Untersuchung der Prüfungsfragen zur ärztlichen Vorprüfung vom März 1979 und zum 3. Abschnitt der ärztlichen Prüfung vom April 78 und Oktober 78. In bezug auf die Ärztliche Vorprüfung haben wir untersucht, wieviele der in den einzelnen Fächern gestellten Fragen aufgrund des in den Kursen vermittelten Wissens (Vorklinik Köln) nicht zu beantworten waren (K-). Die Ergebnisse beruhen auf der Untersuchung jeweils eines Studenten.

Fach	Anzahl Fragen	K- absolut	K- in %
Anatomie	55	24	44
Biologie	25	4	16
Chemie	25	4	16
Physiologie	72	28	39

Die durchschnittliche Punktzahl in der ärztlichen Vorprüfung von März 79 beträgt 186,9 Punkte von 300 = 62,3%. In Innere haben wir als Lehrbuch den Herold genommen, eine Vorlesungsmitschrift, nach der viele Kölner Studenten lernen, in Chirurgie den Heberer. Nach dem Herold lassen sich von 156 Innere-Fragen aus den Prüfungen von April und Oktober 78 55 Fragen nicht beantworten = 35%. Nach dem Heberer lassen sich von 122 Chirurgie-Fragen 43 nicht beantworten = 38%.

Mannheim, 4.5.79. 306 Studenten an der Universität Mannheim faktisch zwangsexmatrikuliert worden. 453 Studenten hatten im Herbst Aufforderungen für die Stellung von Verlängerungsanträgen erhalten, nur 150 Studenten sollen die „Chance" genutzt haben, was nichts anderes heißt, als daß die restlichen Studenten unter dem Druck der dann in kurzer Zeit zu erbringenden Prüfungsleistung und dem in der Regel fehlenden Geld die Anmeldung zur Prüfung gleich aufgegeben haben.

Frankfurt, 5.5.79. Fachbereich Medizin. Profs bleiben Lehrveranstaltungen fern. Am 4.5. und 5.5. kam Bochnik nicht in den Kursteil Psychiatrie des Untersuchungskurses des 1. klinischen Semesters. Die Studenten hatten Kommilitonen aus dem 5. klinischen Semester eingeladen, um sich über die Psychiatrie-Auseinandersetzungen berichten zu lassen und über die Forderungen zu diskutieren (siehe ND 07/19). Die Studenten wollen eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Bochnik einleiten. Dasselbe werden auch die Studenten des 1. und 2. vorklinischen Semesters gegen den Prof. Schneider tun, und sie beraten andere Kampfschritte, weil Schneider bereits mehrfach die Anatomie-II-Vorlesung ausfallen ließ, ohne dies anzukündigen und ohne für Vertretung zu sorgen.

Karlsruhe, Universität, Fachbereich Maschinenbau/Chemieingenieurwesen. Gegen die Durchfallquote in anorganischer Chemie von 77% hat die Fachschaft Mach/Ciw und das 2. und 4. Semester folgenden offenen Brief verabschiedet, in dem es heißt: „... Auf Grund aller dieser Tatsachen wollen wir folgende Forderungen für die mündliche Prüfung stellen: Das Thema der mündlichen Prüfung soll sich auf den Inhalt des Praktikums und des dazugehörigen Seminars beschränken. Der Bewertungsmaßstab der mündlichen Prüfung soll in einer Besprechung erläutert werden. Es soll ein Vorbereitungstermin für die Teilnehmer der mündlichen Prüfung angesetzt werden. Ein Fachschaftsvertreter kann in der mündlichen Prüfung teilnehmen, sofern der Prüfling nichts dagegen hat. Wir laden Sie ein, an einer Besprechung zu diesen Punkten am Donnerstag oder Freitag teilzunehmen."

Göttingen, 13.6.79. Übungsleiter LIEBECK muß weitere Zugeständnisse in der Klausurfrage machen. Nachdem er durch beharrlichen Kampf der Psychologiestudenten zu Zugeständnissen bezüglich des Literaturumfangs und der Klausur gezwungen worden war, hatten die Studenten die letzte Übung boykottiert, um die Klausur ganz wegzukriegen. Jetzt hat LIEBECK einen Fragenkatalog vorgelegt, bestehend aus 18 Fragen aus dem bisher durchgenommenen Stoff bzw. dem der nächsten Übungen. Damit ist die Forderung, nichts zu prüfen, was nicht behandelt wurde, fast erfüllt. Eine endgültige Beratung der Studenten findet noch statt, vorerst wurden die Bedingungen akzeptiert, vor allem, weil der Schein für's BAFöG benötigt wird.

Koblenz, 30.4.79. Der ASTA der Fachhochschule erwägt rechtliche Schritte gegen das Kultusministerium, falls nicht in nächster Zeit die Unsicherheit wegen der Diplomierung statt Graduierung beseitigt würde.

Bielefeld, 21.6.79. 36 Chemiestudenten haben an Professor POHL einen Brief geschrieben, in dem sie Eingrenzung und Bekanntgabe des Stoffes für Allgemeine Chemie Abschlußklausur fordern: Klare Eingrenzung und genaue Bekanntgabe des Stoffes, der in der Klausur vorkommt; Nichtberücksichtigung des Stoffes, der ab jetzt in der Vorlesung behandelt wird, in der Klausur. Da zwei bestandene Praktika, 14 richtige Analysen, 11 testierte Übungszettel, sechs bestandene Kolloquien schon Beweis genug für die Fähigkeit zum Chemiestudium sind, sollte die Klausur keine selektive Funktion haben. Darum sollte die Vergabe des ALC-Scheins unabhängig von der Klausur sein. 36 Unterschriften wurden an Prof. POHL ausgehändigt. Daraufhin hat er den Stoff der Klausur aus dem Praktikumsteil umrissen und gesagt, daß er den Stoff aus der Vorlesung am nächsten Tag in der Vorlesung bekanntgeben und eine Eingrenzung vornehmen will.

Mannheim, 21.6.79. Am Mittwoch, den 20.6., sprach ÖTV-Vorsitzender KLUNCKER auf einer Veranstaltung des Rektors. Reden sollte er über „Der öffentliche Dienst – Dienst für den Bürger". Wesentlich bestimmt war jedoch die Diskussion von den Forderungen der Studenten und gegen die Lohnraubabschlüsse im Öffentlichen Dienst. Aufgefordert, zu den Forderungen der Studenten nach uneingeschränktem Koalitions- und Streikrecht und gesetzlicher Anerkennung der Verfaßten Studentenschaft Stellung zu nehmen, hat KLUNCKER die Berechtigung der Forderung unterstützt. Insbesondere betonte er, daß er den Streik als notwendiges Mittel zur Konfliktlösung ansieht. Die 40-Stunden-Woche für die Studenten hielt er für „eine zumutbare Belastungsgrenze". Da er sich sonst dazu nicht näher äußern wollte, schlug er selbst eine Untersuchung und eine Veranstaltung an der Universität vor. Dies wurde auch gleich von der Fachbereichsgruppe BWL/VWL mit dem örtlichen ÖTV-Sekretär vereinbart.

10 Minenjagdboote und 12 „Lynx“-Hubschrauber – nur für die Nordsee?

z.job. Die westdeutschen Imperialisten legen Wert darauf, daß Ostsee, Ostseezugänge und Nordsee „die Operationsgebiete der deutschen Marine“ sind (Apel). Innerhalb des Operationsgebietes der NATO sollen sie im Kriegsfall diese Positionen halten, die für die Herrschaft über den gesamten nord- und mitteleuropäischen Raum unerläßlich sind. Auf der Nordatlantikroute behalten sich die US- und die britischen Imperialisten die Aufgabe vor, Truppen- und Materialtransport von Nordamerika nach Mitteleuropa und die Seeherrschaft gegen die Sozialimperialisten zu sichern. Die norwegische und die dänische Marine haben im Kriegsfall nördlich der Nordsee bzw. in der Ostsee, die niederländische Marine im Ärmelkanal bis zu den Shetlandinseln zu operieren. Die Sozialimperialisten haben 30 U-Boote und 50 große Schiffseinheiten in ihrer Ostseeflotte stationiert; in der Nähe von Riga lassen sie zur Zeit einen neuen Marinestützpunkt bauen. Ihre Nordmeerflotte, die die wichtigsten Stützpunkte auf der Halbinsel Kola hat, besteht aus 120 U-Booten und 50 großen Einheiten. 1976 haben sie zum ersten Mal Marineeinheiten zu einem Nordseemanöver zusammengezogen. Im Kampf der beiden Supermächte um die Seeherrschaft gewinnt die Nordsee, auf deren Grund zudem bedeutende Rohstoffvorkommen lagern, an Bedeutung – die BRD-Imperialisten dagegen wollen die Nordsee als ihre Basis festigen, um auf den Weltmeeren eigenständig „Flagge zeigen“ zu können.

Ein neunjähriges Umbauprogramm ihrer Minensuchboote, die in Nord- und Ostsee eingesetzt werden, hat die westdeutsche Marine diesen Monat zum Abschluß gebracht. Nachdem 1970/72 zwei Minensuchboote zu Jagdbooten umgebaut waren, sind von Oktober 1975 bis Juni 1979 weitere zehn der insgesamt 18 Minensuchboote der größten Klasse („Lindau“) zu Minenjagdbooten umgebaut worden. Von Minensuchern werden im allgemeinen die Ankertaue von Minen mit nachgeschleppten Räumleinen durchtrennt und die dann aufschwimmenden Minen versenkt oder es werden Grundminen durch simulierte Schiffsfelder zur Detonation gebracht. Mit Minenjagdbooten dagegen werden Minen im Vorausbereich des Bootes akustisch geortet und durch ferngelenkte Unterwasserfahrzeuge oder durch Minentaucher gesprengt oder geborgen. Die übrigen sechs Minensucher der „Lindau“-Klasse werden seit 1978 ebenfalls umgerüstet zu Minenlenkbooten für Fernräumung. Den jetzt abgeschlossenen Auftrag hatte die Bundesregierung an das Bremer Monopol VFW Fokker für 200 Mio. DM vergeben. Bei den Ortungs- und Sprenggeräten für die Jagdboote haben die westdeutschen Imperialisten auf Entwicklungen der französischen und britischen Imperialisten zurückgegriffen. Die oft geforderte „Standardisierung der Waffensysteme“ in der NATO entpuppt sich hier vornehmlich als Standardisierung innerhalb der westeuropäischen Imperialisten, die ihre Stellung in der NATO gegen die USA zu verbessern trachten.

Stärkung der „Euro-Gruppe“ in der NATO gegen die USA bedeutet in dem Maße Stärkung des westdeutschen Imperialismus, wie es ihm gelingt, unter den westeuropäischen Staaten vorherrschende imperialistische Macht zu werden. Dies hat offensichtlich auch bei der Beschaffung des Hubschraubers für die Fregatten den Ausschlag gegeben. Der Verteidigungsausschuß des Bundestags hat am 31. Mai entschieden, für die sechs im Bau befindlichen Fregatten je zwei Hubschrauber des britischen Typs „Lynx“ anzuschaffen für 290 Mio. DM. Insgesamt 3 Mrd. DM haben die sechs Fregatten gekostet. Zur Debatte stand anstelle des „Lynx“ noch der US-Hubschrauber „Lamps III“. Dieser hat doppelte Nutzlast, höhere Geschwindigkeit und 500 Seemeilen Reichweite gegenüber 300 sm des „Lynx“. Daß sich die BRD-Imperialisten dennoch für das britische Fabrikat entschieden haben, nachdem schon keiner aus westdeutscher Produktion zur Auswahl stand, spricht für die Hartnäckigkeit, mit der sie eigenständige Rüstung gegenüber der US-Supermacht betreiben.

Die sechs Fregatten werden vor allem in der Nordsee operieren, betonen die Militärzeitschriften der Bourgeoisie wieder und wieder. Dies ebenso wie der beschriebene Umbau der Minensuchboote beweist, daß die westdeutschen Imperialisten den NATO-Auftrag „Nordseeherrschaft“ ernst nehmen und keineswegs bereit sind, davon etwas abzugeben. Ebenso beweist aber gerade auch die Art der Hubschrauberbewaffnung der Fregatten, daß die Nordsee nicht die Grenzen des Auftrags bildet, sondern Basis ist für Größeres. Auf die Vollintegration der Hubschrauber in die Fregatten wurde größter Wert gelegt. Sie bedeutet, daß neben dem Landedeck ein Hangar vorhanden ist, der die volle Materialerhaltung ermöglicht, wie sie an Land in truppeneigenen Werkstätten betrieben wird. Die Vollintegration der Hubschrauber aber, die ein größeres Einsatzdeplacement (3500 t bei der Fregatte 122) und ein Mehr an Besatzung erforderlich macht, macht die F 122 gerade erst tauglich zur Kriegführung auf den Weltmeeren.

VFW Fokker für 200 Mio. DM vergeben. Bei den Ortungs- und Sprenggeräten für die Jagdboote haben die westdeutschen Imperialisten auf Entwicklungen der französischen und britischen Imperialisten zurückgegriffen. Die oft geforderte „Standardisierung der Waffensysteme“ in der NATO entpuppt sich hier vornehmlich als Standardisierung innerhalb der westeuropäischen Imperialisten, die ihre Stellung in der NATO gegen die USA zu verbessern trachten.

Stärkung der „Euro-Gruppe“ in der NATO gegen die USA bedeutet in dem Maße Stärkung des westdeutschen Imperialismus, wie es ihm gelingt, unter den westeuropäischen Staaten vorherrschende imperialistische Macht zu werden. Dies hat offensichtlich auch bei der Beschaffung des Hubschraubers für die Fregatten den Ausschlag gegeben. Der Verteidigungsausschuß des Bundestags hat am 31. Mai entschieden, für die sechs im Bau befindlichen Fregatten je zwei Hubschrauber des britischen Typs „Lynx“ anzuschaffen für 290 Mio. DM. Insgesamt 3 Mrd. DM haben die sechs Fregatten gekostet. Zur Debatte stand anstelle des „Lynx“ noch der US-Hubschrauber „Lamps III“. Dieser hat doppelte Nutzlast, höhere Geschwindigkeit und 500 Seemeilen Reichweite gegenüber 300 sm des „Lynx“. Daß sich die BRD-Imperialisten dennoch für das britische Fabrikat entschieden haben, nachdem schon keiner aus westdeutscher Produktion zur Auswahl stand, spricht für die Hartnäckigkeit, mit der sie eigenständige Rüstung gegenüber der US-Supermacht betreiben.

Die sechs Fregatten werden vor allem in der Nordsee operieren, betonen die Militärzeitschriften der Bourgeoisie wieder und wieder. Dies ebenso wie der beschriebene Umbau der Minensuchboote beweist, daß die westdeutschen Imperialisten den NATO-Auftrag „Nordseeherrschaft“ ernst nehmen und keineswegs bereit sind, davon etwas abzugeben. Ebenso beweist aber gerade auch die Art der Hubschrauberbewaffnung der Fregatten, daß die Nordsee nicht die Grenzen des Auftrags bildet, sondern Basis ist für Größeres. Auf die Vollintegration der Hubschrauber in die Fregatten wurde größter Wert gelegt. Sie bedeutet, daß neben dem Landedeck ein Hangar vorhanden ist, der die volle Materialerhaltung ermöglicht, wie sie an Land in truppeneigenen Werkstätten betrieben wird. Die Vollintegration der Hubschrauber aber, die ein größeres Einsatzdeplacement (3500 t bei der Fregatte 122) und ein Mehr an Besatzung erforderlich macht, macht die F 122 gerade erst tauglich zur Kriegführung auf den Weltmeeren.

Auf Umrüstung und Infrastruktur konzentrieren

Bilanz des Wehrbereich II Hannover 1978

r.hob. Unter der Flagge „Bundeswehr: gewichtiger Wirtschaftsfaktor“ berichtet die Zeitschrift „Niedersächsiche Wirtschaft“ (11/79) über die Gesamtbilanz 1978 der Wehrbereichsverwaltung (WBV) II Hannover, zuständig für alle Einrichtungen und stationierten Soldaten in Niedersachsen und Bremen. Die Entwicklung der Ausgaben der WBV II (Tabelle) zeigt folgende interessante Entwicklung: Von 1971 bis 1973 sinken die jährlichen Bauausgaben für Kasernen, Flugplätze, Depots, Lenkwaffenanlagen, Fernmeldeeinrichtungen usw. von 305,8 Mio. DM jährlich auf 249,7 Mio. DM. Ab 1974 steigen diese Ausgaben ständig. In der Tabelle sind in den Bauausgaben auch die Bauunterhaltungs- und Bewirtschaftungsausgaben für die vorhandenen Gebäude enthalten. Die Steigerung von 1977 auf 78 um 13,6 % ist auf den Bau der US-Besatzeranlagen in Garlstedt zurückzuführen – die größte Anlage in den letzten Jahren in Niedersachsen und Bremen.

Parallel dazu sind die Ausgaben für die Verpflegung der 106000 in Niedersachsen und Bremen stationierten Soldaten nur geringfügig gestiegen. Der Kasernenfraß ist miserabel und wird schlechter.

Noch in den 60er und Anfang der 70er Jahre hat die Bundeswehr „Bundesfinanzhilfen“ in großem Umfange an Städte und Gemeinden gezahlt, in denen Kasernen errichtet oder ausgebaut worden sind, für Schulen, Kirchen, Schwimmbäder, Kindergärten, Gemeindestraßen usw. 1978 gab es im gesamten Wehrbereich II nur noch 2 Mio. DM. Zum einen sind die Standorte soweit ausgebaut, daß die Widerstände gegen die Stationierung der Armee-Einheiten gedämpft werden konnten, weil eben diese Orte Schwimmbäder usw. als „Entschädigung“ haben und andere nicht. Dennoch und auch das weist die Bilanz aus, gibt es heftigen Widerstand gegen die Armee. So gelingt es der WBV seit längerem kaum noch, die Truppenübungsplätze und Kasernenstandorte oder Depots usw. weiter auszudehnen – Garlstedt war das letzte Projekt. Der Kampf gegen den von der Luftwaffe verursachten Fluglärm veranlaßte die WBV II 1978 269 Mio. DM für „Lärmschutz“ an Gebäuden in der Nähe von Flugplätzen auszugeben und für Manöverschäden: 2,93 Mio. DM.

Deutlich wird aus der Bilanz, daß die westdeutsche Bourgeoisie die Ausgaben auf die technische Umrüstung („neue Fahrzeuggeneration“, Fregattenprogramm, Kampfhubschrauber, Kampfpanzer Leopard 2, Alpha Jet, Tornado...) sowie den Ausbau der jetzt noch erforderlichen Infrastruk-

Ausgaben der Wehrbereichsverwaltung (WBV) II (Auszüge) in Mio. DM

	1973	1976	1977	1978
Gesamthaushalt		3871	4147	4500
Bauausgaben	502	577	595	676*
Verpflegung		100	102	107

* davon allein für die Bewachung der Anlagen (Kasernen, Flugplätze, Depots usw.) 67,1 Mio. DM an Bewachungsfirmen wie Wach- und Schließgesellschaften.

turmaßnahmen, wie Verladerampen für Panzer an mehr Bahnhöfe als bisher, Ausbau und Verbreiterung des Straßennetzes in der Nähe von Kasernen. Das ist in verschiedenen, strategisch wichtigen Standorten wie Nienburg, Munster, Celle bereits im wesentlichen abgeschlossen.

„Avioniker gesucht“ – Apel wirbt

z.dik. Die Bundeswehr braucht technische Spezialisten. Dementsprechend wirbt die Bourgeoisie für die Unteroffizierslaufbahn. Die Bundeswehr wird als Arbeitgeber dargestellt: „Ihr Arbeitsplatz Bundeswehr“ – so sind die Anzeigen überschrieben, um am Ende die Bundeswehr als „Weg in die sichere Zukunft“ zu preisen. Glaubt man den Anzeigen, so kann z.B. ein Elektrikergeselle bei vierjähriger Verpflichtungszeit unter Einschluß einer maximal zwei Jahre dauernden Ausbildung in der Unteroffizierslaufbahn des Heeres zum Avioniker werden, einem, der als „Elektronik-Spezialist die Navigations- und Funkgeräte der Hubschrauber prüft und wartet“. Bei Verlassen der Bundeswehr soll man dann „ein Fachmann mit der allerbesten Qualifikation für Ihren Zivilberuf“ sein.

Hat sich jedoch der Arbeiter durch technisches Interesse oder infolge Arbeitslosigkeit in die Verpflichtung locken lassen, so kommt er mit der erhofften technischen Ausbildung erst nach frühestens 5 Monaten in Berührung. Zunächst hat er den dreimonatigen Grundwehrdienst abzureißen, dann folgt der Unteroffizierslehrgang von rund 2 Monaten Dauer. Laut der Besonderen Anweisung für die Ausbildung Nr.2200 sind die Ausbildungsziele für den Unteroffizierslehrgang wie folgt definiert: „Die Lehrgangsteilnehmer sollen befähigt werden, als militärische Vorgesetzte in ihrem jeweiligen Aufgabenbereich Disziplin zu gewährleisten und ihnen unterstellte Soldaten im täglichen Dienst anzuleiten... Ihre soldatischen Persönlichkeitsmerkmale, wie z.B. Pflichtbewußtsein, Zuverlässigkeit und Leistungsbereitschaft, sind zu fördern.“ Das Ausmaß der dazu erforderlichen Unterdrückung spiegelt sich darin wider, daß eine steigende Zahl von „Ablösungen“ zu verzeichnen ist, d.h. vorzeitigen Beendigungen: die Auswertung der Lehrgänge einer Luftwaffenkompanie ergab, daß im 2. Lehrgang 1975 von 162 Teilnehmern 4 ausgeschieden sind, im 2.Lehrgang 1976 waren es von 122 bereits 11, im 1. Lehrgang 1977 von 148 Teilnehmern 10. Nach Bestehen der Lehrgangsprüfung folgt dann jedoch nicht eine maximal 19 Monate dauernde technische Ausbildung, sondern die ganze Ausbildung soll einschließlich Grundausbildung und Lehrgang regelmäßig 1 Jahr dauern.

Die gepriesene technische Ausbildung kann bei der geplanten Zeit tatsächlich in nichts anderem bestehen, als der Einarbeitung in streng spezialisierte Kenntnisse und Fertigkeiten, wie sie zum Gebrauch des militärtechnischen Apparates benötigt werden.

Dementsprechend sind die Chancen für den Zivilberuf bestellt, wovon der Werbeteil der Truppenzeitschrift „HEER“ eine Vorstellung vermittelt. Angeboten werden Fernlehrgänge für das Selbststudium. Regelmäßig bietet Kaufhof Abiturienten einen „interessanten Bildungsweg“. Ansonsten überwiegt das Angebot zur Fahrlehrer-



ausbildung und zur Ausbildung zum Sicherheitsexperten für den Industrie- und Wirtschaftsschutz. Man sieht, was die Bourgeoisie an der Unteroffiziersausbildung schätzt. Qualifizierte Techniker sucht dort niemand. Die Werbeanzeigen sind das Eingeständnis, daß die Bourgeoisie nur mit Lügen den Unteroffiziersnachwuchs rekrutieren kann.

„Avioniker gesucht“ – Apel wirbt

z.dik. Die Bundeswehr braucht technische Spezialisten. Dementsprechend wirbt die Bourgeoisie für die Unteroffizierslaufbahn. Die Bundeswehr wird als Arbeitgeber dargestellt: „Ihr Arbeitsplatz Bundeswehr“ – so sind die Anzeigen überschrieben, um am Ende die Bundeswehr als „Weg in die sichere Zukunft“ zu preisen. Glaubt man den Anzeigen, so kann z.B. ein Elektrikergeselle bei vierjähriger Verpflichtungszeit unter Einschluß einer maximal zwei Jahre dauernden Ausbildung in der Unteroffizierslaufbahn des Heeres zum Avioniker werden, einem, der als „Elektronik-Spezialist die Navigations- und Funkgeräte der Hubschrauber prüft und wartet“. Bei Verlassen der Bundeswehr soll man dann „ein Fachmann mit der allerbesten Qualifikation für Ihren Zivilberuf“ sein.

Hat sich jedoch der Arbeiter durch technisches Interesse oder infolge Arbeitslosigkeit in die Verpflichtung locken lassen, so kommt er mit der erhofften technischen Ausbildung erst nach frühestens 5 Monaten in Berührung. Zunächst hat er den dreimonatigen Grundwehrdienst abzureißen, dann folgt der Unteroffizierslehrgang von rund 2 Monaten Dauer. Laut der Besonderen Anweisung für die Ausbildung Nr.2200 sind die Ausbildungsziele für den Unteroffizierslehrgang wie folgt definiert: „Die Lehrgangsteilnehmer sollen befähigt werden, als militärische Vorgesetzte in ihrem jeweiligen Aufgabenbereich Disziplin zu gewährleisten und ihnen unterstellte Soldaten im täglichen Dienst anzuleiten... Ihre soldatischen Persönlichkeitsmerkmale, wie z.B. Pflichtbewußtsein, Zuverlässigkeit und Leistungsbereitschaft, sind zu fördern.“ Das Ausmaß der dazu erforderlichen Unterdrückung spiegelt sich darin wider, daß eine steigende Zahl von „Ablösungen“ zu verzeichnen ist, d.h. vorzeitigen Beendigungen: die Auswertung der Lehrgänge einer Luftwaffenkompanie ergab, daß im 2. Lehrgang 1975 von 162 Teilnehmern 4 ausgeschieden sind, im 2.Lehrgang 1976 waren es von 122 bereits 11, im 1. Lehrgang 1977 von 148 Teilnehmern 10. Nach Bestehen der Lehrgangsprüfung folgt dann jedoch nicht eine maximal 19 Monate dauernde technische Ausbildung, sondern die ganze Ausbildung soll einschließlich Grundausbildung und Lehrgang regelmäßig 1 Jahr dauern.

Die gepriesene technische Ausbildung kann bei der geplanten Zeit tatsächlich in nichts anderem bestehen, als der Einarbeitung in streng spezialisierte Kenntnisse und Fertigkeiten, wie sie zum Gebrauch des militärtechnischen Apparates benötigt werden.

Dementsprechend sind die Chancen für den Zivilberuf bestellt, wovon der Werbeteil der Truppenzeitschrift „HEER“ eine Vorstellung vermittelt. Angeboten werden Fernlehrgänge für das Selbststudium. Regelmäßig bietet Kaufhof Abiturienten einen „interessanten Bildungsweg“. Ansonsten überwiegt das Angebot zur Fahrlehrer-



ausbildung und zur Ausbildung zum Sicherheitsexperten für den Industrie- und Wirtschaftsschutz. Man sieht, was die Bourgeoisie an der Unteroffiziersausbildung schätzt. Qualifizierte Techniker sucht dort niemand. Die Werbeanzeigen sind das Eingeständnis, daß die Bourgeoisie nur mit Lügen den Unteroffiziersnachwuchs rekrutieren kann.

Indische Polizisten kämpfen für mehr Lohn und gewerkschaftliche Freiheiten

Illegale Gewerkschaften organisieren Streiks / Zugeständnisse beim Lohn / Gewerkschaftliche Entrechtung soll bleiben

z.acr. Ca. 45% der indischen Polizisten beteiligten sich aktiv an Aktionen zur Durchsetzung ihrer Forderungen nach mehr Lohn, besseren Arbeitsbedingungen und Anerkennung ihrer Gewerkschaften. Die indische Bourgeoisie hatte 1966 die Polizeigewerkschaften wegen politischer Betätigung verboten. Illegale Gewerkschaften organisieren jetzt die Aktionen in fast allen 22 indischen Bundesstaaten. Die Polizisten fordern die Erhöhung der von einer zentralen Lohnkommission festgelegten Löhne, mehr Urlaubs- und Krankengeld, höheres Wohn- und Kindergeld, Überstundenzuschläge und eine höhere Entschädigung für die Benutzung ihrer Fahrräder als Dienstfahrräder. Weiter fordern sie die Begrenzung ihrer Schichten auf acht Stunden und einen freien Tag in der Woche.

Die Polizisten im Bundesstaat Punjab begannen die Aktionen voll bewaffnet und in Uniform mit Demonstrationen am 8. Mai. Am 11.5. streikten fast alle 22000 unteren Dienstgrade der 28000 Mann starken Polizei im Punjab. Erste Schlägereien mit Streikbrechern und Angriffe auf Polizeistationen werden von der bürgerlichen Presse gemeldet. Am gleichen Tag setzt die Regierung Soldaten ein, die mehrere tausend Polizisten verhaften. Einige hundert werden entlassen.

Am 14.5. kam die Punjab-Regierung mit einem Angebot heraus. Sie bot die Erhöhung der Löhne für einfache Polizisten von 427 Rupien (107 DM) auf 527 Rupien (132 DM) im Monat, die einmalige Zahlung eines Monatslohns für ausgefallene Urlaubstage und bessere Aufstiegsmöglichkeiten an. Das Verhältnis der Constables (Wachtmeister) und Head-Constables (Hauptwachtmeister) sollte von 7:1 auf 4:1 „verbessert“ werden. Trotz dieses Angebots setzten die Polizisten ihre Aktionen fort, weil die Regierung die Anerkennung der Gewerkschaft weiterhin verweigerte. Bestärkt wurden sie darin durch die Streiks in anderen Staaten, bei denen es bereits zu Schießereien zwischen Militär und Polizisten gekommen war.

Die jetzt 900000 Mann starke indische Polizei (Gesamtbevölkerung: 625,8 Mio.) wurde von den britischen Imperialisten aufgebaut, um den Kampf der indischen Volksmassen gegen die Kolonialherrschaft zu unterdrücken. Die britischen Imperialisten bildeten einen Offizierskader heraus, der nach der Unabhängigkeit 1947 ihre Geschäfte weiterführen konnte. Die Zentralregierung in Neu-Dehli verfügt über eine 75000 Mann starke zentrale Einsatzreserve. Ansonsten organisieren die Regierungen der Bundesstaaten die Unterdrückung der Volksmassen über eine unbewaffnete Verkehrspolizei und bewaffnete kasernierte Einheiten. Besonders verhaßt ist die bewaffnete Polizei, die brutal gegen die Arbeiter und Bauern eingesetzt wird. Kein Tag, an dem die bürgerliche Presse nicht über Tote bei Polizeieinsätzen berichtet.

Weil auch ein großer Teil der bewaffneten Polizisten streikt, konnte die indische Regierung gegen den Streik der Eisenbahnarbeiter für mehr Lohn nicht so vorgehen, wie es Imperialisten und indische Bourgeois forderten. Durch den Streik wurden die Kraftwerke nicht mehr ausreichend mit Kohle versorgt, was die Profitproduktion gefährdete, und die bereits produzierten Waren konnten nicht aus dem Land geschafft werden. Die Imperialisten forderten ein energisches Vorgehen der indischen Regierung.

„Man erwartet von uns, daß wir die schmutzige Arbeit für die Politiker machen, und sind dafür heftigen Angriffen ausgesetzt“, begründete ein Führer der Polizeigewerkschaft den Streik. „Die jungen Polizisten finden es schwer erträglich, im gleichen Stil geführt zu werden, wie er sich in den britischen Tagen entwickelt hat.“ Getreu ihrem britischen Vorbild halten sich die indischen Polizeioffiziere einfache Polizisten als Hausdiener. Ein Anlaß für den Streik im Punjab war, daß ein Parlamentsabgeordneter einen Verkehrspolizisten zusammenschlagen ließ, weil dieser ihn nicht gegrüßt hatte. Die zunehmende Kampftätigkeit der indischen Volksmassen gegen die Unterdrückung zwingt die einfachen Polizisten, sich auf ihre eigenen Interessen zu besinnen.

Am 6.6. stimmten die Polizeiminister der Bundesstaaten unter Vorsitz des Innenministers einem 7-Punkte-Programm zu, das u.a. die Anerkennung von „Gewerkschaften“ für Polizisten vorsieht, die aller Rechte beraubt sind. Den Gewerkschaften dürfen nur Polizisten angehören, sie haben kein Streikrecht, müssen absolut unpolitisch sein und dürfen keine direkten und indirekten Verbindungen zu politischen Aktivitäten haben.

Dies können die Polizisten nicht akzeptieren. Obwohl die Regierungen bei den Löhnen Zugeständnisse machen mußten, streiken die Polizisten für die volle Anerkennung ihrer Gewerkschaften weiter.



Die einfachen Polizisten haben gemeinsame Interessen mit den Volksmassen und nicht mit den Unterdrückern. Das zeigen ihre eigenen Streikaktionen.

Dänische Lastwagenfahrer streiken gegen Überstunden

z.bag.Aarhus. Seit Ende April stehen 48 Lastwagenfahrer des Aalborger Zementkonzerns Portland im Kampf für die Forderungen: Herabsetzung der Überstunden, Einstellung von 15 zusätzlichen Fahrern, Neuregelung der Bonusordnung mit 2 Kronen pro Fahrstunde. Die bisherige Arbeitszeit war in



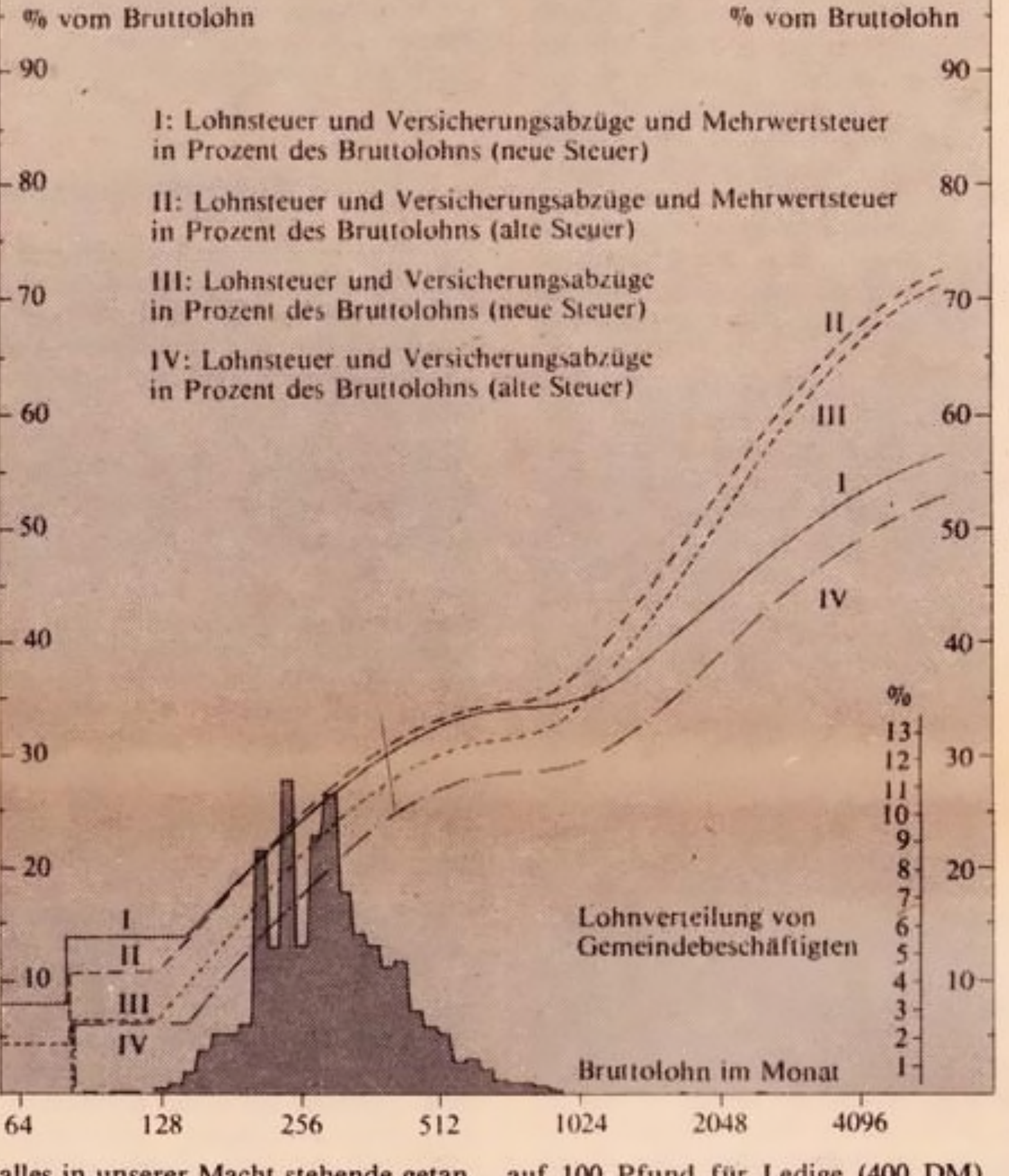
der Regel von 7 bis 20 Uhr, die Mittagspause durch. Die Fahrer begannen ihre Kampfmaßnahmen mit der Begrenzung der Überstunden auf höchstens eine Stunde täglich und mit der Herabsetzung des Fahrttempos um 20%. Seit dem 10.5. streiken sie vollständig und versuchen, die Auslieferung von Zement durch andere Fahrer und Schiffe aus dem Ausland zu verhindern.

Am 31.5. beschlossen die Kopenhagener Hafenarbeiter, den Streik zu unterstützen, in dem sie sich weigerten, Zementschiffe für Portland zu löschen. Rund 400 stellten sich der Polizei entgegen, als diese versuchte, mit Knüppeleinsatz Streikbrechern den Weg zu bahnen. Am 1.6. legten mehrere hundert Kopenhagener Lastwagen- und Taxifahrer für eine Stunde den Verkehr der Hauptstadt still, um die Forderungen der Zementfahrer zu unterstützen und gegen den Polizeieinsatz zu protestieren (s. Bild).

Am 8.6. drohte der dänische Kapitalistenverband (DA) mit der Aussperrung von 30000 im Baugewerbe beschäftigten Arbeitern. Bereits im Mai hatten die Kapitalisten das Arbeitsgericht eingesetzt, um die Streikfront mit hohen Geldbußen pro gestreikter Stunde ökonomisch zu zerschlagen. Die Gewerkschaften hatten den Streik von Anfang an offiziell kaum unterstützt. So konnte zwar die Aussperrungsdrohung zurückgezwungen, die Kampffront insgesamt aber nicht gehalten werden. Als die Gewerkschaftsführung mit dem Ausschluß der Zementfahrer drohte, beschlossen sie, die Arbeit in der nächsten Woche vorläufig wieder aufzunehmen.

Steuermanöver der britischen Regierung Zahlen sollen die Arbeiter und Angestellten

z.hef.London. Drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer von bisher 8% bzw. 12,5% auf 15%, geringfügige Senkung der Lohnsteuer für Arbeiter und Angestellte bis ca. 4000 DM brutto im Monat, *erhebliche* Senkung ab 4000 DM und für „Einkommen aus Investitionen" – das sind die Hauptprogrammpunkte des in der vorletzten Woche von der britischen Regierung vorgelegten Budgets. Schatzkanzler Howe behauptete in seiner Budgetrede im Parlament, ein Arbeiter mit 1730 DM brutto sei um 23 DM besser dran. Danach sagte er: „Diese Senkungen der Einkommenssteuer, die ebenso substantiell wie noch nie dagewesen sind, bedeuten, daß Lohn- und Einkommensempfänger mehr Geld in der Tasche haben werden, um die Waren und Dienstleistungen zu kaufen, die sie produzieren helfen. Es ist wahr, die Preise vieler dieser Waren und Dienstleistungen werden durch meine Steuermaßnahmen erhöht. Aber wir haben



alles in unserer Macht stehende getan, um sicherzustellen, daß jede Familie im Land zu mehr Geld kommt, um die höheren Rechnungen zu zahlen."

Rechnet man die Wirkungen der verschiedenen Steuermaßnahmen des Budgets zusammen, wie wir es getan haben, stellt sich selbst das als unwahr heraus.

Die Erhöhung der *Mehrwertsteuer* war bereits von der letzten Regierung geplant. Sie wurde von 8% (Standardsatz) und 12,5% (für „Luxusgüter" wie Benzin, Fernseher, Elektrogeräte) auf *einheitlich 15%* erhöht. Die meisten Lebensmittel sowie u.a. auch Gas, Strom, Kohle, Zeitungen, Bücher, Versicherungen sind weiterhin von der Mehrwertsteuer ausgenommen. Wir haben anhand des Warenkorbes eines sogenannten „Allgemeinen Index-Haushalts", eines durchschnittlichen Haushalts, wie er von der britischen Regierung für die Berechnung der Preissteigerungsraten verwandt wird, errechnet, wieviel von den Ausgaben an Mehrwertsteuer weggezahlt wird. Nach den alten Mehrwertsteuersätzen waren es 4,5% aller Ausgaben des „Index-Haushalts", nach dem neuen Satz sind es 8,04%. Die Regierung hat die Mehrwertsteuer also fast verdoppelt. Und diese erhöhte Mehrwertsteuer muß auch von allen gezahlt werden, deren Lohnsteuern nicht gesenkt werden – 1,4 Millionen Arbeitslose zum Beispiel, die Studenten und knapp 9 Millionen Rentner.

Für die Rentner, behauptet die Regierung, habe sie vorgesorgt: Die Renten würden um beinahe 20% erhöht, auf 100 Pfund für Ledige (400 DM) und 160 Pfund für Ehepaare (640 DM). Aber das erst im November, wenn nach eigenen Angaben der Regierung die Preise um mindestens 17,5% gegenüber dem November des Vorjahrs gestiegen sind. Fürsorglich erlaubt die Regierung aber eine höhere Obergrenze für zusätzliche Einnahmen der Rentner aus Lohnarbeit.

Worin bestehen jetzt die „substantiellen" Lohnsteuersenkungen, die die Mehrwertsteuererhöhung mehr als ausgleichen sollen?

Vor allem in folgendem: Der Freibetrag für Ledige wird von 82 Pfund (ca. 330 DM) auf 97 Pfund (ca. 390 DM) erhöht, für Verheiratete von 128 Pfund (510 DM) auf 151 Pfund (600 DM). Für die ersten 62,50 Pfund des Monatslohns nach Abzug des Freibetrags müssen weiterhin 25% gezahlt werden, für die Teile des Einkommens über Freibetrag und 62,50 Pfund hinaus in Zukunft 30% statt bisher 33%.

In den Kurven III und IV haben wir die Abzüge für Lohnsteuer und Sozialversicherungen für Verheiratete, die keine Altersfreibeträge erhalten, in Prozent vom Bruttolohn eingetragen. (Die Versicherungsabzüge betragen für Löhne von 84,50 Pfund bis 585 Pfund 6,5%, ab da einheitlich 38,02 Pfund.) „Substantiell" wird die Steuersenkung tatsächlich erst ab 1000 Pfund (4000 DM) monatlich aufwärts. Unter anderem senkte die Regierung den Spitzensatz von 83% für alles über 2000 Pfund auf 60% für alles über 2083 Pfund.

Für die Kurven I und II haben wir die Zahlung von Mehrwertsteuer, ausgedrückt in Prozent vom Bruttolohn, zu den Abzügen für Lohnsteuer und Sozialversicherungen addiert. Dem Schaubild unterlegt ist die Lohnverteilung britischer Gemeindearbeiter (siehe Kommunismus und Klassenkampf 3/79). Ein Arbeiter mit 137 Pfund (550 DM) im Monat zahlt, wenn er verheiratet ist, nach den Änderungen keine Steuern mehr. Bisher hatte er einen Nettolohn von 125,78 Pfund (ca. 503 DM). Sein neuer Nettolohn beträgt 128,10 Pfund (512 DM). Rechnen wir die Mehrwertsteuererhöhung ein: Bislang zahlte er 5,66 Pfund (23 DM) an Mehrwertsteuer im Monat. Jetzt zahlt er 10,30 Pfund (41 DM) – seine gesamte „Steuersenkung" zahlt er weg als zusätzliche Mehrwertsteuer, obendrein muß er noch weitere 9 DM Mehrwertsteuer zahlen.

Das Schaubild zeigt, daß so alle Arbeiter mit einem Lohn unter 800 DM einen direkten und unmittelbaren Verlust haben. Die Arbeiter und Angestellten zwischen 800 und 3300 DM haben einen „Gewinn" von weniger als einem Prozent ihres Bruttolohns. Lohnend wird die Sache für die Manager, Direktoren, die hohe Dienstaufsicht.

Schon nach einer Lohnerhöhung von 15% wird ein Arbeiter mit 850 DM brutto wieder den alten Lohnsteuersatz zahlen – *und* die erhöhte Mehrwertsteuer. Außerdem ändern die britischen Regierungen regelmäßig in ihren Budgets, manchmal auch öfter, Einzelheiten der Lohnsteuer. Man kann erwarten, daß die Lohnsteuersätze nach gewisser Zeit wieder erhöht werden, wenn der eine Zweck der Senkung, nämlich die Durchsetzung der Mehrwertsteuererhöhung, erreicht ist.

Die zweite beabsichtigte Wirkung ist schon jetzt fehlgeschlagen. Mit dem kleinen Steuerzugeständnis sollte der Widerstand von allem der Facharbeiter gegen weitere Lohnsenkungen gespalten werden. „Das Geld ist einfach nicht da, höhere Löhne und niedrigere Einkommenssteuer zu bezahlen", sagte Howe im Parlament. Nach der Mehrwertsteuererhöhung glaubt niemand an die „niedrigere Einkommenssteuer."

Hartnäckiger Kampf für Festgeldforderungen in der französischen LKW-Industrie

z.jon.Paris. Vor fast vier Wochen, am 28. und 19.5., haben die Arbeiter der Saviem-LKW-Werke in Blainville bei Caen (6200 Beschäftigte) und in Limoges (2650 Beschäftigte) ihren Streik für 350 F für alle gleich und die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich begonnen. Die Arbeiter in Blainville haben am 22.6. die Arbeit wieder aufgenommen, ohne ihre Forderungen durchzusetzen. Der Streik in Limoges hält an. – Saviem gehört zum staatseigenen Monopol Renault-Industriefahrzeuge RVI. 1978 hat Renault die LKW-Konzerne Berliet und Saviem zu einer Gesellschaft verschmolzen, um mit einem schlagkräftigen Monopol die in Frankreich und im Ausland verlorenen Märkte zurückzuerobern. Rationalisierung und Vereinheitlichung der Produktion bedeuten für die Arbeiter von RVI Entlassungen, Lohnraub und Arbeitshetze. Seit Dezember '76 ist die Zahl der Beschäftigten im ganzen Konzern von 37000 auf 32000 gesunken. 1976 und 1977 blieb die Steigerung aller Löhne und Gehälter ('77: plus 9,65%) unter der offiziellen Preissteigerungsrate, seit 1978 besteht praktisch Lohnstopp. Ein Betriebshandwerker in Limoges kommt seit einem Jahr nicht über 2640 F, 200 F weniger als der Durchschnitt. Im Januar streikten die Berliet-Arbeiter bei Lyon für 350 F.

Seitdem führten die Arbeiter bei Saviem eine lange Reihe von Aktionen gegen Lohnraub und Arbeitshetze durch. Die Kapitalisten steigerten die Bandgeschwindigkeit in zwei Monaten um 20%. Ende Mai zwangen daraufhin Vollversammlungen beider Werke die Gewerkschaften, zum Streik aufzurufen. Die Werkstore wurden von starken Streikposten verriegelt. Die Kapitalisten lehnten Verhandlungen ab und versuchten, den Streik mit Entlassungen und Provokationen zu zersetzen.

Sie hofften, die Arbeiter, die ohne Streikgeld kämpfen müssen, auszuhungern. Am 19.6. durchbrach Polizei die Streikposten in Blainville und besetzte das Werk. Rund 1000 Arbeiter konnten zur Arbeit gezwungen werden. Eine Vollversammlung stimmte für Aussetzung des Streiks, nachdem die Polizei wieder abzog und die Kapitalisten eine Reihe von Pauschalzahlungen zusagten, die die Lohnverluste aus dem Streik z.T. wieder ausgleichen. Die Arbeiter am Fließband erhalten 94 F monatliche Prämie. Die Arbeiter in Blainville sagen, sie haben den Streik für 350 F unterbrochen. In Limoges wird weitergestreikt. Die Festgeldforderung wird in zahlreichen Betrieben vor allem der Auto- und Autozulieferindustrie erhoben.

alles in unserer Macht stehende getan, um sicherzustellen, daß jede Familie im Land zu mehr Geld kommt, um die höheren Rechnungen zu zahlen."

Rechnet man die Wirkungen der verschiedenen Steuermaßnahmen des Budgets zusammen, wie wir es getan

auf 100 Pfund für Ledige (400 DM) und 160 Pfund für Ehepaare (640 DM). Aber das erst im November, wenn nach eigenen Angaben der Regierung die Preise um mindestens 17,5% gegenüber dem November des Vorjahrs gestiegen sind. Fürsorglich er-

Hartnäckiger Kampf für Festgeldforderungen in der französischen LKW-Industrie

z.jon.Paris. Vor fast vier Wochen, am 28. und 19.5., haben die Arbeiter der Saviem-LKW-Werke in Blainville bei Caen (6200 Beschäftigte) und in Limoges (2650 Beschäftigte) ihren Streik für 350 F für alle gleich und die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich begonnen. Die Arbeiter in Blainville haben am 22.6. die Arbeit wieder aufgenommen, ohne ihre Forderungen durchzusetzen. Der Streik in Limoges hält an. – Saviem gehört zum staatseigenen Monopol Renault-Industriefahrzeuge RVI. 1978 hat Renault die LKW-Konzerne Berliet und Saviem zu einer Gesellschaft verschmolzen, um mit einem schlagkräftigen Monopol die in Frankreich und im Ausland verlorenen Märkte zurückzuerobern. Rationalisierung und Vereinheitlichung der Produktion bedeuten für die Arbeiter von RVI Entlassungen, Lohnraub und Arbeitshetze. Seit Dezember '76 ist die Zahl der Beschäftigten im ganzen Konzern von 37000 auf 32000 gesunken. 1976 und 1977 blieb die Steigerung aller Löhne und Gehälter ('77: plus 9,65%) unter der offiziellen Preissteigerungsrate, seit 1978 besteht praktisch Lohnstopp. Ein Betriebshandwerker in Limoges kommt seit einem Jahr nicht über 2640 F, 200 F weniger als der Durchschnitt. Im Januar streikten die Berliet-Arbeiter bei Lyon für 350 F.

Seitdem führten die Arbeiter bei Saviem eine lange Reihe von Aktionen gegen Lohnraub und Arbeitshetze durch. Die Kapitalisten steigerten die Bandgeschwindigkeit in zwei Monaten um 20%. Ende Mai zwangen daraufhin Vollversammlungen beider Werke die Gewerkschaften, zum Streik aufzurufen. Die Werkstore wurden von starken Streikposten verriegelt. Die Kapitalisten lehnten Verhandlungen ab und versuchten, den Streik mit Entlassungen und Provokationen zu zersetzen.

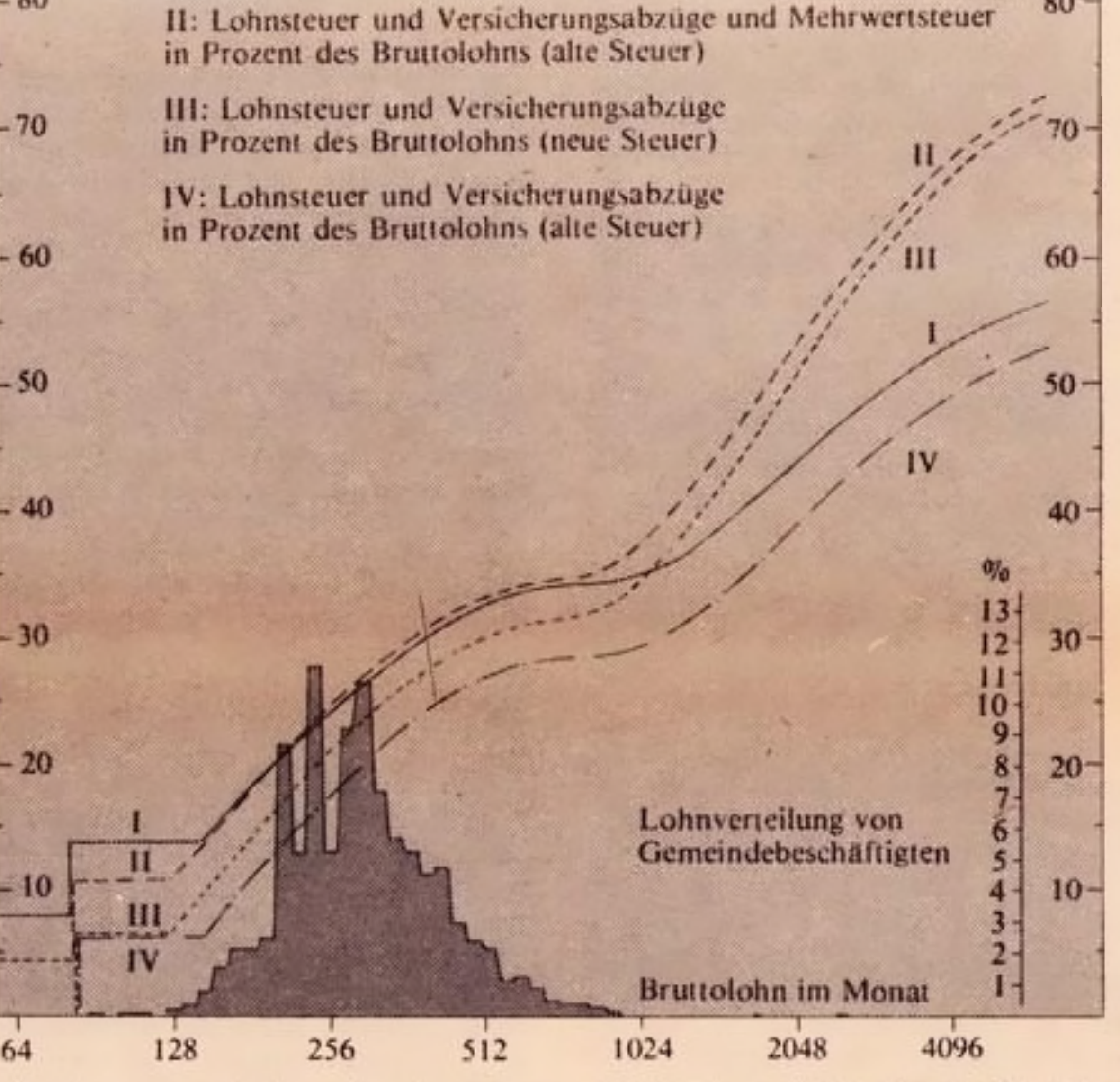
Sie hofften, die Arbeiter, die ohne Streikgeld kämpfen müssen, auszuhungern. Am 19.6. durchbrach Polizei die Streikposten in Blainville und besetzte das Werk. Rund 1000 Arbeiter konnten zur Arbeit gezwungen werden. Eine Vollversammlung stimmte für Aussetzung des Streiks, nachdem die Polizei wieder abzog und die Kapitalisten eine Reihe von Pauschalzahlungen zusagten, die die Lohnverluste aus dem Streik z.T. wieder ausgleichen. Die Arbeiter am Fließband erhalten 94 F monatliche Prämie. Die Arbeiter in Blainville sagen, sie haben den Streik für 350 F unterbrochen. In Limoges wird weitergestreikt. Die Festgeldforderung wird in zahlreichen Betrieben vor allem der Auto- und Autozulieferindustrie erhoben.

3/79). Ein Arbeiter mit 137 Pfund (550 DM) im Monat zahlt, wenn er verheiratet ist, nach den Änderungen keine Steuern mehr. Bisher hatte er einen Nettolohn von 125,78 Pfund (ca. 503 DM). Sein neuer Nettolohn beträgt 128,10 Pfund (512 DM). Rechnen wir die Mehrwertsteuererhöhung ein: Bislang zahlte er 5,66 Pfund (23 DM) an Mehrwertsteuer im Monat. Jetzt zahlt er 10,30 Pfund (41 DM) – seine gesamte „Steuersenkung" zahlt er weg als zusätzliche Mehrwertsteuer, obendrein muß er noch weitere 9 DM Mehrwertsteuer zahlen.

Das Schaubild zeigt, daß so alle Arbeiter mit einem Lohn unter 800 DM einen direkten und unmittelbaren Verlust haben. Die Arbeiter und Angestellten zwischen 800 und 3300 DM haben einen „Gewinn" von weniger als einem Prozent ihres Bruttolohns. Lohnend wird die Sache für die Manager, Direktoren, die hohe Dienstaufsicht.

Schon nach einer Lohnerhöhung von 15% wird ein Arbeiter mit 850 DM brutto wieder den alten Lohnsteuersatz zahlen – und die erhöhte Mehrwertsteuer. Außerdem ändern die britischen Regierungen regelmäßig in ihren Budgets, manchmal auch öfter, Einzelheiten der Lohnsteuer. Man kann erwarten, daß die Lohnsteuersätze nach gewisser Zeit wieder erhöht werden, wenn der eine Zweck der Senkung, nämlich die Durchsetzung der Mehrwertsteuererhöhung, erreicht ist.

Die zweite beabsichtigte Wirkung ist schon jetzt fehlgeschlagen.



300000 Metallarbeiter demonstrieren nach Rom – Tarifabschluß sofort!

z.erm.Rom. Mit einem vierstündigen Generalstreik für die Durchsetzung ihrer Tarifforderungen haben die italienischen Lohnabhängigen am letzten Dienstag die Betriebe weitgehend lahmgelegt. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst streikten acht Stunden für die Verkürzung der Berechnungszeiten für die Inflationszuschläge und gegen die von der Regierung im neuen Besoldungsänderungsgesetz beschlossene Erhöhung der Bezüge für die Dienstaufsicht um 40%.

300000 Metallarbeiter führten am Freitag eine nationale Demonstration für die Durchsetzung ihrer Tarifforde-



Demonstration der 300000 Metallarbeiter

rungen von durchschnittlich 30000 Lire (66 DM) mehr und Verkürzung der Arbeitszeit durch. In verschiedenen Betrieben Roms hängten die Beschäftigten zur Begrüßung der Metallarbeiter Transparente aus den Fenstern.

Nach den Parlamentswahlen herrscht lebhafter Streit unter den bürgerlichen Parteien, ob die PCI an der Regierung beteiligt werden soll oder nicht. Einig sind sie sich nur, daß die Löhne der Arbeiter gesenkt und die Schichtarbeit ausgedehnt werden muß. So sind dann auch die bürgerlichen Gewerkschaftsführer auf der Demonstration aufgetreten. Bentivogli, Generalsekretär der Metallergewerkschaft FLM, in einem Fernsehinterview nach der Demonstration: „Die Forderung nach einer artikulierten Arbeitszeitverkürzung mit entsprechender Arbeitszeit- und Schichtzeitregelung ermöglicht eine bessere Ausnutzung der Anlagen und also sicherlich eine Erhöhung der Produktivität der Betriebe."

Die Revisionisten hatten vor, den Generalstreik und die Demonstration als Mittel zur Durchsetzung ihrer Regierungsbeteiligung zu mißbrauchen. Dabei haben die Arbeiter aber nicht mitgemacht. Sprechchöre wie vor den Wahlen für die Beteiligung der PCI an der Regierung waren nicht zu hören. Die Reden der Gewerkschaftsführer wurden kaum beachtet, vielmehr diskutierten die Arbeiter der verschiedenen Betriebe über die nächsten Kampfschritte. Arbeiter des Fiatwerks Mirafiori, Turin: „Selbstverständlich werden wir die Streiks solange weiterführen, bis die Kapitalisten unsere Forderungen erfüllt haben."

Ku Klux Klan wird bewaffnet bekämpft

z.mif. 2500 Arbeiter und Angestellte, überwiegend Afro-Amerikaner, demonstrierten am 9. Juni in Decatur, Alabama, für Freilassung von Tommy Lee Hines, der wegen angeblicher Vergewaltigung einer weißen Frau zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. Zwei weitere Verfahren gegen ihn laufen noch. In Alabama ist das Zentrum des Ku Klux Klan. Er hatte angekündigt, im ganzen Süden gegen die Demonstration zu mobilisieren, aber nur 200 Mann zusammengebracht. 500 Polizisten schützten die Klan-Demonstration. Zwei Wochen vorher hatte der Klan eine Demonstration am Jahrestag der Verhaftung von Hines beschossen und zwei Schwarze verwundet. Aber aus der Demonstration wurde das Feuer erwidert, der Klan wurde in die Flucht geschlagen. Danach nahm die Polizei in zahlreichen Wohnungen von Afro-Amerikanern Haussuchungen vor und beschlagnahmte Waffen. Die von Martin Luther King gegründete Bürgerrechtsorganisation SCLC, die zur Demonstration am 9. Juni aufrief, forderte dazu auf, die Waffen zu Hause zu lassen oder sie am Beginn der Demonstration abzugeben. Viele ließen sich nicht entwaffnen. – Der Ku Klux Klan wurde 1867 nach dem Bürgerkrieg als Terrororganisation zur Verhinderung der Teilnahme von Schwarzen an der Wahl gegründet, 1871 von der Zentralregierung verboten, 1915 neu gegründet. Seine Basis sind niederkonkurrierte Kleinproduzenten, die den demokratischen Kampf der Afro-Amerikaner als Ursache ihrer Ruinierung ansehen.

Streiks in schwedischen Gefängnissen

z.coi.Stockholm. Strafgefangene in Tiderholm, dem Frauengefängnis Hindsberg, der „Sicherheitsstrafanstalt" Kumla und in Hall haben in den letzten Wochen Hungerstreiks und Arbeitsverweigerungen durchgeführt für Erhöhung des Lohns und die Beseitigung solcher Schikanen wie der Durchsuchung der Besucher und entwürdigenden Leibesvisitationen der Gefangenen einschließlich Analuntersuchungen. 4000 sitzen zur Zeit in schwedischen Gefängnissen und erhalten einen Stundenlohn zwischen 2,65 und 3,50 Skr. (1 Skr. = 0,43 DM). Mit Akkordprämien können sie es auf 4 Skr. bringen. Die Vergabe dieser Prämien nutzen die Anstaltsleitungen zur Spaltung der Gefangenen. Diese fordern jetzt einheitliche Entlohnung mit 4 Skr. als Schritt hin auf die Bezahlung nach Tarif. Am 1. Mai hatte der Vertrauensrat des Hall-Gefängnisses in Södertälje, südlich von Stockholm, eine Demonstration und Kundgebung im Gefängnishof organisiert. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes LO, Nielson, hat in einem Interview die Forderungen der Gefangenen nach „gleichem Lohn wie dem der Industriearbeiter außerhalb der Mauern" unterstützt.

Polnische Arbeiter von einer russischen Baustelle zur anderen

z.dab. Nachdem polnische Arbeiter den Sozialimperialisten eine 440 km lange Pipeline „Freundschaft" von Nowopolozk (Weißrußland) bis Mazeikai (Litauische SSR) vorfristig fertiggestellt haben – mit vorwiegend

Der Gegenangriff wird vorbereitet

Militärische Lage in Eritrea / Erfolgreiche Guerillaaktionen

z.ulg.Rom. Am 21. Mai griff die Eritreische Volksbefreiungsarmee (EPLA) drei äthiopische Garnisonen an der Straße zwischen der eritreischen Hauptstadt Asmara und dem Hafen Massawa an und vernichtete sie vollständig. Die Freiheitskämpfer erbeuteten zehn Lastwagen mit Waffen und Munition. Verstärkungen, die die Kolonialtruppen auf der Straße heranführen wollten, wurden durch einen Hinterhalt aufgehalten und mußten sich zurückziehen. Asmara, Massawa und die Verbindungsstraße zwischen den beiden Städten hatte die äthiopische Armee selbst in der Zeit ihrer größten Niederlagen 1977 und Anfang 1978 teilweise behaupten können.

Eine Woche später, am 28. Mai, griffen mobile Einheiten der EPLA überraschend die äthiopische Garnison in der Stadt Decamere südlich von Asmara an und fügten dem Feind in anderthalb Stunden Kampf schwere Verluste zu. Eine ganze Brigade wurde vollständig aufgerieben, dreitausend im Kino ,,Grande Italia'' gelagerte Doppelzentner Weizenmehl, drei Gebäude der Kolonialverwaltung und mehrere Armeelagerhäuser wurden in Brand gesteckt. Der Gouverneur der Provinzstadt wurde getötet, der Chef eines ,,Kebelle'', der untersten Ebene der Kolonialverwaltung, und seine acht Untergebenen wurden gefangengenommen, zahlreiche Medikamente und Lebensmittel erbeutet.

Zwei Meldungen, die zeigen, wie die Eritreische Volksbefreiungsfront (EPLF) aus dem Rückzug heraus, den sie zu Jahresbeginn hatte einleiten müssen, erfolgreiche Gegenschläge führt. Angesichts der waffentechnischen Überlegenheit der von sowjetischen Offizieren kommandierten und durch die sowjetische Luftwaffe unterstützten 120000 Mann Kolonialtruppen hatten die Befreiungsorganisationen im Winter beschlossen, sich nicht auf einen verlustreichen und kurzerhand aussichtslosen Stellungskrieg einzulassen, sondern sich aus den Städten zurückzuziehen und wieder zur beweglichen Guerillakriegführung überzugehen.

Heute ist dieser strategische Rückzug ohne große Verluste weitgehend abgeschlossen. Die unwegsame, von Nomaden bewohnte Nordprovinz Sahel an der Grenze zum Sudan, das erste Stützpunktgebiet der EPLF, wird weiter von den Befreiungsstreitkräften kontrolliert. Im größten Teil des Landes, im zentralen Hochland um Asmara und in der Küstenebene, wird der Guerillakrieg geführt. Nur ein kleiner Teil des Landes im äußersten Südosten steht effektiv unter der Kontrolle der sowjetisch-äthiopischen Aggressoren.

Seit mehr als einem Monat bereiten diese eine neue Offensive, die fünfte in einem Jahr, vor, um das zentrale Stützpunktgebiet im Sahel zu besetzen und die Verbindungslinien zum Sudan abzuschneiden. Hoch im Norden, unweit der sudanesischen Grenze, hat die sowjetische Kriegsmarine an der Küste des Roten Meeres Truppen angelandet. Doch die Offensive kommt nicht vom Fleck: zu wirksam sind die Gegenschläge der Befreiungskämpfer gegen Stützpunkte und Verbindungswege der Invasoren, zu sehr sind die äthiopischen Kolonialtruppen selbst zersetzt, größtenteils Bauern, denen das Militärregime versprochen hatte, in einem, höchstens zwei Monaten sei der Krieg zu Ende und sie könnten zurück zu ihren Feldern. Allein vom 8. bis 13. März hat der äthiopische Derg in Asmara 78 Soldaten seiner Armee, darunter einen Oberst, erschießen lassen, weil sie gegen den Krieg protestiert hatten.

Der Verlust der Städte ist natürlich ein Rückschlag gewesen, doch in einem Land, dessen Bewohner zu 85% auf dem Lande leben, haben die sowjetisch-äthiopischen Aggressoren damit nicht viel gewonnen. Vor allem haben sie das feste Band zwischen der Befreiungsarmee und den Bauernmassen nicht zerschneiden können. Bevor der Rückzug eingeleitet wurde, hat die EPLF in jedem Dorf Versammlungen durchgeführt, auf denen diese Entscheidung erläutert und diskutiert worden ist. Die Bauern haben sie verstanden. Ein Teil der Bauernmiliz hat sich mit der Befreiungsarmee zurückgezogen, ein anderer die einzelnen Dörfer verteidigt. Überall auf dem Lande, aber auch in den Städten, arbeiten die EPLF und die Massenorganisationen im Untergrund weiter.

Größer als der militärische Rückschlag, sagte uns ein Mitglied des ZK der EPLF in Rom, ist der politische Verlust, daß wir die begonnene Agrarrevolution nicht weiterführen konnten.

Abgesehen von den kapitalistisch betriebenen Plantagen italienischer und britischer Kolonialisten herrschten auf dem eritreischen Dorf bis vor wenigen Jahren feudale und halbfeudale Produktionsverhältnisse. Die Feudalen hatten mit Unterstützung der verschiedenen Kolonialherren die traditionelle Eigentumsform der *Diesa,* nach der das Land der Dorfgemeinschaft gehört und alle sieben Jahre neu zur Nutzung an die einzelnen Bauern verteilt wird, völlig zersetzt. Oft wurde die Neuverteilung 40 Jahre lang nicht durchgeführt, so daß neu verheiratete Bauern, die bei der letzten Zuteilung noch kein Land erhalten hatten, für die Dorfnotabeln und Kolonialbeamten oder die koptische Kirche schanzen mußten. Bauern, die zwar etwas Land, aber z.B. nicht genug Zugochsen hatten, mußten für die Überlassung der nötigen Produktionsmittel ein Drittel oder die Hälfte der Ernte abliefern.

Bei der Agrarrevolution in den befreiten Gebieten hat sich die EPLF auf die traditionelle Form der Diesa gestützt, also als erstes die fällige Neuverteilung des Gemeindelandes durchgeführt, die gegenseitige Unterstützung der Bauern mit Produktionsmitteln organisiert und den Bauern geholfen, durch Anwendung moderner Anbaumethoden die Produktion zu steigern.

Bei den Nomadenstämmen im Norden und Westen waren die feudalen Ausbeutungsverhältnisse noch wesentlich stärker entwickelt als im Hochland. In Afabet z.B. gehörten einem einzigen Stammesführer 45 Leibeigene. Die hauptsächlich aus armen Bauern und Leibeigenen bestehende Volksversammlung organisierte die Beschlagnahme des Herrenlandes und verteilte es unter die Bauern.

Die großen kapitalistischen Plantagen waren zumeist nach dem äthiopischen Militärputsch 1974 verstaatlicht worden. Nach der Befreiung wurden sie entweder von Kooperativen oder direkt von der Volksbefreiungsarmee bewirtschaftet, die sich so bei der Versorgung der kämpfenden Truppen auf die eigenen Kräfte stützen konnte. Zum Teil konnten z.B. Zitrusfrüchte sogar exportiert werden.

Zwar haben die Aggressionstruppen die alten feudalen Ausbeutungsverhältnisse nicht wiederherstellen können, obwohl sich oft enteignete Grundbesitzer bereitwillig zur Kollaboration erboten haben. Auch die großen Plantagen haben sie nicht wieder in Gang setzen können: Die zum Betrieb der Anlagen benötigten qualifizierten Facharbeiter kämpfen entweder in der Befreiungsarmee oder sind ins Ausland geflüchtet. Und nirgends auf dem Land sind die Besatzungstruppen vor plötzlichen Guerillaangriffen sicher. Aber die Fortschritte, die in der landwirtschaftlichen Produktion erreicht worden waren, sind weitgehend rückgängig gemacht worden, ganz abgesehen von den Verwüstungen, die die Aggressoren mit Flächenbombardements und Plünderungen angerichtet haben.

In den 18 Jahren des bewaffneten Kampfes sind die armen Bauern immer die Hauptkraft des Befreiungskampfes gewesen. Gegen die Feudalen, die die Führung der ersten Befreiungsorganisation ELF besetzt hielten und die die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse auf dem Land auf die Zeit nach der Unabhängigkeit ,,verschieben'' wollten, haben die armen Bauern und Arbeiter Anfang der 70er Jahre die heutige EPLF aufgebaut und sich in einem mehrjährigen Bürgerkrieg behauptet.

Die Erfolge der EPLF sowohl auf dem Schlachtfeld als auch beim Aufbau der Neuen Demokratie sind nicht ohne Wirkung auf die Kämpfer der ELF selber geblieben. Heute arbeiten die beiden Organisationen eng zusammen. Im Oktober haben sie eine gemeinsame ,,Oberste Politische Führung'' gebildet, die Anfang April die Einrichtung eines einheitlichen militärischen Oberkommandos und die Vereinigung der Armeen in integrierten Einheiten beschlossen hat.



Niger will Uran selbst abbauen – Schlag gegen imperialistisches Energieprogramm

z.pel.Paris. Am 16.6. hat der Staatspräsident des Niger, Oberstleutnant Kountché, vor den Arbeitern des Uranbergbauzentrums Arlit folgende Erklärung abgegeben: ,,Sobald die nigerische Uranproduktion ein Niveau erreicht, das ausreicht, um unser Gewicht auf dem Weltmarkt spürbar zu machen, werden wir unsere Verantwortung wahrnehmen und uns von niemanden bevormunden lassen.'' (Figaro, 16.6.) 2000 t Uran hat der Niger 1978 produziert. 4000 t sollen es in diesem Jahr werden. Die Uranproduktion bildet die entscheidende Devisenquelle des Staates. Ihr Anteil am Gesamtexport lag 1977 bei 60%; 120 Mio. F des auf 400 Mio. F kalkulierten Staatshaushaltes resultierten aus dem Uranverkauf.

Diese 120 Mio. F machen jedoch gerade die Hälfte der 1977 in der Uranproduktion erzielten Profite aus. Weitere 120 Mio. wanderten in die Taschen der französischen Generalgesellschaft für Nuklearenergie, der westdeutschen Urangesellschaft und der italienischen AGIP, die sich infolge der nachkolonialen Abhängigkeiten – v.a. der vollständigen Ruinierung der Landwirtschaft – und gestützt auf eine kleine Kompradorenschicht die Ausbeutung der Uranvorkommen hatten sichern können. V.a. die französischen Imperialisten konnten sich so jahrelang billig die notwendige Basis für den Aufbau ihres Kernkraftwerksprogramms zusammenplündern. 40% des benötigten Urans wurden noch 1974 zum Spottpreis von 100 F/kg aus den Mi-

Zusammenschluß mit den OPEC-Staaten die dreimalige Erhöhung des Uranpreises auf 400 F/kg durchgesetzt. Mit den erzielten Mehreinnahmen konnten für die Entwicklung der Landwirtschaft entscheidende Projekte wie der Bau des Wasserkraftwerkes Kandadji mit einer Leistung von 175 Megawatt



1 800 t Uran pro Jahr können in dieser Fabrik in Arlit bearbeitet werden.

begonnen werden. Die Stromproduktion wurde von 38,7 Mio. kWh 1970 auf 64,9 Mio. kWh 1977 gesteigert. Die Unterstützung der Bauern und die wilde innerimperialistische Konkurrenz haben diese Teilerfolge ermöglicht.

Welturanproduktion und Vorräte in % (außer Comecon)

	1978	1985 (geschätzt)	Vorräte 1978
USA	40,5	39,0	32,0
Südafrika	12,5	13,5	18,5

und Lebensmittel erbeutet.

Zwei Meldungen, die zeigen, wie die Eritreische Volksbefreiungsfront (EPLF) aus dem Rückzug heraus, den sie zu Jahresbeginn hatte einleiten müssen, erfolgreiche Gegenschläge führt. Angesichts der waffentechnischen Überlegenheit der von sowjetischen Offizieren kommandierten und durch die sowjetische Luftwaffe unterstützten 120000 Mann Kolonialtruppen hatten die Befreiungsorganisationen im Winter beschlossen, sich nicht auf einen verlustreichen und kurzerhand aussichtslosen Stellungskrieg einzulassen, sondern sich aus den Städten zurückzuziehen und wieder zur beweglichen Guerillakriegführung überzugehen.

Oberst, erschießen lassen, weil sie gegen den Krieg protestiert hatten.

Der Verlust der Städte ist natürlich ein Rückschlag gewesen, doch in einem Land, dessen Bewohner zu 85% auf dem Lande leben, haben die sowjetisch-äthiopischen Aggressoren damit nicht viel gewonnen. Vor allem haben sie das feste Band zwischen der Befreiungsarmee und den Bauernmassen nicht zerschneiden können. Bevor der Rückzug eingeleitet wurde, hat die EPLF in jedem Dorf Versammlungen durchgeführt, auf denen diese Entscheidung erläutert und diskutiert worden ist. Die Bauern haben sie verstanden. Ein Teil der Bauernmiliz hat sich mit der Befreiungsarmee zurückgezogen, ein anderer die einzelnen Dörfer

die traditionelle Form der Diesa gestützt, also als erstes die fällige Neuverteilung des Gemeindelandes durchgeführt, die gegenseitige Unterstützung der Bauern mit Produktionsmitteln organisiert und den Bauern geholfen, durch Anwendung moderner Anbaumethoden die Produktion zu steigern.

Bei den Nomadenstämmen im Norden und Westen waren die feudalen Ausbeutungsverhältnisse noch wesentlich stärker entwickelt als im Hochland. In Afabet z.B. gehörten einem einzigen Stammesführer 45 Leibeigene. Die hauptsächlich aus armen Bauern und Leibeigenen bestehende Volksversammlung organisierte die Beschlagnahme des Herrenlandes und verteilte es unter die Bauern.

gerische Uranproduktion ein Niveau erreicht, das ausreicht, um unser Gewicht auf dem Weltmarkt spürbar zu machen, werden wir unsere Verantwortung wahrnehmen und uns von niemanden bevormunden lassen.'' (Figaro, 16.6.) 2000 t Uran hat der Niger 1978 produziert. 4000 t sollen es in diesem Jahr werden. Die Uranproduktion bildet die entscheidende Devisenquelle des Staates. Ihr Anteil am Gesamtexport lag 1977 bei 60%; 120 Mio. F des auf 400 Mio. F kalkulierten Staatshaushaltes resultierten aus dem Uranverkauf.

Diese 120 Mio. F machen jedoch gerade die Hälfte der 1977 in der Uranproduktion erzielten Profite aus. Weitere 120 Mio. wanderten in die Taschen der französischen Generalgesellschaft für Nuklearenergie, der westdeutschen Urangesellschaft und der italienischen AGIP, die sich infolge der nachkolonialen Abhängigkeiten – v.a. der vollständigen Ruinierung der Landwirtschaft – und gestützt auf eine kleine Kompradorenschicht die Ausbeutung der Uranvorkommen hatten sichern können. V.a. die französischen Imperialisten konnten sich so jahrelang billig die notwendige Basis für den Aufbau ihres Kernkraftwerksprogramms zusammenplündern. 40% des benötigten Urans wurden noch 1974 zum Spottpreis von 100 F/kg aus den Mi-

schaft entscheidende Projekte wie der Bau des Wasserkraftwerkes Kandadji mit einer Leistung von 175 Megawatt



1 800 t Uran pro Jahr können in dieser Fabrik in Arlit bearbeitet werden.

begonnen werden. Die Stromproduktion wurde von 38,7 Mio. kWh 1970 auf 64,9 Mio. kWh 1977 gesteigert. Die Unterstützung der Bauern und die wilde innerimperialistische Konkurrenz haben diese Teilerfolge ermöglicht.



Bewaffnete eritreische Bauern bei der Feldarbeit. In den befreiten Gebieten hat die EPLF eine Bauernmiliz aufgebaut, die mit einfachen Waffen die Dörfer gegen überraschende Angriffe der Aggressoren verteidigt.

nen des Niger gezogen.

Seit ihrer Machtübernahme 1974 führt die Regierung Kountché einen zähen Kampf gegen die imperialistische Ausplünderung. Sie erzwang 1974 nach dem Rauswurf der französischen Truppen die Erhöhung des Staatsanteils an den Profiten von 10% auf 50%. Bis 1977 hat sie bei politischem

Welturanproduktion und Vorräte in % (außer Comecon)

	1978	1985 (geschätzt)	Vorräte 1978
USA	40,5	39,0	32,0
Südafrika	12,5	13,5	18,5
Kanada	19,5	13,5	10,0
Niger	5,5	10,0	10,0
Frankreich	7,0	4,0	2,0

Der angekündigte Rauswurf der EG-Imperialisten kann ihre Energieprogramme empfindlich treffen (siehe Tabelle) und den Aufbau einer selbständigen Energiebasis in Westafrika fördern.

---

polnischen Rohren –, wurde ,,ein Teil der Brigaden, Spezialisten im Legen von Leitungen'' (Zycie Warszawy, 42/1979) zum Bau der nächsten Pipeline von Tjumen (Westsibirien) nach Nowopolozk bzw. nach Surgut verpflichtet. In Tjumen lagern auf einer Fläche von 2 Mio. km² die bedeutendsten Erdölvorkommen der UdSSR. Die hohen Investitionskosten – das Öl lagert in einer Tiefe von 2000 bis 3000 m – lassen sich die Sozialimperialisten im Rahmen des Komplexprogramms der RGW-Länder finanzieren. Von der 3000 km langen Ölleitung müssen die polnischen Arbeiter 250 km von Andreapol bis Nowopolozk erstellen. ,,Es handelt sich dabei um eine besonders schwierige Baustelle'' mit 36 km Sumpfland und der Überquerung von 4 Flüssen. Bedingungen, zu denen die polnischen Revisionisten erpreßt werden, um weitere Öllieferungen von den Sozialimperialisten zu erhalten, die seit 1979 80% des polnischen Bedarfs decken. Die Ausrüstungen und Facharbeiter, die Polen für die russischen Baustellen stellen muß, fehlen in Polen. 26000 Spezialisten des polnischen Bauwesens sind zur Zeit in den RGW-Ländern tätig. Die polnischen Arbeiter haben durchgesetzt, daß ihnen ein Teil des Lohns in Dollar-Bons ausgezahlt wird, mit denen sie in den PEMEX-Läden (wie Intershop in der DDR) einkaufen können.

Indische Textilarbeiter in Tamil Nadu streiken weiter

z.rül. Die etwa 150000 Textilarbeiter im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu und im benachbarten Pondicherry setzen ihren am 25. Mai begonnenen Streik fort (siehe KVZ 24/79). Sie fordern eine Erhöhung des Grundlohns um 60 Rupien rückwirkend ab 1.4. 1978 (1 Rupie = 0,25 DM), Teuerungszuschläge von 60 Rupien, weitere Zuschläge von 36 Rupien sowie u.a. 10 bezahlte freie Tage im Jahr für persönliche Angelegenheiten und einen 10%-Zuschlag für Arbeiter mit 7-Tage-Woche. Am 10.6. setzten die Textilarbeiter in Westbengalen eine Lohnerhöhung von 49,50 Rupien durch, die Textilarbeiter in Andra Pradesh, nördlich von Tamil Nadu, erstreikten eine Lohnerhöhung zwischen 25 und 53 Rupien. Die Kapitalisten in Tamil Nadu wollen nicht mehr als 30 bis 35 Rupien anbieten. Inzwischen erleiden sie durch den Streik täglich Verluste von 20 Mio. Rupien, und es geht ihnen das Garn für die Weiterverarbeitung aus. Die Regierung von Tamil Nadu setzte gegen Demonstrationen der Textilarbeiter Polizei ein und ließ mehrere von ihnen verhaften. Am 10.6. beschlossen die zwölf beteiligten Textilarbeitergewerkschaften die unbefristete Fortsetzung des Streiks.

Maisboykott gegen Sambia zur Spaltung der Frontstaaten

z.anb. In Sambia ist die Versorgung der Massen mit Mais, dem wichtigsten Nahrungsmittel, nur noch wenige Wochen gesichert. Vereinbarte Lieferungen aus den USA und der EG stauen sich tonnenweise in den Häfen des südafrikanischen Kolonialstaats. Ihr Weitertransport nach Sambia auf dem Landweg führt unweigerlich durch Zimbabwe, und zwar durch das Kampfgebiet der Truppen der Patriotischen Front. Über die Zustimmung zu den Maistransporten durch Zimbabwe soll Sambia die de-facto-Anerkennung des Marionettenregimes Muzorewa abgepreßt werden. Die Kolonialisten in Pretoria haben, wohlwissend, daß USA und EG hohe Preise für ihre Maislieferungen verlangen, die Sambia weiter in die Verschuldung treiben, jetzt einen um 50% reduzierten ,,Sonder''preis von 13 Kwacha pro Sack (1 Kwacha ca. 0,80 Dollar) angeboten. Vor kurzem hat der sambische Landwirtschaftsminister die Erhöhung der Erzeugerpreise für einheimischen Mais verkündet, die Produktion der sambischen Bauern soll unterstützt und der Kampf gegen die Importabhängigkeit verstärkt werden. Für einen Sack Mais der Sorte B erhalten die Bauern jetzt statt 8,75 Kwacha 9,85 Kwacha. Zugleich sollen die Verbraucherpreise unter dem Niveau des Preises für importierten Mais gehalten werden.

FPolisario zerschlägt imperialistische Manöver

z.pel.Paris. US- wie EG-Imperialisten haben ihre Hoffnung auf Ausbeutung der Phosphat- und Ölvorkommen der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) keineswegs begraben. Seit der Festlegung des Termins der Unterzeichnung eines Vertrages zwischen der DARS und Mauretanien über die Räumung saharauischen Territoriums für den 26. Mai verstärkten sie unter Führung der französischen Bourgeoisie den Druck auf Mauretanien. Nach vorbereitenden Presseberichten über die Unterdrückung des schwarzen Bevölkerungsteils durch die arabische Mehrheit werden von einer plötzlich auftauchenden ,,bewaffneten Front für die Selbstbestimmung der schwarzafrikanischen Bevölkerung'' Anschläge verübt. Gleichzeitig spricht der Staatssekretär Journiac von ,,großen ökonomischen Problemen Mauretaniens''. Daraufhin bleibt die mauretanische Regierung der Vertragsunterzeichnung fern. Die FPolisario erklärt dazu: ,,Die mauretanischen Führer sind nicht frei in ihren Entscheidungen... wir rufen das mauretanische Volk auf, seine Einheit zu wahren.'' Am 6.6. greift die FPolisario die marokkanische Stadt Assa an. Hassan von Marokko droht in der Folge Algerien ,,Verfolgung auf algerischem Gebiet'' an. Die Antwort der FPolisario ist am 13.6. ein schwerer Angriff auf Tan-Tan, 450 km im Innern Marokkos. Soldaten dreier marokkanischer Garnisonen meutern. Die angekündigte Verfolgung bleibt aus. Mauretanien aber nimmt in Algier wieder Friedensgespräche auf.

Die Sozialimperialisten weiten ihre Aggression über Afghanistan gegen Pakistan und den Iran aus

z.hku. In dem Maße, in dem das sozialimperialistische Marionettenregime in Afghanistan hat Schläge einstecken müssen, haben ihre Oberherrn einen Propagandawirbel entfacht über ,,die Bedrohung der afghanischen Revolution durch den US-Imperialismus, den Pekinger Expansionismus und arabische Reaktionäre''. Die Nachbarstaaten Afghanistans werden beschuldigt, die ''Feinde der Revolution'' zu unterstützen und sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen. So erschienen in Kabuler Zeitungen im März – als die Provinzstadt Herat mehrere Tage in der Hand der Aufständischen war – Berichte, die iranische Regierung habe 3000 Afghaner umbringen lassen, habe 4000 iranische Soldaten verkleidet nach Herat geschickt und so den Aufstand angezettelt. Im April erklärte Taraki, trotz aller iranischen Beteuerungen gäbe es noch Einmischung. ,,Wird diese Einmischung nicht beendet, werden wir ihnen eine Lektion erteilen.'' (Kabul Times 22.4.)

Solch schrille Töne schlägt die sozialimperialistische Presse gegenüber dem Iran nicht an. Sie konzentriert sich in den letzten Wochen auf Angriffe und Drohungen gegenüber Pakistan. Die ,,Feinde der Revolution'' würden von pakistanischem Boden aus mit pakistanischer Einwilligung operieren, ausgerüstet und ausgebildet von der VR China, die das Kriegsmaterial über die zu solchen Zwecken gebaute Karakorum-Straße heranschaffe (Prawda vom 18.4. – Am 3.5. meldet die ,,Prawda'' als ,,feindseligen Akt'', daß Pakistan und die VR China den Bau einer zweiten Straße zwischen beiden Ländern begonnen haben.) ,,Im Kern geht es um Interventionspläne gegen Afghanistan. Ein Überläufer berichtete den afghanischen Behörden von Plänen, bewaffnete Massenaufstände gegen die Regierung zu provozieren. Auf dem Territorium Pakistans sind derzeit einige Tausend afghanischer Aufständischer konzentriert, die mit chinesischen und amerikanischen Waffen ausgerüstet und im Partisanenkampf ausgebildet sind. Sie sind alle darauf vorbereitet, nach Afghanistan überzugehen und sich dort solange zu verbergen, ,bis das Signal aus Pakistan kommt'. Danach sollen die Banditeneinheiten Regierungsstellen und Grenztruppen überfallen und einen bewaffneten Konflikt zwischen Afghanistan und Pakistan provozieren, um einen Vorwand für das Eingreifen der pakistanischen Armee zu geben.'' (Prawda 23.5.) Die Dinge so erst mal auf den Kopf gestellt, folgt, daß die Sozialimperialisten dem nicht zusehen können: ,,Die Verletzung der Souveränität Afghanistans, die Versuche, eine Krisensituation in diesem Gebiet herzustellen – all das kann auch die Sowjetunion nicht gleichgültig lassen. Die Sache spitzt sich zum Konflikt in unserer unmittelbaren Nähe zu. Es geht um eine faktische Aggression gegen einen Staat, mit dem die Sowjetunion eine gemeinsame Grenze hat.'' (Prawda 1.6.) Und einen ,,Freundschaftsvertrag'' abgeschlossen.

Die sowjetische Propaganda beweist, daß die Sozialimperialisten zielstrebig Druck auf Pakistan ausüben und Aggression gegen das Land vorbereiten, um es zu zerschlagen. Die alten Zaren waren auf ihrem Weg nach Indien durch die imperialistische Konkurrenz und den Kampf der Völker in Afghanistan an der Schwelle zum indischen Subkontinent aufgehalten worden. Die neuen Zaren haben seit ihrem Machtantritt daran gearbeitet, sich zum einen Afghanistan einzuverleiben und in den Iran einzusickern, zum anderen Pakistan zu zerschlagen und sich dabei Indien als zweitrangigen Komplizen abhängig zu machen. 1965 haben sie Indien ermutigt, Pakistan anzugreifen und sich einen Teil Kaschmirs einzuverleiben. Unter Vorsitz Kossygins wurde Pakistan 1966 in *Taschkent* (UdSSR) zur faktischen Anerkennung der indischen Ansprüche erpreßt. Kossygin prahlte, in Taschkent habe sich die UdSSR zum ersten Mal als ''asiatische Schutzmacht'' erwiesen. In der Folge versuchten die Sozialimperialisten in beiden Ländern durch Wirtschaftsprojekte zu infiltrieren und schürten gleichzeitig die Widersprüche zwischen ihnen. Sie ermunterten die separatistische Bewegung in Ostpakistan und rüsteten Indien militärisch wie politisch durch den Abschluß des ,,Freundschaftsvertrages'' für den Überfall auf Pakistan, um das Land zu zerstückeln und einen Satelliten Bangla Desh zu schaffen. Die andere Supermacht sollte zurückgedrängt – Pakistan war noch Mitglied der CENTO – und die VR China isoliert werden, mit der Pakistan gute Beziehungen unterhielt.

Die Sozialimperialisten setzen heute erneut auf innere Widersprüche, die das Erbe der kolonialen Vergangenheit sind, in Pakistan und im Iran. Beide Länder – wie auch Afghanistan – haben sich als Staaten herausgebildet durch die imperialistische Unterwerfung feudaler Großreiche und im Kampf gegen diese Unterwerfung. Alle drei Länder sind Vielvölkerstaaten. So lebt z. B. das Volk der Belutschi zersplittert in allen drei Staaten, und die Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan – die ''Durant-Linie'', die Afghanistan heute noch nicht anerkennt – ist künstlich gezogen und zertrennt die Siedlungsgebiete der Belutschis wie der Paschtunen. Schon Chruschtschow war ein glühender Anhänger der ,,Autonomie'' der Belutschi wie der Paschtunen, und die Sozialimperialisten haben immer so oder so die vorhandenen Separatistenbewegungen gefördert, dabei die bürgerliche Politik Pakistans gegenüber den Minderheiten nutzend. Sie hoffen, damit den Sprengsatz anlegen zu können, der Pakistan sturmreif macht und den Iran den sowjetischen ,,Hilfsangeboten'' zugänglicher.

Pakistan hat sich nicht einschüchtern lassen; es hat nach wie vor seine Bereit-

dem die Sowjetunion eine gemeinsame Grenze hat.'' (Prawda 1.6.) Und einen ,,Freundschaftsvertrag'' abgeschlossen.

Die sowjetische Propaganda beweist, daß die Sozialimperialisten zielstrebig Druck auf Pakistan ausüben und Aggression gegen das Land vorbereiten, um es zu zerschlagen. Die alten Zaren waren auf ihrem Weg nach Indien durch die imperialistische Konkurrenz und den Kampf der Völker in Afghanistan an der Schwelle zum indischen Subkontinent aufgehalten worden. Die neuen Zaren haben seit ihrem Machtantritt daran gearbeitet, sich zum einen Afghanistan einzuverleiben und in den Iran einzusickern, zum anderen Pakistan zu zerschlagen und sich dabei Indien als zweitrangigen Komplizen abhängig zu machen. 1965 haben sie Indien ermutigt, Pakistan anzugreifen und sich einen Teil Kaschmirs einzuverleiben. Unter Vorsitz Kossygins wurde Pakistan 1966 in *Taschkent* (UdSSR) zur faktischen Anerkennung der indischen Ansprüche erpreßt. Kossygin prahlte, in Taschkent habe sich die UdSSR zum ersten Mal als ''asiatische Schutzmacht'' erwiesen. In der Folge versuchten die Sozialimperialisten in beiden Ländern durch Wirtschaftsprojekte zu infiltrieren und schürten gleichzeitig die Widersprüche zwischen ihnen. Sie ermunterten die separatistische Bewegung in Ostpakistan und rüsteten Indien militärisch wie politisch durch den Abschluß des ,,Freundschaftsvertrages'' für den Überfall auf Pakistan, um das Land zu zerstückeln und einen Satelliten Bangla Desh zu schaffen. Die andere Supermacht sollte zurückgedrängt – Pakistan war noch Mitglied der CENTO – und die VR China isoliert werden, mit der Pakistan gute Beziehungen unterhielt.

Die Sozialimperialisten setzen heute erneut auf innere Widersprüche, die das Erbe der kolonialen Vergangenheit sind, in Pakistan und im Iran. Beide Länder – wie auch Afghanistan – haben sich als Staaten herausgebildet durch die imperialistische Unterwerfung feudaler Großreiche und im Kampf gegen diese Unterwerfung. Alle drei Länder sind Vielvölkerstaaten. So lebt z. B. das Volk der Belutschi zersplittert in allen drei Staaten, und die Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan – die ''Durant-Linie'', die Afghanistan heute noch nicht anerkennt – ist künstlich gezogen und zertrennt die Siedlungsgebiete der Belutschis wie der Paschtunen. Schon Chruschtschow war ein glühender Anhänger der ,,Autonomie'' der Belutschi wie der Paschtunen, und die Sozialimperialisten haben immer so oder so die vorhandenen Separatistenbewegungen gefördert, dabei die bürgerliche Politik Pakistans gegenüber den Minderheiten nutzend. Sie hoffen, damit den Sprengsatz anlegen zu können, der Pakistan sturmreif macht und den Iran den sowjetischen ,,Hilfsangeboten'' zugänglicher.

Pakistan hat sich nicht einschüchtern lassen; es hat nach wie vor seine Bereit-
schaft zur Beilegung aller Probleme durch Konsultationen erklärt. Der Iran ist wachsam gegenüber der Infiltration der Sozialimperialisten. Der stellvertretende Außenminister hat ihnen vorgeworfen, Unruhen unter den Belutschis im Iran zu schüren. ,,Die Sowjetunion wollte seit langem einen Zugang zu warmen Gewässern haben. Sie möchte dies durch Afghanistan und durch die Anstiftung von Unruhen in Belutschistan erreichen.'' (nach Tagesspiegel, 21.6.) Die Sozialimperialisten sind zu allen Verbrechen gegen die Völker Vorderasiens bereit, um ans Meer und an die Ölquellen zu kommen, aber mit welchen Truppen? Mit der afghanischen Marionettenarmee sicher nicht.

Die Völker Afghanistans trotzen der sozialimperialistischen Expansion

z.rua. Vor ca. zwei Wochen berichtete die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'', das sozialimperialistische Marionettenoberhaupt Afghanistans, Taraki, habe sich auf einen angriffssicheren Luftwaffenstützpunkt abgesetzt. Tatsächlich hat man auch in den Medien der revisionistischen Länder wie z.B. der DDR den ,,vom Volk geliebten Führer'' in den letzten Wochen – im Gegensatz zu früher – nicht mehr zu Gesicht bekommen. Vor einer Woche bescheinigte die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' nunmehr dem Ministerpräsidenten Haffizullah Amin sichtliche Nervosität ob des erstarkenden Befreiungskrieges der afghanischen Volksstämme, der sich immer näher an Kabul heranschiebt. Am 22. Juni ließ das Blatt den Leser wissen: ,,Die Angst regiert in Kabul''. *Wessen* Angst regiert *wen?*

Die afghanischen Volksmassen haben keine Angst. Sie sind zum Kampf bis zum Sturz der Taraki-Clique und der Vertreibung seiner sozialimperialistischen Herren entschlossen. In allen Provinzen des Landes haben sie sich im bewaffneten Kampf erhoben, von Herat im Westen an der Grenze zum Iran bis Jallahbad im Osten an der Grenze zu Pakistan, von Kandahar im Süden bis nach Masar-I-Scharif, der Erdgasprovinz im Norden an der Grenze zur UdSSR.

Wie Muhamad Alem, Vertreter der im Mai 1978 gegründeten Afghanischen Nationalen Befreiungsfront (ANLF) auf einer Solidaritätsreise durch die arabischen Staaten erklärte, ist das Ziel der afghanischen Revolution nach dem Sturz des Taraki-Regimes die Errichtung einer islamischen Republik. Alem berichtete, daß die Befreiungsstreitkräfte mittlerweile auf 50000 Mann angewachsen sind. Ihre Waffen und Munition produzieren sie nach britischen Modellen in Werkstätten in den Bergen am Khyber-Pass selbst, oder erbeuten sie listenreich im Angriff auf Regierungstruppen und ihre russischen Befehlshaber, die mittlerweile auf 10000 Mann geschätzt werden. In ihrem Kampf können sich die afghanischen Volksmassen zunehmend auf die Zersetzung der Armee stützen, deren Einheiten teilweise geschlossen überlaufen und dabei die benötigten Waffen mitbringen, oder – wie kürzlich in der Provinz Pakhtia – statt Dörfer zu bombardieren die Garnisonsstädte unter Beschuß nehmen.

Der Plan der Sozialimperialisten, sich Afghanistan bei ihrem Durchbruch zum Indischen Ozean wie eine reife Frucht zu pflücken, geht nicht auf. Stattdessen sehen sie sich überall im Land mit dem zähen Widerstandskampf des freiheitliebenden afghani-

provinz im Norden an der Grenze zur UdSSR.

Wie Muhamad Alem, Vertreter der im Mai 1978 gegründeten Afghanischen Nationalen Befreiungsfront (ANLF) auf einer Solidaritätsreise durch die arabischen Staaten erklärte, ist das Ziel der afghanischen Revolution nach dem Sturz des Taraki-Regimes die Errichtung einer islamischen Republik. Alem berichtete, daß die Befreiungsstreitkräfte mittlerweile auf 50000 Mann angewachsen sind. Ihre Waffen und Munition produzieren sie nach britischen Modellen in Werkstätten in den Bergen am Khyber-Pass selbst, oder erbeuten sie listenreich im Angriff auf Regierungstruppen und ihre russischen Befehlshaber, die mittlerweile auf 10000 Mann geschätzt werden. In ihrem Kampf können sich die afghanischen Volksmassen zunehmend auf die Zersetzung der Armee stützen, deren Einheiten teilweise geschlossen überlaufen und dabei die benötigten Waffen mitbringen, oder – wie kürzlich in der Provinz Pakhtia – statt Dörfer zu bombardieren die Garnisonsstädte unter Beschuß nehmen.

Der Plan der Sozialimperialisten, sich Afghanistan bei ihrem Durchbruch zum Indischen Ozean wie eine reife Frucht zu pflücken, geht nicht auf. Stattdessen sehen sie sich überall im Land mit dem zähen Widerstandskampf des freiheitliebenden afghani-
schen Volkes konfrontiert, bei dem sie einige Federn lassen müssen. Allzu kurzsichtig ist das Geschichtsbewußtsein der neuen Zaren, als daß sie sich der herben Niederlagen erinnern, die ihren kolonialistischen Vorgänger beim Versuch der Unterwerfung Afghanistans zugefügt wurden.

Die westliche imperialistische Presse ist sich unschlüssig, wie sie sich gegenüber dem Befreiungskrieg der afghanischen Volksmassen stellen soll. Die Schadenfreude über die Schläge, die die sozialimperialistischen Konkurrenten einstecken müssen, wird durch die Furcht vor dem siegreichen Ausgang des Befreiungskrieges, der auch ihren Expansionsabsichten einen Riegel vorschiebt, überschattet. Ebenso wie im Iran gegen die andere Supermacht stellt sie die Kämpfe der Volksmassen als reaktionären, religiösen Fanatismus dar. Als ,,Blutrache'' werden die erbitterten Kämpfe der aufständischen Massen gegen die sie erdrückenden russischen ,,Berater'' illustrativ, aber bestürzt zugleich, in den Presseorganen geschildert. Die Skala der imperialistischen Berichterstattung über die ,,landesüblichen Grausamkeiten'' reicht vom Vierteilen übers Häuten bis zum einfachen Steinigen.

Die afghanischen Volksmassen kämpfen nicht gegen *die Russen* schlechthin, wie die bürgerliche Presse behauptet. Im Gegenteil. Mit der sozialistischen Sowjetunion unterhielt Afghanistan, das 1919 seine staatliche Unabhängigkeit erkämpfte, außerordentlich gute Beziehungen. Afghanistan war das erste Land, das die Sowjetunion anerkannte, die umgekehrt Afghanistan als erste diplomatisch anerkannte. Die Sowjetunion unterstützte bedingungslos den Kampf des afghanischen Volkes um das Selbstbestimmungsrecht und annullierte alle von den Zaren erpreßten Abkommen und Verträge. Sie leistete dem Land wirkungsvolle Hilfe beim Aufbau der Wirtschaft mit der Landwirtschaft als Basis. Ihr erstes Geschenk war die Errichtung eines Rundfunknetzes, das alle Teile des schwer zugänglichen Landes miteinander verband. 1921 schloß Afghanistan mit der UdSSR einen Freundschaftsvertrag. In Artikel 1 dieses Vertrages wurde ausdrücklich festgehalten, daß im Falle eines Krieges mit einem dritten Land der jeweilige Partner zur Neutralität verpflichtet ist.

Unter Berufung auf diese guten Beziehungen haben sich die Revisionisten der UdSSR seit ihrer Machtergreifung systematisch in Afghanistan festgesetzt. Für ihren Vorstoß zum Indischen Ozean und den Erdölquellen des Nahen Ostens wollen sie Afghanistan als Aggressionsherd gegen die Nachbarvölker ausbauen. Angeblich als direkte Fortsetzung des Vertrages von 1921 wurde im Dezember 1978 mit dem Taraki-Regime ein neuer ,,Freundschaftsvertrag'' geschlossen, der am 20.4.79 vom Obersten Sowjet ratifiziert wurde und damit wirksam ist. Der Inhalt des früheren Artikel 1 mußte dem jetzigen Artikel 4 weichen, der eine Beistandsklausel für ,,Konfliktfälle'' beinhaltet.

Voraussetzung, um Afghanistan in die neokoloniale Abhängigkeit zu treiben, ist die Zerschlagung der traditionellen Wirtschafts- und Sozialstruktur. Das Taraki-Regime ist der dritte Anlauf der Sozialimperialisten, nachdem das zweimal an die Regierungsmacht gehievte Daud-Regime den Durchbruch nicht gebracht hat. Mit jedem Mal werden ihre Methoden perfider, um die selbständigen kleinen Bauern in den Ruin zu treiben und in land- und rechtlose Lohnarbeiter zu verwandeln. Aber im selben Maße nimmt auch die Kampfentschlossenheit der Bauernmassen zu.

Die Dorfgemeinschaft ist die traditionelle Organisationsform der afghanischen Volksstämme, die auch heute noch die Grundlage der Widerstandskraft der Volksmassen gegen die ausländische Beherrschung bildet. Seit Jahrtausenden hatten sich entlang der als ,,Seidenstraße'' bekannten Handelsverbindung von China nach Südeuropa und von Nordeuropa zum indischen Subkontinent verschiedene Stämme angesiedelt. An den fruchtbaren Hängen errichteten sie Wohnstätten, die zu regelrechten Wehrdörfern ausgebaut wurden. Der landwirtschaftlich nutzbare Boden – der nur 1/10 der Gesamtfläche ausmacht – wurde unter den einzelnen Stammesmitglie-



Afghanistan als erste diplomatisch anerkannte. Die Sowjetunion unterstützte bedingungslos den Kampf des afghanischen Volkes um das Selbstbestimmungsrecht und annullierte alle von den Zaren erpreßten Abkommen und Verträge. Sie leistete dem Land wirkungsvolle Hilfe beim Aufbau der Wirtschaft mit der Landwirtschaft als Basis. Ihr erstes Geschenk war die Errichtung eines Rundfunknetzes, das alle Teile des schwer zugänglichen Landes miteinander verband. 1921 schloß Afghanistan mit der UdSSR einen Freundschaftsvertrag. In Artikel 1 dieses Vertrages wurde ausdrücklich festgehalten, daß im Falle eines Krieges mit einem dritten Land der jeweilige Partner zur Neutralität verpflichtet ist.

Die Dorfgemeinschaft ist die traditionelle Organisationsform der afghanischen Volksstämme, die auch heute noch die Grundlage der Widerstandskraft der Volksmassen gegen die ausländische Beherrschung bildet. Seit Jahrtausenden hatten sich entlang der als ,,Seidenstraße'' bekannten Handelsverbindung von China nach Südeuropa und von Nordeuropa zum indischen Subkontinent verschiedene Stämme angesiedelt. An den fruchtbaren Hängen errichteten sie Wohnstätten, die zu regelrechten Wehrdörfern ausgebaut wurden. Der landwirtschaftlich nutzbare Boden – der nur 1/10 der Gesamtfläche ausmacht – wurde unter den einzelnen Stammesmitglie-



Paschtunische Bauern bei der Weizenernte. Bis Mitte der 50er Jahre reichten die Erträge aus, die nationale Selbstversorgung zu sichern. Seither ist auf Kosten des Weizens die Anbaufläche für Zitrusfrüchte und Baumwolle ausgedehnt worden. Weizen muß importiert werden.

,,Der ,blockfreie' Satellit des Kreml''

TPO – Tout le Pouvoir aux Ouvriers (Alle Macht den Arbeitern, Belgien), 28.3.1979

,,Der blutige Putsch, der Taraki an die Macht gebracht hat, hat gezeigt, daß die UdSSR nicht notwendigerweise über eine bedeutende fünfte Kolonne verfügen muß, um seine Bauern an die Macht führen zu können. Tarakis Chalq war eine kleine Partei, die nicht mehr als zweitausend Mitglieder zählte, in erster Linie Intellektuelle und Militärs, die in Moskau ausgebildet wurden. Aber die Weise, in der diese Partei die Macht ergriff, sagte alles über die Schwäche ihrer Position. Ein Jahr nach dem Staatsstreich regiert Taraki immer noch mit dem Ausnahmegesetz, und seine Partei hat sehr wenig politischen und ideologischen Einfluß auf das afghanische Volk. Um ihr Handeln zu verstärken, ist die Chalq noch abhängiger von der UdSSR geworden.

... Man versteht seither (seit dem Kooperations- und Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und Afghanistan vom 5. Dezember 1978, Anm.), daß Moskau Interventionstruppen im Rahmen dieser militärischen Vereinbarungen schickt, um die Regierung Taraki zu unterstützen, die sich einer echten Guerillabewegung gegenübersieht. Diese Einheiten kommen aus den benachbarten sowjetischen Republiken Usbekistan und Tadschikistan. Ein leichtes Anti-Guerilla-Luftgeschwader und Panzer nehmen an der Unterdrückung der Erhebung teil. Das hindert die ,,Prawda'' nicht, jene zu warnen, die sich in die inneren Angelegenheiten einmischen wollen. Nach diesem offiziellen Organ der russischen Partei werden die Rebellen durch Iran, Pakistan und China unterstützt. Währenddessen fahren die russischen Flugzeuge fort, die Dörfer Afghanistans zu bombardieren, um zu versuchen, den Widerstand zu brechen.''

,,Afghanistan: Moskau fordert Indien auf, seine Intervention zu unterstützen'' – Le Quotidien du Peuple, (PCR-ML, Frankreich), 19.6.1979

,,Während sich die Lage des prosowjetischen Taraki-Regimes von Tag zu Tag verschlechtert, und die sowjetische Militärintervention in Afghanistan immer mehr eingräbt, hat Breschnew anscheinend die indische Regierung während des Besuches von Premierminister Desai in der UdSSR aufgefordert, seine Politik in Afghanistan zu unterstützen ... Welchen Zweck verfolgen diese Erklärungen? Moskau schiebt Pakistan die Verantwortung für den Volksaufstand gegen das prosowjetische Taraki-Regime zu. Es beginnt mit der politischen Vorbereitung einer mgölichen Aggression gegen Pakistan. Zu diesem Zweck sucht es die Unterstützung Indiens. Die UdSSR verfügt in diesem Land über zahlreiche Druckmittel, vor allem auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet, und seit langer Zeit besteht eine Rivalität mit Pakistan. Dieser Versuch scheint im Augenblick gescheitert zu sein. Denn nach einem Bericht indischer Diplomaten über die Gespräche zwischen Breschnew und Desai habe dieser erklärt, daß die Regierung Taraki ,,versuchen sollte, im afghanischen Volk Glaubwürdigkeit zu erlangen, statt Pakistan der Einmischung in die Rebellion zu beschuldigen''.

,,Die Russen versinken in den Wogen des Befreiungskampfes'' – L'Humanité Rouge Bimensuel (PCML, Frankreich), 22.5.1979

,,Das afghanische Volk liebt seine Unabhängigkeit mehr als alles andere. Die britischen Imperialisten haben das schon im letzten Jahrhundert zu ihrem Nachteil feststellen müssen. ... Die UdSSR Breschnews macht heute die gleiche Erfahrung. Wenige Monate nach der Errichtung der totalen Kontrolle Moskaus über Afghanistan ist die Revolte aufgeflammt und breitet sich aus wie auf einer Pulverspur. ...

Wie im Iran gegen den amerikanischen Imperialismus und den Schah, fehlt in Afghanistan eine politische Kraft, die den spontanen Kampf der Massen gegen Breschnew und seinen Lakai Taraki führen kann. Deshalb spielt der Islam eine entscheidende Rolle sowohl als Führer wie als Zement der Einheit des ganzen Volkes, das von der muslimischen Kultur geprägt ist.

Taraki gibt sich nicht damit zufrieden, diesem Volk, das seine Unabhängigkeit liebt und zutiefst religiös ist, die Fremdherrschaft und die Säkularisierung aufzuzwingen. Er will es außerdem ,,patschunisieren''. Das bringt ihn übrigens zur Weißglut. Denn statt daß sich die anderen Völker gegen die Patschunen aufhetzen lassen, schließen sich die Patschunen selbst massenhaft der Opposition gegen das Regime an.

Man kann sich über eine solche Politik wundern, die auf den ersten Blick recht ungeschickt aussieht. Aber schauen wir auf eine Karte: Zwischen Afghanistan und dem Indischen Ozean liegt Pakistan. Das pakistanische Patschunistan war in der Vergangenheit zwischen den beiden Ländern umstritten. Alle Beobachter sind sich darüber einig, daß die zwangsweise ,,Patschunisierung'' von Moskau ferngesteuert ist, das auf diese Weise zweifellos diesen Streit wieder aufleben lassen will.

Die UdSSR ist mit Afghanistan durch einen Freundschaftspakt verbunden, der dem ähnelt, der ihre Intervention in Eritrea an der Seite Äthiopiens rechtfertigt. Es braucht nur ein Konflikt zwischen Afghanistan und Pakistan auszubrechen, und schon hat Breschnew einen idealen Vorwand, um Pakistan zu überfallen und sich einen Zugang zum Indischen Ozean zu öffnen.''

,,Moskau ist tief in dem Krieg in Afghanistan verwickelt.'' – The Call (CP-ML, USA), 4.6.1979

,,Die Kämpfe zwischen afghanischen Regierungstruppen, die mit sowjetischen Waffen ausgerüstet sind, und

dern je nach Ergiebigkeit zur selbständigen Bewirtschaftung aufgeteilt. Die Bewässerung des Bodens wurde nach einem Wasserrecht geregelt, entsprechend der Nutzung wurde die Beteiligung am Bau und Instandhaltung der Bewässerungsanlagen festgelegt. Die Ernte wurde kollektiv eingebracht, gedroschen und gemahlen. Hauptanbauprodukt war Weizen, der zweimal im Jahr geerntet werden konnte, daneben wurde in kleinen Gärten Obst und Gemüse angepflanzt. Neben dem Ackerbau betrieben die Bauern Viehwirtschaft vor allem zur Milch- und Wolleproduktion. Diese auf die Subsistenzwirtschaft ausgerichtete Wirtschaft stagnierte zwangsläufig. Hinzu kommt, daß nach dem islamischen Erbrecht der Boden je Familie auf die einzelnen Kinder aufgeteilt, immer mehr zerstückelt wurde, so daß die einzelnen Erträge bald nicht mehr ausreichten, die Reproduktion zu sichern. Zwangsläufig verschuldeten sich die kleinen Bauern bei den städtischen Handelsbourgeois und Wucherern, um neues Gerät und Saatgut zur Steigerung der Produktion zu kaufen. Konnten sie ihre Schulden nicht zurückzahlen, mußten sie ihr Land abtreten und sich als Pächter oder Landarbeiter verdingen. Mitte der 50er Jahre war fast die Hälfte des bewässerten Landes in den Händen der Wucherer konzentriert. Von 618000 Landbesitzern besaßen 40% weniger als 1 acre, 500000 ehemalige Bauern wurden zu Landarbeitern.

Die geringsten Zerfallserscheinungen weisen die Dorfgemeinschaften der nomadisierenden Bergvölker auf. Sie leben von der Vieh- und Waldwirtschaft. Wald- und Weideflächen sind Eigentum der gesamten Gemeinde und werden kollektiv genutzt. Mit dem Verkauf von Nutz- und Brennholz bestreiten sie neben der Viehwirtschaft ihre Reproduktion. Im Gegensatz zu den seßhaften Gemeinden der Täler ist die Verschuldung als zersetzendes Element bei ihnen noch nicht fortgeschritten. Auch sind es die Nomadenstämme, die stets der Zentralgewalt den entschiedensten Widerstand entgegengesetzt haben und sich weigerten, Steuern und Abgaben zu entrichten und zum Wehrdienst eingezogen zu werden.

Mitte der 50er Jahre machten sich die russischen Revisionisten die blockfreie Außenpolitik Afghanistans zunutze, das es abgelehnt hatte, dem von den US-Imperialisten beherrschten CENTO-Pakt beizutreten, die daraufhin die Kredite sperrten. Mit der Vergabe von Krediten begannen die russischen Revisonisten, dem Land die Wirtschaftsstruktur zu diktieren. Kredite wurden vergeben für Bewässerungsanlagen für Zitrus- und Baumwollplantagen, und für Maschinen zum Abbau von Rohstoffen. Um das benötigte Arbeitskräftepotential zu beschaffen, setzte Daud ein Umsiedlungsprogramm in Kraft, mit dem die Dorfgemeinschaften zum Teil zwangsweise auseinandergerissen wurden. Dieses Programm stieß jedoch auf erbitterten Widerstand und konnte nur in drei „Mustersiedlungen“ realisiert werden. Gleichzeitig betrieb die Regierung eine staatliche Preispolitik, die den Ruin der kleinen Bauern weiter beschleunigte. Während die Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Produkte konstant gehalten wurden, wurden die Verkaufspreise für Geräte, Dünger und Saatgut in die Höhe getrieben.

Viele der kleinen Bauern mußten so ihr Land aufgeben, in die Städte oder auf die Plantagen ziehen, um sich als Saison- und Gelegenheitsarbeiter zu verdingen. Die meisten gingen davon aus, nur kurzfristig in den Fabriken zu arbeiten, und so viel Geld zu verdienen, daß sie sich ein neues Stück Land kaufen können. Nach wie vor blieb der Dorfverband die hauptsächliche Organisationsform. Konsequenz ist, daß der klassenmäßige Zusammenschluß der Arbeiter praktisch nicht entwickelt und ihre Rechtlosigkeit groß ist. Sie besitzen weder Sozial- noch Kranken- und Arbeitslosenversicherungen. Nachdem Daud von der nationalen Bourgeoisie 1964 abgesetzt worden war, hat sich an der Lage der Massen nichts geändert.

Nach dem Putsch von 1973, mit dem die Sozialimperialisten ihn erneut an die Macht spülten, setzte Daud eine „Landreform“ in Kraft, die vorderhand den kleinen Pächtern und Nomaden den Besitz von Land garantierte, sie jedoch tatsächlich nur schneller in den Ruin trieb. Aller Landbesitz über 20 ha wurde gegen Entschädigung enteignet und an Pächter und Nomaden auf Kredit verkauft. Die Nomaden wurden gezwungen, große Teile ihrer Viehbestände zu verkaufen, um die notwendigen Mittel aufzubringen. Sie wurden verpflichtet, das Land innerhalb von 6 Monaten zu bebauen. Kamen sie dieser Auflage nicht nach, oder waren mit Ratenzahlungen in Verzug, wurde ihnen das Land entschädigungslos enteignet. Gleichzeitig wurden die Steuern verdoppelt. Gegen diese Maßnahmen entzündete sich der Kampf der Volksmassen, die sich auch weigerten, den Tributzahlungen Folge zu leisten. Nachdem die Regierung Daud sich auf Druck der Volksmassen aus dem Klauengriff der Sozialimperialisten zu lockern versuchte, setzten diese im Frühjahr 1978 auf die von ihnen ausgebildete Taraki/Amin-Clique und putschten sie an die Macht.

Taraki versprach den afghanischen Volksmassen als „revolutionäre Errungenschaft“ eine neue „Agrarreform“. Mit ihr wird aller Landbesitz über 6 ha entschädigungslos enteignet und in Anteilen von maximal 1 ha an durchschnittlich 9 Personen große Familien verteilt. Gleichzeitig wurden staatliche Aufkaufzentralen eingerichtet, die die landwirtschaftlichen Produkte zu festen Preisen aufkaufen. Kredite für den Ankauf von Geräten werden von staatlichen Landwirtschaftsbanken vergeben, die Rückzahlung muß innerhalb eines Jahres nebst Zinsen erfolgt sein. Wer sein Land innerhalb eines Jahres nicht bebaut, weil er z.B. kein Saatgut kaufen kann, oder es nicht innerhalb dieser Frist steuerpflichtig registrieren läßt, wird erneut entschädigungslos enteignet. „Der Esel ist der alte, nur der Sattel ist neu“, heißt ein afghanisches Sprichwort. Die Volksmassen Afghanistans führen den bewaffneten Kampf, um sich von der sie erdrückenden sozialimperialistischen Last zu befreien.

Die geringsten Zerfallserscheinungen weisen die Dorfgemeinschaften der nomadisierenden Bergvölker auf. Sie leben von der Vieh- und Waldwirtschaft. Wald- und Weideflächen sind Eigentum der gesamten Gemeinde und werden kollektiv genutzt. Mit dem Verkauf von Nutz- und Brennholz bestreiten sie neben der Viehwirtschaft ihre Reproduktion. Im Gegensatz zu den seßhaften Gemeinden der Täler ist die Verschuldung als zersetzendes Element bei ihnen noch nicht fortgeschritten. Auch sind es die Nomadenstämme, die stets der Zentralgewalt den entschiedensten Widerstand entgegengesetzt haben und sich weigerten, Steuern und Abgaben zu entrichten und zum Wehrdienst eingezogen zu werden.

Mitte der 50er Jahre machten sich die russischen Revisionisten die blockfreie Außenpolitik Afghanistans zunutze, das es abgelehnt hatte, dem von den US-Imperialisten beherrschten CENTO-Pakt beizutreten, die daraufhin die Kredite sperrten. Mit der Vergabe von Krediten begannen die russischen Revisonisten, dem Land die Wirtschaftsstruktur zu diktieren. Kredite wurden vergeben für Bewässerungsanlagen für Zitrus- und Baumwollplantagen, und für Maschinen zum Abbau von Rohstoffen. Um das benötigte Arbeitskräftepotential zu beschaffen, setzte Daud ein Umsied-

notwendigen Mittel aufzubringen. Sie wurden verpflichtet, das Land innerhalb von 6 Monaten zu bebauen. Kamen sie dieser Auflage nicht nach, oder waren mit Ratenzahlungen in Verzug, wurde ihnen das Land entschädigungslos enteignet. Gleichzeitig wurden die Steuern verdoppelt. Gegen diese Maßnahmen entzündete sich der Kampf der Volksmassen, die sich auch weigerten, den Tributzahlungen Folge zu leisten. Nachdem die Regierung Daud sich auf Druck der Volksmassen aus dem Klauengriff der Sozialimperialisten zu lockern versuchte, setzten diese im Frühjahr 1978 auf die von ihnen ausgebildete Taraki/Amin-Clique und putschten sie an die Macht.

Taraki versprach den afghanischen Volksmassen als „revolutionäre Errungenschaft“ eine neue „Agrarreform“. Mit ihr wird aller Landbesitz über 6 ha entschädigungslos enteignet und in Anteilen von maximal 1 ha an durchschnittlich 9 Personen große Familien verteilt. Gleichzeitig wurden staatliche Aufkaufzentralen eingerichtet, die die landwirtschaftlichen Produkte zu festen Preisen aufkaufen. Kredite für den Ankauf von Geräten werden von staatlichen Landwirtschaftsbanken vergeben, die Rückzahlung muß innerhalb eines Jahres nebst Zinsen erfolgt sein. Wer sein Land innerhalb eines Jahres nicht bebaut, weil er z.B. kein Saatgut kaufen kann, oder es nicht innerhalb dieser Frist steuer-

1840: der Kolonialstatus Afghanistans ist militärisch nicht durchsetzbar

z.lik. Der Khyber-Paß, „Tor nach Indien“ genannt, im Nordosten Afghanistans im Hindukusch-Gebirge war jahrhundertelang der wichtigste Handelsweg von Europa nach Asien. Tee und Gewürze aus Indien und China, Baumwolle und Seide wurden hierüber transportiert. Mitte des 19. Jahrhunderts verfolgte der britische Kolonialismus das Ziel, den indischen Subkontinent zu unterwerfen und Indien als Rohstofflieferant für die aufkommende Textilindustrie im kapitalistischen England zu nutzen. Dabei stieß England auf den Herrschaftsanspruch des zaristischen Rußland als führende Kolonialmacht in Asien.

Um 1837 spitzt sich die Rivalität der beiden Kolonialmächte um Afghanistan zu. Im Norden sind die Truppen des russischen Zaren Nikolaus I. mit Aufständen der Usbeken und Tadshiken konfrontiert. Im Westen hat sich der Zar den Schah von Persien gefügig gemacht, indem er dessen Expansionsgelüste gegen den Feudalherrscher Dost Muhammed von Afghanistan unterstützt. Persische Truppen halten einen Teil Afghanistans im Westen besetzt. Durch unablässiges Schüren von Widersprüchen in der Region versucht der russische Zar, seinen Kolonialanspruch durchsetzen zu können. 1837 bringt er einen Freundschaftsvertrag zwischen Persien und Afghanistan durch seine Intervention zum Platzen.

Zur gleichen Zeit versuchen britische Kolonialtruppen im Gebiet des heutigen Pakistan, die aufständischen Stämme der Sikhs zu unterwerfen. Angesichts des gescheiterten Vertrages zwischen Persien und Afghanistan versucht die britische Kolonialmacht nachzustoßen und Afghanistan ihrerseits in ein Bündnis zu ziehen. Sie erleidet damit Schiffbruch und hält schließlich 1839 die Lage reif für den militärischen Überfall. 30000 Mann britischer Truppen dringen von Osten her in das Landesinnere vor bis nach Kabul.

Aufgrund der raschen Einnahme der Hauptstadt erliegen die Kolonialtruppen der Täuschung, das Land unterworfen zu haben. Was sie sich einhandeln, ist der bewaffnete Aufstand der afghanischen Bauern und Hirtennomaden, die, unterstützt von usbekischen und tadshikischen Volksstämmen, einen mehr als zweijährigen Guerillakrieg gegen die Eindringlinge entfesseln. Vergeblich haben die Kolonialisten versucht, Teile der Sikhs in ihrer Armee zwangszuverpflichten. Im Januar 1842 werden 16000 Mann der Kolonialtruppen am Khyber-Paß bei eisiger Kälte vernichtend geschlagen. In der unwegsamen und fremden Gebirgsgegend und ohne Nachschub ist ihre militärische Überlegenheit der Einheit der afghanischen Volksmassen vollständig unterlegen.

Zwischen 1845 und 1849 unterstützen die afghanischen Volksmassen die Befreiungskämpfe der Sikhs in Indien. Nach der vorübergehenden Niederschlagung dieser Aufstände zwingen die britischen Kolonialisten 1855 Afghanistan in einen „Neutralitätsvertrag“, dessen Einhaltung der von ihnen wieder inthronisierte Emir Muhammed garantieren soll. Blutige Unterdrückung soll den Zusammenschluß zwischen dem afghanischen Volk und den Sikhs zerschlagen. Gleichzeitig ermuntert der Vertrag Muhammed, an der Nordgrenze Feldzüge gegen die Usbeken und Tadshiken zu unternehmen, die nach wie vor erbittert gegen die Unterwerfungspolitik des russischen Zaren kämpfen. 1873 erklärt dieser Afghanistan den Krieg. Das Ergebnis ist ein Gebietsschacher zwischen Rußland und England auf Kosten der usbekischen und tadshikischen Volksmassen, deren Land dem Zarenreich einverleibt wird.

1877/78 während des russisch-türkischen Krieges, in dem sich die britische Kolonialmacht mit dem Osmanischen Reich gegen den Zaren verbündet, versucht dieser, Afghanistan durch ein Bündnis seinem Herrschaftsbereich anzuschließen, kann sich jedoch gegen den britischen Rivalen nicht behaupten. 1878 fallen britische Truppen neuerlich in Afghanistan ein, um den Kolonialstatus militärisch zu besiegeln. Im Vertrag von Gandamak (1879) erklärt die britische Kolonialmacht das Grenzgebiet zu ihrer Kolonie „Britisch-Indien“ sowie den strategisch entscheidenden Khyber-Paß zu britischem Territorium. Die Außenpolitik Afghanistans wird der Kolonialmacht unterstellt. Von diesem Vertrag bleibt nur letztere Bestimmung übrig: 1880 werden die britischen Truppen erneut durch den Volkskrieg der afghanischen Massen aus dem Land getrieben.

1916: Der deutsche Imperialismus greift vergeblich nach Afghanistan

z.mih. Zu Beginn des 1. Weltkrieges versuchte der deutsche Imperialismus im Bündnis mit der Türkei, seine britischen und russischen Konkurrenten aus Persien und Afghanistan zu vertreiben und ihren Platz einzunehmen, um von dort aus das afghanische Volk als Kanonenfutter zur Einverleibung Indiens zu verheizen. Dazu wurde eine Expedition deutscher Offiziere unter strenger militärischer Führung Oskar Ritter von Niedermayers durch Persien nach Afghanistan aufgestellt. Sie formierte sich nach anfänglichen Behinderungen seitens der Türkei im Januar 1915 in Bagdad, war bewaffnet und sollte eine „revolutionäre Bewegung … in Afghanistan auch durch Absendung deutscher Offiziere an Ort und Stelle (gegen England und Rußland) organisieren“ (von Wangenheim, deutscher Botschafter in Konstantinopel 1914).

Getarnt stieß die Expedition nach Persien vor, rekrutierte Söldner und Träger und teilte sich dann in einzelne Trupps auf. O. v. Niedermayer: „Mühsam mußten wir uns ein eigenes Nachrichtensystem schaffen und Vorbereitungen treffen, das des Gegners zu stören. Erkundungen, Nachrichtensammlung, Propagandaarbeit, Anhäufung von Vorräten aller Art, vor allem auch von Waffen und Munition, die Regelung des Nachschubs u.v.a.m. …“ (R. Vogel, Die Persien-Afghanistan-Expedition O. v. Niedermayers 1915/16). Am 20. August überschritt schließlich der kleine Führungstrupp mit Niedermayer und Hentig die Grenze nach vielen vergeblichen Täuschungsmanövern, die starken englisch-russischen Truppenverbände an der persisch-afghanischen Grenze zu umgehen, wurde aber gleich vom Gouverneur in Herat festgehalten. Der Hauptzug samt Waffen und Vorräten konnte nicht folgen, da die Grenze von den englischen Truppen geschlossen wurde. Die ungebetenen Gäste wurden nach Kabul geschleust und versuchten sofort, ihre Wühltätigkeit zu entfalten.

Doch die Aufträge Niedermayers, den Emir von Kabul „zum Losschlagen gegen Indien zu bewegen“, und Hentigs, auf diplomatischem Wege eine engere Verbindung mit Afghanistan herzustellen, stießen von Anfang an auf wenig Gegenliebe bei den Afghanen und Engländern. Am 24. Januar 1916 unterzeichnete der Emir zwar einen Kriegsvertrag mit Deutschland gegen Indien und ließ sich unter Leitung der Expedition und mit deutschen Geldern die afghanische Armee, die Waffen-, Tuch- und Lederfabriken vollständig reorganisieren und beendete dann unter Druck des britischen Imperialismus die deutschen Hoffnungen, in Afghanistan Fuß zu fassen, mit der Erklärung vom 12. März, daß er mit der Kriegsfrage nicht länger belästigt werden wolle. Im Juni besiegelte der Rückmarsch das klägliche Ende. 1919 vertrieb das afghanische Volk im dritten Unabhängigkeitskrieg die geschwächten britischen Imperialisten aus dem Land.



durch seine Intervention zum Platzen.

Zur gleichen Zeit versuchen britische Kolonialtruppen im Gebiet des heuti-

zen die afghanischen Volksmassen die Befreiungskämpfe der Sikhs in Indien. Nach der vorübergehenden Niederschlagung dieser Aufstände zwingen

nur letztere Bestimmung übrig: 1880 werden die britischen Truppen erneut durch den Volkskrieg der afghanischen Massen aus dem Land getrieben.

1916: Der deutsche Imperialismus greift vergeblich nach Afghanistan

z.mih. Zu Beginn des 1. Weltkrieges versuchte der deutsche Imperialismus im Bündnis mit der Türkei, seine britischen und russischen Konkurrenten aus Persien und Afghanistan zu vertreiben und ihren Platz einzunehmen, um von dort aus das afghanische Volk als Kanonenfutter zur Einverleibung Indiens zu verheizen. Dazu wurde eine Expedition deutscher Offiziere unter strenger militärischer Führung Oskar Ritter von Niedermayers durch Persien nach Afghanistan aufgestellt. Sie formierte sich nach anfänglichen Behinderungen seitens der Türkei im Januar 1915 in Bagdad, war bewaffnet und sollte eine „revolutionäre Bewegung … in Afghanistan auch durch Absendung deutscher Offiziere an Ort und Stelle (gegen England und Rußland) organisieren“ (von Wangenheim, deutscher Botschafter in Konstantinopel 1914).

Getarnt stieß die Expedition nach Persien vor, rekrutierte Söldner und Träger und teilte sich dann in einzelne Trupps auf. O. v. Niedermayer: „Mühsam mußten wir uns ein eigenes

1915/16). Am 20. August überschritt schließlich der kleine Führungstrupp mit Niedermayer und Hentig die Grenze nach vielen vergeblichen Täuschungsmanövern, die starken englisch-russischen Truppenverbände an der persisch-afghanischen Grenze zu umgehen, wurde aber gleich vom Gouverneur in Herat festgehalten. Der Hauptzug samt Waffen und Vorräten konnte nicht folgen, da die Grenze von den englischen Truppen geschlossen wurde. Die ungebetenen Gäste wurden nach Kabul geschleust und versuchten sofort, ihre Wühltätigkeit zu entfalten.

Doch die Aufträge Niedermayers, den Emir von Kabul „zum Losschlagen gegen Indien zu bewegen“, und

Hentigs, auf diplomatischem Wege eine engere Verbindung mit Afghanistan herzustellen, stießen von Anfang an auf wenig Gegenliebe bei den Afghanen und Engländern. Am 24. Januar 1916 unterzeichnete der Emir zwar einen Kriegsvertrag mit Deutschland gegen Indien und ließ sich unter Leitung der Expedition und mit deutschen Geldern die afghanische Armee, die Waffen-, Tuch- und Lederfabriken vollständig reorganisieren und beendete dann unter Druck des britischen Imperialismus die deutschen Hoffnungen, in Afghanistan Fuß zu fassen, mit der Erklärung vom 12. März, daß er mit der Kriegsfrage nicht länger belästigt werden wolle. Im Juni besiegelte der Rückmarsch das klägliche Ende. 1919 vertrieb das afghanische Volk im dritten Unabhängigkeitskrieg die geschwächten britischen Imperialisten aus dem Land.



Auf dem Weg nach Afghanistan in Isfahan – die deutschen Kolonialisten, Trupp Zuckmayer, in den Sesseln, darunter ihre bewaffnete Formation.

moslemischen Guerillas, die die afghanische Regierung bekämpfen, erstrecken sich nun offenbar auf alle Provinzen, die erbittertsten Kämpfe finden im Osten, in Kunar und in der Paktia-Provinz statt. Die gegenwärtigen Kämpfe gegen das Regime von Mohammed Taraki sind die größten, seitdem die Sowjetunion einen Putsch anzettelte, der vor etwas mehr als einem Jahr die Regierung von Mohammed Daoud beseitigte. Dieser Aufstand bedeutet eine ernste Herausforderung für die umfangreiche sowjetische Präsenz in Afghanistan und hat bereits sichtbare Folgen. Die Familien von den 5000 sowjetischen Beratern sind bereits aus dem Land geflohen, und die Berater, die in Kabul leben, haben bereits ihre Wohnungen aufgegeben, um in den Anlagen der sowjetischen Botschaft zu wohnen. Vor kurzem haben sieben hohe sowjetische Generäle Kabul besucht, ihnen folgten umfangreiche Waffenlieferungen seitens der UdSSR. Diese Lieferungen umfaßten Lastwagen, Artillerie, Panzer, Bomber, Truppentransporter und auch raketenbestückte Kampfhubschrauber. Die jüngsten Ereignisse zeigen, daß die sowjetischen Bestrebungen in dieser Region sich nicht darauf beschränken, in Afghanistan Fuß zu fassen, sondern auch daraufgerichtet sind, darüberhinaus in Nachbarländer einzudringen.“

„Afghanistan rebelliert gegen die russische Kolonialisierung – dunkle Pläne der neuen Zaren“ – Klassenkampf (KBÖ, Österreich), 26.3.1979

„Für die Sowjetunion steht in dieser Region viel auf dem Spiel. Ursprünglich beabsichtigte sie, von Afghanistan aus durch Aufschaukelung verschiedener regionaler Widersprüche zum Indischen Ozean vorstoßen zu können. Aufgegeben hat sie diese Pläne nicht

– die breite Volksbewegung im Land hat nur ihren Plänen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Daß sie diese Pläne nicht aufgegeben hat, das zeigt ihre gegenwärtige scharfe Reaktion und ihr Versuch, auf die Nachbarländer Afghanistans Druck auszuüben.

Diese hätten die nächsten Stationen auf dem Weg der neuen Zaren zur Erfüllung des alten Wunschtraumes der alten Zaren sein sollen: den direkten Zugang zum indischen Ozean. Neue militärische Abenteuer der neuen Zaren darf man jedenfalls nicht ausschließen.“

Noch nie hat Afghanistan fremde Vorherrschaft akzeptiert

z.lup. Als in der Mitte des 19. Jahrhunderts das zaristische Rußland große Teile Zentralasiens kolonisierte und Großbritannien von Indien aus nach Norden vordrang, wurde Afghanistan eine der entscheidenden Sphären ihrer Rivalität. Aber obwohl Rußland wie auch England ununterbrochen, unter Einsatz aller Mittel, der Intrige und des Militärüberfalls, versuchten, Afghanistan zu unterwerfen, ist es ihnen nie gelungen, das Land in eine Kolonie zu verwandeln. Die Vertreibung der britischen Militärmission aus Kabul 1842 und die völlige Vernichtung des britischen Corps war die erste größere Niederlage, die Großbritannien im Kampf gegen die asiatischen Völker einstecken mußte. Und als Großbritannien 1879 erneut versuchte, Afghanistan zu besetzen und in Kabul einmarschierte, da dauerte es keine 3 Monate, bis der Union Jack wieder eingezogen werden mußte und die britischen Truppen in die Flucht geschlagen wurden. Durch Spaltung gelang es der britischen Kolonialmacht aber damals, Afghanistan einen Vertrag aufzuzwingen, der die Annektierung von Teilen des östlichen Afghanistan an die indische Kolonie beinhaltete und der Afghanistan zwang, zu keiner anderen Macht außenpolitische Beziehungen zu unterhalten. Dieser Vertrag hielt nicht länger als 30 Jahre: durch einen dritten Aufstand der afghanischen Völker wurde Großbritannien 1919 gezwungen, die Souveränität Afghanistans anzuerkennen.

Die neuen Zaren, die ziemlich rasch nach der Usurpation der Staatsmacht die Unterwerfung Afghanistans betrieben, haben 1973 durch einen von ihnen inszenierten Putsch das Daud-Regime an die Macht gebracht, aber bereits fünf Jahre später waren sie erneut gezwungen, durch einen weiteren Putsch ihre Kontrolle zu sichern. Das war vor 14 Monaten. An der Entschlossenheit der afghanischen Völker, die Unabhängigkeit zu verteidigen, sind schon andere gescheitert.



Unterzeichnung des sowjetisch-afghanischen Freundschaftsvertrages 1978

Sozialplan zur Durchsetzung der Stadtsanierung

Beispiel: Ostertorviertel in Bremen

r.dog. Das Bremer Ostertorviertel – Beispiel für eine Stadtsanierung. Der Stadtteil grenzt direkt an die Innenstadt und gehört zu den am dichtesten bewohnten Gebieten Bremens. Es gibt eine Reihe kleinerer Betriebe, in ihrer Mehrzahl Einzelhandelsbetriebe und Gaststätten. In Bremen gilt das Ostertor als das „Vergnügungsviertel". Die Häuser sind in ihrer Mehrzahl alt und verrottet, die Mieten relativ niedrig.

Seit etwa 10 Jahren laufen die Planungen für die Sanierung. Aber erst im Dezember 1978 hat die Bürgerschaft das entsprechende Gesetz verabschiedet. Die Beschwerden gegen die Sanierungspläne und ihre Auswirkungen füllen die Protokolle der Deputation für das Bauwesen. Der Plan für die Mozarttrasse, eine Stadtautobahn mitten durch das Ostertor, ist zwischenzeitlich von der Baubehörde aufgegeben worden. Er scheiterte am Kampf der Bewohner des Viertels. Für den Bau hatten sich vor allem die Handelskammer und die Kaufhauskonzerne (Horten, Hertie) stark gemacht.

„Modernisierung und Entkernung der vorhandenen Bausubstanz", „Erhaltung der Vielzahl kleinerer Geschäfte" und „Schaffung von beruhigten Wohnzonen" – so wurden die Ziele der Sanierung dargestellt. Neben baulichen Veränderungen soll aber auch die Struktur der Bevölkerung verändert werden: Gegen die „Überalterung" des Viertels sollen Wohnungen für junge Familien geschaffen werden. Die Zahl der 1-Personen-Haushalte, die im Sanierungsgebiet überwiegen, soll zugunsten von Mehrpersonenhaushalten verringert werden. Da die Vertreibung der Alten in die Heime, wo ihre Unterbringung billiger und besser kontrollierbar ist, nicht im Selbstlauf vonstatten geht, sollen gezielte Auflagen bei öffentlich geförderten Baumaßnahmen die angestrebte „ausgewogene soziale Struktur" gewährleisten. Alle Gruppen der Bevölkerung werden gewürdigt, den „sozial Schwachen" kommt dabei eine „besondere Fürsorge pflicht" zugute. „Entsprechend den spezifischen Ursachen der Sozialisationsschwächen sind entsprechende Maßnahmen zu treffen. Hierzu ist Kontakt mit der Sozialverwaltung aufzunehmen."

Der Umfang der Untersuchungen von Seiten des Senats über die Struktur des Viertels, seiner Bewohner und der Schwierigkeiten, auf die die Sanierungspläne stoßen, ist beachtlich. Ein Bericht, 1978 veröffentlicht und erstellt von der Bremischen Gesellschaft für Stadterneuerung und Stadtentwicklung, selbst Eigentümerin von Häusern im Ostertorviertel, im Auftrag des Bremer Bausenators und gefördert vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, enthält nicht nur Angaben über das Sanierungsgebiet und seine Bewohner sowie einen Finanzierungsplan, sondern auch einen Sozialplan, denn: „Soweit nachteilige Folgen auftreten und auch durch planerische Maßnahmen nicht ausgeräumt werden können, ist dem Bürger Hilfestellung bei seinen Bemühungen zu geben, die nachteiligen Auswirkungen zu mildern". Gewährt werden auf Antrag Umzugsbeihilfen und Ausgleichszahlungen. „Bei der Bemessung der Ausgleich- und Entschädigungsleistungen ... werden jedoch Werterhöhungen ... nur insoweit berücksichtigt, als der Betroffene diese Werterhöhungen durch eigene Aufwendungen zulässigerweise bewirkt hat" (§23 Städtebauförderungsgesetz). Wobei der Einbau einer Dusche z.B. erst einmal als „zulässig" bewiesen werden muß.

In der sicheren Erkenntnis, daß die Durchsetzung derartiger Sanierungsmaßnahmen nicht ohne den Kampf der Bewohner der zu sanierenden Viertel abgehen wird und um diesen Kampf zu spalten, indem viele einzelne „Hilfestellungen bei ... Bemühungen, die nachteiligen Auswirkungen zu mildern" in Aussicht gestellt werden, ist die Erstellung von Grundsätzen für einen Sozialplan Bestandteil des Städtebauförderungsgesetzes. Die Mieten in dem sanierten Gebiet sollen „tragbar" gehalten werden, Mieterbund und Verein der Haus- und Grundbesitzer sollen einen Mietpreisspiegel erstellen, damit die höheren Mieten als gerechtfertigt ausgewiesen werden können. Daß die Mieten steigen werden, ist unbestritten, wie auch von vornherein davon ausgegangen wird, daß ein Teil der Hausbesitzer nicht in der Lage sein wird, die im Rahmen der Sanierung beschlossenen Maßnahmen zu finanzieren und deswegen zum Verkauf gezwungen wird.

Ist ein Gebiet als Sanierungsgebiet anerkannt, ist es nach den Bestimmungen des Städtebauförderungsgesetzes nur noch mit schriftlichen Genehmigungen erlaubt, zu verkaufen oder bauliche Veränderungen vorzunehmen. Die Stadt hat das Vorkaufsrecht. In Erwartung dicker Spekulationsgewinne ist im Vorfeld der Sanierung im Ostertor und während der Planungen für die Mozarttrasse Haus- und Grundeigentum schwungvoll gehandelt worden. Häuser wurden leer stehengelassen und verrotteten, die Abbruchkosten übernimmt die Stadt und vielfach ist durch den Neubau eines Bürogebäudes mehr herauszuholen als durch Renovierung des vorhandenen.

Drei leerstehende Häuser sind vor einem Monat besetzt worden. Die Besetzer fordern von der Stadt die Übernahme der Häuser und die Vermietung zu Preisen, die sie zahlen können. Sie haben mit der Renovierung begonnen. Eines der besetzten Häuser gehört der Bremischen Gesellschaft. Sie hat Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gestellt. Bei einem anderen leerstehendem Haus, ebenfalls im Besitz der Bremischen Gesellschaft, sind die Fenster und die Inneneinrichtung zerstört worden, um es vor einer Besetzung zu schützen. Gegenüber dem Liegenschaftsamt ist es den Besetzern gelungen, für eines der Häuser, das schon im Besitz der Stadt ist, einen Mietvertrag und eine günstige Miete durchzusetzen.

Überwachung - Tag und Nacht



Um auf der Internationalen Verkehrsausstellung einen Einblick in die Verkehrsüberwachung zu bekommen, mußte man 8.-DM extra bezahlen, und durfte dann ins Polizei-Präsidium. Über 32, um 340 Grad schwenkbare Kameras, kann ganz Hamburg über die wichtigen Straßen überwacht werden. Gewünschte Einzelheiten können über ein Tele-Objektiv rangeholt werden. Der von Demonstrationen her bekannte graue Polizei-Filmwagen ist die zusätzliche mobile Kamera. Verschiedene Abteilungen im Präsidium haben eigene Monitoren und können über die Abteilung Verkehrsüberwachung anfordern, was beobachtet werden soll. Die Firma Bosch bietet für die Überwachung Kameras an, die bei totaler Dunkelheit arbeiten. Im Prospekt wird die Überwachungsanlage noch empfohlen zur Industrieanlagenüberwachung, Objektsicherung und Bahnhofsüberwachung.

Lehrer und Schüler gemeinsam gegen das NSG

r.usm. Über 800 Schüler, Lehrer und Eltern beteiligten sich am 20.6. in Braunschweig an einer Demonstration gegen die geplante Novellierung des Niedersächsischen Schulgesetzes, zu der Stadtschülerrat, Asten und GEW aufgerufen hatten. „Aufhebung der Zensurparagraphen für Schülerzeitungen", „Lernmittelfreiheit", „Einstellung aller Lehrer", „40-Stundenwoche für Lehrer" waren die wesentlichen Forderungen. Diese Aktion hat den Zusammenschluß zwischen Schülern und Lehrern im Kampf um ihre Rechte gegen den bürgerlichen Staat gestärkt.

An der IGS Braunschweig malten Schüler und Lehrer gemeinsam Transparente für die Demonstration. Am Schulzentrum Heidberg verteilten acht Lehrer die Flugblätter der GEW morgens vor der Schule, diskutierten mit den Schülern im Unterricht darüber und sammelten im benachbarten Einkaufszentrum Unterschriften. Studenten des Fachpraktikums am Fachbereich V der TU unterstützen in einer Resolution gemeinsam mit ihrer Dozentin die Forderungen des Stadtschülerrates. Die Fronten zur Dienstaufsicht wurden schnell deutlich: am Gymsanium Große Schule in Wolfenbüttel fühlte sich der Direktor bemüßigt, eine Wandzeitung der SV, die zur Demonstration aufrief, abzuhängen.

Die Gemeinsamen Aktionen von Schülern und Lehrern durchkreuzen die Pläne der Niedersächsischen Landesregierung, die die Lehrer durch gezielte Kontrolle und Überwachung – z.B. Unterrichtsbesuche durch den Direktor, zu denen kein Personalvertreter mitgenommen werden darf – zur effektiveren Auslese und Unterdrückung der Schüler zwingen will. So z.B. die gesetzliche Verankerung von ‚Kursen für Schüler ohne Lehrvertrag', die dann zur Abdeckung der Berufsschulpflicht ausreichen und die ‚jugendlichen unausgebildet in die Fabrik schleusen; die Wiedereinführung der 11. Klasse mit der Möglichkeit sitzenzubleiben als zusätzliches Schleusenventil für Abiturienten; oder die Verpflichtung der Lehrer, ihre Aufsichtspflicht jetzt auch an den Bushaltestellen wahrzunehmen! Für die Lehrer bedeuten diese Bestimmungen erneut intensivere Vernutzung ihrer Arbeitskraft und sie wissen, daß sie mit dem Widerstand der Schüler zu rechnen haben.

Der Zusammenschluß zwischen Schülern und Lehrern schafft auch Raum, den Angriff der Landesregierung auf die Lehrerbewegung zurückzuschlagen. Zum 1.8.79 plant Remmers ein neues Lohnsenkungsprogramm bei der Lehrereinstellung: 500 Teilzeitverträge an Grund- und Hauptschullehrer werden vergeben, wobei 200 an Gymnasien eingesetzt werden sollen, zur Hauptschullehrerbezahlung, versteht sich. Das bedeutet eine Lohnsenkung von mindestens 300 DM pro Stelle. Die GEW-Personalräte haben bereits erklärt, daß sie ihre Zustimmung verweigern werden. Daß Remmers diesen Widerstand zwangsweise brechen will – durch Einschränkung der Mitbestimmungsrechte der Personalräte im Zuge der Schulgesetznovellierung – ist verständlich. Gelingen muß ihm das nicht.

Die Sozialdemokratie in Gewerkschaft und Stadtschülerrat versucht jetzt, den Kampf erneut auf die Mühlen ihrer imperialistischen Bildungsreform zu lenken. „Für den Erhalt der staatlichen Schulämter" wollen sie im SSR durchsetzen, was ihnen noch nicht gelungen ist. Zuviel Erfahrung gibt es mit der Unterdrückertätigkeit dieser Ämter: An der IGS z.B. versucht Schulamtsdirektor Rümenapf seit einem Jahr, den Lehrer Trustorff gegen den Willen von Schülern, Eltern und Lehrern aus dem Schuldienst zu entfernen. Nicht geschlagen hingegen ist die Auffassung, der Erhalt der Gesamtschule müsse auf die Fahnen des Kampfes geschrieben werden. Der Zusammenschluß zwischen Schülern und Lehrern muß sich stützen auf die gemeinsamen Interessen zur Durchsetzung politischer und gewerkschaftlicher Rechte gegen den bürgerlichen Staat, um Aussicht auf Erfolg zu haben.



stellt von der Bremischen Gesellschaft für Stadterneuerung und Stadtentwicklung, selbst Eigentümerin von Häusern im Ostertorviertel, im Auftrag des Bremer Bausenators und gefördert vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, enthält nicht nur Angaben über das Sanierungsgebiet und seine Bewohner sowie einen Finanzierungsplan, sondern auch einen Sozialplan, denn: „Soweit nachteilige Folgen auftreten und auch durch planerische Maßnahmen nicht ausgeräumt werden können, ist dem Bürger Hilfestellung bei seinen Bemühungen zu geben, die nachteiligen Auswirkungen zu mildern". Gewährt werden auf Antrag Umzugsbeihilfen und Ausgleichszahlungen. „Bei der Bemessung der Ausgleich- und Entschädigungsleistungen ... werden jedoch Werterhöhungen ... nur insoweit berücksichtigt, als der Betroffene diese Werterhöhungen durch eigene Aufwendungen zulässigerweise bewirkt hat" (§23 Städtebauförderungsgesetz). Wobei der Einbau einer Dusche z.B. erst einmal als „zulässig" bewiesen werden muß.

Ostertor und während der Planungen für die Mozarttrasse Haus- und Grundeigentum schwungvoll gehandelt worden. Häuser wurden leer stehengelassen und verrotteten, die Abbruchkosten übernimmt die Stadt und vielfach ist durch den Neubau eines Bürogebäudes mehr herauszuholen als durch Renovierung des vorhandenen.

Drei leerstehende Häuser sind vor einem Monat besetzt worden. Die Besetzer fordern von der Stadt die Übernahme der Häuser und die Vermietung zu Preisen, die sie zahlen können. Sie haben mit der Renovierung begonnen. Eines der besetzten Häuser gehört der Bremischen Gesellschaft. Sie hat Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gestellt. Bei einem anderen leerstehendem Haus, ebenfalls im Besitz der Bremischen Gesellschaft, sind die Fenster und die Inneneinrichtung zerstört worden, um es vor einer Besetzung zu schützen. Gegenüber dem Liegenschaftsamt ist es den Besetzern gelungen, für eines der Häuser, das schon im Besitz der Stadt ist, einen Mietvertrag und eine günstige Miete durchzusetzen.

Um auf der Internationalen Verkehrsausstellung einen Einblick in die Verkehrsüberwachung zu bekommen, mußte man 8.-DM extra bezahlen, und durfte dann ins Polizei-Präsidium. Über 32, um 340 Grad schwenkbare Kameras, kann ganz Hamburg über die wichtigen Straßen überwacht werden. Gewünschte Einzelheiten können über ein Tele-Objektiv rangeholt werden. Der von Demonstrationen her bekannte graue Polizei-Filmwagen ist die zusätzliche mobile Kamera. Verschiedene Abteilungen im Präsidium haben eigene Monitoren und können über die Abteilung Verkehrsüberwachung anfordern, was beobachtet werden soll. Die Firma Bosch bietet für die Überwachung Kameras an, die bei totaler Dunkelheit arbeiten. Im Prospekt wird die Überwachungsanlage noch empfohlen zur Industrieanlagenüberwachung, Objektsicherung und Bahnhofsüberwachung.

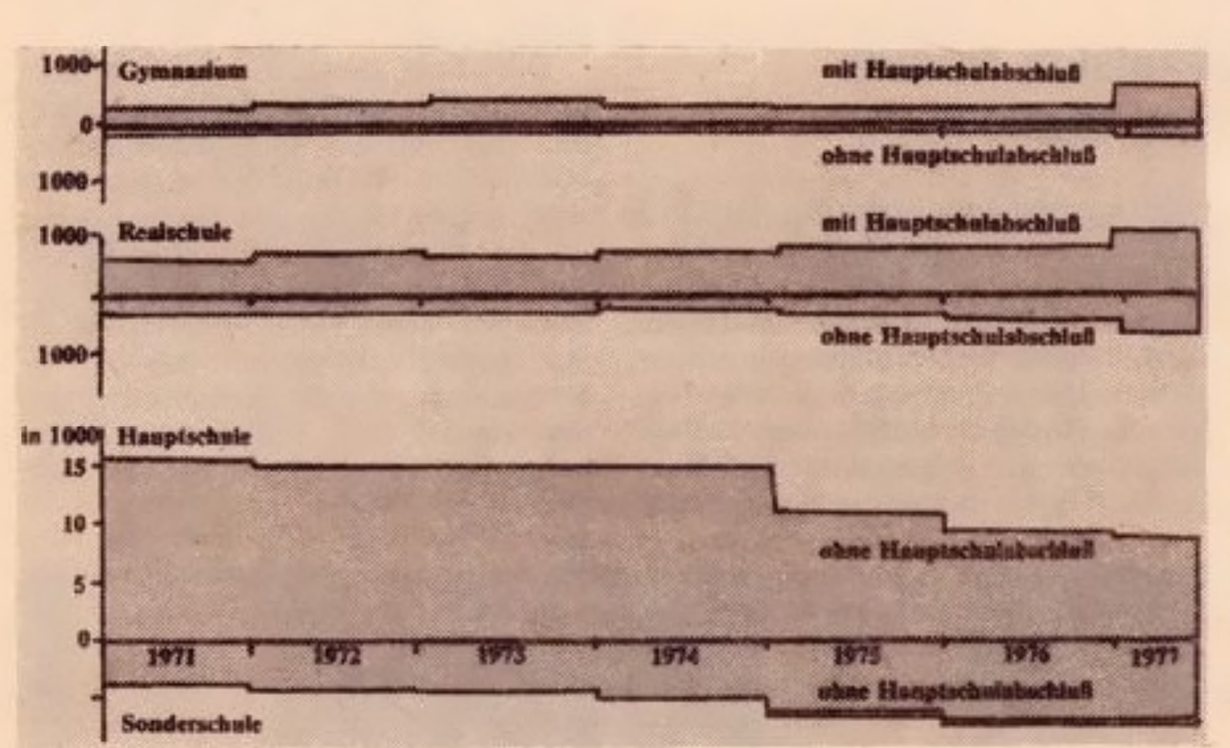
Lehrer und Schüler gemeinsam gegen das NSG

r.usm. Über 800 Schüler, Lehrer und Eltern beteiligten sich am 20.6. in Braunschweig an einer Demonstration gegen die geplante Novellierung des Niedersächsischen Schulgesetzes, zu der Stadtschülerrat, Asten und GEW aufgerufen hatten. „Aufhebung der Zensurparagraphen für Schülerzeitungen", „Lernmittelfreiheit", „Einstellung aller Lehrer", „40-Stundenwoche für Lehrer" waren die wesentlichen Forderungen. Diese Aktion hat den Zusammenschluß zwischen Schülern und Lehrern im Kampf um ihre Rechte gegen den bürgerlichen Staat gestärkt.

An der IGS Braunschweig malten Schüler und Lehrer gemeinsam Transparente für die Demonstration. Am Schulzentrum Heidberg verteilten acht Lehrer die Flugblätter der GEW morgens vor der Schule, diskutierten mit den Schülern im Unterricht darüber

Der Zusammenschluß zwischen Schülern und Lehrern schafft auch Raum, den Angriff der Landesregierung auf die Lehrerbewegung zurückzuschlagen. Zum 1.8.79 plant Remmers ein neues Lohnsenkungspro-

Schülerströme: Spaltung in den Schultypen



r.frd. Das Schaubild zeigt die Entwicklung der Schülerzahlen nach Schultypen von 1971 bis 1977. Die Spaltung der Schüler nach verschiedenen Schultypen wird ergänzt innerhalb der Schultypen. Es gibt zwar weniger Hauptschulabsolventen ohne Abschluß in der Hauptschule – ein Erfolg im Kampf gegen das Notensystem – , aber mehr in der Sonderschule; seit 1976 wird gelockt mit Hauptschulabschluß auf der Sonderschule für einige ganz wenige (doppelte Gerade rechts unten). Mehr Hauptschulabschlüsse in Realschule und Gymnasium, sogar mehr Abgänge ohne Hauptschulabschluß, das ist eine Bedrohung für alle Schüler auf diesen Schulen. – Für die Lehrer bedeutet diese Aufspaltung mehr Arbeit: Erstens Aufspreizung der Schülerleistung entsprechend Erlassen; zweitens dauernde Benotung; drittens auch noch den Krach mit Schülern und Lehrern durchstehen, wenn sie gegen deren Interesse auftreten.

Neue Angriffe auf studentische Arbeitskraft

r.klm. Die studentischen Hilfskräfte an der Nierenklinik in Münden haben ab sofort ihren Dienst eingestellt. Sie wehren sich damit gegen einen neuen Erlaß der Niedersächsischen Landesregierung, wonach studentische Hilfskräfte sich „in einem außertariflichen Angestelltenverhältnis, auf das weder der BAT noch andere Tarifverträge Anwendung finden," befinden. „Das Arbeitsverhältnis – heißt es weiter – wird für jeden Dienst bei Aufnahme der Tätigkeit mündlich vereinbart, und zwar jeweils für die Dauer des im Einzelfall notwendigen Einsatzes." Die früher zumindest für die Dauer eines Semesters mögliche Planung der Arbeitseinsätze entfällt jetzt; jetzt muß man anreisen, sich melden – und warten, ob man genommen oder wieder weggeschickt wird: „Die Eintragung eines Dienstes zu einem bestimmten Termin in einen Dienstplan ist noch keine arbeitsvertragliche Vereinbarung. Entfällt während des Dienstes der Bedarf, so endet das Arbeitsverhältnis zu diesem Zeitpunkt." „Die Zeitdauer und die Art des Dienstes ... werden je nach den Bedürfnissen des Einzelfalles bei der Vereinbarung des Arbeitsverhältnisse ... festgelegt." Der bürgerliche Staat zeigt, wie die Kapitalistenklasse die Ausbeutungsverhältnisse überhaupt geregelt wissen will. Hierbei voranzukommen macht er sich den durch unzureichendes BAföG selbst erzeugten Zwang zunutze, daß immer größere Teile der Studenten ihre Arbeitskraft noch außerhalb des Studiums vernutzen lassen müssen.

Nordelbische Kirche schließt Tarifvertag – mit Pferdefüßen

r.ulh. Nach 1½jährigen Verhandlungen hat die Synode der nordelbischen Kirche die Entwürfe für ein Arbeitsrechtsregelungsgesetz gebilligt. Das Gesetz enthält Verträge, die Grundlage kommender Tarifverhandlungen sein sollen: der Grundlagenvertrag, der den Tarifparteien die absolute Friedenspflicht vorschreibt; die Schiedsvereinbarung, die für Tarifstreitigkeiten vorsieht, daß als Tarifvereinbarung gilt, was mit ⅔-Mehrheit beschlossen wird; die Notlagenregelung, die für finanzielle Notlagen der Kirche die sofortige Neuverhandlung der Tarife vorsieht. Der Grundlagenvertrag gilt für sechs Jahre mit sechsmonatiger Kündigungsfrist. Wird er gekündigt, müssen „Neuverhandlungen im Geiste des Grundlagenvertrages aufgenommen werden". Dieser Geist ist in der Präambel als „ungehinderte Wahrnehmung der verfassungsmäßigen Aufgaben der Kirche" festgeschrieben. – Mit der Annahme dieses Vertrages ist die nordelbische Kirche die erste in der BRD, in der Tarifverträge abgeschlossen werden. In der hannoverschen Landeskirche sind bisher die Gewerkschaften als Vertretungsorgane der Beschäftigten nicht zugelassen und die Löhne werden in sogenannten neutralen Kommissionen für jede Belegschaft ausgehandelt. – Insofern ist für die 7000 Arbeiter und Angestellten der nordelbischen Kirche die gewerkschaftliche Vertretung ein Fortschritt. Der Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende der Kirchenleitung, Bischof Hübner und Wölber, sind als entschiedene Gegner von Tarifverträgen deshalb auch von ihren Ämtern zurückgetreten. Für die Beschäftigten kommt es jetzt darauf an, für die Streichung der Friedenspflichtklausel einzutreten und zu verhindern, daß die „Notlagenregelung" zur Lohnsenkung eingesetzt wird.

ihre Arbeitskraft noch außerhalb des Studiums vernutzen lassen müssen.

Nordelbische Kirche schließt Tarifvertag – mit Pferdefüßen

r.ulh. Nach 1½jährigen Verhandlungen hat die Synode der nordelbischen Kirche die Entwürfe für ein Arbeitsrechtsregelungsgesetz gebilligt. Das Gesetz enthält Verträge, die Grundlage kommender Tarifverhandlungen sein sollen: der Grundlagenvertrag, der den Tarifparteien die absolute Friedenspflicht vorschreibt; die Schiedsvereinbarung, die für Tarifstreitigkeiten vorsieht, daß als Tarifvereinbarung gilt, was mit ⅔-Mehrheit beschlossen wird; die Notlagenregelung, die für finanzielle Notlagen der Kirche die sofortige Neuverhandlung der Tarife vorsieht. Der Grundlagenvertrag gilt für sechs Jahre mit sechsmonatiger Kündigungsfrist. Wird er gekündigt, müssen „Neuverhandlungen im Geiste des Grundlagenvertrages aufgenommen werden". Dieser Geist ist in der Präambel als „ungehinderte Wahrnehmung der verfassungsmäßigen Aufgaben der Kirche" festgeschrieben. – Mit der Annahme dieses Vertrages ist die nordelbische Kirche die erste in der BRD, in der Tarifverträge abgeschlossen werden. In der hannoverschen Landeskirche sind bisher die Gewerkschaften als Vertretungsorgane der Beschäftigten nicht zugelassen und die Löhne werden in sogenannten neutralen Kommissionen für jede Belegschaft ausgehandelt. – Insofern ist für die 7000 Arbeiter und Angestellten der

Landfrauenverband stellt Forderungen zu Schülertransporten

r.wik. Der Landfrauenverband Weser-Ems (21000 Mitglieder) hat nach einer Umfrage unter seinen 172 Vereinsvorsitzenden zu den katastrophalen Schülertransporten Forderungen an das Kultusministerium aufgestellt. „Derzeit sind die Fahrtrouten von uns nach der Schule so angelegt, daß die Schüler bis zu 100 Minuten ohne ausreichende Haltegriffe in den überfüllten Bussen stehen müssen. 60% der Schulbusse sind beständig überfüllt, in Ostfriesland sind es 85%. Überdachte Bushaltestellen gibt es großenteils überhaupt nicht." Neben Apellen an Lehrer und Eltern diese Zustände zu beseitigen, fordert der Verband vom Kultusministerium unter anderem: gesicherte Bushaltestellen, Wartehäuschen und Fahrradständer, Busbeförderung unter menschlichen Bedingungen, für jeden einen Sitzplatz. Statt langen Rundfahrten Sternfahrten, die die Wartezeiten verringern und den Einsatz kleinerer Busse ermöglichen.

Zur Zeugnisvergabe: Bourgeoispolitiker manövrieren gegen die Kämpfe an den Schulen

b.irm. An den Schulen steht die Zeugnisvergabe an. In Blättern wie der ,,Bild" und der ,,Morgenpost" häufen sich Meldungen darüber, daß Kinder aus Furcht das Elternhaus verlassen, weil Nichtversetzung droht. Die Manöver verschiedener Bourgeoispolitiker und -blätter gehen alle dahin, den Widerstand gegen das Notensystem in verschiedene Bahnen zu lenken, auf jeden Fall weg vom Kampf gegen den bürgerlichen Staat.

Ein ,,Kampf konträrer Schulsysteme" sei der Streit der bürgerlichen Parteien um die Gesamtschule. Eigentlich geht es darum, die Gesamtschule aus dem Versuchsstadium herauszuholen und den Anforderungen der gesetzlichen Regelschule gerecht zu machen. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung hat sich darauf geeinigt, daß die Abschlüsse, die Stundentafeln und die Fächer der einzelnen Schulformen vergleichbar sein müssen. ,,Es darf nicht so sein, daß die Gesamtschule die leichtere Schule und die besser ausgestattete Schule ist. Sonst ist die Chancengleichheit für die Kinder dieser Schulen in einem ganz ernsten Sinne gefährdet", so Hanna-Renate Laurien (CDU), Kultusministerin in Rheinland-Pfalz in der ,,Welt" vom 22. Juni. Anhand von Zahlen aus Westberlin zeigt sich, wie diese Art ,,Chancengleichheit" aussieht: 15,3% der Gesamtschüler mit einer Hauptschulempfehlung haben den entsprechenden Abschluß nicht geschafft. Der Bundesdurchschnitt der Hauptschüler, die die Schule ohne Abschlußzeugnis verlassen, beträgt 15,4%. Noten lassen sich halt an Gesamtschulen genau wie an anderen Schulen mehr und mehr in Richtung Höchstmaß der Aussieberei festlegen.

,,Zeugnisse ohne Zensuren" ist die Errungenschaft, die die Bourgeoisie für die Grundschule anpreist. Im ersten Grundschuljahr sind die Noten abgeschafft (in Hamburg außerdem im 2. und jetzt versuchsweise im 3. und 4. Grundschuljahr). Stattdessen gibt es Beurteilungsbögen, die sehr viel detaillierter bewerten. Die Hamburger Schulbehörde hat für diese Beurteilungsbögen Erläuterungen herausgegeben, die zuallererst die Haltung erfassen, wie z.B. ,,Trägt das Kind Konflikte physisch-aggressiv aus?" oder ,,Ist das Kind in der Lage, Bedürfnisbefriedigung aufzuschieben?" Leitschnur für die Lehrer dabei soll sein: ,,Man beurteile *nicht ein Kind* über alle Merkmale hinweg (...) Stattdessen beurteilt man *ein Merkmal* über alle Kinder hinweg." Grundlage, die Konkurrenz zu schüren und schon frühzeitig die Gefährdung einer kapitalistenfrommen Haltung aufzuspüren. Bei der Erfassung der körperlichen Geschicklichkeit fühlt man sich an Zuchtviehhandel erinnert. Der Kapitalist verlangt Papiere, ehe er kauft. Dieser Charakter kommt an Fragebögen des Lehrers Boysen von der Integrierten Gesamtschu/e Kiel-Friedrichsort vollends zum Vorschein: Die Meister, die die Schüler in Betriebspraktika betreuen, sollen sie mit einer Skalenvorgabe von ,,normal" bis ,,sehr begriffsstutzig" beschreiben. Viele Meister haben sich geweigert und ein großer Teil der Eltern hat protestiert.

In der Zeitschrift ,,Stern" gibt sich die Bourgeoisie sozialkritisch. Hänselnde Mitschüler, ehrgeizige und strenge Eltern, die die Kinder mit Tabletten auf Leistung ,,dopen" und unfähige, unerfahrene und herrschsüchtige Lehrer – sie alle machen dem Schüler das Leben zur Hölle. Das Infame an dieser Propaganda ist, daß sie an tatsächlich vorhandenen Erscheinungsformen anknüpft. Beim ,,Stern" wird staatlich geschürte Konkurrenz zur Schülergehässigkeit. Das Interesse von Eltern an guten Noten ihrer Kinder, um sie vor Arbeitslosigkeit und Hilfsarbeiterdasein zu bewahren, wird zum krankhaften Elternehrgeiz. Und die Tatsache, daß es Lehrer gibt, die das staatliche Unterdrückergeschäft gern betreiben, nimmt der ,,Stern" zum Anlaß, die Schüler gegen die Lehrer aufzuhetzen. Peinlichst genau werden die Kapitalisten und der bürgerliche Staat ausgespart.

Und unter Anknüpfung an diese vielfältigen Spaltungslinien läßt die ,,Frankfurter Rundschau" vom 15.5.79 heraus, worum es den Kapitalisten eigentlich geht: ,,Antipädagogen für Abschaffung der Schulpflicht (...) So ist also die Schule der Zukunft eine freiwillige Angebotschule, eine Mischung zwischen Jugendzentrum und Schule, in dem Lerngruppen ständig angeboten werden, es aber nicht Pflicht ist, sie zu besuchen." Ist die Abschaffung der lästigen Schulpflicht erst vollbracht, so steht dem uneingeschränkten Zugriff auf die jugendliche Arbeitskraft nichts mehr im Wege.

Auf der Grundlage dieser ganzen ideologischen Manöver, versucht die Bourgeoisie praktisch eine handfeste Zeugnisvergabe vorzubereiten. In der Vorzensurenkonferenz an der Quickborner Realschule für die 10. Klassen ist 26 von 110 Schülern angekündigt worden, daß sie gefährdet seien, also zwei oder mehr 5en zu erwarten hätten.

Verschiedene Abiturprüfungen zeigen, in welche Richtung mit dem Notensystem verfahren wird. In Norderstedt im Schulzentrum Nord ist zum ersten Mal seit 1976 wieder ein Schüler durch das Abitur gefallen. Grund war seine mündliche Prüfung in Kunst, wo er, im Beisein von Magistratsvertreter Anderson zum Thema Städtebau geprüft, äußerte, Norderstedt sei scheußlich und langweilig. Er kriegte eine 5, wodurch ihm für die Gesamtbewertung genau 3 Punkte fehlten, um zu bestehen. Am Kreisgymnasium in Bargteheide fiel ein Schüler durch, weil ihm 1 Punkt an den erforderlichen 100 Punkten fehlte.

In Flensburg an der Auguste-Victoria-Schule sind gegenüber einem Schüler im letzten Jahr in diesem Jahr 6 durchgefallen. Am Beispiel des Norderstedter Schulzentrums zeigt sich, daß die Abiturprüfungen selbst nur der Endpunkt eines umfassenden Ausleseverfahrens während der gesamten Studienstufe sind: Von 48 Schülern zu Beginn der Studienstufe sind 6 nach Hamburg an eine andere Schule gegangen, die den Ruf hat, ,,leichter" zu sein, 6 haben eine Lehre angefangen, 2 haben sich ,,freiwillig" zurückstufen lassen. 30 Schüler sind schließlich noch zu den Abiturprüfungen angetreten, 5en und schlechte 4en hat es auch bei ihnen noch gehagelt.

An den Berufsschulen entwickelt sich der Kampf: An der Berusschule 1 in Kiel haben 1000 Kollegen gegen den Samstagsunterricht unterschrieben und mit der Androhung, in den Streik zu treten, diese Forderung durchgesetzt. Die schleswig-holsteinische Landesschülervertretung der Berufsschulen führt eine Fragebogenaktion zur praktischen Ausbildung, Bezahlung und Arbeitszeit der Lehrlinge durch. Das Landesschulamt reagierte mit Verbot. Es fürchtet den Zusammenschluß der Berufsschüler. In Lübeck haben 75 Klassen nur alle 14 Tage je 6 Stunden Unterricht (die Restzeit gehört den Kapitalisten), bei den Tischlerlehrlingen in Kiel liegen die Durchfallquoten bei 49%. In Flensburg hat eine Berufsschulklasse (Großhandels- und Bürokaufmann) den freien Nachmittag im Anschluß an die Berufsschule gestrichen bekommen, was rechtlich auch möglich ist, weil wegen Lehrermangel nur 5 statt 6 Stunden unterrichtet wird. Noch dreister wurde mit einer Berufsschulklasse in Eckernförde verfahren. Die ganze Klasse arbeitsloser Jugendlicher wurde vorzeitig entlassen, weil sie weder von den Lehrern noch vom Schulleiter unter die Knute zu kriegen war. Unterdrückungsmaßnahmen wie 200 DM Bußgeld für wiederholtes Schuleschwänzen waren dem vorangegangen. Am 21. Juni hat in Quickborn eine Veranstaltung des GEW-Ortsvereins mit 60 Besuchern, Eltern, Lehrern, Schülern, stattgefunden, auf der folgende Forderungen erörtert wurden:

– Für alle gilt die unentgeltliche Vollzeitschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr in einem integrierten Schulwesen

– Berufliche Ausbildungsgänge im Sinne eines theoretischen und praktischen Überblicks über die Grundlagen der Produktionszweige und allgemeinbildenden Ausbildungsgänge sind für alle im Rahmen der Vollzeitschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr verbindlich.

– Alle Schüler sind ihren Fähigkeiten entsprechend optimal auszubilden und zu fördern und nicht in einem Auslesesystem auszusortieren.

– Jeder Schüler erhält einen Schulabschluß, der mindestens zu einer Facharbeiterqualifikation hinführt.

Solche Zielsetzung schafft eine Grundlage zum Zusammenschluß gegen die Schulunterdrückung trotz unablässigem Notendruck und vielfältiger Spaltungslinien.

ser ausgestattete Schule ist. Sonst ist die Chancengleichheit für die Kinder dieser Schulen in einem ganz ernsten Sinne gefährdet", so Hanna-Renate Laurien (CDU), Kultusministerin in Rheinland-Pfalz in der ,,Welt" vom 22. Juni. Anhand von Zahlen aus Westberlin zeigt sich, wie diese Art ,,Chancengleichheit" aussieht: 15,3% der Gesamtschüler mit einer Hauptschulempfehlung haben den entsprechenden Abschluß nicht geschafft. Der Bundesdurchschnitt der Hauptschüler, die die Schule ohne Abschlußzeugnis verlassen, beträgt 15,4%. Noten lassen sich halt an Gesamtschulen genau wie an anderen Schulen mehr und mehr in Richtung Höchstmaß der Aussieberei festlegen.

,,Zeugnisse ohne Zensuren" ist die Errungenschaft, die die Bourgeoisie für die Grundschule anpreist. Im ersten Grundschuljahr sind die Noten abgeschafft (in Hamburg außerdem im 2. und jetzt versuchsweise im 3. und 4. Grundschuljahr). Stattdessen gibt es Beurteilungsbögen, die sehr viel detaillierter bewerten. Die Hamburger Schulbehörde hat für diese Beurteilungsbögen Erläuterungen herausgegeben, die zuallererst die Haltung erfassen, wie z.B. ,,Trägt das Kind Konflikte physisch-aggressiv aus?" oder ,,Ist das Kind in der Lage, Bedürfnisbefriedigung aufzuschieben?" Leitschnur für die Lehrer dabei soll sein: ,,Man beurteile *nicht ein Kind* über alle Merkmale hinweg (...) Stattdessen beurteilt man *ein Merkmal* über alle Kinder hinweg." Grundlage, die Konkurrenz zu schüren und schon frühzeitig die Gefährdung einer kapitalistenfrommen Haltung aufzuspüren. Bei der Erfassung der körperlichen Geschicklichkeit

die Kapitalisten und der bürgerliche Staat ausgespart.

Und unter Anknüpfung an diese vielfältigen Spaltungslinien läßt die ,,Frankfurter Rundschau" vom 15.5.79 heraus, worum es den Kapitalisten eigentlich geht: ,,Antipädagogen für Abschaffung der Schulpflicht (...) So ist also die Schule der Zukunft eine freiwillige Angebotschule, eine Mischung zwischen Jugendzentrum und Schule, in dem Lerngruppen ständig angeboten werden, es aber nicht Pflicht ist, sie zu besuchen." Ist die Abschaffung der lästigen Schulpflicht erst vollbracht, so steht dem uneingeschränkten Zugriff auf die jugendliche Arbeitskraft nichts mehr im Wege.

Auf der Grundlage dieser ganzen ideologischen Manöver, versucht die Bourgeoisie praktisch eine handfeste Zeugnisvergabe vorzubereiten. In der Vorzensurenkonferenz an der Quickborner Realschule für die 10. Klassen ist 26 von 110 Schülern angekündigt worden, daß sie gefährdet seien, also zwei oder mehr 5en zu erwarten hätten.

Verschiedene Abiturprüfungen zeigen, in welche Richtung mit dem Notensystem verfahren wird. In Norderstedt im Schulzentrum Nord ist zum ersten Mal seit 1976 wieder ein Schüler durch das Abitur gefallen. Grund war seine mündliche Prüfung in Kunst, wo er, im Beisein von Magistratsvertreter Anderson zum Thema Städtebau geprüft, äußerte, Norderstedt sei scheußlich und langweilig. Er kriegte eine 5, wodurch ihm für die Gesamtbewertung genau 3 Punkte fehlten, um zu bestehen. Am Kreisgymnasium in Bargteheide fiel ein Schüler durch, weil ihm 1 Punkt an den erforderlichen 100 Punk-

Unterricht (die Restzeit gehört den Kapitalisten), bei den Tischlerlehrlingen in Kiel liegen die Durchfallquoten bei 49%. In Flensburg hat eine Berufsschulklasse (Großhandels- und Bürokaufmann) den freien Nachmittag im Anschluß an die Berufsschule gestrichen bekommen, was rechtlich auch möglich ist, weil wegen Lehrermangel nur 5 statt 6 Stunden unterrichtet wird. Noch dreister wurde mit einer Berufsschulklasse in Eckernförde verfahren. Die ganze Klasse arbeitsloser Jugendlicher wurde vorzeitig entlassen, weil sie weder von den Lehrern noch vom Schulleiter unter die Knute zu kriegen war. Unterdrückungsmaßnahmen wie 200 DM Bußgeld für wiederholtes Schuleschwänzen waren dem vorangegangen. Am 21. Juni hat in Quickborn eine Veranstaltung des GEW-Ortsvereins mit 60 Besuchern, Eltern, Lehrern, Schülern, stattgefunden, auf der folgende Forderungen erörtert wurden:

– Für alle gilt die unentgeltliche Vollzeitschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr in einem integrierten Schulwesen

– Berufliche Ausbildungsgänge im Sinne eines theoretischen und praktischen Überblicks über die Grundlagen der Produktionszweige und allgemeinbildenden Ausbildungsgänge sind für alle im Rahmen der Vollzeitschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr verbindlich.

– Alle Schüler sind ihren Fähigkeiten entsprechend optimal auszubilden und zu fördern und nicht in einem Auslesesystem auszusortieren.

– Jeder Schüler erhält einen Schulab-

Demonstration im Herbst gegen das Energieprogramm wird vorbereitet

b.reh. Am 5./6. Mai beschloß der Bundeskongreß der Bürgerinitiativen in Göttingen, im Herbst 79 in Bonn für die Stillegung aller Atomanlagen zu demonstrieren. Daß die Volksmassen aber ein Interesse daran haben, auch das Energieprogramm der Bundesregierung, insbesondere das Energiesparprogramm anzugreifen, kommt in folgender Resolution zum Ausdruck, die geeignet ist, die bestehende Spaltung in der Bewegung in der Frage des Energiesparprogramms zu überwinden: ,,....Angesichts der Tatsachen, daß die Bundesregierung ...im Rahmen des Energiesparprogramms verstärkt versucht, mittels Zwangsmaßnahmen den Energieverbrauch der Bevölkerung zu kontrollieren und gleichzeitig höher zu besteuern, sind wir der Meinung, daß die Demonstration im Herbst ein guter Schritt ist, um den Widerstand ... zusammenzufassen ..." Diese Resolution wird bisher unterstützt von: 11 Kollegen der Buchhandlung Mühlau, Kiel; 3 Kollegen vom Ingenieurbüro Hoyer; 3 Kollegen vom Arbeitsamt; 5 Kollegen der Umwelttoxikologie des Sozialministeriums Schleswig-Holstein; 25 Studenten der Literaturwissenschaften, 25 Germanistikstudenten; 9 Mitgliedern der Fachschaftsgruppe Sport der Universität Kiel; 9 Teilnehmern einer GdCF-Veranstaltung; 6 Chemiestudenten; durch 12 Unterschriften am Stand der Stadtteilgruppe Süd der BI ,,Kein KKW an der Eckernförder Bucht und auch nicht anderswo"; dem Arbeitskreis Umweltschutz Oldenburg/Holst.

Den Beschluß des Bundeskongresses in Göttingen unterstützt außerdem die Fachschaftsgruppe Germanistik und die Fachschaft Physik an der Universität Kiel.

Der Relationstarifvertrag hat die Spaltung unter den Bauarbeitern vorangetrieben

b.deb. Wir haben die Lohnzettel von Bauhilfsarbeitern (Lohngruppe 6) und Baufacharbeitern (Vorarbeiter, LG 2) verglichen. Am 1.5. trat die diesjährige Tariflohnerhöhung in Kraft. In der Tabelle kann man sehen, daß die Kapitalisten ihr Konzept, die Belegschaften zu spalten und die unteren Lohngruppen ins Bodenlose zu drücken, durchsetzen konnten. Die Stundenlohnerhöhungen lagen zwischen 0,57 DM (LG 7) und 1,30 DM (LG 1). Die Hauptursache für solche Spaltung ist der Relationstarifvertrag, den die Baukapitalisten in der Tarifrunde 1977 ausgeheckt haben.

Im Vergleich zu anderen Branchen war damals der Lohnunterschied zwischen Helfer (8,84 DM) und Facharbeiter (9,74 DM) mit 90 Pf. relativ gering. Dadurch war die Einheit im Lohnkampf schnell herzustellen. Die Kapitalisten haben daraufhin den Relationstarifvertrag ausgehandelt, um diese zu verhindern. In dem Tarif stehen 1,5% der Gesamtlohnsumme zur Verfügung, die auf die Belegschaften verteilt werden. Offen sagen die Kapitalisten im Vertragstext, daß der ,,Stufenplan zur Verbesserung der Lohnrelationen insbesondere zu Gunsten der qualifizierten Facharbeiter" sein soll. Verbesserung der Lohnrelationen heißt für die Kapitalisten optimale Spaltung der Arbeiterklasse, die qualifizierten Facharbeiter sollen aus der Kampffront rausgebrochen werden.

Die dritte und letzte Ausschüttung des Relationstarifes steht nächstes Jahr bevor. Schon jetzt müssen die Bauarbeiter die nächste Tarifrunde vorbereiten und Festgeld- oder Mindestforderungen aufstellen. Nur so kann man den spalterischen Auswirkungen des Relationstarifes begegnen. Auch die gehobenen Facharbeiter kann man für solche Forderungen gewinnen: liegt die Forderung bei 170 DM, dann wird für LG 3 netto etwa das gleiche herauskommen wie jetzt bei 8,5% (101,63 DM).

Lohngruppen	alter Lohn in DM	neuer Lohn in DM	Erhöhung in %
Werkpolier	12,78	14,08	10,2
2 Vorarbeiter	11,88	12,91	8,7
3 Spezialbaufacharbeiter	11,30	12,26	8,5
Fliesenleger, Gipser, Stukkateur	11,92	12,81	7,5
4 Gehobener Baufacharbeiter	10,77	11,44	6,2
5 Baufacharbeiter	10,51	11,15	6,1
6 Baufachwerker	10,07	10,69	6,2
7 Bauwerker	9,81	10,38	5,9

Übernahme aller nach dem Examen

b.san. Vor zwei Wochen erklärte Herr Stein, leitender Unterrichtspfleger der Krankenpflegeschule der Universitätskliniken Kiel, daß er die jetzige Vorsitzende der Jugend- und Ausbildungsvertretung und eine ehemalige Jugendvertreterin im Examen nicht prüfen will. Ferner ist er dagegen, daß sie nach dem Examen im Klinikum weiterbeschäftigt werden. Er wirft ihnen vor, charakterlich für den Beruf der Krankenschwester ungeeignet zu sein. Dies habe er auch in der Beurteilung an das Sozialministerium vertreten. Er begründet es damit, daß die beiden Auszubildenden ihn beständig geärgert und die Schüler gegen ihn aufgehetzt hätten.

Tatsache ist, daß die beiden auf Grund eines Programmes gewählt worden sind, das die Interessen der Auszubildenden vertritt. Auf der letzten Sitzung der Jugendvertretung ist ein Beschluß gefaßt worden, der diesen Angriff auf die Vertretungsrechte auf das Schärfste zurückweist und die Einstellung der beiden nach dem Examen fordert. Die beiden Auszubildenden haben eine Stellungnahme abgegeben, auf der sie Unterschriften sammeln, um die Rücknahme der negativen Beurteilungen und die Übernahme aller nach dem Examen durchzusetzen.

Baufacharbeitern (Vorarbeiter, LG 2) verglichen. Am 1.5. trat die diesjährige Tariflohnerhöhung in Kraft. In der Tabelle kann man sehen, daß die Kapitalisten ihr Konzept, die Belegschaften zu spalten und die unteren Lohngruppen ins Bodenlose zu drücken, durchsetzen konnten. Die Stundenlohnerhöhungen lagen zwischen 0,57 DM (LG 7) und 1,30 DM (LG 1). Die Hauptursache für solche Spaltung ist der Relationstarifvertrag, den die Baukapitalisten in der Tarifrunde 1977 ausgeheckt haben.

Im Vergleich zu anderen Branchen war damals der Lohnunterschied zwischen Helfer (8,84 DM) und Facharbeiter (9,74 DM) mit 90 Pf. relativ gering. Dadurch war die Einheit im Lohnkampf schnell herzustellen. Die Kapitalisten haben daraufhin den Relationstarifvertrag ausgehandelt, um diese zu verhindern. In dem Tarif stehen 1,5% der Gesamtlohnsumme zur Verfügung, die auf die Belegschaften verteilt werden. Offen sagen die Kapitalisten im Vertragstext, daß der ,,Stufenplan zur Verbesserung der Lohnrelationen insbesondere zu Gunsten der qualifizierten Facharbeiter" sein soll. Verbesserung der Lohnrelationen heißt für die Kapitalisten optimale Spaltung

front rausgebrochen werden.

Die dritte und letzte Ausschüttung des Relationstarifes steht nächstes Jahr bevor. Schon jetzt müssen die Bauarbeiter die nächste Tarifrunde vorbereiten und Festgeld- oder Mindestforderungen aufstellen. Nur so kann man den spalterischen Auswirkungen des Relationstarifes begegnen. Auch die gehobenen Facharbeiter kann man für solche Forderungen gewinnen: liegt die Forderung bei 170 DM, dann wird für LG 3 netto etwa das gleiche herauskommen wie jetzt bei 8,5% (101,63 DM).

Lohngruppen	alter Lohn in DM	neuer Lohn in DM	Erhöhung in %
Werkpolier	12,78	14,08	10,2
2 Vorarbeiter	11,88	12,91	8,7
3 Spezialbaufacharbeiter	11,30	12,26	8,5
Fliesenleger, Gipser, Stukkateur	11,92	12,81	7,5
4 Gehobener Baufacharbeiter	10,77	11,44	6,2
5 Baufacharbeiter	10,51	11,15	6,1
6 Baufachwerker	10,07	10,69	6,2
7 Bauwerker	9,81	10,38	5,9

Übernahme aller nach dem Examen

b.san. Vor zwei Wochen erklärte Herr Stein, leitender Unterrichtspfleger der Krankenpflegeschule der Universitätskliniken Kiel, daß er die jetzige Vorsitzende der Jugend- und Ausbildungsvertretung und eine ehemalige Jugendvertreterin im Examen nicht prüfen will. Ferner ist er dagegen, daß sie nach

hätten.

Tatsache ist, daß die beiden auf Grund eines Programmes gewählt worden sind, das die Interessen der Auszubildenden vertritt. Auf der letzten Sitzung der Jugendvertretung ist ein Beschluß gefaßt worden, der diesen An-

Veranstaltungskalender

Bezirksgruppe Nordost

Revolutionäres Volksbildungsprogramm – Sommerhalbjahr 1979 –

Revolutionen sind der Motor der Geschichte

Rendsburg, 2. bis 6. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Am Rothenhof", Rothenhöfer Weg

Das russische Reich ist von den Zaren zusammengraubt worden. Die neuen Zaren sitzen auf einem Pulverfaß

Hamburg-Mitte/Ost, 25. bis 29. Juni, 19.30 bis 21.30 Uhr, Volksschule Möllner Landstraße

Der Islam. Seine Entstehung im Kampf gegen die Sklavenhalterherrschaft des byzantinischen Reiches und seine Renaissance im Kampf gegen den Imperialismus

Hamburg-Eimsbüttel, 25. bis 29. Juni, 19.30 bis 21.30 Uhr, Schule Kaiser-Friedrich-Ufer

Deutsche Geschichte

Die Eroberungszüge des Deutschherrenordens gegen die Völker des Ostens

Lübeck, 25. bis 29. Juni, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Zur Tonne", Marliring

Die Deutschen Bauernkriege Revolutionäres Wetterleuchten gegen Feudalismus und Reaktion

Lüchow-Dannenberg, 25. bis 29. Juni, 19.30 bis 21.30 Uhr, ,,Deutsches Haus", Lange Straße

Itzehoe, 2. bis 6. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Zum Kulmbacher", Große Paaschburg

Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeit der Ministerien seit Beginn der Großen Koalition

Die Ministerien des Inneren, der Justiz, der Finanzen und der Wirtschaft

Hamburg-Harburg, 25. bis 29. Juni, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Union Kate", Eddelbüttelstr. 24a

Die Ministerien für Arbeit, Verkehr, Post und Forschung

Schleswig, 25. bis 29. Juni, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Gosch's Gasthof"

Lohnsumme und Lohnsummenverteilung

Bad Oldesloe, 2. bis 6. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Schützenhalle", Sehmsdorferstraße

Kritische Theorie

Kiel, 25. bis 29. Juni, 20.00 bis 22.00 Uhr, Universität, Alte Mensa
Neumünster, 2. bis 6. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Hotel Stadt Rendsburg", Rendsburger Straße

Schulungen

Lenin: ,,Staat und Revolution"

Segeberg, 25. bis 29. Juni, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Hotel Stadt Hamburg", Kurhausstraße
Hamburg-Nord, 2. bis 6. Juli, 19.30 bis 21.30 Uhr, Schule Fraenkelstraße
Hamburg-Harburg, 2. bis 6. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Elbschloßklause", Bunatwiete 2

Stalin: ,,Grundlagen des Leninismus"

Husum, 25. bis 29. Juni, 20.00 bis 22.00 Uhr, Bahnhofsgaststätte
Kiel, 2. bis 6. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, Universität, Alte Mensa

Mao Zedong: ,,Fünf philosophische Monographien"

Universität Hamburg, 2. bis 6. Juli, 18.00 bis 20.00 Uhr, Phil-Turm Hörsaal F

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten –

Kurs Grundrechnungsarten
Hamburg, 2. bis 6. Juli, 19.30 bis 21.30 Uhr, Schule Kaiser-Friedrich-Ufer 6

Sportkurs Gymnastik, Ballspiel, Einführung in die Selbstverteidigung

Hamburg, Sonntag, 1. Juli, 10.00 Uhr, Stadtpark, Große Wiese

Kulturgruppe: Zeichenkursus

Hamburg, Freitag, 29. Juni, 18.00 bis 21.00 Uhr, HfbK, Lerchenfeld 2, Raum 218a (II. Stock)

Sportgruppe

Eckernförde, Sonntag, 1. Juli, 10.00 Uhr, Treffpunkt ,,Grüner Jäger"

Fortsetzung des Prozesses wegen Wehrkraftzersetzung

Flensburg, Mittwoch, 27. Juni, und Freitag, 29. Juni, 9.15 Uhr, Landgericht, Südergraben 22, Saal 58. Angeklagt sind M.Lohnstein, G.J.Ludwig, B.Bartels und K.Pollmann wegen Wehrkraftzersetzung, Verunglimpfung der BRD, Volksverhetzung und Beleidigung, wegen Verteilens der ,,Volksmiliz"

Donnerstag, 28. Juni

Lüneburg, OVG Lüneburg, Uelzener Str. 40, 11.15 Uhr, Berufungsverhandlung wegen Verbots einer Spendensammlung für die ZANU. Der bürgerliche Staat versucht, juristisch absichern zu lassen, daß nach dem Scheinwahlmanöver in Zimbabwe kein Grund mehr zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes besteht.

Hamburg, Amtsgericht Sievekingsplatz, Raum 16o, 13.00 Uhr, Prozeß gegen M.Gussone wegen Nötigung durch Streikbeteiligung im WS 1977/78

b.dam.Flensburg. **„Wenn die Flensburger Förde-Reederei bis zum 1. Juli nicht nachgibt und mit uns einen kollektiven Tarifvertrag nach unseren Regeln abschließt, werden wir die Reederei total blockieren, nicht nur auf der Linie Römö-Sylt, sondern auf allen Schnapsdampfern, die fahren"**, verabschiedete die Blockadewacht und wurde am 13.6. in der Yllands Posten veröffentlicht. Alle dänischen Lieferungen vor allem von Tabak, Alkohol, Öl und Diesel sollen, gestützt von den jeweiligen Gewerkschaften verhindert werden. Die Fährarbeiter brauchen dabei aber die Unterstützung der deutschen Gewerkschaften. Der Kampf, den sie gegen die Reederei führen, richtet sich ebenfalls direkt gegen die schleswig-holsteinische Landesregierung, die über die Landesbank direkte Interessen an den Profiten der Reederei hat.

b.chg.Flensburg. **Nach der Einführung der dritten Schicht gehen die Danfoss-Kapitalisten daran, für einige Arbeiter die Samstagsarbeit zur Regel zu machen, um sie nach und nach für die gesamte Belegschaft einzuführen.** Unter der Woche geht ein Meister durch die Abteilungen und fragt die Kollegen, ob sie am kommenden Samstag arbeiten wollen. Ca. ein Dutzend Arbeiter – hauptsächlich ledige ohne Familie – haben jetzt vor den Ferien die Samstagsschicht mitgemacht, viele, um sich den Urlaub zu finanzieren, da sie durch die dauernden Lohnsenkungen das Geld nicht mehr sparen können. Will einer die Samstagsschicht nicht mitmachen, wird er gleich gefragt, wieso nicht, was auch ganz auf der Interessenlinie der Betriebsführung liegt, die die Ausdehnung des Arbeitstages schon in der Betriebsordnung angelegt hat: „Die Mitarbeiter sind verpflichtet, vom Vorgesetzten und Betriebsrat als notwendig angesehene und deswegen angeordnete Mehr-, Nacht-, Sonntags, Feiertags- und Schichtarbeit im Rahmen der gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen vorrangig vor privaten Interessen zu leisten."

b.uhl.Hamburg. **Der Stromverbrauch der Kapitalisten in Hamburg ist 1978 steil angestiegen.** Die Kapitalisten, von der HEW als Sondervertragskunden bezeichnet, haben ihren Stromverbrauch um 6,4% gesteigert. U- und S-Bahnen benötigten 3,9% mehr. Die Tarifkunden, unter die die HEW sowohl die privaten Haushalte als die Gewerbetreibenden, den Handel und die Landwirte zählt, haben 5,3% mehr verbraucht. Über die Gebührenausplünderung der Massen hat die HEW ihren Umsatz 1978 um 64 Mio DM gesteigert.

tion, sondern die Vermarktung verantwortlich ist".

b.uwh.Hamburg. **Um knapp 150 Mio DM ist der Umsatz bei Blohm und Voss von 77 auf 78 gestiegen (von 633 auf 781 Mio).** Auch in der „Werftkrise" hat man sich gesundstoßen können. Mit Hilfe von als Werfthilfe kassierten Lohngeldern hat man die „Struktur anpassen" können. Lag 1975 der Anteil der Schiffsneubauten noch bei 50% der Gesamtfertigung, machte er heute nur noch 10% aus. Mit dem Bau von Marinefregatten und Spezialschiffen und dem Einstieg ins Offshore-Geschäft soll der Anteil wieder auf über 30% anwachsen. Diese Pläne, wie auch der derzeitige Auftragsbestand von 2,7 Mrd werden die B&V-Kapitalisten vermehrt anstacheln, unter dem Fähnlein des „sicheren Arbeitsplatzes" die Ausbeutung zu intensivieren.

b.hej.Hamburg. **Eine Lohnuntersuchung bei Bauer-Druck hat ergeben, daß es bei der übertariflichen Bezahlung Unterschiede von 40 bis 285 DM die Woche gibt.** Für die gleiche Tätigkeit werden Frauen fast immer schlechter bezahlt als die Männer. Nachgewiesen wurde das am Beispiel der Fotografie und Opalkopie. Neueingestellte Männer fangen mit 165 DM Übertarif an. Frauen mit 45 DM. Andere Frauen sind in mehreren Abteilungen einsetzbar (z.B. am S/W-Scanner) und bekommen nach zehnjähriger Tätigkeit nicht über 150 DM Tarif. Die Geschäftsleitung verweigerte auf die Frage nach der Begründung die Auskunft. Auf der Betriebsversammlung wurde die Forderung nach Anhebung der Übertarife aufgestellt. Der Betriebsrat wird daraufhin die Lohnlisten noch einmal überprüfen und unterstützt die Forderung.

b.clm. Kiel. **Jede Fortsetzung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe sei illegitim,** das will sich die Stadt Kiel und das Schleswig-Holsteinische Innenministerium vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg bestätigen lassen. Nachdem das Verwaltungsgericht Schleswig 1977 das Verbot der Stadt Kiel für die Sammlung für sechs Lastwagen für die ZANU aufgehoben hatte, haben die Stadt Kiel und das Land Schleswig-Holstein dagegen jetzt Berufung eingelegt. In der Verhandlung am 28.6. in Lüneburg will die Stadt Kiel die Untersützung „jedes Bürgerkrieges mit dem Ziel, die bestehende politische Ordnung zu zerstören" als verfassungswidrig erklären lassen. Das Land versucht darüber hinaus noch das Manöver der Scheinwahlen des Kolonialregimes zu nutzen: selbst wenn man den Befreiungskampf in der Vergangenheit für gerechtfertigt gehalten haben sollte, so habe nun „nach demokratischen Wahlen" ein „Regierungswechsel" stattgefunden, der jede Fortsetzung des Kampfes illegitim mache. Es verweist auf die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes vom Juli 1978, wonach die Förderung bewaffneter Auseinandersetzungen die Politik der Bundesregierung beeinträchtigen würde. Dieser Angriff auf den Befreiungskampf des Volkes von

Wanderurlaub zum Studium der Lage der Bauern und ihrer Kämpfe in Ostholstein



Bauern im Aufbruch. 1928 kommt es zu großen Demonstrationen der Bauern gegen die wachsende Verschuldung und Ruinierung.

b.hei. Im Rahmen ihres Programms für die Sommerferien führen die KJB Flensburg, Holstein und Hamburg Unterelbe eine 14-tägige Wanderung durch die Holsteinische Schweiz durch. Die Jugendlichen wollen diese Wanderung nutzen, um durch Kontakte mit kleinen Fischern und Bauern ihre Lage kennenzulernen sowie die Bedingungen zu erleben, unter denen die Landarbeiter auf den Großbetrieben und Gutshöfen leben und arbeiten. Außerdem können sportliche und militärische Fähigkeiten eingeübt und trainiert werden.

Die Wanderung beginnt am 14.7. in Heiligenhafen. Dort soll eine Kutterfahrt mit einem Fischer organisiert werden. Einige Fischer, die bereits kaputt gemacht worden sind, haben sich ganz auf Touristenfahrten eingestellt. Vielleicht wird es aber auch möglich sein, mit einem Fischer direkt zum Fang rauszufahren.

Von dort geht dann die Wanderung zunächst an der Steilküste der Hohwachter Bucht entlang und dann ins Landesinnere über mehrere Tage bis nach Schönwalde, einem größeren Dorf zwischen Oldenburg und Eutin. Diese Wanderung kann man gut mit dem Erlernen nützlicher Fähigkeiten verbinden: Abseilen an der Steilküste, Überqueren von Flüssen und Bächen, Verpflegung für mehrere Tage im Voraus organisieren, wild wachsende Früchte, Beeren und Pilze sammeln u.ä. Vor allem wird dieser Teil der Wanderung aber dazu dienen, Kontakt mit Bauern und Landarbeitern aufzunehmen. Man wird dabei z.B. gut die unterschiedliche Wirtschaftsweise der Gutsherren und der kleinen Bauern studieren können.

Die kapitalkräftigen Großbauern und Gutsbesitzer haben sich den meisten guten Boden unter die Nägel gerissen. Die mittleren und kleinen Bauern versuchen, durch arbeitsintensive Produktionszweige wie Sauen- oder Milchviehhaltung zu überleben, wobei ihnen oft nur das schlechte moorige oder hängige Land bleibt. Die Gutsherren wird man auf dem Land hauptsächlich mit güner Kleidung und Flinte treffen, denn die Arbeit machen die Landarbeiter. Ihr Lohn ist so niedrig, daß sie meistens zusätzlich Gärten und Tierhaltung haben. Die Jugendlichen werden bei ihrer Wanderung durch mehrere Landarbeitersiedlungen kommen und dort Gelegenheit haben, mit Landarbeitern zu sprechen.

Von Schönwalde geht die Wanderung weiter an den Eutiner See. Die Zeit dort können die Jugendlichen für Sport, militärische Ausbildung und Untersuchungen nutzen, z.B. Unterschlüpfe bauen oder paddeln.

Die letzte Etappe der Wanderung geht von Eutin nach Plön, wo die Ju-studieren können. Die kapitalkräftigen und zur Jugendzentrumsbewegung auf nehmen können. Wenn die Fahrt am 28.7. endet, werden die KJB eine Abschlußveranstaltung organisieren, zu der die Jugendlichen aus der Stadt, aus Jugendlagern und von Campingplätzen eingeladen werden.

Altenwerder Fischer kämpfen gegen die Ruinierung der Elbfischerei

b.bek. Letzten Samstag veranstalteten die Altenwerder Fischer ein Fest in Altenwerder, um ihre Forderungen zu propagieren: Keine Einleitung von ungeklärten Industrieabwässern in die Elbe, Beseitigung der Umweltschäden in der Elbe.

Fischer aus anderen Häfen und Sportschiffer machten an diesem Samstag im Altenwerder Hafen fest, um so ihre Solidarität mit den Altenwerder Elbfischern zum Ausdruck zu bringen.

Die Besucher des Festes konnten die Kutter besichtigen und sich über die Lage der Elbfischer informieren.

„1918 kamen 40% der heutigen Hamburger Fischanlandungsmenge aus der Unterelbe; damals gab es 23 wirtschaftlich genutzte Fischarten, vor 20 Jahren waren es noch 14, heute sind es nur noch 3 Arten; damals gab es 1500 Elbfischer, heute sind es nur noch 20" (aus der Unterschriftenliste der Elbfischer). Nach dem zweiten Weltkrieg gab es ca. 40 Elbfischer in Altenwerder, heute sind es nur noch acht.

Kapitalistische Betriebe wie VAW, und DOW Chemical leiten ungeklärten bzw. kaum geklärten Industrieschlamm in die Elbe. Ausreichende Kläranlagen sind für die Kapitalisten totes Kapital, welches auf die Profitrate negativ zu Buche schlägt. Der Ruin der Fischer stört die Kapitalisten nicht. Der Staat hat im Bundesimmissionsschutzgesetz auch die für die Kapitalisten passenden „Schutzwerte" festgelegt.

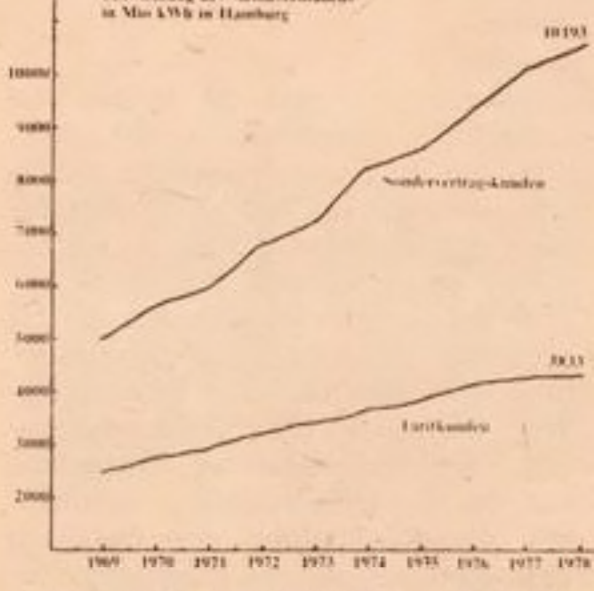


Fischfang in der Elbe ist heute nur noch bei Cuxhaven möglich. Aber auch hier sind die Fangquoten gering, viele kranke Fische müssen aussortiert werden. Der Fischfang in der Elbmündung ist für die Elbfischer gefährlicher und kostspieliger wegen der starken Strömung. Öfter werden die Netze weggerissen. Ein neues Netz kosten 10000 DM.

Die Elbfischer können sich auch nicht auf Seefischerei umstellen, da sich ihre Kutter und Fangausrüstung dafür nicht eignen. Die Anschaffungen für Seefischerei betragen ca. 1,5 Mio DM. Außerdem treiben die EG-Fangquoten viele Seefischer in den Ruin, da sie einen Teil der Fangzeit im Hafen liegen müssen. Der größte Teil der Quoten wird ohnehin von den kapitali-

mitmachen, wird er gleich gefragt, wieso nicht, was auch ganz auf der Interessenlinie der Betriebsführung liegt, die die Ausdehnung des Arbeitstages schon in der Betriebsordnung angelegt hat: „Die Mitarbeiter sind verpflichtet, vom Vorgesetzten und Betriebsrat als notwendig angesehene und deswegen angeordnete Mehr-, Nacht-, Sonntags, Feiertags- und Schichtarbeit im Rahmen der gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen vorrangig vor privaten Interessen zu leisten."

b.uhl.Hamburg. Der Stromverbrauch der Kapitalisten in Hamburg ist 1978 steil angestiegen. Die Kapitalisten, von der HEW als Sondervertragskunden bezeichnet, haben ihren Stromverbrauch um 6,4% gesteigert. U- und S-Bahnen benötigten 3,9% mehr. Die Tarifkunden, unter die die HEW sowohl die privaten Haushalte als die Gewerbetreibenden, den Handel und die Landwirte zählt, haben 5,3% mehr verbraucht. Über die Gebührenausplünderung der Massen hat die HEW ihren Umsatz 1978 um 64 Mio DM gesteigert.



Übertarife aufgestellt. Der Betriebsrat wird daraufhin die Lohnlisten noch einmal überprüfen und unterstützt die Forderung.

b.clm. Kiel. Jede Fortsetzung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe sei illegitim, das will sich die Stadt Kiel und das Schleswig-Holsteinische Innenministerium vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg bestätigen lassen. Nachdem das Verwaltungsgericht Schleswig 1977 das Verbot der Stadt Kiel für die Sammlung für sechs Lastwagen für die ZANU aufgehoben hatte, haben die Stadt Kiel und das Land Schleswig-Holstein dagegen jetzt Berufung eingelegt. In der Verhandlung am 28.6. in Lüneburg will die Stadt Kiel die Untersützung „jedes Bürgerkrieges mit dem Ziel, die bestehende politische Ordnung zu zerstören" als verfassungswidrig erklären lassen. Das Land versucht darüber hinaus noch das Manöver der Scheinwahlen des Kolonialregimes zu nutzen: selbst wenn man den Befreiungskampf in der Vergangenheit für gerechtfertigt gehalten haben sollte, so habe nun „nach demokratischen Wahlen" ein „Regierungswechsel" stattgefunden, der jede Fortsetzung des Kampfes illegitim mache. Es verweist auf die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes vom Juli 1978, wonach die Förderung bewaffneter Auseinandersetzungen die Politik der Bundesregierung beeinträchtigen würde. Dieser Angriff auf den Befreiungskampf des Volkes von
Zimbabwe und auf dessen Unterstützung durch die Arbeiterklasse Westdeutschlands kann auch in der Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg zurückgeschlagen werden.

Die Wanderung beginnt am 14.7. in Heiligenhafen. Dort soll eine Kutterfahrt mit einem Fischer organisiert werden. Einige Fischer, die bereits kaputt gemacht worden sind, haben sich ganz auf Touristenfahrten eingestellt.

Früchte, Beeren und Pilze sammeln u.ä. Vor allem wird dieser Teil der Wanderung aber dazu dienen, Kontakt mit Bauern und Landarbeitern aufzunehmen. Man wird dabei z.B. gut die unterschiedliche Wirtschaftsweise der

schlußveranstaltung organisieren, zu der die Jugendlichen aus der Stadt, aus Jugendlagern und von Campingplätzen eingeladen werden.

Altenwerder Fischer kämpfen gegen die Ruinierung der Elbfischerei

b.bek. Letzten Samstag veranstalteten die Altenwerder Fischer ein Fest in Altenwerder, um ihre Forderungen zu propagieren: Keine Einleitung von ungeklärten Industrieabwässern in die Elbe, Beseitigung der Umweltschäden in der Elbe.

Fischer aus anderen Häfen und Sportschiffer machten an diesem Samstag im Altenwerder Hafen fest, um so ihre Solidarität mit den Altenwerder Elbfischern zum Ausdruck zu bringen.

Die Besucher des Festes konnten die Kutter besichtigen und sich über die Lage der Elbfischer informieren.

„1918 kamen 40% der heutigen Hamburger Fischanlandungsmenge aus der Unterelbe; damals gab es 23 wirtschaftlich genutzte Fischarten, vor 20 Jahren waren es noch 14, heute sind es nur noch 3 Arten; damals gab es 1500 Elbfischer, heute sind es nur noch 20" (aus der Unterschriftenliste der Elbfischer). Nach dem zweiten Weltkrieg gab es ca. 40 Elbfischer in Altenwerder, heute sind es nur noch acht.

Kapitalistische Betriebe wie VAW, und DOW Chemical leiten ungeklärten bzw. kaum geklärten Industrieschlamm in die Elbe. Ausreichende Kläranlagen sind für die Kapitalisten totes Kapital, welches auf die Profitrate negativ zu Buche schlägt. Der Ruin der Fischer stört die Kapitalisten nicht. Der Staat hat im Bundesimmissionsschutzgesetz auch die für die Kapitalisten passenden „Schutzwerte" festgelegt.

Fischfang in der Elbe ist heute nur noch bei Cuxhaven möglich. Aber auch hier sind die Fangquoten gering, viele kranke Fische müssen aussortiert werden. Der Fischfang in der Elbmündung ist für die Elbfischer gefährlicher und kostspieliger wegen der starken Strömung. Öfter werden die Netze weggerissen. Ein neues Netz kosten 10000 DM.

Die Elbfischer können sich auch nicht auf Seefischerei umstellen, da sich ihre Kutter und Fangausrüstung dafür nicht eignen. Die Anschaffungen für Seefischerei betragen ca. 1,5 Mio DM. Außerdem treiben die EG-Fangquoten viele Seefischer in den Ruin, da sie einen Teil der Fangzeit im Hafen liegen müssen. Der größte Teil der Quoten wird ohnehin von den kapitali-



stischen Fangflotten weggefischt.

Auf ihrem Fest haben die Fischer Unterschriften für ihre Forderungen gesammelt. Es wird gut sein, diese dem Senat öffentlich zu überreichen und ihn zur Stellungnahme zu zwingen.

b.dam. Kiel. **Am 23.5.79 wurde in einer Feierstunde im Ratssaal des Kieler Rathauses der diesjährige, mit 20000 DM dotierte Justus-von-Liebig-Preis verliehen.** Nach den letzten Preisträgern von 1978, zwei französischen Großbauern, die es geschafft hatten, durch Legen von einigen Kleinbetrieben zu einer Milchproduktion auf 350 ha zu kommen, wurde diesmal der Vorsitzende des Geflügelwirtschaftsverbandes Rheinland, gleichzeitig Mitglied des Zentralverbandes der Deutschen Geflügelwirtschaft in Bonn, mit dem Geld beehrt. Über die Vorzüge des Herrn Albert Huber heißt es im Bauernblatt vom 16.5., er habe sich nicht nur um die Entwicklung seines leistungsfähigen Betriebes verdient gemacht, sondern sich vor allem ständig um das Verständnis zwischen Stadt- und Landbevölkerung verdient gemacht. Den Aufbau des leistungsfähigen Betriebs durch Legen anderer kleinerer Bauern wird in einem Halbsatz genannt: „Zunächst wurde ein 21 ha Nachbarbetrieb zugepachtet". Und was passierte mit diesem Bauern? Und das „Verhältnis zwischen Stadt- und Landbevölkerung reduziert sich auf folgendes: „Die Nähe der Großstadt Düsseldorft kommt dem Bemühen um Direktabsatz sehr entgegen". Herr Huber erkannte nämlich bald, daß „für den wirtschaftlichen Erfolg der Legehennenhaltung nicht nur die Produk-

b.are.Hamburg. **Mit der Einführung der Gleitzeit bei Daimler-Benz Hamburg sollen Behördengänge und Arztbesuche zum Privatvergnügen gemacht werden.** Die Einführung der Gleitzeit wird von vielen Kollegen als vorteilhaft angesehen, weil man jetzt gewisse Sachen auch noch nach Feierabend oder auch morgens gut erledigen kann. Das ist für die Kapitalisten auch die notwendige Grundlage, über die Gleitzeit den Arbeitstag zu verlängern. Behördengänge und Arztbesuche, die bis jetzt während der Arbeitszeit gemacht werden mußten, müssen jetzt in der Freizeit erledigt werden.

b.reb.Tönning. **Am 14.6. kündigte der Kreis Nordfriesland den derzeit einzigen Assistenzärzten des 60-Betten-Krankenhauses Tönning, A. und R. Bilger, in der Probezeit ohne Angaben von Gründen.** Zwei chirurgische und eine Entbindungsstation werden jetzt neben einer großen Durchgangs-Ambulanz von einem Chefarzt versorgt. Die „Husumer Nachrichten" veröffentlichten als Gründe neben derKBW-Mitgliedschaft bestehende und frei erfundene politische Vorstrafen – z.B. „Unterzeichnung des Buback-Nachrufes". Besonders empört hat Belegschaft und Patienten aber die Behauptung, „die ärztliche Versorgung sei völlig gesichert". Der Kreis will das Tönninger Krankenhaus gegen Widerstand 1981 schließen.

b.hoo.Flensburg. **5.Verhandlungstag im Wehrkraftzersetzungsprozeß vor der Staatsschutzkammer am 22.6.1979.** Das Gericht hat sich offensichtlich etwas vorgenommen. Die Verteidigung stellt den Antrag, gegen den Chef der GSG 9, Wegener, der trotz ordnungsgemäßer Ladung als Zeuge nicht erschienen ist, Ordnungsmaßnahmen zu verhängen. Das Gericht taktiert. In der Woche vor der Verhandlung hat es etliche Absprachen zwischen Staatsschutzkammer, Bundesinnenministerium und Verwaltungsgericht in Köln (das über den Antrag auf Erteilung einer Aussagegenehmigung zu befinden hatte) gegeben. Einig sind sich alle: Der Chef der Metzgerhunde von der GSG 9 soll nicht erscheinen müssen. Aber wie das am besten drehen? Die endgültige Linie ist noch nicht gefunden. Richter Sauer stellt den Antrag zurück. Offensichtlich ist, die Bourgeoisie ist entschlossen, den Obermetzgerhund um jeden Preis rauszuhalten. Steht er erst als Zeuge vor Gericht, so kann nur herauskommen, daß er Chef einer Truppe ist, die für nichts anderes gehalten und ausgebildet wird, als zum Töten im Solde der Bourgeoisie. Solche Leute hält die bürgerliche Klasse lieber im Dunkeln. Richter Sauer spürt die Rückendeckung seiner Klasse und wird immer rüder. Am Nachmittag schlägt er die Linie ein, Verteidigern und Angeklagten bis auf weiteres gänzlich das Stellen und das Begründen von Beweisanträgen zu untersagen. Als die Verteidiger dies im Protokoll festhalten wollen, wird das abgelehnt. Als darauf ein Befangenheitsantrag gegen Sauer gestellt werden soll, verweigert das Gericht dazu einfach jede Gelegenheit. Die Verteidiger erklären danach geschlossen, sie ließen sich nicht als Staffage mißbrauchen, und verlassen den Sitzungssaal vorübergehend, um den erforderlichen Antrag formulieren zu können. Am 27. und 29.6. geht die Verhandlung weiter. Das Gericht ist in der Klemme. Die Wahrheit aus dem Prozeß rauszuhalten, ist nicht einfach. Man muß die Kammer zwingen, Wegener selbst als Zeugen zu laden.

b.klw.Flensburg. **Richter Sauer sprach am Mittwoch zwei Polizeibeamte, die wegen Totschlags angeklagt waren, auf „Kosten der Staatskasse" frei.** Sie hatten einen Bauarbeiter, der sich in einer Gaststätte geweigert hatte, eine Zeche von 3,70 DM zu zahlen, draußen vor der Tür aufgefordert, mit zur Wache zu kommen und daraufhin gegen den sich wehrenden Arbeiter den Schlagstock eingesetzt. Der Arbeiter starb auf der Wache an Gehirnblutung. Ein Polizeirat, als Sachverständiger geladen, rechtfertigte den Polizeieinsatz. Anwendung von Gewalt sei gerechtfertigt, um den Widerstand gegen die Staatsgewalt zu brechen, ja, bei Unterlassung von polizeilichen Maßnahmen läge Dienstpflichtverletzung vor. Richter Sauer „Beide Polizeibeamte hätten den Widerstand im Rahmen der zulässigen Mittel gebrochen". Auf der gleichen Linie, wie der Polizeieinsatz gegen die Volksmassen von Richter Sauer gedeckt wird, will er den Angriff auf die Einsätze der GSG 9 im Wehrkraftzersetzungsprozeß unterdrücken.

b.thr. **Spargel: Für die Arbeiter unerschwinglich, bei elend niedrigen Erzeugerpreisen.** Spargel ist für den Arbeiter unerschwinglich. Die Verkaufpreise in Hamburg lagen anfangs bei 7,- DM pro Pfund. Für die 1. Sorte sind sie nie unter 5,-DM gefallen, meist lagen sie bedeutend darüber. 3.Sorte konnte man ein paar Tage lang, wenn man lang gesucht hat, allenfalls mal für ca. 4,- DM bekommen. Die Erzeugerpreise sind demgegenüber elend niedrig. Dieses Jahr war ein schlechtes Spargeljahr, weil es teils zu kalt, dann aber wieder zu warm war. Im Kreis Lüchow-Dannenberg wurden auf 3 Morgen Anbaufläche ca. 4000,- erwirtschaftet, gegenüber 7000,- in guten Jahren. In der Hochzeit bekommt der Bauer vom Händler zwischen 2 und 3,- pro Pfund je nach Sorte. Den Spargel unter 0,8 cm Dicke muß der Bauer für 1,- DM abgeben.

Bundesgrenzschutz: Ausrüstung und Drill für den Bürgerkrieg

b.stk. Die Restauration des Kapitalismus in Westdeutschland nach dem 2. Weltkrieg ist nicht ohne große Kämpfe der Volksmassen dagegen abgelaufen. Vor allem gegen die Spaltung der Nation und die Eingliederung in das imperialistische Bündnis hatte sich die Arbeiterklasse erbittert gewehrt. Noch gegen die Währungsreform wurde ein 24-stündiger Streik durchgeführt. Einen breiten Umfang hatten 1946 und 1947 die Bewegungen für die Nationalisierung der Grubenindustrie und anderer Industriezweige angenommen.

Zur Niederhaltung der Kämpfe der Volksmassen verfügte die westdeutsche Monopolbourgoisie über keine eigenen bewaffneten Formationen, sondern war auf die Truppen der Besatzer angewiesen. Der frühere preußische Innenminister Severing kennzeichnete im April 1949 die Lage der westdeutschen Bourgeoisie folgendermaßen: ,,Die politischen Kämpfe, die wir hinter uns haben und uns vielleicht noch bevorstehen, hat England schon früher gehabt. Wir aber, die wir zwischen Osten und Westen liegen, stehen wahrscheinlich noch vor Erschütterungen, die den stärksten Einsatz der stärksten Polizeikräfte erfordern.''

1950 wurden 30000 Mann Bereitschaftspolizei als Polizei der Länder aufgestellt. Doch zufrieden war die Bourgeoisie nicht. Die Länderpolizei war schlecht bewaffnet und eine einheitliche Führung nicht möglich. Die Aufstellung einer Bundespolizei hatten die Besatzer nicht gestattet, wohl aber die Einrichtung einer Bundesgrenzschutzpolizei. Dazu der Abgeordenete Becker (FDP) am 7.11.1950 im Bundestag: ,,Ich habe darauf hingewiesen, daß die Grenze nicht eine Linie, sondern ein Rayon von etwa 35 bis 30 km Tiefe ist. Ich könnte mir vorstellen, daß eine Bundesgrenzschutzpolizei bereits die Grundlage einer anständigen Bundespolizei selbst sein könnte.''

Am 13.2.1951 verabschiedete der Bundestag das BGS-Gesetz, das die Einrichtung von Grenzschutzbehörden, die direkt dem Innenminister unterstellt wurden, festlegte. Für die Rekrutierung in den Bundesgrenzschutz nutzte die Bourgeoisie die elende Lage der Volksmassen. 1953 setzte er sich zu 44% aus Vertriebenen und Flüchtlingen zusammen.

Gegen die Aufstellung des BGS hatte es breite Proteste gegeben. Die Kasernen, in die die BGS-Truppen einzogen, waren von den Massen mit Parolen gekennzeichnet worden. Bereits ein halbes Jahr nach der Einrichtung der Lübecker BGS-Kaserne fand die erste offene Aggression gegen die DDR und die Volksmassen statt. Durch Massenfestnahmen an der Grenze zur DDR versuchte die Bourgeoisie, die Teilnahme der westdeutschen Arbeiterjugend an den kommunistischen Weltjugendfestspielen zu verhindern.

Nach der Aufstellung der Bundeswehr 1956 wurde der BGS zu einem Großverband ausgebaut, der sich vor allem als Bürgerkriegsarmee eignen sollte. 1961 verabschiedete der Bundestag das ,,Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes'', das die Ausrüstung des BGS mit Hieb- und Schußwaffen, Handgranaten, chemischen Kampfmitteln, Ausstattung mit Fahrzeugen, Panzerwagen, Wasserwerfern u.a. und deren Anwendung regelte. 1965 erhielt der BGS den Kombattandenstatus, d.h. ,,mit Beginn eines bewaffneten Konfliktes'' ist der BGS Teil der Armee. 1969 wird mit den Notstandsgesetzen der Einsatz des BGS auf Anforderungen der Länder geregelt. In der Neufassung des BGS-Gesetzes 1972 bekommt der BGS das Recht, Personen anzuhalten, zu kontrollieren, vorzuladen, erkennungsdienstlich zu behandeln, zu durchsuchen, festzunehmen, Wohnungen zu betreten und zu durchsuchen und Sachen zu beschlagnahmen. Aufgrund dieser gesetzlichen Bestimmungen wurde der BGS eingesetzt bei den Kämpfen gegen die Fahrpreiserhöhungen 1974/75 in Frankfurt und Heidelberg, bei den Kämpfen gegen das imperialistische Energieprogramm und zur Verhinderung der Demonstration gegen den Aufmarsch der NPD-Faschisten vor zwei Wochen in Frankfurt.

Der BGS soll vor allem den Sturz des imperialistischen Staatsapparates und die Machtergreifung des Proletariats verhindern. Mit ideologischem und militärischem Drill soll der BGS ausgerichtet werden. Ausgangslage einer Prüfungsarbeit für BGS-Schüler ist, daß Revolutionäre örtliche Verwaltungen gestürzt und ,,Bürgerräte'' gebildet haben. Die Orte werden von ,,Bürgerwehren'' geschützt. Aufgabe: Stürmen einer Ortschaft mit einer 75-Mann-Truppe. Vorträge, wie von Tophoven über die palästinensischen Guerillas, sollen den BGS-Beamten das rechte Weltbild einhämmern.



war schlecht bewaffnet und eine einheitliche Führung nicht möglich. Die Aufstellung einer Bundespolizei hatten die Besatzer nicht gestattet, wohl aber die Einrichtung einer Bundesgrenzschutzpolizei. Dazu der Abgeordenete Becker (FDP) am 7.11.1950 im Bundestag: ,,Ich habe darauf hingewiesen, daß die Grenze nicht eine Linie, sondern ein Rayon von etwa 35 bis 30 km Tiefe ist. Ich könnte mir vorstellen, daß eine Bundesgrenzschutzpolizei bereits die Grundlage einer anständigen Bundespolizei selbst sein könnte.''

Am 13.2.1951 verabschiedete der Bundestag das BGS-Gesetz, das die Einrichtung von Grenzschutzbehörden, die direkt dem Innenminister unterstellt wurden, festlegte. Für die Rekrutierung in den Bundesgrenzschutz nutzte die Bourgeoisie die elende Lage der Volksmassen. 1953 setzte er sich zu 44% aus Vertriebenen und Flüchtlingen zusammen.

Gegen die Aufstellung des BGS hatte es breite Proteste gegeben. Die Kasernen, in die die BGS-Truppen einzo-

gen zu betreten und zu durchsuchen und Sachen zu beschlagnahmen. Aufgrund dieser gesetzlichen Bestimmungen wurde der BGS eingesetzt bei den Kämpfen gegen die Fahrpreiserhöhungen 1974/75 in Frankfurt und Heidelberg, bei den Kämpfen gegen das imperialistische Energieprogramm und zur Verhinderung der Demonstration gegen den Aufmarsch der NPD-Faschisten vor zwei Wochen in Frankfurt.

Der BGS soll vor allem den Sturz des imperialistischen Staatsapparates und die Machtergreifung des Proletariats verhindern. Mit ideologischem und militärischem Drill soll der BGS ausgerichtet werden. Ausgangslage einer Prüfungsarbeit für BGS-Schüler ist, daß Revolutionäre örtliche Verwaltungen gestürzt und ,,Bürgerräte'' gebildet haben. Die Orte werden von ,,Bürgerwehren'' geschützt. Aufgabe: Stürmen einer Ortschaft mit einer 75-Mann-Truppe. Vorträge, wie von Tophoven über die palästinensischen Guerillas, sollen den BGS-Beamten das rechte Weltbild einhämmern.



Grace verspricht Umweltschutz durch höhere Profite

b.reh. Die Firma W.R.Grace & Co, Norderstedt, ist eine von vielen Tochterfirmen des US-amerikanischen Grace-Konzerns und wurde 1955 mit 35 Millionen DM in Norderstedt gegründet. Die Arbeiter produzieren dort Dichtungsmassen und Lacke für Blechpackungen und Glasverschlüsse, Kunststoffverpackungsfolien, Verbundfolien, Schrumpffolien und -beutel, Batterieseparatoren sowie Kieselsäureprodukte (Silica, Syloid und Molekularsiebe). Die Grace-Kapitalisten betreiben die Ausbeutung der Arbeiter in verschiedensten Ländern: in den USA in der Nahrungs- und Genußmittelbranche, der Textil-, Futtermittel- und Düngemittelindustrie, im Gaststättengewerbe und bei der Förderung von Erdöl, Erdgas und Steinkohle. Sie haben Kapital in sechs südamerikanischen Staaten und nach Australien, Neuseeland, Japan, Südafrika, Hongkong und den Philippinen exportiert. In Europa hat sich der Konzern hauptsächlich auf die Chemieproduktion spezialisiert. In Heidelberg gehören ihm die Teroson-Werke, die Kleb- und Dichtstoffe herstellen.

Die Umsätze des Konzerns (in Mio. Dollar) in der Chemiebranche sind seit 1973 ständig gestiegen:

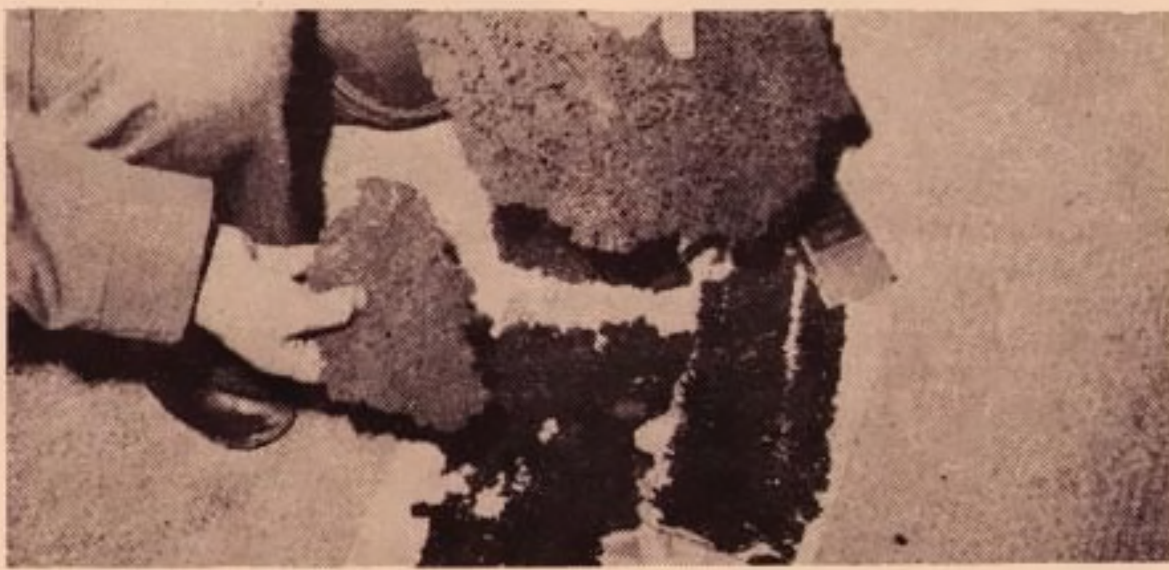
1973	1974	1975	1976	1977
949	1 209	1 257	1 458	1 634

während die Belegschaft gesunken ist:

75 700 77 300 62 200 59 900

Der Umsatz pro Arbeiter ist also erheblich gestiegen.

Seit über 20 Jahren verpestet Grace die Luft im Stadtteil Friedrichsgabe mit giftigen Abgasen. Sicher ist, daß es sich um Phenol- und Formaldehydgase handelt. Formaldehyd ist krebserregend. Da in dem Werk Kunststoff produziert und verarbeitet wird, soll dort auch das krebserregende Gas Vinylchlorid freiwerden. Die geplante Ausweitung der Batterieseparatorenproduktion um 6% stößt auf Proteste der Norderstedter Bevölkerung. Der technische Leiter von Grace, Trucks, startete ein Manöver: Erst die Kapazitätserweiterung und Modernisierung der Produktion würde der Firma den Einbau einer zusätzlichen thermischen Nachverbrennungsanlage erlauben, mit welcher die Abgase um 40% reduziert werden könnten. Außerdem würden Arbeitsplätze gesichert. Man kann sicher sein, daß der Gesundheitszustand der Arbeiter und der Norderstedter Bevölkerung den Grace-Kapitalisten egal sein wird. Ihnen geht es nur um die Vergrößerung ihrer Profite!



5. Juni: Feuer in der Batterie-Separatorenabteilung bei Grace. Handtellergroße Plastikrußstücke fliegen bis an die umliegenden Wohnhäuser.

,,Sozialpolitische Aufgabe der Kleingärtner''

Gartenproduktion ersetzt fehlenden Lohn durch zusätzliche Arbeit

b.maa. ,,Der Kleingarten nimmt wieder einen bedeutsamen Platz im Leben vieler Menschen ein. Er hat eine zunehmend sozialpolitische Aufgabe übernommen, und sein Freizeitwert steht an hervorragender Stelle'', verkündete Flessner am 16.6. auf dem schleswig-holsteinischen Kleingärtnertag in Husum.

Warum hat die Bourgeoisie ein Interesse an den Kleingärten? Es ist so, daß die Nachfrage nach Schrebergärten tatsächlich steigt. 45000 Kleingärtner gibt es mittlerweile in Schleswig-Holstein. Die Zahl der Haus- und Kleingärten in der Stadt Flensburg ist vom Jahre 1977 von 330 auf im Jahre 1977 352 gestiegen. Die meisten Kleingärtner sind Arbeiter. Alle, die wir befragten, warum sie einen Schrebergarten halten, sagten, er sei ziemlich billig (ca. 150 DM Pacht im Jahr für 100 qm). ,,Urlaub woanders kann sich ja kaum noch einer leisten'' und ,,ich brauche einfach nach der Arbeit Ruhe und frische Luft, da ist so eine gute Nachbarschaft, jeder hilft jedem – ein Ausgleich für die Hektik im Betrieb

Familien mit Kindern Schrebergärten pachten.

Wenn Flessner die Kleingartenkultur fördern will, dann hat er aber nicht die Ausweichmöglichkeiten der Arbeiter für ihren Urlaub im Auge. Einerseits durch Akkord, Überstunden und Schichtarbeit die Arbeiter immer mehr zu schinden und ihre Arbeitskraft schon früh zu ruinieren, andererseits Sorge darum zu haben, daß ,,Tausende von Menschen in wenigen Hochhäusern ohne jeglichen Kontakt leben'' (Flessner) und deshalb die Kleingärten brauchen, das paßt wie ein Elefant durchs Nadelöhr.

In Eutin haben in einer Kleingärtnerkolonie 60% der Kleingärtner Spargel angebaut. Bei 60 Pflanzen (2 Beete) kann man 50 Pfund Spargel ernten. Dieses Jahr kostete das Pfund Spargel auf dem Markt die ganze Zeit 6 DM, ungeschält, sank für zwei Wochen kurz auf 3,95 DM und stieg dann wieder auf 6 DM. Birnen verteuerten sich in Schleswig-Holstein von 1977 auf 1978 um 58%.

In der Flensburger Kleingärtnerko-

daß in diesem Jahr der Verkauf von Gemüsesamen sprunghaft angestiegen sei. Für das nächste Jahr habe der Spargellieferant einen ,,Spargel-Boom'' angekündigt.

Eine Arbeiterin auf die Frage, warum sie Gemüse anbaut: ,,Wir wollen gutes Gemüse, auf dem Markt ist es zu teuer und Arbeit im Garten rechne ich nicht mit. Es macht auch Spaß. Das Gemüse aus Dosen und aus Supermärkten ist nicht nahrhaft.'' Bestimmte Früchte, wie Erdbeeren und Kirschen, kauft kaum ein Arbeiter auf dem Markt, weil sie viel zu teuer sind. Sonderangebote in den Supermärkten sind meistens schon schlecht. Deshalb werden gerade solche Früchte sehr häufig in Schrebergärten gezüchtet.

Flessner will der Bourgeoisie Spielraum verschaffen, um den Lohn weiter zu senken. Reicht der Lohn für die Reproduktion des Arbeiters und seiner Familie nicht mehr aus, so muß der Arbeiter dieses Loch im Portemonnaie in seiner Freizeit durch zusätzliche Arbeit

,,Sozialpolitische Aufgabe der Kleingärtner''

Gartenproduktion ersetzt fehlenden Lohn durch zusätzliche Arbeit

b.maa. ,,Der Kleingarten nimmt wieder einen bedeutsamen Platz im Leben vieler Menschen ein. Er hat eine zunehmend sozialpolitische Aufgabe übernommen, und sein Freizeitwert steht an hervorragender Stelle'', verkündete Flessner am 16.6. auf dem schleswig-holsteinischen Kleingärtnertag in Husum.

Warum hat die Bourgeoisie ein Interesse an den Kleingärten? Es ist so, daß die Nachfrage nach Schrebergärten tatsächlich steigt. 45000 Kleingärtner gibt es mittlerweile in Schleswig-Holstein. Die Zahl der Haus- und Kleingärten in der Stadt Flensburg ist vom Jahre 1977 von 330 auf im Jahre 1977 352 gestiegen. Die meisten Kleingärtner sind Arbeiter. Alle, die wir befragten, warum sie einen Schrebergarten halten, sagten, er sei ziemlich billig (ca. 150 DM Pacht im Jahr für 100 qm). ,,Urlaub woanders kann sich ja kaum noch einer leisten'' und ,,ich brauche einfach nach der Arbeit Ruhe und frische Luft, da ist so eine gute Nachbarschaft, jeder hilft jedem – ein Ausgleich für die Hektik im Betrieb
und die Enge in der Wohnung.'' Dieser Arbeiter kannte in seinem Bekanntenkreis keinen, der es sich noch leisten kann, in Urlaub zu fahren. Die Bourgeoisie hat den Lohn bereits so weit gesenkt, daß die Reproduktion durch Urlaub im Lohn nicht mehr enthalten ist. Auffallend ist, daß immer mehr junge

Familien mit Kindern Schrebergärten pachten.

Wenn Flessner die Kleingartenkultur fördern will, dann hat er aber nicht die Ausweichmöglichkeiten der Arbeiter für ihren Urlaub im Auge. Einerseits durch Akkord, Überstunden und Schichtarbeit die Arbeiter immer mehr zu schinden und ihre Arbeitskraft schon früh zu ruinieren, andererseits Sorge darum zu haben, daß ,,Tausende von Menschen in wenigen Hochhäusern ohne jeglichen Kontakt leben'' (Flessner) und deshalb die Kleingärten brauchen, das paßt wie ein Elefant durchs Nadelöhr.

In Eutin haben in einer Kleingärtnerkolonie 60% der Kleingärtner Spargel angebaut. Bei 60 Pflanzen (2 Beete) kann man 50 Pfund Spargel ernten. Dieses Jahr kostete das Pfund Spargel auf dem Markt die ganze Zeit 6 DM, ungeschält, sank für zwei Wochen kurz auf 3,95 DM und stieg dann wieder auf 6 DM. Birnen verteuerten sich in Schleswig-Holstein von 1977 auf 1978 um 58%.

In der Flensburger Kleingärtnerko-
lonie Marienhölzung baut fast jeder Gemüse an: Erbsen, Möhren, Bohnen, Zwiebeln, Salat, Kartoffeln, Erdbeeren. Als die Kartoffelpreise stiegen, nahm schlagartig der Kartoffelanbau zu, teilte uns der Kleingärtnerverein Flensburg mit. Der Inhaber eines Sämergeschäfts in Flensburg berichtet,

daß in diesem Jahr der Verkauf von Gemüsesamen sprunghaft angestiegen sei. Für das nächste Jahr habe der Spargellieferant einen ,,Spargel-Boom'' angekündigt.

Eine Arbeiterin auf die Frage, warum sie Gemüse anbaut: ,,Wir wollen gutes Gemüse, auf dem Markt ist es zu teuer und Arbeit im Garten rechne ich nicht mit. Es macht auch Spaß. Das Gemüse aus Dosen und aus Supermärkten ist nicht nahrhaft.'' Bestimmte Früchte, wie Erdbeeren und Kirschen, kauft kaum ein Arbeiter auf dem Markt, weil sie viel zu teuer sind. Sonderangebote in den Supermärkten sind meistens schon schlecht. Deshalb werden gerade solche Früchte sehr häufig in Schrebergärten gezüchtet.

Flessner will der Bourgeoisie Spielraum verschaffen, um den Lohn weiter zu senken. Reicht der Lohn für die Reproduktion des Arbeiters und seiner Familie nicht mehr aus, so muß der Arbeiter dieses Loch im Portemonnaie in seiner Freizeit durch zusätzliche Arbeit
selbst notdürftig stopfen. Das meint Flessner mit ,,sozialpolitischer Aufgabe'' der Kleingärten. Dabei nutzt die Bourgeoisie aus, daß der Arbeiter die Gartenarbeit gern verrichtet, da sie Körper und Geist vielseitig beansprucht, im Gegensatz zur eintönigen Fabrikarbeit.



b.tis. ,,Bei direkter Konfrontation zwischen Demonstranten und den Repräsentanten der Gesetzgebungsorgane besteht die Gefahr, daß unter dem Druck Versprechungen gemacht werden, die nicht am Gemeinwohl orientiert sind'' (jurist. Kommentar). Damit die Bourgeoispolitiker nicht die Orientierung verlieren, umgeben sie sich mit einer Bannmeile. Bis 1968 umfasste sie die gesamte Hamburger City. Danach mußte sie auf die Umgebung des Rathauses begrenzt werden. Da aber werden sie auch nicht in Ruhe gelassen und müssen jetzt einen Prozeß gegen 20 Revolutionäre führen, die anläßlich des ,,Europa-im-Rathaus-Rummels'' mit einer transportablen Ausstellung die Kämpfe der europäischen Arbeiterklasse propagiert haben .

Die *Gedanken* sind frei...

Wer sich ,,konkret verhält'', fliegt natürlich

b.mak. Auf der Bürgerschaftssitzung am 14.6. haben die Wortführer der CDU und SPD ein riesiges Spektakel aufgeführt: ,,Für Lenin wäre Senator Grolle ein nützlicher Idiot!'' tobte Fridtjof Kelber, ,,Schulexperte'' der CDU-Fraktion. Der ,,gefährliche Träumer'' Grolle gefährde gar die ,,Freiheit Hamburgs'', denn ,,16 hochkarätige kommunistische Funktionäre'', sprich: Lehrer, die es mit der DKP halten, schleichen sich als verbeamtete Giftnattern an die Herzen unschuldiger Kinder, sogar ohne daß überhaupt irgendeiner etwas davon merkt (,,Bild'', 15.6.).

Nach so glänzender Vorbereitung der umso wirkungsvollere Auftritt der SPD-Riege, verhalten im Ton, edel in freiheitlicher Gesinnung: durch ,,pauschale Verdächtigungen'' könne man Grundgesetz und Freiheit nicht verteidigen, so Grolle, scheinbar mühsam gegen den Mißtrauensantrag der CDU durchgeschleust. Mannhaft stellt der Professor sich in Positur gegen die ,,Politik der Einschüchterung''. Er werde ,,nicht einen Zentimeter zurückweichen'' (,,Welt'', 15.6.), wo es um die Einhaltung demokratischer Spielregeln gehe: wer nichts gemacht hat (nur gedacht), darf auch nicht fliegen.

Höchste Zeit für solche Mätzchen! Für die Schüler ist der Lack vom liberalen Senator sowieso schon ab: erst das Kurssystem für die Berufsschüler, damit Schwung in die verkürzte Stufenausbildung kommt – hat nicht geklappt; dann verschärfte Zeugnis- und Versetzungsbestimmungen – gleich hat er die Schüler mächtig auf dem Hals gehabt; Zensur der Schülerzeitungen – die Schülerkammer fordert als Antwort die Auskunftspflicht der Schulleitung; Rausschmiß des Kollegen Dege, der dafür gesorgt hat, daß keiner sitzenbleibt und die Schüler sich zusammenschließen können gegen Auslese und Schikanen – glaubt ihm denn noch einer den aufrecht-demokratisch-liberalen Menschenfreund?

...begrüßen wir ,,die Ansätze zu einer Liberalisierung der Berufsverbotepraxis in Hamburg'', ,,bei allen dienstlichen Beurteilungen ist vom konkreten Verhalten des einzelnen im Dienst auszugehen'', ,,keine Verschlechterungen gegenüber dem bestehenden Beamtenrecht!'' ,,...droht bei großen Teilen der jungen Generation Entfremdung und Distanz zu unserer freiheitlich-demokratischen Verfassung''. Ein Begleitchor vom rechten Flügel der Jusos? Weit gefehlt, es sind die ,,Opfer'' und ,,Betroffenen'' von DKP und KB, die unisono in zahllosen Anträgen, Resolutionen und offenen Briefen derart beteuern, daß sie für den Beamtenposten schon längst bereit sind, die Forderungen der demokratischen Bewegung zu unterdrücken. Die Bewegung gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst ist auch in der Intelligenz, unter Studenten und Lehrern breit. Sie ist es im selben Maß, wie der Haß auf die Staatstätigkeit wächst. Man muß sehen, auf welcher Seite die geschonten Lehrer von der DKP stehen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hartmann weiß es: ,,Die 16 Lehrer haben sich alle tadellos verhalten – leider.'' (,,Bild'', 15.6.)

Deutsche Geschichte. Die französische Revolution rüttelt die deutsche Nation wach. In den Kriegen gegen die napoleonische Besatzung wird sie ideologisch und politisch erneut in Ketten gelegt.

Quellenhefte zum revolutionären Volksbildungsprogramm 06.05

Deutsche Jakobiner

z.bep.,,Es gab eine Zeit, wo man sich in Deutschland mit einer Art von Siegwarts-Empfindsamkeit über die Harmlosigkeit unserer Revolution hoch erfreute. Alles schien so gelassen, so friedlich abzulaufen, daß man Frankreich für das glückliche Schlaraffenland hielt, wo einem die – Freiheit? von selbst in den Wurf käme. Ein Paar Köpfe auf Piken gespießt, ließ man uns hingehen. Als nun gar unsere Verfassung von 1791 zu Stande kam: wer hätte da noch an der Wiederkehr des goldenen Zeitalters gezweifelt? Diese utopischen Träume mußten bei der Wendung, die hernach die Sachen nahmen, eine höchst nachtheilige Wirkung tun; man ließ es uns entgelten, daß man sich in seine Hoffnungen so verrechnet hatte. Als am 10. August die Absetzung des Königs Blut kostete, da kündigten uns Eure Revolutionsfreunde schon Hut und Weide auf. Seitdem ist es so revolutionsmäßig bei uns hergegangen, daß man von dem ersten Vorurteil endlich zurückgekommen ist. Man hat Zeit gehabt, die Geschichte anderer Revolutionen mit der unsrigen zu vergleichen. Ihre Würgeengel mögen sich untereinander um den Vorrang streiten; und da unsere Rechnung vielleicht nicht so bald abgeschlossen werden kann, so müssen jetzt die Revolutionen überhaupt, und ohne Rücksicht auf ihren Zweck, vorläufig ihr Verdammungsurteil empfangen."

Dies schreibt der deutsche Naturforscher, Weltreisende und Schriftsteller Georg Forster Ende 1793 in Paris. 1789, beim ersten Ausbruch der französischen Revolution, ist er kurfürstlicher Bibliothekar in Mainz gewesen. Zu dieser Zeit ist das Kurfürstentum Mainz ein Muster für den Zustand des ,,Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation": Einer von unzähligen Kleinstaaten, mit seinen 320 000 Einwohnern längst nicht der kleinste. Beherrscht vom Kurfürsten und seinem zahlreichen Hofstaat wie dem Klerus, die ernährt werden durch die Bauernschaft, die 80% der Bevölkerung ausmacht und durch drückende Feudallasten seit langem verelendet ist. Das städtische Handwerk ist noch in die Zunftordnung gesperrt und arbeitet weitgehend für die Bedürfnisse des Hofs. Der Handel ist wegen Zollschranken und Zersplitterung auf Krämerniveau abgesunken.

Der ,,heilig römische Dunghaufen" (Engels) wird gewaltig aufgestört durch die französische Revolution. Die gebildeten Vertreter des Bürgertums begrüßen sie begeistert. Als ihnen aber klar wird, daß der rohe Pöbel sich nicht damit begnügt, unter der Fuchtel einer ,,aufgeklärten" Obrigkeit sich zu Sittlichkeit und Vernunft erziehen zu lassen, sondern selbständig handelt und die Revolution weiter treibt, wenden sie sich mit Grausen. Doch nicht alle. Einige konsequente Anhänger der

Dies schreibt der deutsche Naturforscher, Weltreisende und Schriftsteller Georg Forster Ende 1793 in Paris. 1789, beim ersten Ausbruch der französischen Revolution, ist er kurfürstlicher Bibliothekar in Mainz gewesen. Zu dieser Zeit ist das Kurfürstentum Mainz ein Muster für den Zustand des ,,Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation": Einer von unzähligen Kleinstaaten, mit seinen 320 000 Einwohnern längst nicht der kleinste. Beherrscht vom Kurfürsten und seinem zahlreichen Hofstaat wie dem Klerus, die ernährt werden durch die Bauernschaft, die 80% der Bevölkerung ausmacht und durch drückende Feudallasten seit langem verelendet ist. Das städtische Handwerk ist noch in die Zunftordnung gesperrt und arbeitet weitgehend für die Bedürfnisse des Hofs. Der Handel ist wegen Zollschranken und Zersplitterung auf Krämerniveau abgesunken.

Der ,,heilig römische Dunghaufen" (Engels) wird gewaltig aufgestört durch die französische Revolution. Die gebildeten Vertreter des Bürgertums begrüßen sie begeistert. Als ihnen aber klar wird, daß der rohe Pöbel sich nicht damit begnügt, unter der Fuchtel einer ,,aufgeklärten" Obrigkeit sich zu Sittlichkeit und Vernunft erziehen zu lassen, sondern selbständig handelt und die Revolution weiter treibt, wenden sie sich mit Grausen. Doch nicht alle. Einige konsequente Anhänger der
Revolution werden literarisch und auch praktisch tätig.

Auch unter den Volksmassen gärt es. Doch es geht ihnen überall wie im Kurfürstentum Mainz. 1790 wird eine Bauernerhebung bei Aschaffenburg niedergeworfen. Handwerker-Unruhen in Mainz werden durch Truppen unterdrückt. Der Mainzer Kurfürst ist einer der führenden unter den Fürsten Europas beim Pläneschmieden gegen die Revolution. Frankreich erklärt der preußisch-österreichischen Reaktion den Krieg. Im eroberten (befreiten) Mainz gründet sich ein Jakobinerklub, ruft 1792 die Republik in dem von den Revolutionstruppen besetzten Gebiet zwischen Landau und Bingen aus. 1793 wird das erste moderne Parlament auf deutschem Boden gewählt. Forster ist einer der Führer. Doch die Kaufleute und Zunftmeister sind, als Hoflieferanten, gegen die Republik, das Volk wird von Klerus und Reaktion unter Druck gesetzt und unterstützt den Konvent nicht. Die Bauern sympathisieren mit der neuen Ordnung, haben aber unter den französischen Truppen zu leiden. Der Konvent beschließt ihre Befreiung von allen Feudallasten. Bevor das Dekret ausgeführt werden kann, wird Mainz von preußischen Truppen eingeschlossen. Nach 9 Monaten fällt die erste Republik. Forster hat von Anfang an um ihren Bestand gefürchtet, weil er an der Ausbreitung der revolutionären Bewegung im zurückgebliebenen Deutschland zweifelt. Um die Existenz der Republik zu retten, fordert er ihren Anschluß an Frankreich. Da er die materiellen Triebkräfte der Revolution nicht erkennt, bleiben seine Auffassungen naiv, aber praktisch bleibt tatsächlich kaum eine andere Wahl. Die französischen Truppen kommen nicht als selbstlose Befreier der Menschheit. Unter der Herrschaft der Gironde, später unter Napoleon gehorchen sie den Interessen der französischen Großbourgeoisie an Expansion. Aber entgegen deren Absichten wirken sie revolutionierend in Deutschland. ,,Napoleon wandte die Schreckensherrschaft, die in Frankreich ihr Werk getan hatte, in der Form des Krieges auf andere Länder an" (Engels) und bereitet durch Einschränkung der Kleinstaaterei, Einführung eines modernen Rechts, Förderung von Handwerk und Handel durch die Kontinentalsperre der bürgerlichen Umwälzung in Deutschland den Weg. Daß dies mit nationaler Unterdrückung in Hand geht, hat zur Folge, daß die Bewegung zur nationalen Befreiung Deutschlands später voll reaktionärer Züge ist. 1793 gelten die Mainzer Republikaner als Vaterlandsverräter. Dabei ist es die deutsche Bourgeoisie, die in den nächsten Jahrzehnten nicht nur zur Unterwerfung unter die einheimische, sondern auch zu jedem Pakt mit der ausländischen Feudalreaktion bereit ist.

Forster stirbt Anfang 1794 in Paris, während des Höhepunkts der revolutionären Aktivität der Volksmassen und kurz vor ihrer ersten Niederlage, als mit dem Sturz der Jakobiner die Herrschaft der Bourgeoisie sich festigt.

naiv, aber praktisch bleibt tatsächlich kaum eine andere Wahl. Die französischen Truppen kommen nicht als selbstlose Befreier der Menschheit. Unter der Herrschaft der Gironde, später unter Napoleon gehorchen sie den Interessen der französischen Großbourgeoisie an Expansion. Aber entgegen deren Absichten wirken sie revolutionierend in Deutschland. ,,Napoleon wandte die Schreckensherrschaft, die in Frankreich ihr Werk getan hatte, in der Form des Krieges auf andere Länder an" (Engels) und bereitet durch Einschränkung der Kleinstaaterei, Einführung eines modernen Rechts, Förderung von Handwerk und Handel durch die Kontinentalsperre der bürgerlichen Umwälzung in Deutschland den Weg. Daß dies mit nationaler Unterdrückung in Hand geht, hat zur Folge, daß die Bewegung zur nationalen Befreiung Deutschlands später voll reaktionärer Züge ist. 1793 gelten die Mainzer Republikaner als Vaterlandsverräter. Dabei ist es die deutsche Bourgeoisie, die in den nächsten Jahrzehnten nicht nur zur Unterwerfung unter die einheimische, sondern auch zu jedem Pakt mit der ausländischen Feudalreaktion bereit ist.

Forster stirbt Anfang 1794 in Paris, während des Höhepunkts der revolutionären Aktivität der Volksmassen und kurz vor ihrer ersten Niederlage, als mit dem Sturz der Jakobiner die Herrschaft der Bourgeoisie sich festigt.
Von den idealistischen Auffassungen der Aufklärung ist er durch seine revolutionären Erfahrungen zum Verständnis und zur Unterstützung des revolutionären Handelns der Massen als der vorwärtstreibenden Kraft der Revolution gekommen. An ihrer Unterstützung hat er stets festgehalten.


Soldat der frz. Revolutionsarmee

Hamburg, Bremen, Hannover, Berlin, Köln, Dresden, Trier, Mainzer Republik, Nürnberg, Stuttgart, München

Streiks
Unruhen
Bauernaufstände
Reichsgrenzen

Joachim Heinrich Campe, Brief aus Paris vom 26.8.1789: Wir werden zum erstenmal ein großes Reich sehen, worin das Eigentum eines jeden heilig, die Person eines jeden unverletzlich, die Gedanken zollfrei, der Glauben ungestempelt, die Äußerungen desselben durch Worte, Schriften und Handlungen völlig frei und keinem menschlichen Richterspruch mehr unterworfen sein wird; ein Reich, worin keine privilegierten, keine geborenen Volksbedrücker, keine Aristrokratie als die der Talente, wo vielmehr alle gleich, alle zu allen Ämtern, wozu ihre Verdienste sie fähig machen, fähig sein und nur Kenntsnisse, Geschicklichkeiten und Tugenden einen Vorzug geben werden; ein Reich, wo Recht und Gerechtigkeit für alle auf gleiche Weise und *ohne alles Ansehen der Person* werden verwaltet, und zwar *unentgeltlich* verwaltet werden und wo jeder, auch der armseligste Landmann, nicht etwa nur dem Scheine nach, wie in anderen Ländern, sondern *wirklich* in der gesetzgebenden Versammlung repräsentiert werden, also jeder, auch der armseligste Landmann, Mitregent und Mitgesetzgeber seines Vaterlandes sein wird. (...) Und nun die Folgen, die das alles für Europa, für die Welt haben wird! *(In: Von deutscher Republik, S. 120 f.)*

Im Namen der Franken-Republik! Zufolge der Dekrete des Nationaldekrets (sic!) vom 15ten, 17ten und 22ten Dezember vorigen Jahres sind alle bisher bestandenen Abgaben als Zehnden, Kopfgelder, Rauch-, Wilds und Wiesengelder, Freilandsgelder, herrschaftliche Fronden, herrschaftliche Schäfereien, Jagden, Zölle von eigenem Wachstum, Judenleibzoll, erzwungene Militairdienste, Pflastergeld, Akzise, pp. gänzlich und für immer aufgehoben, und wird statt derselben nur eine mäßige Grund-Mobiliarsteuer erhoben werden, welche der Nationalkonvent zu Mainz bestimmen wird. Wir machen demnach hierdurch bekannt, daß niemand sich ferner unterstehen soll, dergleichen Abgaben künftighin, von wem es auch sei, zu fordern, und erklären sie sämtlich für aufgehoben und alle vorige(n) Verordnungen für null und nichtig, welche darauf Beziehung haben. Grünstadt, den 28ten Febr(uar) 1793, im 2ten Jahr der Frankenprepublik. Die Subdelegierten der Bürgerkommissarien der vollstreckenden Gewalt, Forster, Bießmann. *(In: Jakobiner in Mitteleuropa, S. 164)*

Deutsche Zustände. Das Königreich Preußen war der erste unter allen deutschen Staaten, der Napoleon den Krieg erklärt hatte. Es wurde damals regiert von Friedrich Wilhelm III., mit dem Spitznamen ,,der Gerechte", einem der größten Hohlköpfe, die je einen Thron geziert. Er war zum Korporal und zum Insprektor von Uniformknöpfen geboren; er war liederlich, ohne Leidenschaft, und gleichzeitig ein Moralprediger, er war unfähig, anders als im Infinitiv zu sprechen und wurde als Schreiber von Proklamationen nur von seinem Sohn übertroffen; er kannte nur zwei Gefühle – Furcht und feldwebelhafte Anmaßung. Während der ersten Hälfte seiner Herrschaft war sein vorherrschender Geisteszustand die Furcht vor Napoleon, der ihn mit der Großmut der Verachtung behandelte, ... Es war diese Furcht, die ihn antrieb, einer Partei von Halb-und-Halb-Reformern – Hardenberg, Stein, Schön, Scharnhorst etc. – zu gestatten, an seiner Stelle zu regieren, die eine liberalere Gemeindeorganisation einführten, die Erbuntertänigkeit abschafften, die feudalen Dienste in Rente oder in eine fixe Summe mit fünfundzwanzigjähriger Tilgung verwandelten und vor allem die militärische Organisation einführten, die dem Volk gewaltige Macht verschafft und früher oder später gegen die Regierung gebraucht werden wird. Sie trafen auch die ,,Vorbereitungen" für eine Verfassung, die jedoch nicht in Erscheinung getreten ist. Wir werden bald sehen, welche Wendung in den Ereignissen in Preußen nach der Niederschlagung der Französischen Revolution eintrat. *(Aus: Friedrich Engels, MEW, Bd. 2)*

O König von Preußen

O König von Preußen,
du großer Potentat,
wie sind wir deines Dienstes
so überflüssig satt!
Was fangen wir nun an

Die Marseillaise

Vorwärts, Kinder des Vaterlandes
Der Tag des Ruhms durch Dämmern bricht!
Erhoben haben die Tyrannen
Die Fahnen blutig vor das Licht,
Die Fahnen blutig vor das Licht!



stempelt, die Äußerungen desselben durch Worte, Schriften und Handlungen völlig frei und keinem menschlichen Richterspruch mehr unterworfen sein wird; ein Reich, worin keine privilegierten, keine geborenen Volksbedrücker, keine Aristrokratie als die der Talente, wo vielmehr alle gleich, alle zu allen Ämtern, wozu ihre Verdienste sie fähig machen, fähig sein und nur Kenntsnisse, Geschicklichkeiten und Tugenden einen Vorzug geben werden; ein Reich, wo Recht und Gerechtigkeit für alle auf gleiche Weise und *ohne alles Ansehen der Person* werden verwaltet, und zwar *unentgeltlich* verwaltet werden und wo jeder, auch der armseligste Landmann, nicht etwa nur dem Scheine nach, wie in anderen Ländern, sondern *wirklich* in der gesetzgebenden Versammlung repräsentiert werden, also jeder, auch der armseligste Landmann, Mitregent und Mitgesetzgeber seines Vaterlandes sein wird. (...) Und nun die Folgen, die das alles für Europa, für die Welt haben wird! *(In: Von deutscher Republik, S. 120 f.)*
Im Namen der Franken-Republik! Zufolge der Dekrete des Nationaldekrets reien, Jagden, Zölle von eigenem Wachstum, Judenleibzoll, erzwungene Militairdienste, Pflastergeld, Akzise, pp. gänzlich und für immer aufgehoben, und wird statt derselben nur eine mäßige Grund-Mobiliarsteuer erhoben werden, welche der Nationalkonvent zu Mainz bestimmen wird. Wir machen demnach hierdurch bekannt, daß niemand sich ferner unterstehen soll, dergleichen Abgaben künftighin, von wem es auch sei, zu fordern, und erklären sie sämtlich für aufgehoben und alle vorige(n) Verordnungen für null und nichtig, welche darauf Beziehung haben. Grünstadt, den 28ten Febr(uar) 1793, im 2ten Jahr der Frankenprepublik. Die Subdelegierten der Bürgerkommissarien der vollstreckenden Gewalt, Forster, Bießmann. *(In: Jakobiner in Mitteleuropa, S. 164)*
Deutsche Zustände. Das Königreich Preußen war der erste unter allen deutschen Staaten, der Napoleon den Krieg erklärt hatte. Es wurde damals regiert von Friedrich Wilhelm III., mit dem Spitznamen ,,der Gerechte", einem der größten Hohlköpfe, die je einen Thron geziert. Er war zum Korporal seinem Sohn übertroffen; er kannte nur zwei Gefühle – Furcht und feldwebelhafte Anmaßung. Während der ersten Hälfte seiner Herrschaft war sein vorherrschender Geisteszustand die Furcht vor Napoleon, der ihn mit der Großmut der Verachtung behandelte, ... Es war diese Furcht, die ihn antrieb, einer Partei von Halb-und-Halb-Reformern – Hardenberg, Stein, Schön, Scharnhorst etc. – zu gestatten, an seiner Stelle zu regieren, die eine liberalere Gemeindeorganisation einführten, die Erbuntertänigkeit abschafften, die feudalen Dienste in Rente oder in eine fixe Summe mit fünfundzwanzigjähriger Tilgung verwandelten und vor allem die militärische Organisation einführten, die dem Volk gewaltige Macht verschafft und früher oder später gegen die Regierung gebraucht werden wird. Sie trafen auch die ,,Vorbereitungen" für eine Verfassung, die jedoch nicht in Erscheinung getreten ist. Wir werden bald sehen, welche Wendung in den Ereignissen in Preußen nach der Niederschlagung der Französischen Revolution eintrat. *(Aus: Friedrich Engels, MEW, Bd. 2)*

O König von Preußen

O König von Preußen,
du großer Potentat,
wie sind wir deines Dienstes
so überflüssig satt!
Was fangen wir nun an
in diesem Jammertal,
also ist nichts zu finden
als lauter Not und Qual.

Und kommt das Frühjahr an,
da ist die große Hitz',
da muß man exerzieren,
daß ein'm der Buckel schwitzt.
Da muß man exerzieren
vom Morgen bis Mittag,
und das verfluchte Leben,
das währt den ganzen Tag.

Vom Exerzieren weg,
geht's wieder auf die Wacht.
Kein Teufel tut nicht frag'n,
ob man gefressen hat.
Kein Branntwein in der Flaschen,
kein weißes Brot dabei,
ein schlechtes Tabakrauchen,
das ist der Zeitvertreib.

Dann kommt ein frisch' Parad',
tut man ein' falschen Tritt,
so fängt man an zu rufen:
Der Kerl muß aus dem Glied!
Patronentasche runter,
den Säbel abgelegt,
und tapfer draufgeschmissen,
bis er sich nicht mehr regt!

(...)

Und werden wir dann alt,
wo wenden wir uns hin?
Die Gesundheit ist verloren,
die Kräfte sind dahin!
Und endlich wird es heißen:
ein Vogel und kein Nest!
Geh', Alter, nimm den Schnappsack
bis auch Soldat gewest!

Entstanden um 1800. Es ist in handgeschriebenen Soldatenliederbüchern auch im 19. Jahrhundert zu finden. Das Singen des Liedes beim Heer war bei Strafe verboten.

Die Marseillaise

Vorwärts, Kinder des Vaterlandes
Der Tag des Ruhms durch Dämmern bricht!
Erhoben haben die Tyrannen
Die Fahnen blutig vor das Licht,
Die Fahnen blutig vor das Licht!
Hört ihr es halln durch Flurn und Auen,
Hört ihr der Feinde Mordgeschrei?
Aus Fremdland eilen sie herbei
Zu würgen eure Söhne, Frauen!
Auf, Bürger, ans Gewehr!
Formiert des Volkes Heer!
Marschiert, marschiert,
Vorwärts zum Ruhm,
Der Feinde Schmach und Tod!

Was will denn die Verräterbande,
Der Könige verschworner Klan?
Sie möchten uns in Bande schlagen
Und ehrlos Ketten legen an?
Hört, was der Feinde Schar ersann:
Sie möchten, daß es wie einst sei!
Franzosen in die Sklaverei
Schmachvoll uns führen Mann für Mann!

Wie, dieser Fremdlinge Kohorten
Wolln richten uns im eignen Land!
Was, diese Landsknechtbataillone
Die Wehr uns schlagen aus der Hand!
Die Wehr uns schlagen aus der Hand!
Sie möchten uns in Eisen knoten,
Den Nacken zwingen unters Joch,
Herrn sein unsrer Geschicke noch,
Die niederträchtigen Despoten!

Erzittert treulose Tyrannen,
Verräter, Abschaum der Partein!
Fort, brudermörderische Mannen,
Wir werden euch nichts schuldig sein!
Wir werden euch nichts schuldig sein!
Wer Patriot, will Waffen tragen,
Und sinkt auch mancher Held vom Pferde,
Gleich wachsen neue aus der Erde,
Bereit, sich gegen euch zu schlagen!
(...)
Auf, Bürger ans Gewehr!
Formiert des Volkes Heer!
Marschiert, marschiert,
Vorwärts zum Ruhm,
Der Feinde Schmach und Tod!


Die Reaktion


Die russisch-preußische Waffenbrüderschaft